

BAUWESEN.

In den ersten Nachkriegsjahren konzentrierte die Stadtverwaltung ihre ganze Kraft auf die Wiederingangsetzung der lebenswichtigen Einrichtungen. Es galt vor allem, die Straßen für den Verkehr wieder frei zu machen, die Bombentrichter zuzuschütten und die Schuttberge zu beseitigen. Das Leitungsnetz der Gas-, Wasser- und Stromversorgung wurde in Ordnung gebracht und die vielen Kanalschäden behoben. Die Straßenbahn nahm den Verkehr wieder auf. Die Straßenbeleuchtung wurde bis auf kleine Inseln in den arg zerstörten Gebieten installiert. Viele in den Kampftagen zerstörte Brücken wurden wieder errichtet; die einen provisorisch, die anderen als Neubauten, die nun besser, schöner und tragfähiger sind als die Brücken von früher. Die städtischen Gartenanlagen, die bei Kriegsende ein trostloses Bild der Zerstörung und Vernachlässigung boten, wurden instand gesetzt und sind wieder Stätten der Erholung und Entspannung. Der Wiederaufbau der Schulen ist soweit gediehen, daß ein normaler Schulbetrieb möglich geworden ist. In der Ausbesserung kriegsbeschädigter Wohnungen wurden große Fortschritte verzeichnet. Auch mit dem Neubau und Wiederaufbau von Wohnungen wurde begonnen; hierfür schuf das Wohnhaus-Wiederaufbaugesetz vom 16. Juni 1948 die Grundlagen. Der Stadtplanung erwachsen dadurch wichtige Aufgaben. Das Neue soll den modernen Anforderungen des Städtebaues entsprechen. Hieraus ergibt sich für die Zukunft eine Fülle neuer Probleme.

Ein besonderes Problem, dessen Lösung namentlich in den ersten Jahren des Wiederaufbaues große Sorge bereitete, war die Beschaffung der notwendigen Baumaterialien. Der Mangel an verschiedenen Baustoffen zwang manchmal bisher unbeschrittene Wege zu gehen. Für die Ausbesserung weitverbreiteter Dachschäden fehlte es an gebrannten Dachziegeln. Durch die Herstellung von Betondachziegeln konnte dieser Engpaß in der Bauwirtschaft überwunden werden. Groß ist der Bedarf an Mauerziegeln, namentlich seitdem auch Neubauten aufgeführt werden. Hier wurde in dem Vibrostein, der aus Ziegelsplitt und Zement hergestellt wird, ein Ersatzmittel gefunden. Bei den Dachdeckungen fehlte es an verzinkten Eisenblechen, an Zink- und Kupferblechen; an ihrer Stelle fand Aluminiumblech Verwendung. Der Mangel an Eisen zwang, im Eisenbetonbau neue Wege zu gehen, wie überhaupt das Bestreben darauf abzielte, Verfahren zu entwickeln, die

Material und Kosten ersparen. Das Fehlen von Gerüstholz führte erstmalig zur Konstruktion von Stahlgerüsten, die gegenüber den Holzgerüsten mancherlei Vorteile aufzuweisen haben. So hat die Not an Baumaterialien zu bemerkenswerten Fortschritten im Bauwesen geführt.

Zu den Aufgaben, die Vergangenheit und Gegenwart vorzeichnen, kommen die Planungsaufgaben über die zukünftige Gestaltung der Stadt. Übertriebenes Gewinnstreben und das Fehlen einer modernen Bauordnung haben in der Vergangenheit bewirkt, daß Wien in weiten Gebieten häßlich und für seine Bewohner unwirtschaftlich geworden ist. Die mit Zinskasernen eng bebauten Viertel im Stadttinneren, wie auch die willkürlich errichteten Bauten am Stadtrand entsprechen in sozialer, verkehrstechnischer und wohnkultureller Hinsicht nicht den Anforderungen unserer Zeit. Die Auflockerung der dichtbebauten Viertel der Altstadt und die allmähliche Umwandlung in breite sonnige Quartiere ist eine Forderung moderner Stadtplanung. Ein eigenes städtebauliches Problem ist es, Wien — durch die Regulierung der Donau von dieser abgerückt — wieder an die Donau heran zu bringen. Die durch Kriegseinwirkungen schwer mitgenommenen Gebiete im 2. und 20. Bezirk, die Errichtung eines neuen Großhafens in Albern im Zusammenhang mit dem Donau-Oder-Kanal, können Ansatzpunkte dafür sein.

An Stelle der wilden, verstreuten Siedlungsgebiete an den Rändern der Stadt, soll eine geordnete Verbauung treten. Die Landschaft Wiens soll durch eine großzügige Planung geschont und durch entsprechende Einrichtungen ausgebaut, ein Erholungsgebiet für die Bevölkerung werden, wie es in solcher Mannigfaltigkeit kaum eine andere Großstadt aufzuweisen hat.

Die Verwirklichung dieser Pläne erfordert jedoch große Mittel, die durch die Einnahmen aus der öffentlichen Wirtschaft in den nächsten Jahren nicht aufgebracht werden können, vielmehr muß an der Lösung so großer Aufgaben eine ganze Generation arbeiten.

DIE STADTBAUAMTSDIREKTION.

Die großen und vielseitigen Aufgaben des technischen Dienstes der Stadt Wien, die in ihrer Wirkung weit in die Zukunft reichen, erfordern eine zielbewußte Leitung. Die Tätigkeit der zahlreichen technischen Verwaltungsstellen muß aufeinander abgestimmt und auf die gewählten Ziele hingelenkt werden. Hier kommt der Stadtbauamtsdirektion eine wichtige Funktion zu. Ihr ist die Leitung des gesamten städtischen Baudienstes sowie die Oberaufsicht über die technischen Dienststellen des Magistrates anvertraut. Seit dem Kriege sind den Baudienststellen der Stadt Wien ungeheure Aufgaben erwachsen. Zu den Arbeiten des technischen Wiederauf-

baues, die namentlich in den ersten Jahren nach dem Kriege alle Kräfte in Anspruch nahmen, kommen nun die umfangreichen Aufgaben für den sozialen Wohnhausbau. Die Stadtbauamtsdirektion hat die Vorarbeiten für ein Wohnhausbauprogramm 1949 mit 3.000 Wohnungen, das später auf 3.700 Wohnungen erhöht wurde, durchgeführt. In der zweiten Hälfte des Jahres 1949 begannen die Vorarbeiten für das Wohnhausbauprogramm 1950 mit 3.000 Wohnungen, das inzwischen auf 4.500 Wohnungen erhöht worden ist. Dazu waren Gelände- und Bestandsaufnahmen notwendig; die Baugründe mußten freigemacht und zahlreiche Bauentwürfe geprüft werden. Die Durchführung der Wohnhausbauprogramme erforderte eine Vermehrung des technischen Personals. Die Zuweisung an die Abteilungen sowie die Eignungsprüfung bei Personalaufnahmen hatte die Stadtbauamtsdirektion zu besorgen.

Dem Baubeginn einer Anzahl städtischer Neubauten ging eine feierliche Grundsteinlegung voraus; im Jahre 1948 fanden sieben und im Jahre 1949 drei Grundsteinlegungen statt. Vier vollendete Neubauten — drei Schulbauten und ein Kindergarten — wurden in feierlicher Weise eröffnet. Anlässlich der Eröffnung dieser Bauten gab das Pressereferat der Stadtbauamtsdirektion illustrierte Festschriften in Kunstdruck heraus, in denen die sozialen und technischen Gegebenheiten dieser Bauwerke dargestellt wurden. Eine Festschrift war dem Sonderkindergarten „Schweizer Spende“, die anderen den Schulneubauten in der Stadtrandsiedlung Leopoldau, in der Per Albin Hansson-Siedlung und in Siebenhirten gewidmet.

Das Pressereferat legt den Text für Grundsteinurkunden fest, ist mit der gekürzten Wiedergabe von Zeitungsartikeln beschäftigt und verfaßt auch die Verlautbarungen der Stadtbauamtsdirektion im Amtsblatt sowie in der Tages- und Fachpresse. Die technischen Presseinformationen an die Zeitungen des In- und Auslandes werden vom Pressereferat ausgesendet; Informationen dieser Art aus dem Ausland werden gesammelt und deren Übersetzung veranlaßt. Damit geht auch ein Austausch von eigenem Planmaterial mit jenem ausländischer Bauämter einher, wozu noch eine ausgebreitete Korrespondenz in Angelegenheiten technischer und wirtschaftlicher Detailauskünfte kommt.

Die Schriftleitung der Fachzeitschrift des Stadtbauamtes „*Der Aufbau*“ brachte im Jahre 1948 11 Normenhefte und 1 Doppelheft, im Jahre 1949 12 Hefte mit durchschnittlich 48 Seiten heraus. Ihr oblag auch die Beschaffung der Manuskripte und Klischees sowie der Versand der Exemplare im internationalen Tauschverkehr mit 20 Ländern.

Vertreter der Presse wurden zu *technischen Führungen* eingeladen und haben im Jahre 1948 an 18 und im Jahre 1949 an 14 Führungen teilgenommen. Für ausländische Fachleute, die die städtischen Wohnhausanlagen und die Humanitätsanstalten

kennenlernen wollten, wurden im Jahre 1948 25 und im Jahre 1949 43 Fachführungen veranstaltet. Eigene *öffentliche Vorträge* über Fragen des Wiederaufbaues wurden im Jahre 1948 6, im Jahre 1949 9 abgehalten. Außerdem wurden im Jahre 1948 2 Vorträge für die Urania, 2 Vorträge für Volkshausbildungshäuser und 2 Vorträge für den Ingenieur- und Architektenverein, weiters 6 Radioreportagen und im Jahre 1949 3 Radioreportagen (Echo des Tages) vermittelt. Beamte des Stadtbauamtes haben auch im Ausland gelegentlich von Studienreisen Vorträge gehalten. Im Jahre 1948 fanden 3 *Studienreisen*, und zwar nach Schweden, England und in die Schweiz statt. Im folgenden Jahre wurde über Einladung des British Councils eine Reise nach Westengland zum Studium der dortigen Gemeindeeinrichtungen unternommen, wobei 18 englische Vorträge über die Probleme des Wiederaufbaues in Wien gehalten wurden.

300 Photos über baufachliche Arbeiten in England wurden für das *Bild- und Filmdokumentenarchiv* der Stadtbauamtsdirektion angefertigt. Das Bild- und Filmdokumentenarchiv stellte im Jahre 1948 600 und im Jahre 1949 rund 1.500 Negative her, dazu legte es Karteiblätter für ungefähr 2.000 Negative und Diapositive an. Für die Veranstaltung von *Lichtbildervorträgen* in Siedlerorganisationen usw. wurden im Jahre 1948 220 Diapositive und im Jahre 1949 zirka 200 Diapositive hergestellt; ausländische Dokumentenfilme wurden beschafft und eigene Dokumentenfilme über Grundsteinlegungen u. a. hergestellt. Weiters wurden 30 Wandtafeln programmatischen Inhaltes über Siedlungs- und Städtebaufragen, ebenso statistische Darstellungen für Ausstellungszwecke angefertigt. Auch eine Handbücherei von internationalen Zeitschriften wurde für die Stadtbauamtsdirektion angelegt.

Für die *internationale Planungsschau in Nürnberg* vom 22. August bis 24. September 1948 hat das Stadtbauamt eine eigene Sonderschau der Stadt Wien zusammengestellt. Es wurden 66 Ausstellungsobjekte nach Nürnberg gebracht. Die Einrichtung der Ausstellungsräumlichkeiten und die Verfassung eines Ausstellungskataloges besorgte die Stadtbauamtsdirektion. Auf dem Ausstellungsgelände der Stadt Wien fanden 84 Fachführungen statt, an denen etwa 2.100 Baufachleute teilnahmen. Vor dem Beamtenstab einer Anzahl deutscher Bauämter wurden Vorträge gehalten. Die Ausstellung in Nürnberg hatten insgesamt ungefähr 340.000 Personen besucht.

Für die Errichtung einer internationalen Kulturstätte im Hörndlwald im Lainzer Tiergarten wurden der Gesamtplan und die Detailpläne ausgearbeitet, dazu alle Vorarbeiten für den Baubeginn geleistet. Gelegentlich der Londoner Sportolympiade im Jahre 1948 wurde auch ein architektonischer Wettbewerb für Sportstätten abgehalten. Die Organisation des Wettbewerbes in Wien lag in den

Händen des Stadtbauamtes. Der Entwurf über ein olympisches Skistadion am Cobenzl wurde in London mit der goldenen olympischen Medaille und dem 1. Preis des olympischen Komitees ausgezeichnet. Vorbesprechungen wurden auch für die Planung des neuen Sportplatzes in Mauer geführt.

Im Jahre 1945 wurde bei einer Enquete über den Wiederaufbau Wiens ein „Technischer Beirat“ mit der Aufgabe betraut, die Ergebnisse der Enquete im Kreise erfahrener Fachleute zu verarbeiten und zu konkreten Vorschlägen zusammenzufassen. Außerdem wurde dieses Kollégium von Fachleuten für wesentliche Planungen und Entscheidungen des Stadtbauamtes herangezogen.

Da die nach der Geschäftsordnung mit drei Jahren vorgesehene Funktionsdauer des Technischen Beirates erfüllt war, wurde er am 2. August 1949 aufgelöst. Der nach der Wiener Bauordnung eingesetzte Fachbeirat erübrigte eine Verlängerung der Funktionsperiode des Technischen Beirates. Der Bürgermeister sprach den Mitgliedern des Technischen Beirates den Dank für ihre wertvolle Mitarbeit am Wiederaufbau Wiens aus. Die Liquidierungsgeschäfte wurden vom Stadtbauamt durchgeführt.

Außer den zahlreichen grundsätzlichen Entscheidungen und Arbeiten obliegt der Stadtbauamtsdirektion die Erledigung tausender Einzelakten. Im Jahre 1948 bearbeitete sie 24.335 und im Jahre 1949 24.048 solcher Geschäftsstücke. Von diesen wurden dem Gemeinderatsausschuß VI — Bauangelegenheiten im Jahre 1948 1.476 und im Jahre 1949 2.247 Anträge zur Beschlußfassung vorgelegt. Für den Gemeinderatsausschuß VII — Baubehördliche und sonstige technische Angelegenheiten wurden im Jahre 1948 988 und im Jahre 1949 1.373 Anträge zur Beschlußfassung vorbereitet. Im Jahre 1949 wurden außerdem 5.698 Geschäftsstücke protokolliert, die Arbeitsvergebungen und Anbotszusammenstellungen betrafen.

Zum Aufgabenkreis der Stadtbauamtsdirektion gehören auch die Eignungsprüfungen. Über die Ergebnisse der Eignungsprüfungen in den Jahren 1948 und 1949 berichtet die folgende Aufstellung.

Prüfungsart:	zugelassen		Kandidaten geprüft		approbiert	
	1948	1949	1948	1949	1948	1949
Staatsbaudienst	18	—	18	—	18	—
Baumeister	12	11	11	11	7	8
Maurermeister	4	5	4	5	4	4
Steinmetzmeister	2	3	2	3	2	2
Zimmermeister	3	8	3	8	1	6
Brunnenmeister	6	—	5	—	5	—
Elektriker (Unterstufe)	65	43	65	43	50	35
Elektriker (Mittelstufe)	2	1	2	1	2	—
Installateure (Gas-, Wasser- und Beleuchtungseinrichtung)	98	46	97	44	83	29
Installateure (Wasser allein)	4	2	4	2	3	1
Schiffsführer	10	9	8	9	8	9

Ferner wurden im Jahre 1948 132 und im Jahre 1949 165 Dienststücke in Angelegenheiten von Ziviltechnikern behandelt.

BAUGESETZGEBUNG UND BAURECHTSANGELEGENHEITEN.

Mit dem Wiederaufbau sind nicht nur technische Fragen, sondern auch zahlreiche und oft verwickelte Rechtsfragen verknüpft, die Verwaltung und Gesetzgebung beschäftigen. In der Gesetzgebung sind in den letzten Jahren wichtige Neuerungen zu verzeichnen, deren bedeutendste das Wohnhaus-Wiederaufbaugesetz vom 16. Juni 1948, BGBl. Nr. 130/1948, ist. Dieses Gesetz bestimmt unter anderem, daß Mittel aus dem Wiederaufbaufonds nur gewährt werden dürfen, wenn die damit wiederhergestellten Wohnhäuser durch mindestens 20 Jahre von der Grundsteuer und anderen Abgaben befreit werden. Durch das Landesgesetz vom 16. Juli 1948, LGBl. Nr. 25/1948, und durch die Verordnung der Wiener Landesregierung vom 14. Juni 1949, LGBl. Nr. 27/1949, wurde dieser Bedingung entsprochen. Nicht minder wichtig erwies sich das Landesgesetz vom 22. Juli 1949, LGBl. Nr. 45/1949, womit die Enteignungsvorschriften in der Bauordnung für Wien ergänzt wurden. Nach diesem Gesetz können unbebaute oder nicht entsprechend bebaute Liegenschaften zugunsten der Gemeinde und zugunsten Dritter enteignet werden. Als nicht entsprechend bebaut sind Liegenschaften anzusehen, wenn die darauf befindlichen Baulichkeiten dem Flächenwidmungsplan oder der Bauweise nicht entsprechen. Auch wenn die Gebäudehöhe gegenüber der bauklassenmäßigen Gebäudehöhe wesentlich zurückbleibt, kann eine Liegenschaft als nicht entsprechend bebaut bezeichnet werden. Besondere Bedeutung kommt aber jener Bestimmung zu, darnach auch Liegenschaften als nicht entsprechend bebaut gelten, auf denen sich durch Elementar- oder Kriegsereignisse schwerbeschädigte oder zerstörte Baulichkeiten befinden. Das Landesgesetz vom 20. Februar 1947, LGBl. Nr. 5/1947, womit Sonderbestimmungen für den Wiederaufbau Wiens und andere von der Bauordnung abweichende Bestimmungen erlassen werden, wurde mit Beschluß des Wiener Landtages vom 23. Dezember 1948 novelliert. Der Stadt Wien wurde durch diese Novelle ein bevorzugtes Pfandrecht für alle Kosten eingeräumt, die ihr aus Ersatzvornahmen an schadhafte Bauwerken zwecks Gefahrenverhütung erwachsen. Zwangsversteigerungen auf Grund eines solchen Pfandrechtes konnten bisher zwei Jahre nach Wirksamkeitsbeginn des Gesetzes beantragt werden. Durch die beschlossene Gesetzesnovelle wurde diese Frist auf fünf Jahre erstreckt, um den Hauseigentümern Gelegenheit zu geben, ihre Schuld langfristig abzutragen. Diese Milderung ist

gerechtfertigt, da die Aufwendungen der Gemeinde größtenteils nicht durch einen schuldhaft vernachlässigten Bauzustand, sondern durch Kriegsschäden veranlaßt worden waren.

Das Landesgesetz vom 21. Juni 1949, LGBl. Nr. 35/1949, sieht die Einhebung einer Abgabe für Bauführungen vor, die die Maximalhöhe der Bauklassen übersteigen. Nach der Bauordnung für Wien sind die Wohngebiete der Stadt in fünf Klassen eingeteilt, für die verschiedene Gebäudehöhen festgesetzt sind. Bei Wiederaufbauten wird öfter der Wunsch der Grundeigentümer nach Zulassung einer höheren Verbauung geltend gemacht. Da die Steigerung der Verbauungsintensität zur Folge hat, daß das Verkehrssystem, die Straßenführung und Straßenbreite sowie die städtischen Versorgungsleitungen einem stärkeren Bedarf angepaßt werden müssen, schien eine Abgabe für die Zulassung einer höheren Verbauung gerechtfertigt. Die Verordnung der Wiener Landesregierung vom 14. Juni 1949, LGBl. Nr. 33/1949, legt für den Anliegerbeitrag bei erstmaligem Anbau an eine Verkehrsfläche einen Einheitssatz fest. Eine Änderung der Verordnung der Wiener Landesregierung über die Gehsteigerherstellung, LGBl. Nr. 28/1948, umgrenzt die Verwendung der hiezu gebräuchlichen Materialien. Das Gebrauchsgebührengesetz vom 12. Dezember 1947, LGBl. Nr. 4/1948, enthält die neuen Vorschriften über die Erlaubnisse zum Gebrauch von Verkehrs- oder Erholungsflächen sowie des darüber befindlichen Luftraumes im Gebiete der Stadt Wien. Nach diesem Gesetze unterliegen einer einmaligen Erlaubnisgebühr alle über das in der Wiener Bauordnung angegebene Ausmaß reichenden Erker, Balkone, Dachvorsprünge usw. Eine Jahresgebühr ist zu entrichten für das Aufstellen von Vorgärten oder Automaten, für das Anbringen von Steckschildern, Vordächern und ähnlichem, für die Errichtung von Kiosken, portalartigen Verkleidungen u. a.

Die Stadtbauamtsdirektion hat an dem Zustandekommen der Baugesetze ihren besonderen Anteil. Unter den neueren Gesetzentwürfen, an denen sie mitgewirkt hat, sind die Wiener Feuerpolizeiordnung, das Feuerwehrgesetz und die Kehrordnung hervorzuheben. Sie hat aber auch zu den Gesetz- und Verordnungsentwürfen der Bundesregierung Stellung genommen; desgleichen hat das Rechtsreferat des Stadtbauamtes zahlreiche Gutachten in baurechtlichen Angelegenheiten abgegeben und die Rechtsberatung für sämtliche Ableilungen des Stadtbauamtes übernommen. Die rechtlichen Interessen der Stadt Wien gegenüber den Dienststellen des Bundes zu wahren, gehört ebenso zur Aufgabe des Rechtsfragenreferates, wie der Abschluß von Vergleichen in außergerichtlichen Rechtsstreitigkeiten.

Der Vertretung rechtlicher und finanzieller Interessen der Stadt in eisenbahnbehördlichen Verfahren kommt in neuerer Zeit beson-

dere Wichtigkeit zu. Diese Aufgabe ist wegen der zahlreichen Wiederherstellungen von Brücken, der Neu- oder Umbauten einiger Wiener Bahnhöfe (Westbahnhof) sowie verschiedener anderer Bahnprojekte mit hoher Verantwortung belastet. Auch die Rechtsvertretung in Zivil- und Strafprozessen, die gegen die Gemeinde Wien geführt wurden (Hauseinstürze Fischerstiege und Linke Wienzeile), hatte das Rechtsfragenreferat des Stadtbauamtes übernommen.

LANDESPLANUNG.

Eine Stadt von der Bedeutung und Größe Wiens wirkt nicht nur an ihren Rändern in die umgebende Landschaft, sondern beeinflusst maßgeblich das wirtschaftliche und kulturelle Gefüge des ganzen Landes. Daher müssen die Planungsbestrebungen eines städtischen Gemeinwesens mit den Ansichten, die sich sonst im Lande über diesen Gegenstand entwickeln, in Einklang gebracht werden. Um eine Übereinstimmung zu erreichen und aus der Vielheit von Einzelfragen und Einzelaufgaben ein die Gesamtinteressen beherrschendes Ganzes zu schaffen, muß sich die Stadtplanung in die Landesplanung einfügen. Diese soll einen Ausgleich zwischen städtischer und ländlicher Planung herbeiführen und der Volkswirtschaft in ihrer Gesamtheit dienen. Jede Planung erfordert die Zusammenarbeit vieler Einzelindividuen und vieler Dienststellen, wenn sie erfolgreich werden soll. Unter diesen Umständen schien eine Zusammenkunft aller an der Landesplanung teilhabenden Dienststellen und Personen notwendig, um die grundlegenden Probleme einer Klärung zuzuführen. Diesem Gedanken dienend, hat das Wiener Stadtbauamt die 1. Arbeitstagung der österreichischen Landesplaner in Bad Ischl vom 2. bis 8. Februar 1948 vorbereitet, der wenige Monate später vom 24. Juni bis 1. Juli 1948 die 2. Arbeitstagung in Innsbruck folgte. Die beiden Tagungen befaßten sich mit dem Entwurf eines Raumordnungsgesetzes und mit verschiedenen anderen Problemen der Landesplanung. Auf der 3. Arbeitstagung in Graz vom 14. bis 22. Mai 1949 stand der Fragenkomplex „Synthese von Stadt und Land“ zur Beratung. Die 4. Arbeitstagung in Velden vom 27. bis 30. September 1949 beschäftigte sich mit dem Thema „Landesplanung und Fremdenverkehr“. Für diese Arbeitstagungen hatte die Stadtbauamtsdirektion die Programme vorbereitet, Referenten bestellt, Verhandlungen mit den ministeriellen und landesamtlichen Stellen geführt und für die Verfassung der Protokolle und der Pressebenachrichtigung Sorge getragen. Im Anschluß an die Arbeitstagungen organisierte das Wiener Stadtbauamt auch Studienexkursionen, so zu den Großwasserkraftwerken Vorarlbergs und Westtirols, in das steirische Industriegebiet und zum Erzberg sowie in die Seekur-

orte Kärntens. Die landesamtliche Ausstellung in Kärnten über „Kurortplanung und Landesplanung“ wurde durch Beistellung von fachlichen Spezialunterlagen unterstützt. Das regelmäßige, monatliche Zusammentreffen des Wiener Kreises der Arbeitsgemeinschaft österreichischer Landesplaner hat ebenfalls die Stadtbauamtsdirektion ermöglicht. Mit den ausländischen Landesplanern hat sie einen fachlichen Gedankenaustausch angebahnt und bei dieser Gelegenheit auch verschiedene Unterlagen für Planungen verschafft.

An der „Enquete über Landesplanung“ in Linz nahm die Wiener Stadtbauamtsdirektion intensiv Anteil. Sie übernahm die Verarbeitung der Vorschläge zur Vereinheitlichung der verschiedenen Landesbauordnungen, die sie in einer Empfehlung dem österreichischen Städtebund übermittelte. Schließlich nahm sich die Stadtbauamtsdirektion der Korrespondenz- und Schriftführerarbeiten bei der Arbeitsgemeinschaft österreichischer Landesplaner an und suchte die Koordinierung dieser Einrichtung mit den Arbeiten des österreichischen Städtebundes zu erreichen. Auch die Vorbereitungsarbeiten für die Neuaufstellung der österreichischen Musterbauordnung des Städtebundes führte das Stadtbauamt durch.

STADTPLANUNG, STADTREGULIERUNG UND STADTVERMESSUNG.

Eine verantwortungsvolle Stadtverwaltung muß die wirtschaftlichen, städtebaulichen und menschlichen Zusammenhänge überschauen, sie muß alle Mittel und Wege des modernen Städtebaues in Betracht ziehen, um zu einer zeitgemäßen *Stadtplanung* zu gelangen. Eine wichtige Grundlage für alle Planungsmaßnahmen ist die genaue Kenntnis der baulichen Struktur und der Zusammensetzung der Bevölkerung der Stadt. Das Planungsbüro hat mit der Herstellung einer solchen Grundlagensammlung begonnen, die heute für alle Bezirke Wiens in mehr als hundert Plänen vorliegt. Diese Sammlung wurde durch genaue Aufnahme der alten Dorfkernkerne der Vororte und durch eingehende Erhebungen in den wilden Siedlungen am Stadtrand ergänzt. Eine weitere Aufgabe der Stadtplanung ist die Erstellung eines den neuzeitlichen Anforderungen entsprechenden Verkehrsplanes als Basis für die Neufestsetzung des Flächenwidmungsplanes. Um Zeit und Kosten zu ersparen, wurden zwei Lichtpauseapparate angeschafft; mit ihnen werden die zahlreichen Vervielfältigungen von Plänen, Entwürfen und Skizzen, für die Neuerstellung des Flächenwidmungsplanes, gefertigt. Hingegen sind die Schaffung der Bebauungspläne, die Bekanntgabe der Baulinien und Bebauungsbestim-

mungen, die Bauberatung, die Ausarbeitung der Aufschließungs- und Aufteilungspläne für die Kleingartenanlagen, die Stadtplanevidenz, die Anfertigung von Modellen und die Beschaffung des nötigen Bildmaterials Aufgaben der *Stadtregulierung*. Die Bemühungen um die Gewinnung der für die Stadtregulierung notwendigen Grundstücke führten mangels eines geeigneten Bodenanspruchsgesetzes bisher zu keinem Erfolg. Ebenso konnten Vorschläge, die der Enquete über den Wiederaufbau der Stadt Wien zur Landerwerbung im Süden, Osten und Norden des Großraumes von Wien vorlagen, infolge zahlreicher ungeklärter Besitzverhältnisse nicht verwirklicht werden. Auch die noch immer nicht durchgeführte Grenzregelung zwischen Wien und Niederösterreich hat die Lösung der Probleme für eine gesunde Verkehrs-, Wirtschafts- und Wohnpolitik außerordentlich behindert.

Bei der zunehmenden Bedeutung der Stadtregulierung und Stadtplanung in den letzten Jahren erwies es sich als notwendig, die beiden Geschäftsbereiche strenger voneinander abzugrenzen. Im Jahre 1948 wurden daher die Verwaltungsgeschäfte der Stadtregulierung und Stadtplanung auf zwei Büros aufgeteilt. Dem Büro für Stadtregulierung waren außer den technischen Aufgaben auch die allgemeinen Verwaltungsgeschäfte übertragen worden, wogegen das Planungsbüro mit sämtlichen Planungsarbeiten betraut wurde. Im Jahre 1949 mußte infolge des sprunghaften Anstiegens der Verwaltungsgeschäfte eine weitere Reorganisation der Stadtregulierung erfolgen, wozu auch das Inkrafttreten des Wohnhaus-Wiederaufbaugesetzes beitrug. Das Büro für Stadtregulierung gliedert sich nun in folgende Referate: 1 Sonderreferat für Ortskerngestaltung und Spezialaufgaben, 4 Gebietsreferate, geteilt in Sektoren NO, S, SW, NW, 10 Bezirksreferate, den Gebietsreferaten unterstellt, 1 Referat für Stadtplanevidenz, 1 Referat für Grünanlagen, Sportplätze, Park- und Naturschutz, Kleingärten und Grabeland, Sand- und Schottergewinnung, Energieleitungen und 1 Referat für Verwaltungsangelegenheiten.

Die *Flächenwidmungs- und Regulierungspläne* wurden nach Sektoren des Stadtgebietes eingeteilt. Für die Gebiete Kagran, Mauer, Liesing und Laaerberg-Südrand wurden sie größtenteils fertiggestellt, für andere Sektoren befinden sie sich in Ausarbeitung; die Vorschläge über Reform oder Neuanlage der Industriegebiete wurden hiebei berücksichtigt. Es wurden 92 Regulierungsanträge vom Gemeinderatsausschuß VI — Bauangelegenheiten oder vom Gemeinderat genehmigt. In Ausarbeitung befinden sich noch 133 Regulierungsanträge.

Die *Stadtplanevidenz* hatte die Pläne und Plandokumente zur Beschlußfassung an die durch die Stadtverfassung bestimmten

Organe vorzubereiten und war an der Neu- und Umbenennung von Verkehrsflächen beteiligt. Im Stadtplan, der derzeit 1.040 Blätter umfaßt, wurden sowohl Regulierungen als auch natürliche Veränderungen des Geländes festgehalten. Solche Arbeiten wurden in den Stadtplanblättern für den 10. Bezirk und teilweise für die Bezirke 3, 4, 5, 11, 12, 15 und 21 durchgeführt. Für die Sanierung alter Stadtviertel wurden Vorschläge für folgende Gebiete ausgearbeitet: Rotenturmstraße, Fleischmarkt, Maria am Gestade, Heiligenkreuzer Hof, Josefsplatz, Schmidtgasse—Maria Treu, Lichtental, Erdberg, Simmering (Kopalgasse).

Im Sektor *Verkehrsplanung* wurden Studien zur Reform von Eisenbahnanlagen und Planungsstudien für folgende Hauptverkehrs-Ausfallstraßen durchgeführt: Schottenring—Heinestraße; Untere Donaustraße—Hauptallee; Wallensteinstraße—Traisengasse—Kagran; Währinger Gürtel—Adalbert Stifter-Straße—Floridsdorfer Brücke; Währinger Straße (Volksoper)—Pötzleinsdorf—Höhenstraße; Edelsinnstraße—Hetzendorfer Straße; Autostraße Süd-Laxenburg. Die Verbesserung der Verkehrsverhältnisse beim Stadion, die Neugestaltung von Verkehrskreuzungen und Umfahrungsstraßen, die Verlegung von Straßenbahnlinien (Linie 2, Heumarkt) und die Festlegung neuer Wagenaufstellungsplätze wurden in den Plänen verzeichnet.

Im Zusammenhang mit dem Wiederaufbau zerstörter Gebiete oder Gebäude wurden *künstlerische Studien* des Städtebaues ausgeführt und zum Teil in Modellen dargestellt. Erwähnenswert sind die Arbeiten über die Gestaltung des Stephansplatzes und Stockim-Eisen-Platzes, der Ruprechtsstiege, des Bezirkseinganges Leopoldstadt (Marienbrücke) und Favoriten (Südtiroler Platz), des Matzleinsdorfer Platzes und eines architektonischen Abschlusses des Schottenringes. Im Einvernehmen mit dem Bundesdenkmalamt wurden Studien zur Erhaltung historischer Bauwerke und solche über den Aufstellungsort von Monumenten angestellt. Auf die Ortskerngestaltung alter Orte, wie Purkersdorf, Altmannsdorf, Nußdorf, Grinzing, Sievering, Oberlaa, Kledering, Gramatneusiedl, Ebergassing, Inzersdorf, Kalksburg, Liesing und Guntramsdorf, wurde besonders hingewiesen.

Zur *Sanierung bauordnungswidriger Siedlungen* wurden allgemeine Vorschläge ausgearbeitet, insbesondere für die wilden Siedlungen Eßling, Biberhaufen, Oberlisse, Teufelsfeld; für die Stadtrandsiedlung (Großfeldsiedlung) bei Leopoldsdorf wurde ein Ausbauvorschlag gemacht. Überdies wurden allgemeine Studien über eine Verlegung des Großgemüsemarktes, des Pferdemarktes und des Zentral-Blumenmarktes angestellt. Über die im Jahre 1948 und 1949 eingegangenen und erledigten Dienststücke gibt nachfolgende Übersicht Auskunft:

	Protokollierte Dienststücke			
	Eingang		Erledigungen	
	1948	1949	1948	1949
Regulierungsarbeiten:				
Allgemeines und Bezirke 1 bis 26	2.089	1.588	1.971	1.538
Fluchtlinienbekanntgaben	1.015	2.901	962	2.744
Grundangelegenheiten:				
Kauf-, Tausch- und Pachtverträge, Parzellierungen, Grundteilungen und Grundabschreibungen	341	930	224	834
Siedlungen	47	85	40	78
Grünanlagen und Sportplätze	42	175	30	154
Kleingärten und Grabeland	63	—	53	—
Friedhöfe	20	10	12	7
Schotter-, Sand-, Lehm- u. Steingewinnung	43	42	34	35
Energieleitungen	13	40	11	34
Orientierungs-, Konskriptions- u. Evidenznummern-Bescheide	81	174	81	174
Straßen-Neu- und Umbenennungen und Benennungen städt. Wohnhausanlagen	57	20	57	20
Denkmalschutzangelegenheiten	4	—	4	—
Konsens (Bezirke 1 bis 26)	75	366	75	366
Kommissionen und Ortsaugenscheine . . .	344	527	344	527
Erlässe (Mag.-Dir., Bau-Dir. u. sonst. Ämter)	158	163	158	163
Personalangelegenheiten, allgemeine und individuelle	135	187	135	187
Materialanforderungen, Dienstkraftwagenbeistellung	108	125	108	116
Rechnungen	151	352	151	352
Dienststücke zusammen . . .	4.786	7.655	4.450	7.329

Der Aufgabenkreis der *Stadtvermessung* wurde erweitert. Seit 1948 arbeiten städtische Organe an der Triangulierung von Wien mit, die vom Bundesamt für Eich- und Vermessungswesen durchgeführt wird.

An den Wohnhausbauten der Gemeinde Wien waren präzise Setzungsmessungen vorzunehmen. Ein Teil dieser Arbeiten wurde Zivilingenieuren übertragen.

Die Herstellung von Lage- und Höhenplänen sowie die Nivellements, Absteckungen u. dgl. erforderte im Jahre 1948 116, im Jahre 1949 131 Vermessungen; von diesen Arbeiten wurden 61 im Jahre 1948 und 33 im Jahre 1949 öffentlichen Vermessungsingenieuren übertragen. Vermessungen und Amtshandlungen im Zusammenhang mit Grundangelegenheiten, Teilungsplänen, Grenzabsteckungen und Kommissionierungen wurden im Jahre 1948 231, im Jahre 1949 180 durchgeführt, außerdem wurden 167 Mappenpausen und 187 Lageskizzen angefertigt. Grundbucherhebungen waren im Jahre 1948 1.237, im Jahre 1949 642 erforderlich.

Schließlich haben städtische Organe auch eine Reihe von kartographischen Arbeiten ausgeführt. Bei der Neuzeichnung und Neuauflage des Generalstadtplanes von Wien (Maßstab 1 : 25.000)

wurden bis Ende des Jahres 1949 102 Blatt druckreif gemacht und 13 Blatt kartographisch fertiggestellt. Für die Herstellung eines einheitlichen und zusammenhängenden Planwerkes über Wien (Katasterplankarte) wurden 210 Teilpläne zur provisorischen Reproduktion fertiggestellt und 57 Teilpläne neu entworfen.

Im Jahre 1949 wurde mit grundlegenden Vermessungsarbeiten für das Höhenfestpunktnetz begonnen. 470 Punkte wurden soweit erforderlich wieder instand gesetzt und der Anstrich erneuert. Im Triangulierungsnetz wurde eine größere Zahl von Triangulierungspunkten durch Versenken von Marksteinen festgelegt, darunter wurden 10 mit Pyramiden überbaut, 23 besonders sichtbar gemacht und an 84 Triangulierungspunkten wurden Winkelmessungen vorgenommen.

Als spezielle Arbeiten sind die Aufnahmen für die Projektgrundlagen der städtischen Wohnbauprogramme 1949 und 1950 zu erwähnen; insgesamt wurden 55 Aufnahmen durchgeführt, darunter 4 Aufnahmen von städtischen Organen und 51 Aufnahmen von Zivilingenieuren.

An einer Anzahl von Bauwerken wurden regelmäßig Beobachtungen wegen Setzungen angestellt und dabei 391 Messungen vorgenommen. Ebenso wurden Setzungsmessungen an Neubauten für den Bodenkataster der Magistratsabteilung für Brücken- und Wasserbau durchgeführt. Von insgesamt 1.144 Messungen an 38 Baustellen haben die städtischen Organe 974 Messungen an 25 Baustellen besorgt. Auch sonstige Absteckungen und Vermessungen wurden überwiegend von städtischen Technikern vorgenommen.

ARCHITEKTUR UND BAUBERATUNG.

Die umfangreichen Zerstörungen, die die Kriegsergebnisse in allen Teilen der Stadt zurückließen, haben die Baubehörde, die Stadtplaner und Architekten vor eine Unzahl neuer Aufgaben gestellt. Im Vordergrund stehen Fragen der Neugestaltung von Wohngebieten, die zum Wiederaufbau bestimmt sind. Die Stadtplaner haben die vorhandenen Bebauungspläne und ihre Anpassung an die derzeitigen Anforderungen zu überprüfen, die Architekten haben sich vor allem mit der Einfügung von Neubauten in das örtliche Stadtbild zu befassen. Auf bautechnischem Gebiet sind Fehler nur schwer gutzumachen. Da solche Fehler lange Zeit vor aller Öffentlichkeit bestehen bleiben, muß schon deshalb der architektonischen Planung für Wiederaufbaugebiete eine erhöhte Aufmerksamkeit zugewendet werden. Diese Erkenntnis kommt auch in der neueren Gesetzgebung zum Ausdruck. So enthält das Landesgesetz für den Wiederaufbau Wiens vom 20. Februar 1947, LGBl. Nr. 5/1947, Bestimmungen, die der städti-

schen Bauberatung wirksamere Rechte einräumen. Dieses Gesetz legt unter anderem fest, daß die städtische Bauberatung bei der Überprüfung von Bauvorhaben beizuziehen ist.

ARCHITEKTUR.

Bei der Behebung der Kriegsschäden im inneren Stadtgebiet, aber auch in den äußeren Randgebieten, wird bei der Planung und architektonischen Gestaltung auf die Erhaltung des Straßensbildes besonders Bedacht genommen. Zur Wahrung des historischen Charakters der Ringstraße und der Kaianlage im 1. Bezirk wurden die dort durchzuführenden Bauvorhaben sorgsam geprüft. Im Einvernehmen mit dem Bundesdenkmalamt wurde nicht nur den Neu- und Umbauten, sondern auch der Gestaltung von Portalen und dem Anbringen von Geschäftsreklamen ein erhöhtes Augenmerk zugewandt. In letzter Zeit hat die Architekturabteilung für das Wohnhausbauprogramm 1949 und 1950 zahlreiche Neuplanungen und Entwurfsarbeiten ausgeführt oder an Privatarchitekten vergeben. Die Wohnhausbauprogramme umfassen folgende Bauvorhaben:

Wohnhausbauprogramm 1948.

- | | |
|--------------------------------|----------------------------------|
| II., Wehlistraße, Bauteil 1, | XIII., Nothartgasse, |
| III., Hainburger Straße 57, | XVIII., Simonygasse, Block 1, 2, |
| V., Wimmergasse—Bacherplatz, | XXI., Kinzerplatz, |
| VI., Gumpendorfer Straße 86, | XXI., O'Briengasse 25—27, |
| XI., Simmeringer Hauptstr. 76, | XXII., Kagran, Freihof, |
| XII., Malfattigasse 27—29, | XXII., Stadlau, Neustraßäcker, |
| XII., Schwenkgasse 54—60, | XXII., Hirschstetten, |
| XII., Vierthalgasse 11—17, | XXV., Rodaun 1, |
| XIII., Gogolgasse, | XXV., Rodaun 2. |

Wohnhausbauprogramm 1949.

- | | |
|--|--|
| II., Wehlistraße, Bauteil 2, | XII., Moosbruggergasse, 1. Teil, |
| III., Barthgasse 5—7, | XIII., Seelosgasse, |
| III., Strohgasse 14, | XIII., Wolkersbergenstraße 10, |
| IV., Kolschitzkygasse 9—13, | XIV., Hochsatzengasse, |
| V., Blechturm-gasse 23—27, | XIV., Baumgarten, Linzer Str. 299, |
| VI., Mollardgasse—Grabnergasse, | XIV., Goldschlagstraße 142, |
| VII., Bernardgasse 10, | XV., Nobilegasse 36, |
| IX., Galileigasse 6, | XV., Sturzgasse 29, |
| X., Per Albin Hansson-Siedlung, Bauteil 2, | XVI., Degengasse 7, |
| XI., Hasenleiten, Block 12, | XVI., Arltgasse 34—36, |
| XI., Hasenleiten, Block 13, | XVI., Gablenzgasse—Possinger-gasse, |
| XI., Hasenleiten, Block 14, | XVI., Reinhartgasse 26—28, |
| XI., Molitorgasse, Stiege 1—8, | XVII., Hernalser Hauptstraße, Bauteil 1, |
| XI., Molitorgasse, Stiege 9—22, | XVIII., Staudgasse 40, |
| XI., Delsenbachgasse, | XVIII., Sternwartestraße 29, |
| XI., Zippererstraße 19—21, | XIX., Sieveringer Straße 25, |
| XII., Hohenbergstraße—Aichholz-gasse, | XIX., Krottenbachstraße 83, |

- | | |
|-----------------------------------|----------------------------------|
| XIX., Heiligenstädter Straße 163, | XXI., Rußbergstraße, Stiege 1—8, |
| XIX., Eisenbahnstraße 79—89, | XXI., Jedlesees, |
| XIX., Kahlenberger Straße 7—9, | XXV., Liesing, Schöffelgasse, |
| XX., Wehlistraße 40, | XXV., Siebenhirten, Hauptstraße, |
| XX., Engerthstraße 37, | XXV., Atzgersdorf, Gärtnergasse. |
| XX., Kapaunplatz, 1. Teil, | |

Außer für Wohnhausbauten wurden die Pläne für eine größere Anzahl von Kultur- und Nutzbauten fertiggestellt. Sie sind im folgenden nach dem Verwendungszweck aufgezählt.

Schulen.

- | | |
|-------------------------------------|---------------------------|
| X., Per Albin Hansson-Siedlung, | XXI., Stadtrandsiedlung |
| XI., Kaiser-Ebersdorf, Münichplatz, | Leopoldau, |
| XIV., Am Wolfersberg, | XXI., Schulbauhof Kagran, |
| | XXV., Siebenhirten. |

Kindergärten.

- | | |
|--------------------------|------------------------|
| III., Am Heumarkt, | XXV., Siedlung Rodaun. |
| XV., Auer-Welsbach-Park, | |

Spitäler.

- | | |
|-----------------------------|--------------------------------|
| IX., Chirurgische Ambulanz, | XXI., Ausbau des Floridsdorfer |
| Allgemeines Krankenhaus, | Spitals. |

Amtshäuser.

- | | |
|------------------------|---------------------|
| XIX., Gatterburggasse, | XX., Brigittaplatz. |
|------------------------|---------------------|

Bäder.

- | | |
|----------------------|--------------------------|
| II., Stadionbad, | XXI., Gänsehäufel, |
| V., Einsiedlerplatz, | XXI., Floridsdorfer Bad, |
| XII., Theresienbad, | XXV., Liesing. |
| XXI., Angelibad, | |

Kinderfreibäder.

- | | |
|-----------------------|-------------------|
| IV., Schweizergarten, | XX., Engelsplatz. |
| X., Arthaberplatz, | |

Märkte.

Wiederaufbau der Marktanlagen, Studien und Pläne für die Wiederaufstellung der zerstörten Markthütten, Waaghäuschen, Marktamtsgebäude und der Bedürfnisanstalten für nachstehende Märkte:

Volkertmarkt, Am Werd, Karmelitermarkt, Augustinermarkt, Am Hundsturm, Zimmermannplatz, Viktor Adler-Markt, Simmeringer Markt, Meidlinger Markt, Schwendermarkt, Meiselmarkt, Yppenmarkt, Markt am Johann Nepomuk Berger-Platz, Heiligenstädter Markt, Hannovermarkt, Floridsdorfer Markt (Schlingerhof), Groß-Enzersdorfer Ferkel- und Lebensmittelmarkt, Brückenwaage Klosterneuburg-Weidling.

Sonstige Planungen.

- | |
|---|
| I., Wiederherstellungsarbeiten am Neuen Rathaus, Front Felderstraße, |
| II., Prater Lusthaus, Wiederaufbau, |
| X., Feuerwehrobjekt Favoriten, |
| XX., Errichtung einer Großgarage in der Traisengasse, |
| XXIV., Biedermannsdorf, Planung für die Einrichtung eines Erziehungsheimes, |
| Bad Hall, Um- und Zubauten an der Kinderheilanstalt. |

Kindertrinkbrunnen.

- III., Gartenanlage Kardinal Nagl-Platz,
- IX., Arne Carlsson-Park (Währinger Straße—Spitalgasse),
- X., Kundrathstraße,
- XV., Reithofferpark, Hütteldorfer Straße.

Denkmäler.

Denkmal für die Opfer des Faschismus auf dem Zentralfriedhof,
Hansi Niese-Denkmal beim Volkstheater.

Viele der angeführten Planungsarbeiten in den Wohnhausbauprogrammen der Stadt Wien werden auch noch im Jahre 1950 als Detail- und Ausführungspläne die städtische Architekturabteilung beschäftigen. Mit dem Referat Denkmalpflege wurden Besprechungen über die Wiederaufstellung des Gluckdenkmals, des Mozartdenkmals, des Leuchtbobeliskens in der Mariahilfer Straße und des Markusbrunnens geführt. Auch über eine Änderung der Sockelstiegen an der Pestsäule am Graben und über eine Wiederaufstellung des Friedrich Schmidt-Denkmal fanden Besprechungen statt.

BAUBERATUNG.

Die Bauberatung bearbeitet alle Neu-, Zu- und Umbauten, soweit sie das Stadtbild verändern. Hierbei verlangt jeder einzelne Beratungsfall eine individuelle Behandlung. Es wird darauf gesehen, daß die eingereichten Bauvorhaben das historische Stadtbild wahren und die unter Denkmalschutz gestellten Bauten in ihrer Wirkung nicht beeinträchtigen und daß sie auch dem ästhetischen Empfinden entsprechen. Oft wurde den Bauwerbern geraten, die Schauseiten ihrer Häuser zu ändern, die Fassaden zu vereinfachen, andere Färbelungen zu wählen sowie Ladenbauten und Ladenvorbauten dem ganzen Bauwerk anzugleichen. Die Bauberatung beeinflusste ebenso das Ankündigungswesen und drang auf die Entfernung bestehender Verunstaltungen. Sie nahm Einfluß auf Bauvorhaben in der Umgebung von unter Naturschutz gestellten Gebieten, auf Bauvorhaben im Straßenraum, z. B. Kioske, Straßenbahnwartehallen usw., in öffentlichen Gartenanlagen und wendete der Anbringung und Aufstellung von Verkehrszeichen und Straßentafeln besondere Aufmerksamkeit zu.

Ein weites Arbeitsgebiet erwuchs der Bauberatung aus den mit dem Wiederaufbau zusammenhängenden Fragen. Vorerst mußten die rechtlichen Verhältnisse geklärt und langwierige Verhandlungen mit den zuständigen Amtsstellen geführt werden, ehe eine Einigung über die architektonischen und städtebaulichen Fragen erzielt werden konnte.

Durch die Schaffung des Wohnhaus-Wiederaufbaufonds wurde auch die private Bautätigkeit belebt und hat ein Ansteigen der Beratungsfälle zur Folge gehabt. Während im Jahre 1948 im Durch-

schnitt monatlich 251 Beratungsfälle eingingen, waren es im Jahre 1949 356. Insgesamt waren im Jahre 1948 3.008 und im Jahre 1949 4.271 Bauvorhaben zu bearbeiten.

PLAN- UND SCHRIFTENKAMMER.

Die Plan- und Schriftenkammer verwaltet das Planarchiv und die Bibliothek des Stadtbauamtes, sie beschafft und ergänzt alles übrige Plan- und Kartenmaterial. Durch eine vom Stadt-senat im Jahre 1949 genehmigte Änderung der Geschäftseinteilung wurde die Plan- und Schriftenkammer der Geschäftsgruppe VII — Baubehördliche und sonstige technische Angelegenheiten, eingegliedert.

Das Planarchiv hat durch die Kriegsergebnisse Einbußen erlitten. An der Sichtung und Einordnung des verbliebenen Bestandes wird derzeit noch gearbeitet. Gleichzeitig wird eine neue Plan-kartei angelegt. Ist diese Kartei fertiggestellt, so entfällt die bis-her unvermeidliche und zeitraubende Sucharbeit in dem großen, 17 Bände umfassenden Planindex. Das Planarchiv hat einen Be-stand von rund 18.000 Plänen. Die Baueinlagen, die auf den je-weils neuesten Stand gebracht werden, stehen den Dienststellen des Magistrates und den anderen öffentlich-rechtlichen Körper-schaften unentgeltlich, privaten Interessenten gegen Entrichtung der vorgeschriebenen Gebühr, zur Verfügung. Die Verwaltungs-abgaben und Stempelgebühren für die Einsichtnahme in amt-liche Pläne und Behelfe sowie für die Anfertigung von Plan-kopien wurden im Jahre 1949 auf das Doppelte erhöht.

Die erhöhte Bautätigkeit hat die Verwaltungsarbeit der Plan- und Schriftenkammer, die sonst nach außen weniger in Erschei-nung tritt, mehr in das öffentliche Interesse gerückt. Im Jahre 1948 gingen insgesamt 10.260 und im Jahre 1949 10.664 Geschäftsstücke und Aufträge ein. Außerdem wurden im Jahre 1948 1.660 und im Jahre 1949 2.717 Rechnungen vorgelegt. Die Zahl der Parteien, die Pläne eingesehen haben oder sich Kopien anfertigen ließen, geht aus folgender Übersicht hervor.

	1948	1949
Städtische Ämter	3.943	2.105
Fremde Ämter	431	541
Privatparteien	2.712	2.562

An die verschiedenen Ämter und Dienststellen sowie an die Besatzungsmächte wurden im Jahre 1948 5.835 und im Jahre 1949 4.680 Pläne und Karten abgegeben, und zwar:

	1948	1949
Generalstadtpläne	2.659	1.681
Katasterplankarten	979	928
Feuerwehrpläne	1.192	832
Karten verschiedener Maßstäbe .	1.005	1.239

Alle technischen Magistratsabteilungen sind beauftragt, Lichtpausen und Plandrucke bei der Plan- und Schriftenkammer zu bestellen. Diese hat die Druckaufträge an leistungsfähige Firmen abzugeben und die ausgeführten Aufträge auf ihre Güte zu prüfen. An Kontrahenten wurden im Jahre 1948 2.350, im Jahre 1949 3.179 Aufträge vergeben.

Die Kontophot- und Lumoprintanlage der Plan- und Schriftenkammer fertigt Photokopien an, sowohl Kontaktdrucke als auch maßstabrichtige Vergrößerungen, außerdem Filmnegative, Filmpositive und Diapositive. Da auf dem Photomarkt wieder alles gewünschte Material erhältlich ist, war es möglich, gegen Kostenverrechnung auch für private Bauinteressenten Photokopien von Konsensplänen anzufertigen. Die Kontophotanlage besorgte im Jahre 1948 4.039 Photokopien, Vergrößerungen von Plänen u. dgl. sowie auch Filme und Diapositive für das Bilddokumentenarchiv. Im Jahre 1949 wurden für Private 20.122 Abzüge, d. s. 1.193'27 m², photokopiert. Für das Bilddokumentenarchiv und die technischen Magistratsabteilungen wurden für Amtszwecke 1.070 Aufträge ausgeführt.

Die Stadtbauamtsbibliothek hat einen Bestand von ungefähr 7.500 Werken. Im Jahre 1948 wurden 143 Werke, im Jahre 1949 134 Werke neu angeschafft. Die systematische Aufstellung der Buchbestände wurde im Jahre 1949 beendet. Den technischen Dienststellen stehen außerdem 60 Fachzeitschriften zur Verfügung, die die Plan- und Schriftenkammer abonniert hat.

Die für den Vermessungsdienst bestimmten Instrumente und Geräte werden in der Plan- und Schriftenkammer aufbewahrt und in Ordnung gehalten. Die Versorgung der technischen Dienststellen mit Zeichenmaterial, das früher größtenteils aus Deutschland bezogen wurde, stieß im Jahre 1948 noch auf Schwierigkeiten. Im Jahre 1949 war die Versorgung sowohl mit den technischen Spezialerfordernissen, als auch mit Schreib-, Zeichen- und Kanzleierfordernissen zufriedenstellend.

BAUSTOFFBEWIRTSCHAFTUNG UND BAUSTOFFBESCHAFFUNG.

In der Baustoffbeschaffung trat eine fühlbare Erleichterung ein. Für einzelne Baustoffe wurde schon im Jahre 1948 die Bewirtschaftung aufgehoben. Mauerziegel, Kalk, Gips wurden zuerst von der Bezugscheinpflicht befreit, dann folgten Schnittholz, Zement und Dachpappe. Zwei Hauptbaustoffe, Eisen und Zement, blieben aber nach wie vor Mangelware und auch für Bauglas bestanden häufig Lieferschwierigkeiten.

Die Aufhebung der Bewirtschaftung ergab eine wesentliche Einschränkung des Geschäftsumfanges der Kontingentsstelle, die

Neuzeitliche Wohnhausanlage „Roter Berg“ in Wien.

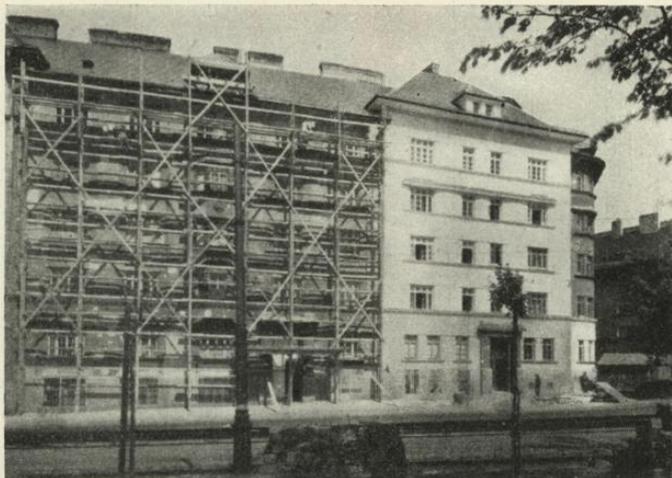


Die kleinen Wohnhausgruppen sind der Verbauungsart des Gebietes angepaßt.



Der Wohnhausblock hat in seiner ganzen Breite eine gute Besonnung der Wohn- und Schlafräume aufzuweisen.

Instandsetzung der im Kriege



Metzleinstalerhof. Wien V



Rabenhof, Wien III.

Die Wohnhausanlagen der Stadt Wien galten vor dem Kriege durch ihre architektonische Gestaltung und künstlerische Ausschmückung, aber auch wegen ihrer einwandfreien Sauberkeit in ganz Europa beispielgebend für den sozialen Wohnhausbau.

beschädigten Wohnhausanlagen.



Schimonhof, Wien XIV.

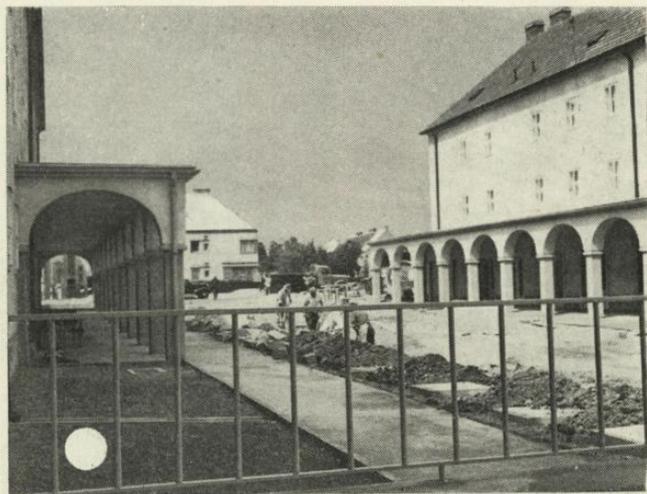


Schimonhof, Gartenansicht.

Im Kriege arg vernachlässigt und teilweise schwer beschädigt, erhalten nunmehr die Gemeindebauten ihr früheres, gepflegtes Aussehen wieder.



Per Albin Hansson-Siedlung, Wien X.



Siedlung
„Am Freihof“
Wien XXI.

Dem Verlangen des Großstädtlers nach Licht, Luft und Sonne kommt die Gemeinde Wien durch Förderung des Siedlungsbaues entgegen.

schließlich am 31. Dezember 1948 aufgelöst wurde. Die Geschäfte für die noch bewirtschafteten Baustoffe übernahm das Landesinspektorat für die Baustoffwirtschaft.

Die Kontingentstelle hat, so lange noch die Bewirtschaftung wirksam war, im Jahre 1948 folgende Mengen von Baustoffen an Bauwerber zugewiesen:

		Tonnen
Zement		41.500
Kalk		1.020
Gips		980
Mauerziegel	580.000 St. =	1.740
Dachziegel	15.747.350 „ =	36.219
Betondachsteine	4.390.000 „ =	17.560
Schnittholz	17.440 m ³ =	8.720
Dachpappe	928.600 m ² =	1.857
Glas	800.013 „ =	5.600
Eisen		8.651
Gesamtmenge . . .		123.847

Die Wohnbauprogramme der Gemeinde Wien hatten einen vermehrten Baustoffbedarf zur Folge, wodurch sich der Geschäftsumfang der Beschaffungsreferate bedeutend erhöhte. Um den bei den Neubauten stoßweise auftretenden Bedarf an Baumaterialien befriedigen und entstehende Produktionslücken in der Baustoffherzeugung ausfüllen zu können, wurden bei einer Reihe von Firmen Lager errichtet.

Die Aufhebung der Bewirtschaftung hat sich auch bei den Baustofflieferungen ausgewirkt. Bei der Beschaffung von Mauerziegeln ergaben sich vorerst keine Schwierigkeiten, da die Gemeinde Wien günstige Lieferverträge mit den Ziegelwerken abschließen konnte. Späterhin konnte der Bedarf nur durch Einfuhr voll gedeckt werden. Die Lieferfirmen für Schnittholz lieferten nach Aufhebung der Bezugscheinpflicht vor allem in das Ausland, da sie dabei höhere Preise erzielen konnten. Gegenüber der Gemeinde Wien waren sie ausgesprochen lieferunwillig; dies machte sich besonders beim Einkauf von Schiffbodenmaterial und anderer Schnittware bemerkbar. Gerade dieses Material wird aber für den Wohnhausbau benötigt. Ähnlich wirkte die Aufhebung der Zementbewirtschaftung. Beschaffungsschwierigkeiten, Lieferverzögerungen, Terminüberschreitungen machten häufige Interventionen bei den Zementwerken und beim Bundesministerium für Handel und Wiederaufbau nötig. Auch auf die Erzeugung von Zementwaren, wie Betonrohre, Bauplatten usw., wirkte sich die Materialknappheit ungünstig aus. Die Bezugscheinpflicht für Eisen blieb bis Ende 1948 bestehen. Die zugeteilten Kontingente, besonders an Baueisen, waren aber viel zu gering, um den durch die Wohnbauprogramme der Gemeinde Wien gesteigerten Bedarf an Betonrundeisen und Baublechen zu decken. Durch eine Intervention der Arbeiterkammer wurden in Sonntagsschichten der Ar-

beiter der Alpinen Montangesellschaft 900 Tonnen Betonrundstahl und der Arbeiter der Vereinigten österreichischen Stahlwerke (VÖST) 200 Tonnen Baubleche zusätzlich erzeugt. Diese Mehrproduktion wurde der Gemeinde Wien zur Verfügung gestellt.

Die erhöhte Bautätigkeit hat einen entsprechend höheren Bedarf an Baustoffen hervorgerufen. Art und Menge der für die städtischen Bauten beschafften Baumaterialien gehen aus der folgenden Übersicht hervor.

Baumaterialien	1948 Tonnen	1949 Tonnen
Zement	32.606	66.131
Kalk	6.551	10.127
Gips	1.227	2.332
Bausand 131.836 m ³ =	190.001	252.204 m ³ = 408.354
Straßenschotter 66.240 „ =	95.333	84.634 „ = 122.153
Bruchsteine	8.299	2.745
Mauerziegel 23.972.220 St. =	73.275	42.812.643 St. = 128.570
Dachziegel 2.435.571 „ =	5.577	2.416.163 „ = 5.476
Betondachsteine 255.885 „ =	589	47.800 „ = 110
Durnatsteine 235.103 „ =	235	99.010 „ = 99
Bauplatten aller Art 2.382 m ³ =	2.210	4.557
Steinzeugrohre	482	981
Betonrohre 15.632 lfm =	791	996
Heraklith 1.066 m ³ =	470	987
Schnittholz 8.314 „ =	4.999	3.389
Rundholz 709 fm =	424	450 fm = 224
Dachpappe 242.302 m ² =	496	258.880 m ² = 522
Bauglas 121.029 „ =	673	80.098 „ = 462
Bleche	244	304
Stab- und Fassoneisen	1.708	4.629
Sonstiges Eisen	244	706
Farben und chemische Produkte	247	442
Straßenpflastermaterial	11.521	14.009
Kunststeinstufen	422	1.115
Verschiedene Baustoffe	13.678	58.908
Baustoffe zusammen	452.302	838.328

Wie aus diesen Zahlen hervorgeht, wurden im Jahre 1949 um über 386.000 Tonnen Baustoffe mehr beschafft als 1948; das ergibt eine Steigerung um 85 Prozent.

Die Gemeinde Wien gab für diese Baustoffe im Jahre 1948 fast 44'6 Millionen Schilling und im Jahre 1949 etwas mehr als 79'3 Millionen Schilling aus. Zum Transport der im Jahre 1949 beschafften Baustoffe waren 83.800 Waggons mit je 10 Tonnen notwendig; dies entspricht einer Eisenbahnzuglänge von Wien über Innsbruck bis auf den Brenner.

TECHNISCHE GRUNDANGELEGENHEITEN UND SCHÄTZUNGEN.

Im Jahre 1948 wurden die technischen Pachtangelegenheiten, die bisher von einer eigenen Gruppe in der Magistratsabteilung

für technische Grundangelegenheiten und Schätzungen behandelt worden waren, den Referenten der Transaktions- und Schätzungsgruppe übertragen. Die Transaktionsreferenten müssen über die Pachtverhältnisse orientiert sein, um die Gemeinde Wien, die eine erhöhte Bautätigkeit entfaltet, bei der Heranziehung verpachteter Grundstücke beraten zu können.

Das Bundesgesetz vom 21. April 1948, BGBl. Nr. 87/1948, hat die Preisüberwachung im Liegenschaftsverkehr von nicht landwirtschaftlichen Grundstücken aufgehoben und damit die Überprüfung solcher Kauf-, Tausch- und Übergabverträge überflüssig gemacht. Hieraus ergab sich eine Verringerung des Geschäftsumfanges der Magistratsabteilung für technische Grundangelegenheiten und Schätzungen. Trotzdem muß eine große Anzahl von Verträgen, ob sie landwirtschaftliche oder andere Grundstücke betreffen, auch weiterhin behandelt werden, da beim Abschluß privater Pachtverträge den Grundbuchgerichten bekanntzugeben ist, ob die Gemeinde Wien von dem ihr zustehenden Eintrittsrecht Gebrauch machen will oder nicht. Die Feststellung der Höhe der Pachtschillinge ist notwendig, um ein Bild über die jeweiligen Marktwerte von Grundstücken zu gewinnen. Über die Gesamtzahl der Anfragen über Grundpreise, der Grundtransaktionsfälle und Pachtangelegenheiten in den Jahren 1948 und 1949 gibt nachstehende Übersicht Auskunft.

	1948	1949
Akteneingang	12.172	10.083
Aktenausgang	11.262	11.029

KRIEGSSCHÄDENBEHEBUNG AN GEBÄUDEN.

VERWALTUNGSORGANISATION UND BAUWIRTSCHAFTLICHE VORSCHRIFTEN.

Im Jahre 1946 wurde dem Durchführungserlaß 1, Zahl 64/416/III/48 des Ministeriums für Handel und Wiederaufbau entsprechend, ein Landesinspektor für das Bauwesen bestellt. Seine Aufgabe war, innerhalb des Landes Wien die bauwirtschaftliche Genehmigung für die Bauvorhaben zu erteilen, sie nach ihrer Dringlichkeit zu reihen und das dem Lande Wien zugewiesene Kontingent an bewirtschafteten Baustoffen unter den einzelnen Bedarfsträgern aufzuteilen. Für private Bauvorhaben war zunächst die Magistratsabteilung für Bauwirtschaft und Bauförderung im übertragenen Wirkungsbereich zuständig, die bauwirtschaftlichen Genehmigungen zu erteilen. Später wurden die bauwirtschaftlichen Geschäfte für die privaten Bauvorhaben der Baupolizei übergeben. Dem Landesinspektor verblieb die Bearbeitung aller gemeindeeigenen Bauvorhaben, die der städtischen Unternehmungs-

gen eingeschlossen, sowie die Verteilung des Baustoffkontingents unter den Bedarfsträgern. Der Landesbauinspektor hatte auch die Statistiken über den Bedarf und Verbrauch bewirtschafteter Baustoffe und des damit erzielten Effektes (wiederbenützlich und ungefährdet gemachte Wohnungen, Betriebsflächen, Kostenaufwand usw.) zu erstellen.

Nach dem Bundesgesetz vom 4. Februar 1948, BGBl. Nr. 56/1948 (Warenverkehrsgesetz), über die Regelung der Erzeugung und Verteilung lebenswichtiger Bedarfsgüter und der hiezu erlassenen „Anordnungen über die Bewirtschaftung von Baustoffen“, gehörten Mauerziegel nicht mehr zu den bewirtschafteten Waren. Ebenso wurden durch die Verfügung des Bundesministeriums für Handel und Wiederaufbau zwei der wichtigsten Baustoffe, nämlich Dachpappe und Zement, von der Bezugscheinpflicht ausgenommen. Trotz dieser Lockerung in der Baustoffbewirtschaftung wurde am Prinzip der bauwirtschaftlichen Genehmigung bis Ende 1948 festgehalten.

Mit dem Außerkrafttreten des bis 30. Juni 1949 befristeten Warenverkehrsgesetzes wurden sämtliche Baustoffe für den Handel freigegeben. Damit entfiel die Verpflichtung zur Einholung von bauwirtschaftlichen Genehmigungen. Seit dieser Zeit konnten in Wien über das beschränkte Kontingent hinaus Baustoffe dem Wiederaufbau kriegszerstörter Häuser, aber auch dem Neubau städtischer Wohnhausbauten zugeführt werden.

Durch das Wohnhaus-Wiederaufbaugesetz, Bundesgesetz vom 16. Juni 1948, BGBl. Nr. 130/1948, wurde ein Wohnhaus-Wiederaufbaufonds zur Herstellung der durch Kriegseinwirkung beschädigten oder zerstörten Wohnhäuser geschaffen. Die Bewerber, die für den Wiederaufbau eine Fondszuwendung anstreben, hatten ihr Gesuch an den Landeshauptmann, zu dessen Gebietsbereich die Liegenschaft gehört, zu richten. Die im Gesetz vorgesehene Überprüfung und Begutachtung ist in Wien so organisiert, daß die Fondsansuchen der Gemeinde entweder durch die Baupolizei oder von Prüfungsingenieuren kontrolliert werden. Die von Privaten gestellten Fondsansuchen unter 50.000 S werden durch die Einreichstellen bei der Baupolizei, die über 50.000 S von den vom Gesuchswerber zu bestellenden behördlich autorisierten Ziviltechnikern überprüft. Die letzte Prüfung durch die Magistratsabteilung für Bauwirtschaft und Bauförderung erstreckt sich auf die allgemeine Begutachtung und Dringlichkeitseinstufung; sodann wird das Ansuchen dem Bundesministerium für Handel und Wiederaufbau mit dem Antrag auf Genehmigung oder Ablehnung vorgelegt. Bei der Gewährung der Fondshilfe mußte berücksichtigt werden, daß die Fondsmittel den Bundesländern in einem Ausmaß zufließen, das der Höhe der vom Bundesministerium für

Handel und Wiederaufbau festgestellten Kriegsschäden an Wohnhäusern entspricht. Der Anteil des Landes Wien wurde bis Ende des Jahres 1949 mit rund 235 Millionen Schilling festgesetzt.

Die Lockerung der Baustoffbewirtschaftung und die zunehmende Wiederaufbautätigkeit bewog die Stadtbauamtsdirektion, eine entsprechende Änderung der Geschäftseinteilung einzelner ihr unterstellter Magistratsabteilungen zu verfügen. Die bauwirtschaftlichen Geschäfte der Magistratsabteilung für Bauwirtschaft und Bauförderung wurden an die Baupolizei abgegeben. Die freigewordenen Fachkräfte konnten an die Magistratsabteilung für Wohn- und Siedlungsbau sowie an die Magistratsabteilung für Wohnhäuserverwaltung, denen durch den wiederaufgenommenen städtischen Wohnhausbau vergrößerte Aufgaben zufielen, ebenso an die Magistratsabteilung für Brücken- und Wasserbau, zugewiesen werden.

Die Zweigstellen der Magistratsabteilung für Bauwirtschaft und Bauförderung wurden in bauwirtschaftliche Referate der Baupolizei umgewandelt und den Bezirksreferaten der Baupolizei unterstellt. Um Personal zu sparen, wurden die bauwirtschaftlichen Referate in zehn Bezirken auf fünf Referate reduziert. Die bauwirtschaftlichen Genehmigungen von privaten Industrie- und Gewerbebauten, die bisher ein Referat zentral für ganz Wien bearbeitet hatte, wurden den bauwirtschaftlichen Referaten zugewiesen.

Von der Magistratsabteilung — Wohn- und Siedlungsbau, Kleingärten, wurden die Geschäfte der Ersatzausführungen und Sofortmaßnahmen an privaten Wohnhäusern der Magistratsabteilung für Bauwirtschaft und Bauförderung übertragen. Wird ein baupolizeilicher Auftrag vom Hausbesitzer nicht befolgt, dann führt die Gemeinde Wien auf Kosten des Hauseigentümers die erforderlichen Sicherungsarbeiten durch. Es handelt sich hierbei entweder um Sofortmaßnahmen in Fällen unmittelbarer Gefahr oder um Ersatzvornahmen. Die Erfüllung dieser Aufgabe macht es notwendig, die vorzunehmende Instandsetzung zunächst auf ihre Wirtschaftlichkeit zu prüfen; wenn der zuständige Gemeinderatsausschuß die Ausführung der Arbeiten genehmigt hat, werden sie im Ausschreibungswege an Firmen vergeben. Die Bauarbeiten selbst sind vom Magistrat zu kontrollieren, die eingereichten Rechnungen zu überprüfen und der Kostenrückerstattung an die Hausbesitzer vorzuschreiben.

Die Zahl der Sofortmaßnahmen und Ersatzausführungen hatte beachtlich zugenommen; dies ist teils auf den sich immer mehr verschlechternden Zustand der Häuser zurückzuführen, teils daraus zu erklären, daß infolge Erschöpfung der Mittel des Wohnhaus-Wiederaufbaufonds im August 1949 die Ausführung der

dringendsten Sicherungsarbeiten nur im Wege der Ersatzausführung möglich war. Über die durchgeführten Sofortmaßnahmen und Ersatzausführungen sowie über deren Gesamtkosten geben die folgenden Zahlen Aufschluß:

	1948	1949
Sofortmaßnahmen	89	569
Ersatzausführungen	22	342
Gesamtaufwendungen in Schilling	4,489.069	4,787.355

Die Erstattung technischer Gutachten für die Schlichtungsstellen wurde ebenfalls von der Magistratsabteilung — Wohn- und Siedlungsbau, Kleingärten, der Magistratsabteilung — Bauwirtschaft und Bauförderung, übergeben. Diese Geschäfte haben beträchtlich an Umfang zugenommen, da sich die Fälle von Zeitschäden häufen, für deren Behebung seit Jahren fast nichts geschehen ist. Hiezu kommen die technischen Gutachten über die „Alliierten-Schäden“, in denen der durch die Besetzung von Objekten entstandene Schaden wegen Schadenersatzforderungen festgestellt wird.

Die von den Besatzungsmächten eingereichten Rechnungen wurden dann im Referat für Baupreisangelegenheiten überprüft und es konnten dabei ebenso wie bei der Überprüfung der Rechnungen und Kostenvoranschläge privater Baufirmen, die bei verschiedenen Magistratsabteilungen eingingen, bedeutende Abstriche vorgenommen werden. Es wurden überprüft:

Rechnungen von den
Besatzungsmächten

	1948	1949
Anzahl	4.542	3.500
Gesamtsumme	6,431.064 S	3,784.982 S
Abstriche	101.323 „	19.795 „

Rechnungen und Kosten-
voranschläge privater
Baufirmen

Anzahl	5.611	2.476
Gesamtsumme	10,421.525 S	13,486.196 S
Abstriche	1,587.862 „	1,957.582 „

Bei den verschiedenen Bauvorhaben wurden neue technische Errungenschaften verwertet und über die gemachten Erfahrungen Amtsbesprechungen mit den Referatsleitern abgehalten. Ebenso wurden Amtsbesprechungen für die Bauinspizienten angesetzt, um sie über alle Vorkommnisse zu informieren. Hiebei wurden die Erfahrungen auf den einzelnen Baustellen erörtert, etwaige Mängel und Schwierigkeiten aufgezeigt und die Bauleitungen zu gemeinsamer Arbeitsleistung angeleitet.

Eine größere Arbeit erwuchs dem Landesbauinspektor aus der vom Bundesministerium für Handel und Wiederaufbau angeord-

nete Aufstellung des Bauwirtschaftsplanes 1949 für das Land Wien. Hierbei wurde ein Arbeitsaufwand von 9,286.500 Tagewerken und ein Kostenaufwand von rund 1.618,321.000 S errechnet, dies entspricht einer Zahl von 37.000 Beschäftigten.

Rund 60 Prozent (610,000.000 S) der Kosten erfordern die Wohnhausbauten, davon die gemeindeeigenen Wohnhausbauten ca. 324,000.000 S. Die Aufstellung enthielt auch den Bedarf der für die Durchführung dieses Planes notwendigen Baustoffe. Außerdem wurde im Einvernehmen mit dem Bundesministerium für Energie-wirtschaft und Elektrifizierung das Energie-Bauprogramm für das Jahr 1949 aufgestellt.

DIE BISHERIGEN LEISTUNGEN DER KRIEGSSCHADEN- BEHEBUNG AN GEBÄUDEN.

In allen vom Krieg heimgesuchten Städten ist die Wohnungsnot das Hauptproblem der Stadtverwaltungen. Von den in Wien zerstörten 87.000 Wohnungen ist erst ein Teil aufgebaut worden. Noch immer sind zahlreiche Wohnungen unbenützlich und selbst ganze Wohnhäuser in ihrem Bestand gefährdet. Bis zum Jahre 1948 stand der Mangel an Baustoffen dem Wiederaufbau hemmend im Wege; da nun dieser Engpaß überwunden ist, kann mit einer ausgedehnten Wiederaufbautätigkeit begonnen werden. Der Wiederaufbau des zerstörten Wohnraumes wird um so dringender, als die Wiener Wohnungsnot ein Erbübel der Vergangenheit ist, das durch die Zerstörungen im Kriege und der Beschlagnahmen durch die Besatzungsmächte nur noch gewaltig verschärft wurde.

Die Stadtverwaltung bemühte sich, die Behebung der Kriegsschäden zu beschleunigen. Sie setzte beträchtliche Mittel für die Wiederherstellung ihrer eigenen Bauten ein und streckte für die von der Baupolizei angeordneten Sofortmaßnahmen größere Beträge vor. Vom Jahre 1948 an standen auch die Mittel aus dem Wohnhaus-Wiederaufbaufonds zur Verfügung.

Um einen Überblick über den Umfang der noch bestehenden Kriegsschäden zu erhalten, ordnete das Bundesministerium für Handel und Wiederaufbau eine Aufnahme der baulichen Kriegsschäden nach dem Schaden- sowie Lohn- und Preisstand vom Mai 1945 an. Für die Schäden an städtischen Gebäuden wurden die Erhebungen von den einzelnen zuständigen Dienststellen, für Privatbauten von der Magistratsabteilung für Bauwirtschaft und Bauförderung durchgeführt.

Auf Grund der Erhebungen wurde bei der Aufteilung der Fondsmittel für das Land Wien ein Anteil von 58 Prozent, für die Randgebiete ein Anteil von 15 Prozent festgesetzt. Bis Ende 1949 liefen insgesamt 3.053 Ansuchen mit einer Baukostensumme von 620,2 Millionen Schilling um Gewährung eines Darlehens aus dem

Wohnhaus-Wiederaufbaufonds ein. Hievon wurden 1.088 Ansuchen mit einem Baukostenbetrag von 230'3 Millionen Schilling genehmigt. Die Baukosten der eingereichten Fondsansuchen im Betrage von 620'2 Millionen Schilling überstiegen die Quote des Jahres 1949, die mit 230'3 Millionen Schilling angenommen wurde, um 390 Millionen Schilling, das ist mehr, als die Quote für das Jahr 1950 voraussichtlich betragen wird. Der Anteil der genehmigten städtischen Fondsansuchen an den bewilligten Gesamtkosten betrug nicht ganz 23 Prozent. Die Beschaffung der erforderlichen Fondsmittel ist gegenwärtig das wichtigste Problem des Wiederaufbaues.

Die Kriegsschäden an privaten Bauten.

Die vom Bundesministerium für Handel und Wiederaufbau angeordnete Schätzung der Kriegsschäden an privaten Bauten wurde in der kurzen Zeit von kaum zwei Monaten für ganz Wien einschließlich seiner Randgebiete durchgeführt.

Die geschätzten Kriegsschäden mit einem Betrag von über 2.000 S ergaben eine Schadenssumme von 1.560,236.000 S, der Anteil der Wohngebäude daran betrug 1.208,983.000 S. Bei dieser Schätzung sind die Schäden an der Inneneinrichtung, wie Möbel, Maschinen u. dgl., nicht berücksichtigt. Kriegsschäden mit einem Betrag unter 2.000 S wurden in 22.342 Fällen gezählt. Eine Anzahl von Kriegsschäden konnte nicht geschätzt werden, weil die betreffenden Gebäude von den Besatzungsmächten noch besetzt gehalten werden.

Über die Fortschritte der Kriegsschädenbehebung an privaten Gebäuden berichtete eine gleichfalls für das Bundesministerium für Handel und Wiederaufbau bestimmte Statistik. Mit der Aufhebung der Baustoffbewirtschaftung und der damit zusammenhängenden Auflassung der bauwirtschaftlichen Genehmigung hat die statistische Erfassung der Behebung baulicher Kriegsschäden und die Berichterstattung darüber ein Ende gefunden. Über die seit Kriegsende bis Ende Juni 1948 eingebrachten Ansuchen und deren Erledigung gibt nachfolgende Übersicht Auskunft.

	Vom Kriegsende bis 30. VI. 1948	Darunter im 1. Halbj. 1948
Eingebrachte Ansuchen zusammen	148.763	11.252
für Wohngebäude	134.115	10.044
für industrielle und gewerbliche Anlagen	14.648	1.248
Überprüfte Ansuchen zusammen	113.427	16.643
für Wohngebäude	102.127	14.459
mit Kleinschäden	84.124	12.472
mit Teilschäden	16.781	1.399
mit Totalschäden	1.222	588
für industrielle und gewerbliche Anlagen	11.300	2.184

	Vom Kriegsende bis 30. VI. 1948	Darunter im 1. Halbj. 1948
Genehmigte Ansuchen zusammen	102.761	17.127
für Wohngebäude	92.446	15.288
für industrielle und gewerbliche Anlagen	16.315	1.842
Dadurch wurden Wohnungen benützbar	14.926	..
Zuweisungen von Glas zusammen ¹⁾	1.459.852 m ²	263.015 m ²
für Wohngebäude	1.199.985 „	192.830 „
für industrielle und gewerbliche Anlagen	259.867 „	70.185 „
Behelfsmäßige und endgültige Dachdeckungen an Häusern	19.500	3.222

¹⁾ Einschließlich Glaszuweisungen für städtische Gebäude.

Unter den Bauführungen für die Kriegsschädenbehebung haben seit Oktober 1948 die mit Darlehen des Wohnhaus-Wiederaufbaufonds durchgeführten eine zunehmende Bedeutung erlangt. Für Privatbauten gingen vom Oktober 1948 bis Dezember 1949 insgesamt 2.620 Ansuchen mit einer Baukostensumme von 518'6 Millionen Schilling ein. Hievon wurden 781 Ansuchen mit Baukostensummen im Betrage von 177'8 Millionen Schilling genehmigt.

Kriegsschädenbehebung an städtischen Häusern.

In den vergangenen Jahren hat die Stadtverwaltung vorerst die weniger beschädigten Wohnungen in den städtischen Häusern wieder benützbar gemacht. Nachdem die leicht beschädigten Baulichkeiten zum größten Teil wieder hergestellt waren, wurde mit der Behebung der Großschäden begonnen. Im Jahre 1948 wurden in 27 städtischen Wohnhäusern 316 total zerstörte und 251 teilweise beschädigte Wohnungen wieder aufgebaut; diese Leistung wurde im nächsten Jahr beträchtlich überschritten. Im Jahre 1949 wurde die Kriegsschädenbehebung an städtischen Wohnhäusern durch die Gewährung von Darlehen aus dem Wiederaufbaufonds sehr gefördert. Mit Fondshilfe wurden in diesem Jahre in 39 städtischen Wohnhäusern 464 total zerstörte und 338 teilweise beschädigte Wohnungen aufgebaut. Ohne Fondshilfe wurden im Jahre 1949 in 10 städtischen Wohnhausbauten 57 total zerstörte und 86 teilweise beschädigte Wohnungen wieder hergestellt. Insgesamt wurden vom Oktober 1948 bis Dezember 1949 433 Ansuchen um Gewährung eines Darlehens aus dem Wohnhaus-Wiederaufbaufonds mit einer Baukostensumme von 52'5 Millionen Schilling für städtische Häuser eingereicht. Davon wurden bis August 1949 307 Ansuchen mit einer Baukostensumme von 42'8 Millionen Schilling von der Fondskommission bewilligt. Dadurch war die für das Land Wien vorgesehene Fondsquote erschöpft und es wurden keine weiteren Ansuchen für städtische Häuser mehr

genehmigt. Der Anteil der bewilligten städtischen Fondsansuchen an der Gesamtsumme beträgt ungefähr 23 Prozent.

Kriegsschädenbehebung an städtischen Amts-, Schul-, Anstalts- und Betriebsgebäuden, Gebäudeerhaltung.

Die fortschreitende Normalisierung des Lebens stellt an die städtischen Ämter und Betriebe erhöhte Ansprüche, daher mußte die Wiederherstellung von kriegszerstörten Amtsgebäuden und städtischen Betriebsstätten intensiviert werden. So wurde im Neuen Rathaus die Instandsetzung der kriegsbeschädigten Steinfassade in der Felderstraße beendet. Im Gemeinderatssitzungssaal wurden die Buntverglasungen erneuert und die Verglasung der Feststiege I mit Kathedralglas hergestellt sowie das Dach über dem Festsaal mit Naturschiefer neu eingedeckt. Größere Instandsetzungsarbeiten waren auch in 18 Amtshäusern durchzuführen. Von den 92 Amtshäusern in Wien und den 38 in den Randgebieten, insgesamt also von 130 Amtshäusern, sind nur 91 ganz oder teilweise in Benützung. Schließlich wurde auch mit der Behebung von Gebäudeschäden auf städtischen Liegenschaften begonnen. Die Gastwirtschaften in der Freudenau wurden wiederhergestellt, im Gebäude Johannesgasse 4 a, in dem das Theater „Die Insel“ untergebracht ist, wurden Sicherungsmaßnahmen durchgeführt. Die Schauseite des Hugo Wolf-Hauses in Perchtoldsdorf wurde instand gesetzt und mit der Behebung der Kriegsschäden am Husarentempel in Mödling begonnen. Im Schloß Pötzleinsdorf wurden die Adaptierungsarbeiten zur Errichtung eines Jugendgästehauses aufgenommen. Bei der großen Anzahl von städtischen Objekten sind natürlich vielfache Erhaltungsarbeiten nötig, über diese wird in den einzelnen Sachkapiteln Näheres berichtet. Derzeit hat die Gebäudeerhaltung für den Bauzustand nachstehend angeführter Objekte Sorge zu tragen: 130 Amtshäuser, 445 Schulen, 10 Musikschulen, 1 Fürsorgerinnenschule, 23 Sicherstellungsdepots, 134 Feuerwehrobjekte, 1 Entseuchungsanstalt, 159 Kindergärten, 78 Mutterberatungsstellen, 20 Tuberkulosenfürsorgestellen, 20 Erziehungsanstalten, 7 Altersheime, 8 Herbergen für Obdachlose, 30 Krankenanstalten, 2 Heil- und Pflegeanstalten, 13 Sanitätsstationen, 1 Haupt- und Wäschelager, 42 Büchereien, 361 Denkmäler, Denkmalbrunnen sowie Kapellen und kapellenähnliche Bildstöcke, 17 Gastwirtschaften, 5 Museen, 5 Museen, 662 Gartenobjekte, 85 Spiel-, Sport- und Eislaufplätze, 4 Flüchtlingslager, 1 Notwohnungsanlage.

Im Jahre 1948 wurde im Durchschnitt an 196 Bauvorhaben wöchentlich gleichzeitig gearbeitet, im Jahre 1949 an 221 Bauvorhaben. Bei diesen Arbeiten wurden im Jahre 1948 von 324 Firmen wöchentlich durchschnittlich 1.000 Fach- und 500 Hilfsarbeiter be-

schäftigt; im Jahre 1949 von 427 Firmen 1.150 Fach- und 605 Hilfsarbeiter. Im Jahre 1948 wurden von 133 bauwirtschaftlichen Ansuchen 126 genehmigt; da die Bewirtschaftung der Baustoffe im Jahre 1949 aufhörte, wurden in diesem Jahre nur 11 derartige Ansuchen gestellt. Nachfolgende Zahlen geben einen Überblick über die Leistungen, die die Gebäudeerhaltung bis Ende des Jahres 1949 vollbrachte:

	Anstalten	Zahl d. i. Krieg beschädigten Objekte	Instandsetzungen bis Ende	
			1947	1949
Erziehungsheime	20	12	3	9
Altersheime	7	14	2	13
Herbergen für Obdachlose	8	4	1	3
Städtische Krankenanstalten	30	97	15	79
Sanitätsstationen	13	7	—	4
Objekte des Jugendamtes	248	50	10	20
des Gesundheitsamtes	62	4	—	2
des Kulturamtes (einschließlich Denkmäler)	538	179	19	121
der Grundverwaltung	28	21	10	14
des städt. Gartenwesens	662	329	70	78
des städt. Forstwesens	38	12	10	12
der städt. Feuerwehr	134	37	21	25
Städtische Schulhäuser	445	306	166	264
Amtshäuser und Häuser für versch. Zwecke	161	71	17	33

Zu diesen Zahlen kommen noch die der Nutzbauten auf den Lebensmittel- und Viehmärkten, der Schlachthäuser und Viehhaltgehäuser sowie der Betriebsgebäude der städtischen Unternehmungen; auch von diesen Objekten wurden viele im Verlauf der Kriegshandlungen beschädigt.

Wie in früheren Jahren sollten für die Instandhaltungsarbeiten im Hochbausektor wieder Kontrahenten bestellt werden. Da aber in den Jahren 1948 und 1949 noch nicht die Möglichkeit bestand, Preistarife festzulegen, stellten sich den Arbeitsvergebungen große Schwierigkeiten entgegen. Im Jahre 1948 wurden daher bloß die Glaserarbeiten an Kontrahenten vergeben, im Jahre 1949 kamen die Anstreicher- und Malerarbeiten hinzu.

Abtragung von Gebäuden, Beseitigung von Luftschutzbauten, Schuttabfuhr.

Aus Sicherheitsgründen und zur Grundfreimachung für neue Wohnhausbauten wurden im Jahre 1948 an 36 Wohnobjekten Abräumungs- oder Sicherungsarbeiten durchgeführt. 11 schwer kriegsbeschädigte städtische Wohnhäuser wurden im Jahre 1948 und 8 im Jahre 1949 abgetragen. Allein von städtischen Bauflächen wurden im Jahre 1948 65.800 m³ und im Jahre 1949 55.000 m³ Schutt abtransportiert.

Ein Luftschutzgraben und ein Löschwasserteich wurden im Jahre 1948 beseitigt. Außerdem wurden Kommissionierungen noch bestehender Luftschutzbauten vorgenommen und über diese Gutachten abgegeben. An Luftschutzbauten, die auf städtischen Grundstücken errichtet worden waren, wurden kleine Sicherungsarbeiten durchgeführt und Begutachtungen über friedensmäßige Nutzung abgegeben.

Ende 1948 war die Schuttbeseitigung auf Straßen, Plätzen und Grünflächen beendet. Insgesamt wurden 982.656 m³ Schutt und Aushubmaterial auf Ablageplätze geschafft, davon bis Ende 1947 886.927 m³. Die Gesamtleistung der Schuttbeseitigung für 1948 beträgt daher 95.729 m³, davon wurden 5.521 m³ mit Feldbahn und 90.208 m³ mit Lastkraftwagen abtransportiert. Aus diesem Schutt wurden 400.000 Mauerziegel und 65.000 kg Schrott aussortiert und der Wiederverwendung zugeführt. Im Jahre 1948 war für die Schuttbeseitigung auf Straßen und Plätzen ein Betrag von 4,500.000 S vorgesehen und auch ausschließlich für diesen Zweck verwendet worden.

WOHNHÄUSERERHALTUNG.

Neben der Kriegsschädenbehebung kommt der Wohnhäusererhaltung eine wachsende Bedeutung zu. Die lange Kriegszeit und die Jahre der Nachkriegszeit sind an den städtischen Wohnhäusern, auch wenn sie keinen unmittelbaren Schaden erlitten haben, nicht spurlos vorübergegangen. Die notwendigen Erhaltungsarbeiten konnten in dieser Zeit nicht durchgeführt werden, dadurch hatten sich aus kleinen Gebrechen oft große Schäden entwickelt. So war die Wiederaufnahme der Arbeiten für die Häusererhaltung äußerst dringend geworden. Der Bezug von Baustoffen für diese Arbeiten über die zuständige Magistratsabteilung ist im Jahre 1949 gegenüber dem Vorjahr beträchtlich zurückgegangen, da die Kontingentierung von Baumaterialien bereits aufgehoben war und im freien Handel genügend Mengen zur Verfügung standen. Es erwies sich, daß es bei Vergebungen kleinerer Arbeiten mit geringem Materialverbrauch günstiger ist, die Baustoffe durch die Firmen beistellen zu lassen, um die hohen Transportkosten bei nicht ausgenütztem Fuhrwerk zu vermeiden.

Für die Häusererhaltung wurden folgende Baustoffmengen bezogen:

	1948	1949
Glas	16.262 m ²	5.380 m ²
Bleche	24'8 t	21'9 t
Holz	1.600 m ³	132 m ³
Zement	510 t	113 t
Klosettschalen	197 St.	473 St.
Niederspülapparate . .	— St.	95 St.

Um eine Übersicht über die Arbeiten zu erhalten, wurde die Arbeitsverteilung für die Wohnhäusererhaltung neu organisiert; außerdem wurden 5 Arbeitsgruppen geschaffen: die Arbeitsgruppe Ost mit den Bezirken II., III., XI., XXII., XXIII.; die Arbeitsgruppe Süd mit den Bezirken V., X., XII., XXIV., XXV.; die Arbeitsgruppe West mit den Bezirken XIII., XIV., XV., XVI., XVII.; die Arbeitsgruppe Nord mit den Bezirken XVIII., XIX., XX., XXI., XXVI.; die Arbeitsgruppe Mitte mit den Bezirken I., IV., VI., VII., VIII., IX. Für jede Gruppe wurde ein Gruppenreferent bestellt und den einzelnen Gruppen entsprechendes Fachpersonal zugewiesen.

In einer Amtsbesprechung wurde der Vorgang bei notwendigen Wiederherstellungs- und Erhaltungsarbeiten an Stiftungshäusern neu geregelt. Der Magistratsabteilung für Erwachsenenfürsorge wurde als Stiftungsverwaltung die Möglichkeit gegeben, die Interessen der Stiftung wahrzunehmen. Vor Beginn von Arbeiten, die nicht aus Sicherheitsgründen durchgeführt werden, muß vorerst die Genehmigung der Stiftungsverwaltung, bei einem Kostenaufwand über 25.000 S die Bewilligung der Durchführung durch den zuständigen Gemeinderatsausschuß eingeholt werden. Arbeiten über Auftrag der Baupolizei können sofort durchgeführt werden, doch ist die Stiftungsverwaltung davon in Kenntnis zu setzen.

Es wurde erwogen, für die Durchführung der ständigen Erhaltungsarbeiten ein planmäßig zugeteiltes Personal einzusetzen, die Durchführung der Wiederaufbauarbeiten, die durch Kriegsschäden und Vernachlässigung der Erhaltungsarbeiten in der Kriegszeit entstanden sind, jedoch einer eigenen Baugruppe auf die Dauer der Notzeiten außerplanmäßig zu übertragen. Dieser Erwägung standen aber noch Schwierigkeiten gegenüber, die die Durchführung verzögerten.

Über die Art der in den Jahren 1948 und 1949 zur Erhaltung der städtischen Wohnhäuser durchgeführten Arbeiten gibt nachfolgende Übersicht Auskunft:

	1948	1949
Kamine instand gesetzt	976	502
Dächer instand gesetzt, Spengler- und Dachdeckerarbeiten	2.636	2.090
Verputz und sonstige Maurerarbeiten	1.349	1.533
Waschküchen, Herde, neu und instand gesetzt	914	771
An Fenstern und Türen, Tischler- und Schlosserarbeiten, Stiegenhäuser	1.385	1.172
Fußböden, neugelegt, Räume	599	79
Verglasung, Stiegenhäuser	2.335	1.253
Rohrbrüche behoben	878	1.484
Sonstige Installationen (Gas-, Wasser-, elektr. Anlagen)	1.806	1.849

Im Jahre 1948 wurde in 24, im Jahre 1949 in 1.407 Wohnungen Gas eingeleitet; die dazugehörigen Gasherde wurden beigelegt. Elektroinstallationen wurden im Jahre 1948 in 20, im Jahre 1949 in 53 Wohnungen städtischer Althäuser durchgeführt.

Für die Durchführung der notwendigen Instandsetzungs-, Sicherungs- und Wiederherstellungsarbeiten standen folgende Geldmittel zur Verfügung:

	1948	1949
	Schilling	
Städtische Wohnhäusererhaltung	3,293.109	7,816.500
Behebung von Kriegsschäden	22,533.486	6,010.000
Bauliche Investitionen	—	1,865.000

Durchschnittlich waren im Jahre 1948 824 Arbeiter von 209 Firmen und im Jahre 1949 791 Arbeiter von 229 Firmen mit den Erhaltungs- und Instandsetzungsarbeiten an den städtischen Wohnhäusern beschäftigt.

NEUBAU VON STÄDTISCHEN WOHNHÄUSERN UND SIEDLUNGSBAUTEN.

Nicht nur die unmittelbaren Folgen des Krieges, die Zerstörung ganzer Wohnviertel und die Beschädigung vieler einzelner Wohnräume haben die Wohnungsnot zu einem der schwierigsten Probleme der Gegenwart gemacht; auch die Einstellung der Bautätigkeit während des Krieges, der Mangel an Arbeitskräften und Baumaterialien sowie der Ausfall der privaten Bautätigkeit in den Nachkriegsjahren haben die Wohnungsnot außergewöhnlich verschärft. Nach Kriegsende nahmen überdies die Eheschließungen und damit die neuen Haushalte zu, woraus sich eine weitere Nachfrage nach Wohnungen ergab. Übrigens gab es schon vor dem zweiten Weltkrieg unzulängliche Verhältnisse im Wohnungswesen, doch gelang es damals, durch die städtische Wohnbautätigkeit eine wesentliche Erleichterung zu schaffen. Der Beseitigung der gegenwärtigen Wohnungsnot stellen sich weitaus größere Schwierigkeiten entgegen. Die Baukosten betragen heute das Fünffache gegenüber der Vorkriegszeit und bei der allgemeinen Verarmung fällt es schwer, öffentliche Mittel in großem Ausmaße für den Neubau von Wohnhausbauten aufzubringen. Die Gemeinde Wien hat trotzdem wieder die Initiative ergriffen. Sie hat ungeachtet des forcierten Wiederaufbaues kriegszerstörter Wohnungen drei umfangreiche Wohnbauprogramme aufgestellt: das Wohnbauprogramm 1947 mit rund 1.000 Wohnungen, das Wohnbauprogramm 1948 mit 3.500 Wohnungen und das Wohnbauprogramm 1949 ebenfalls mit 3.500 Wohnungen. Außerdem wurde an der Fertigstellung von Wohnhaus- und Siedlungsanlagen, die bereits während der Kriegszeit begonnen, jedoch bis zum Kriegsende nicht vollendet worden waren, weitergearbeitet. Diese Wohnhausanlagen erhielten zum Teil schon in ihrem unfertigen Bauzustand Bombenschäden. In diesen Neubauten wurden in den Jahren 1948 und 1949 322 Wohnungen fertiggestellt, und zwar:

X., Angeligasse 10	19	Wohnungen
X., Friedrich Knauer-Gasse 6	29	„
X., Quarinplatz 8	34	„
XI., Hasenleiten, Block 15	28	„
„ „ 16	30	„
„ „ 19	30	„
„ „ 20	30	„
XII., Hetzendorfer Straße 168/174	64	„
XXV., Rodaun 1	58	„

Zusammen . . . 322 Wohnungen

Aus den Wohnbauprogrammen 1947 und 1948 wurden bis Ende 1949 in nachstehend angeführten Wohnhäusern und Siedlungsbauten 1.065 Wohnungen übergeben¹⁾.

	Anzahl der bezogenen Wohnungen	
Wohnhausanlagen:		
VI., Gumpendorfer Straße 86	16	
XIII., Gogoloasse-Nothartgasse	108	
XVIII., Simonygasse	60	
Siedlungen:		
X., Per Albin Hansson, I. Teil	331	
XXI., Kagran, Freihof	37	
XXII., Stadlau, Neustraßacker	164	
XXII., Hirschstetten	187	
XXV., Rodaun 2	162	
Zusammen . . .	1.065	

TECHNISCHE BAUPOLIZEI.

Durch den Erlaß der Magistratsdirektion vom 26. Februar 1946 war die Bearbeitung der bau-, feuer- und gewerbepolizeilichen Angelegenheiten den Magistratsabteilungen 35, 36 und 37 zugewiesen worden. Sowohl im Jahre 1948 als auch im Jahre 1949 wurden jedoch Änderungen in der Geschäftseinteilung der drei Magistratsabteilungen vorgenommen. Von der Magistratsabteilung — Architektur, wurden folgende Geschäftsfälle ausgeschieden und der Magistratsabteilung 35 zugeteilt: Bauberatung, grundsätzliche Angelegenheiten, Überprüfung und Begutachtung der Baupläne privater Bauwerber in architektonischer und städtebaulicher Hinsicht, Geschäftsportale und Reklamen.

Von der Magistratsabteilung für Wärme-, Kälte- und Feuerungsangelegenheiten wurden der Magistratsabteilung 35 nachstehende Geschäftsfälle zugewiesen: Rauchplagebekämpfung, Dampfkesselprüfungswesen, Dampfkesselbescheinigungsevidenz, Erprobung und Überwachung von Dampfkesseln und Druckbehältern auf Ansuchen von deren Besitzern, Prüfung von Kessel-, Maschinen- und Motorenwärtern, Bestellung von Prüfungskommissären und Dampfkesselinspektoren.

¹⁾ Schlüsselfertige Neubauten werden oft schon in die Verwaltung übernommen, ehe noch die bauliche Benützungsbewilligung vorliegt; daraus erklären sich eventuelle Differenzen mit der Baustatistik.

Infolge der Aufhebung der Baustoffbewirtschaftung wurden die Zweigstellen der Magistratsabteilung für Bauwirtschaft und Bauförderung, die bisher die bauwirtschaftlichen Ansuchen behandelt haben, mit der gleichen Aufgabe den Außenstellen der Magistratsabteilungen 36 und 37 als „Bauwirtschaftliche Referate“ angegliedert. Vom 28. August 1948 an wurde diesen Referaten auch die Bearbeitung der Bauansuchen um ein Darlehen aus dem Wiederaufbaufonds bis zu einer Kostensumme von 50.000 S sowie die Bauüberwachung und die Überprüfung der Endabrechnung übertragen. Die Behandlung der von Zivilingenieuren verfaßten Bauansuchen mit einer Kostensumme von über 50.000 S sowie die Baukontrolle und die Überprüfung der Endabrechnungen erfolgte stichprobenweise.

Das Amtshaftungsgesetz, das normalerweise nur in Ausnahmefällen auf die Amtsgeschäfte der Baupolizei Anwendung findet, beeinflußte dennoch vielfach die Arbeit der städtischen Organe, weil es von manchen Parteien zu Drohungen mit Schadensersatzansprüchen in der Absicht mißbraucht wurde, die Genehmigung ungerechtfertigter Ansuchen oder kürzere Erledigungsfristen zu erreichen, als sie bei der ständigen Überlastung der Baupolizei möglich sind.

Die Verordnung der Wiener Landesregierung vom 14. Juni 1949 zur Durchführung des Gesetzes über die zeitliche Befreiung von der Grundsteuer für wiederhergestellte Wohnhäuser sieht die maßgebende Mitwirkung der Baubehörde bei der Errechnung des Grades der Zerstörung vor; der sich hieraus ergebende Arbeitsanfall läßt sich noch nicht abschätzen.

Das Gebrauchsgebührengesetz machte die Neubemessung von rund 49.000 bestehenden Vorschreibungen erforderlich. Eine weitere Belastung brachte der Baupolizei die Zunahme der Ansuchen um Genehmigung von Portalen und Lichtreklame-Anlagen, eine Folgeerscheinung der fortschreitenden Normalisierung des Geschäftslebens.

Der Wiederaufbau und die Instandsetzungen beschädigter Wohnungen und Geschäfte, unter denen jene in Gemeindebauten einen großen Raum einnehmen, desgleichen die Bauvorhaben auf Eisenbahngrund (Magazine), für Objekte zur Einlagerung von Mineralöl sowie für die Errichtung oder Wiederherstellung von Aufzügen und Garagen brachten eine erhebliche Steigerung von Bauansuchen mit sich.

Durch die Hausratshilfe auf Grund des Wohnhaus-Wiederaufbaugesetzes ist eine Steigerung des Parteienverkehrs eingetreten, weil die Darlehenswerber bei der Baubehörde den Nachweis eines erlittenen Kriegsschadens einholen müssen.

Das Bundesgesetz vom 2. Juli 1947 (Handelskammermitglieder-gesetz), BGBl. Nr. 161/1947, schrieb die Überprüfung der Gewerbescheine vor, woraus sich eine wesentliche Steigerung der gewerbe-polizeilichen Tätigkeit ergab. Binnen einer gesetzlich festgelegten Frist mußten die bestehenden und die noch nicht genehmigten Betriebsanlagen und Erweiterungen überprüft werden.

Das umfangreiche und verzweigte Arbeitsgebiet der Baupolizei machte regelmäßige Dienstbesprechungen notwendig, bei denen aktuelle Fragen der Sachgebiete Baupolizei, Bauwirtschaft und Fondshilfe erörtert wurden. Außerdem besteht ein Kontrolldienst, der die Tätigkeit der Außenstellen stichprobenweise überprüft und jene Akten zu approbieren hat, die der Landesregierung oder dem Gemeinderatsausschuß vorzulegen sind.

Im folgenden wird für die Jahre 1948 und 1949 ein Überblick über die Verwaltungstätigkeit der Baupolizei geboten:

	1948	1949
Neubauten, Bewilligungen	8.871	9.911
Abtragungen, Bewilligungen	394	281
Sprengungen, Bewilligungen	12	—
Benützungsbewilligungen	1.786	2.146
Abtragungsaufträge	211	175
Baulinienbekanntgaben	1.346	2.382
Baulinienaussteckungen	396	249
Fundamentbeschauungen	1.278	1.578
Grundabteilungen	2.106	3.254
Gewerbepolizeiliche Erhebungen	4.703	8.444
Feuerpolizeiliche Erhebungen	1.064	421
Statische Berechnungen	1.077	1.796
Wohnungsbegutachtungen	9.216	7.309
Kommissionierungen wegen		
Gebrauchsgebühren	31.936	53.815
Ölfeuerungen	206	65
Aufzügen	274	621
Zulassungen	24	19
Dampfkesseln	103	24
Tankanlagen	120	50
Großgaragen	11	19
Grundbuchserhebungen	1.685	2.230
Verhandlungen a) Ortsverhandlungen	12.744	15.782
b) Büroverhandlungen	2.608	3.384
Baugebrechen	6.927	5.593
Bauaufträge für Sicherungsmaßnahmen, Instandsetzungen	4.417	5.346
Baueinstellungen	107	137
Ersatzausführungen, beantragt	113	315
Ersatzausführungen, durchgeführt	20	811
Berufungen	298	448
Strafanträge	196	182
Entziehung von Benützungsbewilligungen	—	230
Sonstiges	10.233	13.555

THEATER- UND KINOPOLIZEI.

Die technische Überwachung der Theater-, Zirkus-, Variété-, Kabarett- und sonstigen Veranstaltungen erforderte die Anwesenheit der Organe der Theater- und Kinopolizei bei 178 Generalproben im Jahre 1948 und bei 121 im Jahre 1949; dabei wurden die Sicherheitsvorschriften für die Aufführungen festgelegt. Hiezu kamen im Jahre 1948 187 und im Jahre 1949 170 Programmüberprüfungen sowie die Überprüfung der technischen Anlagen und der Feuer-schutzvorkehrungen in anderen Vergnügungsbetrieben. Schließlich brachte das Wiederaufleben der repräsentativen Ballveranstaltungen mit ihrem großen Dekorationsaufwand den Organen der Theater- und Kinopolizei vermehrte Tätigkeit. Die rund 200 Kinos Wiens wurden monatlich unangesagt auf die Einhaltung der Vorschriften der Kinopolizei überprüft.

Nachdem die geplante Rückgliederung der Randgebiete an Niederösterreich bisher nicht erfolgt ist, mußten auch die technischen Einrichtungen dieser Betriebe monatlich überprüft werden.

Eine Übersicht über die von der administrativen Theater- und Kinopolizei in den Jahren 1948 und 1949 geleistete Verwaltungsarbeit findet sich auf Seite 112.

Außerdem wurden noch 5.632 verschiedene Dienststücke im Jahre 1948 und 5.302 im Jahre 1949 behandelt sowie 774 Lokalausweise im Jahre 1948 und 599 im Jahre 1949 vorgenommen.

Eine Sammlung wichtiger Verordnungen, Verfügungen, Entscheidungen und Gesetzentwürfe wurde angelegt und durch Aus-scheidung erledigter Dienststücke die Registratur entlastet. Verschiedene Drucksorten und Merkblätter wurden textlich abgeändert und neu aufgelegt. Auch die Kundmachung über die Messe vom Jahre 1934 wurde durch eine neue ersetzt, die den in der Zwischenzeit gemachten Erfahrungen Rechnung trägt und den weiteren Ausbau der Wiener Messe ermöglicht. Auf die Geschäftsführung der Theater- und Kinopolizei nahmen die Besatzungsmächte keinen unmittelbaren Einfluß; die technische Überprüfung und Über-wachung der von den Alliierten beschlagnahmten Betriebsstätten war aber größtenteils undurchführbar. In den Jahren 1948 und 1949 wurden weitere besetzte Vergnügungsstätten, darunter der „Filmpalast“ und die Lembacher Säle, freigegeben.

Im Jahre 1948 wurden 9 Kinos nach Behebung der Kriegsschäden wieder in Betrieb genommen, woraus sich ein Zuwachs von 3.492 Sitzplätzen ergab. Im Jahre 1949 wurden 2 Kinos wieder aufgebaut und im Künstlerhaus ein Kino errichtet.

In Simmering, wo seit dem Kriegsende für größere Veranstaltungen kein geeigneter Saal zur Verfügung stand, wurden nach einem Umbau der Simmeringer Brauhausaal und der Kardinal Piffl-Saal für zusammen 1.000 Besucher wieder eröffnet. Im 3. Be-

zirk wurde der Sophiensaal nach gründlicher Renovierung und Austausch des einsturzgefährlichen Daches seiner Bestimmung als Vergnügungstätte wieder zurückgegeben. Im Volksprater machte der Wiederaufbau sichtlich Fortschritte und im Jahre 1949 gab es nur mehr wenige Wanderbetriebe. Für einen Großteil der Praterbetriebe bestanden bereits Dauerobjekte. Außerdem wurden im Prater die Verkehrswege mit einem staubfreien Belag versehen und elektrisch beleuchtet. Die Stadionrennbahn erhielt eine Eisenbetontribüne für 2.000 Besucher und beim Stadion wurde mit der Anlage eines Parkplatzes begonnen. In Stadlau wurde ein neuer Sportplatz für 12.000 Besucher errichtet.

Bei einem Freistilringkampf in der Börse stürzte im Jahre 1948 eine Tribüne ein, ohne daß die Besucher Schaden erlitten. Der Veranstalter hatte unterlassen, die behördlich vorgeschriebenen Sicherheitsvorkehrungen gewissenhaft durchzuführen.

Im Kino Schwadorf fing im Bildwerferraum eine Filmrolle Feuer, das den ganzen Raum in Brand setzte. Durch den Abschluß des Bildwerferraumes vom Zuschauerraum und sonstige Sicherheitsvorkehrungen konnten die Besucher vor Schaden bewahrt werden. Auch im Währinger Gürtel-Kino brannte der Bildwerferraum aus, doch kam es infolge zweckmäßiger baulicher und sonstiger Feuerschutzeinrichtungen zu keiner Panik. Der Brand war durch Unvorsichtigkeit des Operateurs entstanden, der einen in Brand geratenen Filmstreifen auf eine vorschriftswidrig außerhalb der Filmkiste abgelegte Filmrolle warf.

STÄDTISCHE PRÜF- UND VERSUCHSANSTALT.

Am 1. Juni 1949 waren es 70 Jahre, daß die städtische Prüf- und Versuchsanstalt ihre Tätigkeit aufgenommen hat. Sie ist das älteste Materialprüfungsinstitut Österreichs und hat sich auf ihrem Arbeitsgebiet einen bedeutenden Ruf erworben. Die Errichtung dieser Anstalt fiel in die Zeit des raschen Aufstieges der österreichischen Portlandzementindustrie, und ihrem damaligen Arbeitsgebiet entsprechend, wurde sie „Städtische Prüfungsanstalt für hydraulische Bindemittel“ benannt.

Nach dem ersten Weltkriege erforderten der großzügige Wohnhausbau der Gemeinde Wien, die Umstellung der Stadtbahn auf elektrischen Betrieb, zahlreiche Brückenbauten, der Ausbau des Straßennetzes und die Errichtung moderner Bade- und Sportanlagen eine bedeutende Erweiterung des Arbeitsgebietes der Anstalt für das städtische Materialprüfungswesen. Der Umfang und die Vielfalt der damaligen Arbeiten kamen in dem abgeänderten Titel „Städtische Prüfungsanstalt für Baustoffe“ zum Ausdruck.

Die fortschreitende Industrialisierung und die damit einhergehende Entwicklung des Materialprüfungswesens machten

schließlich auch die Errichtung eines chemisch-technischen Laboratoriums für Spezialzwecke notwendig.

So hat die Anstalt bis zum zweiten Weltkrieg durch ihre Prüfungs- und Versuchsarbeiten einen wesentlichen Beitrag zur Entwicklung und zum Ausbau der Betontechnologie sowie zur weiteren Entwicklung der Mörtelstoffe und des Baustahls geleistet. Im zweiten Weltkriege war sie hauptsächlich mit der Baukontrolle der Luftschutzbauten beschäftigt.

Die Nachkriegszeit stellte die Städtische Prüf- und Versuchsanstalt vor neue Aufgaben. Im Vordergrund ihrer Versuche stand nun die Wiederverwendung von Trümmerwerk, Bauschutt und verformten Trägern; hiezu kam noch die Mitarbeit bei der Entwicklung ökonomischer Baustahlarten und energiesparender Bindemittel.

Außer Baustoffen prüft die Anstalt auch andere Materialien, wie beispielsweise Betriebsstoffe für die Verkehrsmittel, Abwässer und industrielle Abfallstoffe auf ihre Verwertungsmöglichkeit zu landwirtschaftlichen und industriellen Zwecken.

Seit 1946 ist eine ständige Leistungssteigerung des Institutes zu verzeichnen, die durch die Behandlung von 2.510 Prüfungsanträgen im Jahre 1948 und von 3.109 im Jahre 1949 illustriert wird. Gegenüber dem Jahre 1946 hat sich die Zahl der Prüfungsanträge im Jahre 1949 um mehr als 100 Prozent erhöht.

Als besonders bemerkenswerte Arbeiten, die im Jahre 1948 geleistet wurden, seien erwähnt:

Die Ausarbeitung einer Methode zur einwandfreien Feststellung jener Materialien in Zuschlagstoffen, die abschleimbar sind, wie Lehm, Sand, Kies, Schotter u. dgl.; Versuche zur Ermittlung der Festigkeit und Zusammensetzung von Beton und schließlich Versuche zur Prüfung von Beton und Holz auf deren „Schlaghärte“ mittels einer eigenen Apparatur, die Schläge verschiedener Stärke auf diese Materialien ausführt, wobei deren jeweiliges Verhalten (Einkerbungen, Sprünge, Brüche) beobachtet wird.

Im chemisch-technischen Laboratorium wurde eine Versuchsanlage zur Reinigung von Abwässern errichtet und im mechanisch-technischen Laboratorium Verbesserungen an der 160-Tonnen-Presse zur Erzielung höherer Arbeitsleistungen durchgeführt sowie ein Trockenschrank mit Nachtstromheizung und automatischer Regelung eingebaut.

Im Jahre 1949 waren Versuche und Neuerungen auf nachstehenden Gebieten zu verzeichnen:

Materialprüfungen an fertiggestellten Gebäuden zur Feststellung der Festigkeit und Tragfähigkeit von Deckenkonstruktionen und Stiegen, insbesondere aber von Baustahl an jenen Stellen, an denen Schweißungen vorgenommen wurden (neural-

gische Punkte der Stahlträger); Erprobung neuer hydraulischer Bindemittel (Mörtelarten), die je nach den verwendeten mineralischen Zusätzen Magnit, Trassit, oder Lavanit-Thermomörtel benannt werden; Prüfung und Begutachtung von Fertigteilen verschiedener Stahlbetonarten und Bauteilen aus verschiedenen Betonarten sowie von Zementen für Talsperren, Faserzementrohren und Erzeugnissen aus Kunststein. Aus der Vielfalt der überprüften Materialien seien noch die Flammen-, Holz- und Oberflächenschutzmittel für Metall, Beton, Stein und Holz hervorgehoben, die für Brücken, Fenster und Türen, Unterwasserbauten, Rohrleitungen und Leitungsmaste verwendet werden.

Zu diesen Arbeiten kamen die Aufklärung von Mängeln bei Anstrichen, die Organisation der Abnahme von Proben von Baustahl, Stahlrohren, Hohlblocksteinen und Anstrichstoffen, die Untersuchung von Treib- und Schmierstoffen sowie anderen Betriebsmitteln für die Wiener Stadtwerke, und die Bodenprüfungen, die sich auf die Untersuchung von Grund- und Sickerwässern, Abwässern und Wasser für sonstige technische Zwecke erstrecken. Schließlich arbeitete die Anstalt auch in zahlreichen Fachausschüssen mit. In den Jahren 1948 und 1949 wurden mehrere Folgen der „Praktischen Mitteilungen der Städtischen Prüf- und Versuchsanstalt“ herausgegeben.

Die Anstalt wirkt an der städtischen Bautätigkeit nur indirekt mit; durch ihren Einfluß, der sich auf das kleinste Detail der Bauten erstreckt, hat sie an den Leistungen der Gemeinde Wien dennoch einen hervorragenden Anteil.

BAUHÖFE UND WERKSTÄTTEN.

In den Vorjahren bestanden für die Stadtverwaltung die größten Schwierigkeiten bei der Materialbeschaffung. Viele Jahre hindurch konnten z. B. wegen Materialmangels keine Ofengußbestandteile nachgeschafft werden, wodurch der Bedarf an diesen Materialien ständig wuchs. Die Fehlmenge an Ofengußbestandteilen in den städtischen Objekten wurde schließlich so groß, daß für ihre Behebung beträchtliche Geldmittel aufgewendet werden müssen. Nunmehr bereitet es der Gemeinde Wien Schwierigkeiten, mit den vorhandenen Geldmitteln den erhöhten Bedarf zu decken. Die Magistratsabteilung Bauhöfe und Werkstätten hat hier neben der technischen auch eine wirtschaftliche Aufgabe zu erfüllen. Als betriebsmäßig verrechnender Verwaltungszweig ist sie der Hoheitsverwaltung unterstellt und deshalb gezwungen, alle Betriebsausgaben durch Einnahmen in gleicher Höhe zu decken. Die Kalkulation der Preise für jede Leistung der Dienststelle erfolgt auf der Basis der Selbstkosten. Die Arbeitszuteilung wird nach dem Konkurrenzprinzip durchgeführt, wobei der von der

Magistratsabteilung angebotene Preis entsprechend niedriger liegen muß, als der aller übrigen Anbieter. Als Bedarfsstellen kommen vorwiegend Abteilungen der Geschäftsgruppe VI — Bauangelegenheiten, in Frage.

Die Magistratsabteilung 22 besteht aus zwei getrennt geführten Betrieben: den Bauhöfen und der Werkstätte. Der Betrieb Bauhöfe führt alle Arbeiten der Bauhaupt- und -nebgewerbe aus, die Werkstätte hat für die Instandsetzung und Instandhaltung der Heizanlagen in städtischen Objekten zu sorgen. Beide Betriebsabteilungen wurden im Jahre 1948 durch Beamte des Kontrollamtes Linz zu Studienzwecken besucht. Die Zweckmäßigkeit des organisatorischen Aufbaues der Betriebe fand volle Anerkennung bei den Linzer Beamten, die die in Wien gesammelten Erfahrungen bei der Reorganisation des Linzer Wirtschaftshofes zu verwerten beabsichtigen. Der Linzer Wirtschaftshof nimmt in der Stadt Linz eine Stelle ähnlich jener der Magistratsabteilung — Bauhöfe und Werkstätten, ein.

BAUHÖFE.

Das Bestreben, vor allem private Firmen mit öffentlichen Arbeiten zu betrauen, zwang die Bauhöfe, ihren Beschäftigtenstand um 70 Mann zu verringern, doch konnten nahezu alle freiwerdenden Arbeitskräfte in anderen städtischen Dienststellen untergebracht werden. Die Bauhöfe erproben im Einvernehmen mit der städtischen Prüf- und Versuchsanstalt Baustoffe, Bindemittel, Farben sowie Neuerungen des Bauwesens in praktischen Versuchen auf den Baustellen. Die Bauhöfe verwalten die Bagger und Preßluftkompressoren samt deren Ausrüstung, die die Stadt Wien als Überschußgüter britischer Armeebestände erworben hat. Diese Baumaschinen werden durch die Wiener Baubedarfsgesellschaft für die Durchführung städtischer Arbeiten verliehen. Fallweise wurden die Bauhöfe vom Preisbestimmungsamt zur Feststellung angemessener Preise für einzelne Leistungen herangezogen.

In den Bauhöfen waren durchschnittlich 160 Arbeiter und Angestellte beschäftigt. Sie führten vorwiegend Instandsetzungsarbeiten an den Objekten der Stadt Wien durch, worüber die folgende Übersicht Aufschluß gibt:

	1948	1949
Tischlerarbeiten	300	136
Schlosserarbeiten	314	110
Baumeisterarbeiten	136	62
Zimmererarbeiten	95	33
Glaserarbeiten	67	28
Anstreicherarbeiten	54	23
Malerarbeiten	41	24
Dachdeckerarbeiten	20	13
Zusammen	1.027	429

In den Jahren 1948 und 1949 waren die Bauhöfe mit den Professionistenarbeiten an 5 Siedlungsanlagen, an 16 Wohnhausanlagen, 8 Spitälern, 4 Schulen und 6 Gartenanlagen beschäftigt. 2 Dachstühle wurden neu errichtet und 6 Wohnhäuser sowie 4 landwirtschaftliche Betriebe instand gesetzt. Die Dachziegelfabrik in der Drorygasse wurde ebenfalls neu aufgebaut. Die Gesamtarbeiten für die Wiener Urania, für die Vibro-Erzeugungsanlage im Arsenal, für die Porzellanfabrik im Augarten und für 2 Bezirkskommandanturen im 21. und 23. Bezirk wurden übernommen. Die Schlosserarbeiten in der städtischen Wasenmeisterei, die Konstruktionsschlosserarbeiten an 2 Glashäusern und die Instandsetzungsarbeiten an Amtshäusern der Rathausgruppe besorgten ebenfalls die Bauhöfe.

Unter Aufsicht geschulter Fachkräfte erhielten auf den Baustellen der städtischen Bauhöfe die Teilnehmer an den Umschulungskursen für Maurer ihre praktische Ausbildung. Diese Umschulungskurse wurden von der Stadt Wien gemeinsam mit dem Landesarbeitsamt veranstaltet. Bisher wurden 400 aus verschiedenen Berufszweigen stammende Arbeiter in 230.000 Arbeitsstunden umgeschult. Im Gegensatz zur früher geübten Praxis, die Schüler nur Bauübungen verrichten zu lassen, wurden sie nun zur Durchführung von Nutzbauten herangezogen. Im Rahmen der Kurse wurden im Jahre 1948 folgende Bauarbeiten ausgeführt:

In der Siedlung XXI., Leopoldau: 10 durch Bomben zerstörte Siedlungshäuser wurden wieder aufgebaut und zum Teil unterkellert.

In der Siedlung XXI., Kagran, Freihof: 19 Siedlungshäuser wurden wieder aufgebaut. In einem Wohnhaus wurde eine schwierige Unterfangung der Hausdecke durchgeführt und 5 Wohnungen wurden wieder errichtet.

In der Siedlung XXI., Neu-Straßäcker, wurden die Ruinen von 8 Siedlungshäusern abgetragen; mit dem Aufbau neuer Siedlungshäuser wurde begonnen.

Mit Schluß der Bausaison 1948 wurden die Umschulungskurse aufgelassen, da der Facharbeitermangel im Baugewerbe im großen und ganzen behoben war.

HAUPTWERKSTATTE.

Mit den Reparaturen der Maschinen wärmetechnischer Anlagen ist die Hauptwerkstätte beschäftigt. Ebenso fallen ihr die Zentralheizungs-, Bade- und Wasserinstallationen, die Aufstellungen von Gasgeräten, die Kamin- und Kesselmauerungen sowie Kaminuntersuchungen in den städtischen Gebäuden zu. Um diese Aufgaben erfüllen zu können, wurde in der Betriebsstätte Malfattgasse ein Lagerraum für Kessel- und Heizkörperguß ge-

schaffen und eine freigewordene Halle als Ofenreparaturstelle eingerichtet. Im Jahre 1948 führte die Hauptwerkstätte 3.814 Aufträge durch; davon entfielen 70 Prozent auf Instandsetzungsarbeiten an Heizanlagen und der Rest auf sonstige Professionistenarbeiten. Es wurden 12 Zentralheizungsanlagen, 11 Kesselanlagen, 3 Großküchenanlagen und 8 einzelne Heizungsanlagen installiert. 880 Gasherde wurden nach sorgsamer Überholung für die städtischen Wohnhäuser geliefert. Die durch Kriegseinwirkung zerstörten Modelle der Ofentypen wurden durch Neukonstruktionen des eigenen Betriebes ersetzt. Dadurch können in den kommenden Jahren formschöne Öfen in verbesserter Konstruktion wesentlich verbilligt hergestellt werden. Das Beschränken auf wenige Ofentypen erleichtert gleichzeitig die Lagerhaltung der Ersatzteile.

Im Jahre 1949 erledigte die Hauptwerkstätte 3.585 Aufträge, von denen 75 Prozent auf Instandsetzungsarbeiten und 25 Prozent auf verschiedene Professionistenarbeiten entfielen. 1.200 Öfen, darunter über 800 der neuen, vervollkommenen Type wurden geliefert. Die neue Ofentype hat sich wegen ihrer kurzen Anheizdauer, großen Wirtschaftlichkeit im Betrieb, leichten Reparaturmöglichkeit und geringen Anschaffungskosten gut bewährt. Mit dieser neuen Ofentype wurden 20 Schulgebäude, die Desinfektionsanstalt, III., Arsenalstraße, das Amtshaus, XX., Brigittaplatz, und der Kindergarten, XXI., Baumergasse ausgestattet. An Kessel- und Zentralheizungsanlagen wurden größere Arbeiten in den Reservgärten im 2. und 19. Bezirk, in 5 Schulen und einem Kindergarten sowie im Kinderheim Neustift bei Scheibbs, N.-Ö., vorgenommen.

Von der für Wohnhausanlagen bestimmten Gasherdtype wurden 1.572 Gasherde geliefert, darunter 750 Stück an die Siedlungsanlage XI., Hasenleiten; 822 Gasherde verblieben für wiederaufgebaute städtische Wohnhäuser, wobei zu bemerken ist, daß eine neuhergestellte Wohnung erst mit der rechtzeitigen Beistellung der Heizgeräte benützbar wird. Außerdem wurden von dieser Gasherdtype 2.400 Stück repariert. Die Hauptwerkstätte war jederzeit in der Lage, die benötigten Gasherde bereitzustellen. Für die städtischen Wohnhäuser wurden auch 254 Schornsteinaufsätze geliefert und montiert, 245 Waschküchenherde repariert und 174 Waschküchenherde neu gebaut.

HEIZUNG UND MASCHINENBAU.

In den ersten Nachkriegsjahren erwies es sich als notwendig, Maschinenanschaffungen des Gewerbes und der Industrie an eine Bezugsgenehmigung zu knüpfen. Die Zulässigkeit dieser Anschaffungen hatte in Wien eine eigene Dienststelle des Magistrates fachlich zu prüfen. Mit der Besserung der wirtschaftlichen Ver-

hältnisse wurde diese Sonderaufgabe des Magistrates wieder aufgehoben.

Demgegenüber brachte die Verordnung des Bundesministeriums für Handel und Wiederaufbau und des Bundesministeriums für Finanzen vom 17. April 1948, BGBl. Nr. 83/1948, betreffend Dampfgefäße, Druckbehälter und Wärmekraftmaschinen (Dampfkesselverordnung), eine Ausdehnung der Verwaltungsgeschäfte dieser Dienststelle. Die Dampfkesselverordnung stellt im allgemeinen die Rechtsverhältnisse, wie sie bis zum Jahre 1938 bestanden hatten, wieder her. Doch unterliegen nunmehr auch alle stabilen Druckluftbehälter und andere Gruppen von Druckgefäßen der Erprobungs- und Überwachungspflicht, wodurch sich der Umfang der Geschäfte dieser Art bedeutend vergrößerte.

Die amtliche, auch auf die eingemeindeten Gebiete ausgedehnte Dampfkesselüberwachung erstreckte sich im Jahre 1948 auf 949 Dampfkessel und im Jahre 1949 auf 991 Dampfkessel.

Die vier Dampfkesselprüfungskommissäre des Landes Wien führten in den Jahren 1948 und 1949 folgende Arbeiten durch:

	1948	1949
Dampfkesseluntersuchungen		
äußere Revision	1.958	2.669
innere Revision	694	986
Feuerraumuntersuchungen	1.219	1.678
Wasserdruckproben	460	484
Anfertigung von Zeichnungen, Ausstellung von Zertifikaten	280	281

Die städtischen Dampfkesselprüfungskommissäre hielten auch die Prüfungen für Dampfkesselwärter, Dampfmaschinen- und Motorenwärter ab. Sie haben im Jahre 1948 90 und im Jahre 1949 97 Prüfungswerber geprüft, die sämtliche die Prüfung bestanden haben. Im Jahre 1949 wurden mit Erlaß der Magistratsdirektion vom 22. Dezember 1949 die folgenden Geschäfte aus der Zuständigkeit der Magistratsabteilung für Wärme-, Kälte- und Feuerungsangelegenheiten ausgeschieden und der Magistratsabteilung für Allgemeine Baupolizeiangelegenheiten zugewiesen: Rauchplagebekämpfung, Dampfkesselprüfungswesen, Dampfkesselbescheinigungsevidenz, Erprobung und Überwachung von Dampfkesseln und Druckbehältern auf Ansuchen von deren Besitzern, Prüfung von Kessel-, Maschinen- und Motorenwärtern, Bestellung von Prüfungskommissären und Dampfkesselinspektoren.

Die Behebung der Kriegsschäden mußte sich infolge der Schwierigkeiten in der Materialbeschaffung vorerst nur auf das unumgänglich notwendige Ausmaß beschränken und auch die normalen Instandsetzungen gingen über die allerdringendsten Arbeiten nicht hinaus. Mit der fortschreitend besseren Materialbelieferung konnten in den Jahren 1948 und 1949 zahlreiche Instand-

setzungen, in vielen Fällen aber auch eine gründliche Überholung der maschinen-, heizungs- und kältetechnischen Einrichtungen in den städtischen Schulen, Amtshäusern und Wohlfahrtsanstalten durchgeführt werden. Um eine möglichst sparsame Materialgebarung zu erzielen, wurde auch weiterhin alles verwendbare Altmaterial aus kriegsbeschädigten städtischen Objekten geborgen und sichergestellt. Im folgenden seien die umfangreicheren Herstellungen und Wiederaufbauarbeiten aufgezählt:

Altersheime.

- XIII., Lainz, Bau einer neuen Kesselanlage im Pavillon X,
- XVIII., Währing, Aufstellung eines Gliederkessels, Wiederherstellung der Warmwasserleitung.

Erziehungsanstalten.

- IX., Kinderübernahmestelle, Auswechslung eines Niederdruckdampf-kessels,
- XIX., Hohe Warte, Einbau einer Waschanlage,
- XXIV., Biedermanssdorf, Einbau einer Warmwasserbereitung.

Krankenanstalten, Heil- und Pflegeanstalten.

- III., Krankenhaus Rudolfstiftung, Einbau einer Zentralheizungs- und Warmwasserbereitungsanlage in der Zahnstation und in der laryngologischen Abteilung, Zuleitung der Heizung für das Schwesternheim,
- IX., Allgemeines Krankenhaus, Fertigstellung der Zentralheizung in der I. Augenklinik und in der Tuberkulosenfürsorgestelle sowie der Öffeuerungen in den neuen Kliniken,
- IX., Allgemeine Poliklinik, Einbau einer Warmwasserheizung und Warmwasserbereitung im Ambulanztrakt,
- X., Preyer'sches Kinderspital, Neubau einer Kesselanlage für die Warmwasserheizung und Warmwasserbereitung, Warmwasserheizung und Warmwasserbereitung im wiederaufgebauten Trakt,
- X., Franz Josef-Spital, Heizungseinrichtung und Warmwasserbereitung im wiederaufgebauten Materialkanzleigebäude, im Pavillon E und im Pavillon A, Erneuerung der Rostanlage am großen Hochdruckkessel,
- XI., Hasenleitengasse, Schwesternheim, Wiederaufbau der Warmwasserpumpenheizung,
- XIII., Krankenhaus Lainz, Heizung und Warmwasserbereitung für die Krankenpflegerinnenschule I. Trakt, Erneuerung von Heizkörpern im Pavillon VIII, Einbau einer Entnebelungsanlage in der Küche,
- XIII., Nervenheilanstalt Rosenhügel, Einbau eines Niederdruckkessels im Direktionsgebäude,
- XIV., „Am Steinhof“, Bau von zwei neuen Kochkesseln in der Hauptküche,
- XIV., Lungenheilstätte Baumgartnerhöhe, Vergrößerung der Kesselanlage in der Küche, Warmwasserheizung und Warmwasserbereitung für einen Operationssaal, Aufstellung von drei Kesseln als Ersatz für schadhaft gewordene,
- XIV., Zentralinfektionsspital, Einrichtung eines bakteriologischen Laboratoriums und einer Wasserbettstation,
- XV., Elisabeth-Spital, Errichtung einer neuen Desinfektionsanlage,
- XVI., Wilhelminenspital, Einbau der Heizung und Warmwasserbereitung im Schwesternheim (Pavillon XVIII) und Auswechslung der Kühlmaschine,

- XIX., Karl Marx-Hof, Kinderambulatorium, Einbau einer Niederdruckdampfheizung,
- XXI., Krankenhaus Floridsdorf, Einbau einer Kühlanlage, Einbau von Dampfkochkesseln und eines Kessels für die Warmwasserbereitung.

Kindergärten.

- V., Wimmergasse, Einbau einer neuen Warmwasserheizung,
- X., Laimäckergasse, Wiederaufbau der Niederdruckdampfheizung,
- XIV., Auer-Welsbach-Park „Schweizer-Spende“, Einbau einer neuen Warmwasserheizung.

Amtshäuser.

- I., Neues Rathaus, Zubau einer Warmwasserheizung im Bürgermeisterempfangsraum,
- VIII., Schlesingerplatz, Umbau des Kesselhauses, Rekonstruktion im Keller,
- XIII., Hietzinger Kai, Umbau des Kesselhauses,
- XIX., Gatterburggasse, Einbau der Ofenheizung,
- XX., Brigittaplatz, Einbau der Ofenheizung,
- XXI., Floridsdorf Am Spitz, Wiederaufbau der Warmwasserheizung,
- XXIV., Gumpoldskirchen, Einbau einer neuen Warmwasserheizung,
- XXIV., Mödling, Einbau einer neuen Warmwasserheizung,
- XXV., Atzgersdorf, Einbau einer Warmwasserheizung.

Schulen.

- II., Feuerbachstraße, Wiederaufbau der Niederdruckdampfheizung,
- III., Kleistgasse—Kölblgasse, Wiederaufbau der Heizung,
- X., Keplerplatz, Einbau einer Warmwasserheizung,
- XI., Münichplatz, Wiedereinbau der Ofenheizung,
- XIV., Wolfersberg, Neubau einer Niederdruckdampfheizung,
- XV., Ortnergasse, Einbau einer Warmwasserheizung,
- XVII., Geblergasse, Wiederaufbau der Niederdruckdampfheizung,
- XIX., Panzergasse, Wiedereinbau einer Ofenheizung,
- XXI., Deublergasse, Wiederaufbau der Niederdruckdampfheizung,
- XXI., Mengergasse, Einbau einer neuen Warmwasserheizung,
- XXI., Schulbauhof Kagran, Erweiterung, Vergrößerung der Anlage, Aufstellung eines Kessels, Luftheizung.

Herbergen.

- X., Gänsbachergasse, Instandsetzung der Heizanlage und Installation einer Warmwasserbereitung.

Rettungswachen.

- III., Radetzkystraße, Kesselaufstellung und Wiederaufbau der Heizung im Nebengebäude,
- XX., Gerhardusgasse, Sanitätsstation, Wiederaufbau der Niederdruckdampfheizung und der Garagenheizung.

Feuerwachen.

- I., Am Hof, Zentralfeuerwache, Vergrößerung der Kesselanlage für Schlauchwäsche und -trocknung.

Kühlanlagen.

- III., Rinderschlachthof, Einbau der zweiten Soleluftkühlerhälfte,
- III., Schweineschlachthof, Verlegung sämtlicher Kaltwasser-, Warmwasser- und Dampfleitungen,

- XI., Kontumazmarkt, Verlegung der Verbindungsrohrleitungen vom Kesselhaus zur Arbeitshalle.
XII., Die Kühlanlage im Pferdeschlachthof Meidling, die bisher von der britischen Besatzungsmacht benützt wurde, steht vom 22. Dezember 1949 an wieder der Gemeindeverwaltung zur Verfügung.

In Zusammenarbeit mit der Magistratsabteilung für Brücken- und Wasserbau wurde für Räumungs- und Bergungsarbeiten im Donaukanal sowie in den Donauhäfen die maschinentechnische Ausrüstung für die erforderlichen Zugschiffe, Versenkplätten, Trauner und Bagger entworfen. Zur Durchführung kleinerer Instandsetzungsarbeiten an den Schiffen und deren maschineller Einrichtung wurde an der Spittelauer Lände eine Werkstätte eingerichtet. Das Zugschiff „Blitz“ wurde instand gesetzt und der Bagger „Josef“ fertiggestellt. In den Motorbooten „Junior“, „Rudolf“ und „Mariandl“ wurden die maschinentechnischen Einrichtungen eingebaut.

Am Freudenauer Spitz wurde der Leuchtturm, der durch Kriegseinwirkung in seinem oberen Teil völlig zerstört worden war, wieder betriebsfähig gemacht. Mit der örtlichen Besatzungsmacht führte der Magistrat Verhandlungen um die Freigabe versenkter Schiffe. Es erfolgten daraufhin verschiedene Schiffshebungen. Ebenso hat sich der Magistrat um die Räumung der Fahrrinnen sowie der Hafenanlagen von Hindernissen, wie Schiffsrümpfen und Brückentrümmern, bemüht. Für die Wiener Baustoffwerke A.-G., die ein privatwirtschaftlicher Betrieb der Gemeinde Wien ist, wurde der Bau einer Seilbahnanlage mit Belade- und Umkehrstation begonnen und der Bau eines großen Fixbaggers für Sand und Schotter vergeben. Projekte für die Kühl- und Filteranlage des Restaurants und für das Wellenbad im Strandbad „Gänsehäufel“ wurden ausgearbeitet.

Zu den bau- und gewerbebehördlichen sowie zu den theater- und kinopolizeilichen Angelegenheiten wurde vom Standpunkt der Maschinen- und Heizungstechnik Stellung genommen. Organe des Magistrates nahmen an zahlreichen kommissionellen Ortsaugenscheinen teil.

INSTALLATIONEN IN STÄDTISCHEN GEBÄUDEN.

Das Jahr 1948 war das erste Nachkriegsjahr, in dem die Versorgung mit Gas und elektrischer Energie ausreichend war. Durch Stromknappheit verursachte Abschaltungen von Gemeindeobjekten kamen nicht mehr vor. Dennoch wurde die Magistratsabteilung für Installationen in städtischen Gebäuden durch den Mangel an einzelnen Installationsgeräten, aber auch durch die zeitbedingte technische Entwicklung zu Versuchen mit Neuerungen angeregt.

Im Herbst 1947 war das vorhandene Kontingent an Fayence-Klosettschalen äußerst gering. Nicht einmal der dringendste Bedarf konnte gedeckt werden. Um diesem Übelstand abzuwehren, wurden in städtischen Objekten (Schulen, Erziehungsanstalten) Klosettschalen aus Kunststein verwendet. Ihre größere Dauerhaftigkeit zeigte sogar einen Vorteil gegenüber den Fayence-schalen. Mit Hilfe von Steinmetzen der Rathausverwaltung wurde eine solche Kunststeinklosettschale konstruiert und nach einigen Modellverbesserungen ein Musterschutz für das Stadtbauamt angemeldet. Nachdem etwa 120 Schalen in eigener Regie hergestellt worden waren, wurde die laufende Erzeugung gegen eine Lizenzgebühr einer Privatfirma übertragen.

Um eine wirtschaftliche Erzeugung der Kunststeinschalen zu ermöglichen, haben städtische Techniker einen eigenen Rütteltisch konstruiert. Für diese Einrichtung zeigte die Städtische Prüf- und Versuchsanstalt Interesse, da ein vorhandenes schwedisches Gerät für größere Rüttelmassen nicht verwendbar war. Der neu konstruierte Rütteltisch wurde in der Schlosserei der städtischen Hauptwerkstätte hergestellt und eingehende Untersuchungen und Erprobungen ergaben seine volle Brauchbarkeit. Dieser Rütteltisch wird nun im ständigen Prüfdienst verwendet.

Durch die Kriegsergebnisse gingen nicht nur viele Aufzeichnungen über Rohrstraßen u. dgl. verloren, sondern es wurden auch vorhandene Pläne durch Zerstörung der Festpunkte wertlos. Deshalb besteht an einem Gerät, das die Auffindung von Rohren, Kabeln usw. ermöglicht, größtes Interesse. Städtische Techniker haben schon im Jahre 1946 ein derartiges Gerät entwickelt, das sich seither vielfach bewährt hat.

Im Gegensatz zu bekannten älteren Suchgeräten arbeitet das neue Gerät mit Hochfrequenz, wodurch die Genauigkeit der Messung und auch die Verwendbarkeit wesentlich verbessert wurden.

Mit dem Gerät kann der Verlauf und die Verlegungstiefe von Rohrleitungen und Kabeltrassen im Mauerwerk oder im Erdreich festgestellt werden. Durch Herablassen oder Einziehen einer Hilfsleitung lassen sich auch Schornsteine und Schächte im Mauerwerk auf Zentimeter genau feststellen. In den drei Jahren der Verwendung hat das Gerät der Stadtverwaltung bereits wertvolle Dienste geleistet.

Einem dringenden Bedürfnis entsprechend, wurde ein eigenes Schulfunkgerät für die Gemeinde Wien entwickelt. Die Verwendung normaler Rundfunkgeräte hat zu einer Reihe von Übelständen geführt. Das neue Gerät wurde nach folgenden Gesichtspunkten entwickelt: Niederer Preis, Verzicht auf jede entbehrliche Ausstattung, schon der äußeren Form nach als Gemeineigentum kenntlich, höchste Tonqualität, bequeme, flache Kasten-

form, die mit einem Traggriff versehen, einen leichten Transport ermöglicht. Durch die vorgesehene fixe Abstimmung auf den Wiener Sender ist es bereits gelungen, eine Gebührenermäßigung zu erreichen, und es besteht die Aussicht auf eine gänzliche Befreiung von der Entrichtung der Rundfunkgebühr. Im Jahre 1949 wurde der neu entworfene Schulfunk-Empfangsapparat in einer Reihe von Schulen eingeführt; er erwies sich den Anforderungen vollkommen gewachsen, ist in der Wiedergabe klangrein und seine Bedienung ist wesentlich einfacher als festeingebaute Lautsprecheranlagen in Gestellausführung.

Das Hauptgewicht bei der Arbeit der Dienststelle wurde auf technische Verbesserungen im Installationswesen gelegt. Das Bestreben ging dahin, Installationsmethoden zu finden, die eine weitgehende Verwendung fertiger Bauteile gestatten. Dadurch könnten nicht nur die Baukosten erheblich gesenkt werden, sondern es würden auch die Instandhaltungskosten, die gerade bei den Installationen bedeutend sind, herabgesetzt werden.

Die ursprünglich geplante einheitliche Zusammenfassung der gesamten Wohnungsinstallation mußte jedoch aufgegeben werden. Die Forderungen der Gaswerke und der Elektrizitätswerke wegen der Unterbringung der Zähler, Absperrventile und Zuleitung, aber auch die Vielzahl der Grundrißlösungen verhinderten eine Vereinheitlichung der gesamten Wohnungsinstallation. Es wurde daher vorerst eine Teillösung angestrebt und die Klosettinstallation genormt.

Die Hauptmerkmale dieser Normung sind: Abfallrohrstrang und Wassersteigstrang sind frei geführt und stehen außer in den Deckendurchbrüchen in keiner Verbindung mit dem Mauerwerk. Alle Teile werden fertig an die Baustelle geliefert und dort nur zusammengestellt. Durch die spezielle Ausführung der Verbindungsstellen ist hierbei ein Ausgleich der unvermeidlichen Bautoleranz möglich, so daß jegliche Nacharbeit an der Baustelle entfällt. Eine für diese Bauweise passende Klosettschale wurde ebenso wie der dazugehörige Spülapparat neu konstruiert. Die Wohnhausneubauten Simonygasse und Wehlstraße werden erstmalig nach dieser Bauweise installiert.

Es ist erfreulich, daß nunmehr auch das Bemühen, zu einem Regelgrundriß für die Anordnung von Küche, Bad und Klosett zu kommen, durch die Zusammenarbeit aller beteiligten Techniker zu einem Erfolg geführt hat. Dadurch ist es jetzt möglich, eine genormte Installation für alle in Betracht kommenden Räume zu schaffen. Das neue Installationssystem wurde in einigen Wohnhausbauten versuchsweise ausgeführt. Der Einbau erfolgte ohne jede Nacharbeit im fertigen Hochbau und brachte eine wesentliche Kürzung der Montagezeit.

Für Installationszwecke werden heute Kupfer und Blei in großen Mengen verwendet. Beide Metalle sind jedoch, da die Inlandvorkommen den Bedarf nur zum geringen Teil decken, wertvolle Importgüter. Im Gegensatz dazu steht Aluminium unbeschränkt zur Verfügung, doch wird es für elektrische Leitungen im Wohnhausbau nur in geringen Mengen benützt. Hingegen besteht eine weitgehende Verwendungsmöglichkeit des Aluminiums für andere Installationszwecke, z. B. für Abflußleitungen, die gegenwärtig noch aus Blei hergestellt werden.

Darüber hinaus wird durch einige Musterausführungen die Eignung des Aluminiums für Küchenabwaschen, Waschbecken und Badewannen erprobt. Die vorläufigen Ergebnisse dieser Versuche lassen eine nennenswerte Senkung der Herstellungskosten erwarten.

Nachstehend eine Aufzählung der durchgeführten und beendeten Installationen größeren Ausmaßes:

	1948	1949
Neubauwohnungen	91	594
Wohnungen, nach Kriegsschäden instandgesetzt	690	461
Marktanlagen, wieder instandgesetzt	4	4
Öffentliche Bedürfnisanstalten, neu errichtet . . .	3	7
Denkmalbrunnen, wieder instandgesetzt	4	—
Fachambulanzen in Spitälern, neu errichtet	2	—
Krankenabteilungen, neu errichtet	2	—
Schwesternunterkünfte, eingerichtet	1	—
Garagen, wieder aufgebaut	1	1
Röntgenanlagen, errichtet	2	2
Transformatorstationen, errichtet	5	—
Krankenbettenaufzug, eingebaut	1	1
Laboratorium, neu errichtet	1	—
Planschbecken, neu angelegt	1	—
Tuberkulosen-Fürsorgestellen, neu errichtet . . .	2	4
Klassenzimmer in Schulen, wieder instandgesetzt	92	720
Automatische Telephonanlagen, neu errichtet . .	3	4
Nebenstellen in Telephonanlagen, angeschlossen	323	—
Kindererholungsstätten, instandgesetzt	—	7

Weiters wurden die Installationen bei nachstehenden Wiederaufbauten durchgeführt: Schweineschlachthof und Verkaufshalle St. Marx, Zentralviehmarkt; Allgemeines Krankenhaus, Diphtheriepavillon; Herberge für Obdachlose, X., Hüttenbrennergasse; Franz Josef-Spital, A-Pavillon, Stöckl; Nervenheilanstalt Rosenhügel, Pavillon B; Stadionbad; Stadion-Radrennbahn; Strandbad Gänsehäufel.

Im Rathaus wurde der Umbau der elektrischen Anlage auf Drehstrom begonnen.

Die Neufassung des Gasregulativs und der Vorschriften über die Herstellung von Wasserleitungseinrichtungen wurde auch in den Jahren 1948 und 1949 nicht durchgeführt. Es gelten daher

neben den alten österreichischen Regulativen immer noch die nach dem Jahre 1938 in Kraft gesetzten reichsdeutschen Vorschriften.

Ebenso sind die alten österreichischen Sicherheitsvorschriften über die Ausführung von Elektroinstallationen neben den Ausführungsvorschriften des Vereines Deutscher Elektriker (VDE) gleichzeitig in Geltung. Einige Abschnitte der Ausführungsvorschriften des VDE wurden den österreichischen Verhältnissen angepaßt und in neuer Form erlassen.

Mit dem Jahre 1949 wurde die Geschäftseinteilung der Magistratsabteilung für Installationen an städtischen Gebäuden dahin abgeändert, daß der Motorenausgleich, den seit Kriegsende die Magistratsabteilung für öffentliche Beleuchtung besorgt hatte, der Magistratsabteilung für Installationen an städtischen Gebäuden zugeteilt wurde.

TECHNISCH-BEHÖRDLICHE ANGELEGENHEITEN DES GAS- UND ELEKTRIZITÄTSWESENS.

Aus dem Fortbestehen ehemaliger reichsdeutscher Gesetze und Verordnungen — Energiewirtschaftsgesetz, Azetylenverordnung und Gasregulativs in geänderter Fassung — bei gleichzeitigem Fehlen entsprechender österreichischer Normen, haben sich in der Bearbeitung behördlicher Angelegenheiten viele Schwierigkeiten und Hindernisse ergeben. Besonders notwendig erscheint eine Klärung auf dem Gebiete der Sicherheitsmaßnahmen für brennbare Gase. Im Jahre 1949 hat die Abänderung von VDE-Vorschriften (Vorschriften des Verbandes deutscher Elektrotechniker) durch den Runderlaß Nr. 2 des Bundesministeriums für Energiewirtschaft und Elektrifizierung Klarheit in die Überprüfungsangelegenheiten elektrischer Anlagen in Garagen gebracht. Nach der 3. Kinodurchführungsverordnung mußten jene Kinooperateure, die vor Kriegsende Vorführungsberechtigungen erworben hatten, sich einer fachtechnischen Prüfung unterziehen. Die Kundmachung des Wiener Magistrats vom 29. Dezember 1949 über ortspolizeiliche Vorschriften für Messeveranstaltungen hat auch die Ausführung, Überprüfung und Überwachung der Gas- und elektrischen Anlagen der Wiener Messe geregelt.

Die behördliche Tätigkeit auf dem Gebiete des Gas- und Elektrizitätswesens umfaßte in den Jahren 1948 und 1949 die gesetzlich vorgeschriebene alljährliche Überprüfung der elektrischen Anlagen sämtlicher Wiener Kinos und Theater, die Überprüfung aller neuerrichteten Leuchtröhren- und Röntgenanlagen sowie die Überprüfung von Installationen in Privathäusern. Auch die Ermittlung der Ursachen elektrolytischer Rohrzerstörungen und von Unfällen durch elektrischen Strom sowie die Überprüfung des

Befähigungsnachweises von Bewerbern um Elektro- und Gas-konzessionen fällt in das Arbeitsgebiet der Gruppe für technisch-behördliche Angelegenheiten. Ihre Vertreter haben auch an Besprechungen und Beratungen zur Schaffung der gesetzlichen Grundlagen für die behördliche Tätigkeit im Elektrizitätswesen und auf dem Gebiete der brennbaren Gase teilgenommen. Zur Beratung stand der Entwurf eines Elektrizitätsgesetzes, eines vom Ministerium für Handel und Wiederaufbau herausgegebenen Entwurfes einer Gaslagerverordnung, einer Gasordnung für Gewerbebetriebe und eine Abänderung des Kino- und Theatergesetzes. In den ministeriellen Fachausschüssen zur Schaffung neuer österreichischer Vorschriften für Elektrotechnik waren auch städtische Techniker vertreten.

Auch die Begutachtung zahlreicher größerer elektrischer Projekte (des Großkinos in der Stadiongasse, der Österr. Saurerwerke u. a.) gehörte zum Aufgabenkreis der technisch-behördlichen Arbeitsgruppe.

Zahlenmäßig waren nachstehende Arbeitsleistungen zu verzeichnen:

	1948	1949
Kinoüberprüfungen	287	297
Theater und Vergnügungslokale	405	465
Hochspannungsanlagen	302	535
Gewerbliche Angelegenheiten	500	397
Konzessionsangelegenheiten	298	192
Diverses	121	142

ÖFFENTLICHE BELEUCHTUNG.

Am 18. September 1948 wurde am Reumannplatz in Favoriten die 25.000. elektrische Glühlampe in die wiederhergestellten öffentlichen Beleuchtungsanlagen Wiens im Rahmen einer kleinen Feier eingeschaltet, bei der Bürgermeister Körner symbolhaft sagen konnte, Wien habe sich aus dem tiefsten Dunkel der Nachkriegszeit wieder erhoben. Ende 1949 sorgten bereits 31.411 elektrische Lampen und 3.449 Gaslampen für die Beleuchtung der Straßen. Somit stand der Großteil der Lichtenanlagen wieder in Betrieb und Wien konnte als ausreichend beleuchtet gelten, wenngleich noch vereinzelte Gebiete der Stadt (Parkanlagen ohne Verkehrsbedeutung), vor allem aber jene Stadtteile, in denen die Gaslaternen wegen des geplanten Umbaues auf elektrische Beleuchtung nicht wieder verwendet wurden, unbeleuchtet blieben. Für die Stadtverwaltung war nun der Zeitpunkt gekommen, den Fragen der Wirtschaftlichkeit und des technischen Fortschrittes auf dem Gebiete der öffentlichen Beleuchtung mehr Aufmerksamkeit zuzuwenden.

Schon im Jahre 1948 wurden Vorschläge ausgearbeitet, die vor allem die Wirtschaftlichkeit des Baues der öffentlichen Beleuchtung fördern sollten: Regeln für kurze Kabelführung, für mastensparende Tragdrahtverspannungen, Normierung des Materials, Festlegung von bewährten Schaltarten usw. Um die teuren unzweckmäßigen Drosselspulen bei der Serienbeleuchtung im Wechselstromgebiet überflüssig zu machen, wurde ein Quecksilberschaltorgan für Gleich- und Wechselstrom konstruiert. Dieser Konstruktion, die von 1950 an serienmäßig hergestellt wird, kommt große wirtschaftliche Bedeutung zu. Mit gutem Erfolg wurden luftgekühlte Transformatoren (220 V/44 V) in Betrieb genommen, deren Instandhaltung wesentlich einfacher und billiger ist als jene der bisher verwendeten ausgegossenen Modelle. Die durch die Elektrifizierung freigewordenen Gaskandelaber wurden durch verhältnismäßig billige Adaptierungen zu elektrischen Kandelabern für Parkanlagen umgestaltet, wodurch bedeutende Ersparnisse an Materialkosten erzielt wurden. Bei den Umschaltungen von Gleichstrom auf Drehstrom wird als neue Spannung überwiegend $3 \times 380 \text{ V}/220 \text{ V}$ verwendet. Das ermöglicht eine Serienschaltung von 8 Glühlampen der normalen Type. Diese Schaltung ist 1949 erprobt worden und kann ab 1950 allgemein angewendet werden, wodurch die Umschaltungsschwierigkeiten verkleinert werden.

Auch arbeits- und verwaltungstechnische Neuerungen wurden durchgeführt. So wurde die Instandhaltung der Anlagen der öffentlichen elektrischen Beleuchtung durch Arbeitsanleitungen vereinfacht, wodurch der Personalstand verringert werden konnte und dennoch eine systematische Instandhaltung gewährleistet ist. Die Instandhaltungsarbeiten an der öffentlichen Gasbeleuchtung wurden neu geregelt und die Instandhaltungskosten für die elektrische Beleuchtung und für die Gasbeleuchtung pauschaliert.

Durch einen regelmäßig tagenden Konstruktions- und Koordinierungsausschuß, in dem die Erfordernisse des Baues, der Instandhaltung, Störungsbehebung usw. aufeinander abgestimmt werden, konnten die Instandhaltungsaufwendungen verringert und auch die Häufigkeit von Störungen vermindert werden. Ebenso wurde die Regelmäßigkeit der Überprüfungen bei den Verbrauchern sichergestellt.

Im Jahre 1949 wurden ein Kreditsystem und eine Kreditvidenz mit gutem Erfolg erprobt, die die Baureferenten zu wirtschaftlicher Projektierung und Bauführung zwingen und jede Kreditüberschreitung sofort erkennen lassen.

Der Aufgabenkreis der Magistratsabteilung für öffentliche Beleuchtung wurde im Jahre 1949 durch Zuweisung der Geschäfte der Materialbeschaffung und -verwaltung erweitert.

Das gesamte Baumaterial für die öffentliche Beleuchtung (über 1.000 verschiedene Posten) wurde hierauf nach einem eigenen, ausbaufähigen Nummernsystem katalogisiert und die Materialkartei darnach neu eingerichtet.

Im Jahre 1948 wurden 5.014 elektrische und 1.293 Gaslampen, im Jahre 1949 4.136 elektrische und 1.386 Gaslampen in Betrieb gesetzt. Die Verteilung der neu eingeschalteten Lampen zeigt nachstehende Übersicht:

	1948	1949
Leopoldstadt	—	300
Landstraße	238	148
Favoriten	636	441
Simmering	—	574
Meidling	399	—
Penzing	—	319
Döbling	504	—
Floridsdorf	—	661

Die Errichtung von Wohnhausbauten erforderte in verschiedenen Stadtteilen Neuanlagen der öffentlichen elektrischen Beleuchtung, so in der Venedigerau, Vorgartenstraße, beim Stadion, in der Per Albin Hansson-Siedlung, Siedlung Wienerfeld-West, Siedlung Hasenleiten, Großfeldsiedlung, Nordrandsiedlung, Siedlung Schwarzlackenau, Prager Straße, Deindorf-Siedlung, Siedlung Kagran, Hirschstetten, Neustraßäcker und Breitenlee.

An Stelle der Gasbeleuchtung ist in folgenden Gebieten die elektrische Beleuchtung getreten: 2. Bezirk, die Gegend um die Franz Hochedlinger-, Schrei-, Malzgasse und dem Ilgplatz; 3. Bezirk, die Gebiete um die Dißler-, Marokkaner-, Kegel-, Hörnes- und Fasangasse; 9. Bezirk, das Viertel um die Tepserngasse und im Lichtental; 10. Bezirk, die Gegend um die Hardtmuth-, Rotenhof-, David-, Ettenreich- und Hasengasse; 11. Bezirk, die Viertel mit der Römerthal-, Herbortgasse und das große Gebiet der Landengassen und der Simmeringer Heide; 12. Bezirk, die Gegend um die Murlingengasse; 14. Bezirk, das Gebiet zwischen Linzer Straße und Hütteldorfer Straße von der Vorortelinie bis nach Baumgarten und die Umgebung der Cervantesgasse; 18. Bezirk, das Gebiet um den Bischof Faber-Platz; 19. Bezirk, bei der Cottagegasse und Blasstraße; 20. Bezirk, das Gebiet Zwischenbrücken und um den Allerheiligenplatz; 21. Bezirk, die Umgebung der Belliniggasse sowie in Kaisermühlen.

Der Arbeits- und Kostenaufwand für jede neue Lampe wird von Jahr zu Jahr größer, weil der Anteil der Neuanlagen (neue Wohnhausbauten und Siedlungen) ständig steigt und die Errichtung einer Beleuchtung in den weniger oder nicht verbauten Gebieten Wiens, die nun an der Reihe sind, wegen der eigens zu schaffenden Stützpunkte (Maste) weitaus mehr Arbeit erfordert als in dicht verbauten Gebieten. So mußten im Jahre 1949 für 5.522

Lampen rund 1.540 eigene Stützpunkte (10 Lichtmaste, 734 Stahlmaste, 570 Holzmaste, 226 Kandelaber) aufgestellt werden, wogegen im Jahre 1948 für 6.307 neue Lampen nur 923 eigene Stützpunkte und in den vorhergehenden Jahren noch viel weniger erforderlich waren.

Für die öffentliche elektrische Beleuchtung wurden im Jahre 1948 17,673.591 kWh, im Jahre 1949 20,137.326 kWh elektrischer Strom verbraucht. Die Stromkosten für die Beleuchtung Wiens beliefen sich pro Nacht im Jahre 1948 auf 4.561 S und im Jahre 1949 auf 5.510 S. Der Gasverbrauch für die öffentliche Beleuchtung betrug im Jahre 1948 728.695 Kubikmeter und im Jahre 1949 1,548.710 Kubikmeter. Die Gaskosten stellten sich pro Nacht im Jahre 1948 auf 492 S, im Jahre 1949 auf 1.088'50 S.

Der Betrieb einer elektrischen Lampe kostete durchschnittlich 63'63 S im Jahre 1948 und 61'69 S im Jahre 1949; demgegenüber stellte sich der Aufwand für eine Gaslampe im Jahre 1948 auf 149'60 S und im Jahre 1949 auf 112'55 S. Die Instandhaltungskosten betragen für eine elektrische Lampe 15 g, für eine Gaslampe 1'50 S. Die auffallend höheren Kosten der Gasbeleuchtung erklären sich aus dem großen Zeitaufwand des Personals, dem die Bedienung der wenigen, weit auseinanderliegenden Gaslichtanlagen zufällt und aus den höheren Kosten der Fehlerbehebung.

Da die Stadtverwaltung während der Kriegszeit für die Instandhaltung der öffentlichen Beleuchtungsanlagen nur sehr wenig aufgewendet hatte, waren Schäden aller Art entstanden, die nunmehr behoben werden mußten. Maste und Kandelaber bedurften eines Anstriches und Tausende von Lampenanschlußkabeln waren brüchig geworden, so daß sich insbesondere bei Sturmwetter die Störungen häuften. Durch intensive Arbeit wurden im Jahre 1949 die Störungen auf das normale Maß beschränkt und Wien wieder so beleuchtet wie in der Vorkriegszeit nach 12 Uhr nachts. Jene Lichtanlagen, die vor dem Kriege nur bis Mitternacht in Betrieb standen, konnten bisher noch nicht wiederhergestellt werden.

In einigen Gebieten von Wien, in denen durch Kriegseinwirkung die Gasbeleuchtungsanlage zerstört wurde und aus technischen Gründen nicht mehr instandgesetzt werden soll, mußte der Umbau auf elektrische Beleuchtung wegen des unverhältnismäßig hohen Bedarfes an Masten noch unterbleiben.

ÖFFENTLICHE UHREN.

Ende 1947 standen 163 öffentliche Uhren, darunter 72 mit beleuchtetem Zifferblatt, in Betrieb. Im Jahre 1948 wurden 2 Lichtmastuhren, 2 Ständeruhren, 3 Kirchenguhren und 3 Uhren an sonstigen Objekten instandgesetzt; im Jahre 1949 wurden 15 öffentliche Uhren wieder in Betrieb genommen und an 19 Uhren die

Zifferblätter beleuchtet. Durch Vornahme von Reparaturen erhöhte sich die Zahl der öffentlichen Uhren Ende 1949 auf insgesamt 188, unter denen sich 101 Uhren mit beleuchtetem Zifferblatt befanden.

Die Versuche, ein verlässliches von der Feuerwehrzentrale gesteuertes Zentraluhrensystern auszubauen, wurden fortgesetzt und bisher 7 öffentliche Uhren in dieses System einbezogen.

Zur Wiederinstandsetzung und Instandhaltung der öffentlichen Uhren wurden auch 4 private Uhrenfirmen herangezogen.

TECHNISCHE VERKEHRSANGELEGENHEITEN.

Die Besorgung der Verwaltungsgeschäfte in technischen Verkehrsangelegenheiten erfordert überwiegend Außendienstleistungen, die durch die Vornahme von Ortsaugenscheinen, Begutachtungen und Verhandlungen an Ort und Stelle sowie die aufsichtsbehördliche Tätigkeit bedingt sind. So fanden im Jahre 1948 1.917 und im Jahre 1949 2.219 Ortsverhandlungen statt. In den Jahren 1948 und 1949 wirkte der Magistrat als Landesbehörde durch eine Reihe von Gutachten bei der Durchführung der Eisenbahngesetze mit. Als besonders bemerkenswert seien Verhandlungen dieser Art über die Auflassung eines Teiles der Eisenbahnlinie Wien—Berg zwischen Wien-Hauptzollamt und Schwechat, über die Baulichkeiten bei der Philadelphiabrücke am Schedifkaplatz und über das Gleisbauprogramm der Wiener Verkehrsbetriebe verzeichnet. Mehrere Ortsverhandlungen wurden wegen Haltestellen und sonstiger Einrichtungen der Wiener Straßenbahn geführt. Schließlich ist noch die Teilnahme an den Planungsarbeiten der Wiener Großbahnhöfe, insbesondere des West- und Nordbahnhofes und an den Verhandlungen über den Umbau des Penzinger Gleisdreieckes zu erwähnen. Außerdem wurden auch zahlreiche Begutachtungen, verbunden mit Lokalaugenschein über Garagen- und Werkstättenbauten sowie Treibstofftankstellen, Bauvorhaben von Kinos, Verkaufshütten auf Straßen, Portalbauten und Lichtreklamen vorgenommen.

Als Aufsichtsbehörde obliegt dem Magistrat aber auch die Festlegung von Verkehrsvorschriften bei Arbeiten auf der Straße oder im Straßenkörper sowie die verkehrstechnische Beratung bei der Anlage von Tiefbauarbeiten. Von der auf diesem Gebiete geleisteten Arbeit sind hervorzuheben: die Verkehrsregelung beim Umbau des Alsbachkanals, bei größeren Kabellegungen der Wiener Elektrizitätswerke und die Verkehrsregelungen bei Reparaturarbeiten an Brücken. In dasselbe Gebiet gehören auch die Erteilung von 210 Fahrbewilligungen sowie die Behandlung zahlreicher Ansuchen um Ausnahmegenehmigungen von Verkehrsverboten und -beschränkungen, insbesondere aber um Genehmi-

gung des Transportes von ungewöhnlich großen und schweren Gütern, wie z. B. die Beförderung eines 95 Tonnen schweren Transformators vom Bahnhof Jedlesees zum Umspannwerk Nord und die Beförderung beladener Güterwaggons, wie sie der wieder aufgenommenen Straßenrollverkehr auf den Straßen des 21. Bezirkes mit sich bringt.

Auch sportliche Veranstaltungen auf den Straßen Wiens beschäftigen die städtische Aufsichtsbehörde. Als Beispiele aus dem Jahre 1948 seien das Breitenfurter Motorradrennen und das „Rennen rund um das Heustadlwasser“ erwähnt.

An Kundmachungen verkehrstechnischer Art wurden verlautbart: Die Einbahnstraßenerklärung für die Matrosengasse und Rummelhardtgasse, 14 sonstige Kundmachungen des Magistrats über besondere Verkehrsmaßnahmen und die Kundmachung über die Befreiung von der Reinigung und Bestreuung der Gehwege. Hievon haben insbesondere die Wiener Kirchenverwaltungen weitgehend Gebrauch gemacht.

In den Jahren 1948 und 1949 wurden in Zusammenarbeit mit der Magistratsabteilung für öffentliche Beleuchtung die folgenden vier Verkehrslichtsignalanlagen gebaut und in Betrieb gesetzt: Schleifmühlgasse—Wiedner Hauptstraße, Wallensteinplatz, Währinger Straße—Nußdorfer Straße, Mariahilfer Straße—Neubaugasse. Bei drei Verkehrslichtsignalanlagen wurde für den Verkehrsposten ein geschlossenes Wetterschutzhäuschen errichtet; zwei solche Häuschen mußten im Zusammenhang mit Verkehrsunfällen instandgesetzt werden.

Für die Neuaufstellung von Verkehrsschildern, Straßentafeln und die Installation sonstiger für die Regelung des Verkehrs wichtiger Einrichtungen sowie für die Kriegsschädenbehebung standen verhältnismäßig geringe Mittel zur Verfügung. Trotzdem konnten im Jahre 1948 583, im Jahre 1949 879 Verkehrsschilder neu aufgestellt und im Jahre 1948 von 16 umbenannten Straßenzügen die Straßentafeln erneuert werden; im Jahre 1949 wurden 712 Straßenenennungs- und Orientierungstafeln, außerdem Kettensperren und Leuchtpfähle angebracht.

Auch in den Jahren 1948 und 1949 mußten Anträge und Sonderwünsche der alliierten Besatzungsmächte durchgeführt werden, von denen die umfangreiche Verkehrsregelung eines Einbahnstraßennetzes in Mödling hervorzuheben ist. Durch Anbringung von Schildern wurden folgende Verkehrsregelungen bekanntgemacht: Das Durchfahrtsverbot für die Innere Stadt, die Verkehrsbeschränkung im Pratergebiet, die Warnungen bei schienen gleichen Eisenbahnübergängen und die durch Verordnung des Bundesministeriums für Handel und Wiederaufbau erlassene Verlautbarung über die zu Vorrangstraßen erklärten Bundesstraßen.

LANDESPRÜFSTELLE FÜR DAS KRAFTFAHRWESEN.

Als Landesprüfstelle für das Kraftfahrwesen obliegt dem Magistrat im staatlichen Wirkungsbereich die Prüfung und Genehmigung von Kraftfahrzeugen sowie die Prüfung der Kraftfahrzeugführer, Fahrerschullehrer und -inhaber auf ihre fachliche Befähigung. Über die auf diesem Gebiete geleistete Arbeit gibt nachstehende Übersicht Aufschluß:

	1948	1949
Zahl der Ansuchen	9.160	7.464
Geprüfte Fahrzeuge	6.141	8.167
Einprägung amtlicher Motor- und Fahrstellnummern	1.859	2.375

Die Prüfung der Kraftfahrzeuge fand in der hierfür provisorisch eingerichteten städtischen Großgarage, Siebenbrunnfeldgasse, statt. Der notwendige zweckentsprechende Ausbau dieser Prüfstelle soll im Jahre 1950 durchgeführt werden. Von dem vertraglich gesicherten Recht, die Räume der Bundesversuchsanstalt für Kraftfahrzeuge, Michelbeuerngasse, mitbenützen zu dürfen, wurde seit Mai 1949 für die Prüfung von Autobussen und Sonderfahrzeugen Gebrauch gemacht. Der Landeshauptmann von Wien hat der Bundesversuchsanstalt für Kraftfahrzeuge die regelmäßig wiederkehrende Zustandsprüfung von Kraftfahrzeugen gemäß Abschnitt 8 der Kraftfahrverordnung übertragen. Die Bundesversuchsanstalt hat auf Grund dieses Auftrages im Jahre 1948 11.886, im Jahre 1949 21.808 Kraftfahrzeuge im Sinne der gesetzlichen Bestimmungen überprüft. Die in Aussicht genommene räumliche Zusammenlegung der Prüfstelle für Kraftfahrzeuge und der Bundesversuchsanstalt konnte wegen Überlastung der beiden Prüfstellen durch die Wiedereinführung österreichischer Verkehrsgesetze noch nicht durchgeführt werden. Im Durchschnitt wurden täglich 31 Kraftfahrzeugprüfungen abgehalten und die dazu gehörigen Bescheide ausgefertigt.

Die mündlichen Prüfungen für Bewerber zur Führung von Kraftfahrzeugen werden zur Vereinfachung des Aktenlaufes und der Führerscheinausstellung im Verkehrsamt der Bundes-Polizeidirektion, die praktischen Prüfungen auf der Straße abgehalten. Die Magistratsabteilung für technische Verkehrsangelegenheiten, der die termingemäße Einteilung der Führerprüfungen und die Einhebung der Verwaltungsabgaben obliegt, befindet sich im Amtshaus Kellinggasse 2. Für Kraftfahrzeugprüfungen wurden im Jahre 1948 Verwaltungsabgaben im Betrage von 514.623 S, im Jahre 1949 von 360.240 S eingenommen. Für die Prüfungstätigkeit nach dem Kraftfahrsgesetz stehen der Landesprüfungskommission technische Fachleute und rechtskundige Beamte der Polizeidirektion zur Verfügung.

Die Prüfung von Kraftfahrern erforderte nachstehend angeführte Arbeitsleistungen:

	1948	1949
Zahl der Ansuchen	13.262	20.025
Zahl der geprüften Bewerber	11.808	15.352
Prüfungsfälle insgesamt	12.950	17.160

TRANSPORTLENKUNG.

Im Jahre 1948 haben sich im Transportwesen verschiedene Erleichterungen ergeben. Die Benzinzuteilung war im Durchschnitt besser als im Jahre 1947, reichte jedoch für die Anforderung nicht aus. Dieseltreibstoff war in genügender Menge vorhanden und frei erhältlich. Die Erdgasfahrzeuge konnten nach Bedarf und ohne Wartezeiten mit Treibstoff versorgt werden, doch suchte ein Teil der Fahrzeugbesitzer ihre Wagen an Stelle von Erdgas wieder mit Benzin betreiben zu können. Diesen Bestrebungen mußte wegen der noch bestehenden Benzinknappheit Widerstand entgegengesetzt werden. Die Verkehrseinschränkungen bei den österreichischen Bundesbahnen hatten zur Folge, daß Handel, Industrie und Gewerbe trachtete, den Ausfall von Waggons durch Lastkraftwagen auszugleichen.

Die amtliche Lenkung der Transportmittel konnte am 31. Mai 1948 vollständig aufgehoben werden. Die Wiener Lastkraftwagen-Betriebsgesellschaft wurde Ende 1947 aufgelassen und die frei gewordenen Lastkraftfahrzeuge verkauft. Auch der gesamte städtische Fuhrpark stand nunmehr ausschließlich für städtische Zwecke zur Verfügung. Die Fahrbereitschaften der Bezirke 1 bis 26 wurden als selbständige Referate aufgelassen und in die Wirtschaftsreferate der Magistratischen Bezirksämter eingegliedert. Die Ausstellung der Benützungsbescheinigungen wurde am 31. Mai 1948 von der Polizeidirektion übernommen.

Bis zum 31. Mai 1948 wurden mit Hilfe der amtlichen Transportlenkung noch 435.742 t lebenswichtiger Güter befördert. Um diese Mengen führen zu können, mußten 66.113 Kraftfahrzeuge eingesetzt werden, die insgesamt 3.976.500 km zurückgelegt haben. Hievon haben der Fuhrpark der Gemeinde Wien 54.961 Lastkraftwagen, die Bezirksfahrbereitschaften 11.152 Lastkraftwagen, zusammen 66.113 Lastkraftwagen beigelegt.

Für die Fahrzeughalter ergaben sich im Jahre 1948 weitgehende Erleichterungen. Am 21. Mai wurde der Fahrauftragszwang für das Pferdefuhrwerk, am 12. Juni das Sonn- und Feiertagsfahrverbot bei Kraftfahrzeugen aufgehoben. Am 28. Juni wurden die Verordnungen über die Verwendung der Kraftfahrzeuge nur im öffentlichen Interesse, die Führung des Fahrtenbuches und die Verordnung über das Erfordernis von Fahraufträgen bis zu 50 km ab Stadtmitte aufgehoben.

Ab 1. Juni 1948 wurden alle Transporte ohne Mitwirkung der öffentlichen Hand klaglos durchgeführt. Zu Stockungen ist es nirgends gekommen.

Die Transportleistungen im Jahre 1948 sind aus den folgenden Übersichten zu ersehen:

Fahrzeugbesteller	Anzahl der Kraftfahrzeuge	Gefahrene Kilometer	Geleistete Tonnage	Nutzlast
Städtische Fahrzeuge	54.961	3,419.900	349.372	175.229
Fahrzeuge der Fahrbereitschaften	11.152	556.600	86.370	39.216
Zusammen	66.113	3,976.500	435.742	214.445

Durch die Stadtverwaltung wurden befördert:

	Tonnen
Lebensmittel	55.683
Spitalsbedarf	3.414
für Gemeinschaftsküchen	855
Kohle	34.850
Holz	4.270
für den Wiederaufbau	112.046
für die Gaswerke	13.341
für die Elektrizitätswerke	12.576
für die Verkehrsbetriebe	23.335
für die Wasserwerke	2.955
für die Leichenbestattung	2.865
Wegräumung von Schutt und Unrat	165.063
Verschiedenes	13.489
Zusammen	444.742

Am 31. Mai 1948 waren folgende Kraftfahrzeuge zum Verkehr zugelassen:

Lastkraftwagen	13.538
Anhänger	1.213
Personenkraftwagen	8.061
Autobusse	500
Zugmaschinen	613
Motorräder	8.764
Spezial-Kraftfahrzeuge	499
Zusammen	33.188

Transportleistungen über Veranlassung der Stadt Wien vom Mai 1945 bis Mai 1948.

Fahrzeuge der Besatzungsmächte:

Fahrzeugbesteller	Anzahl der Kraftfahrzeuge	Gefahrene Kilometer	Geleistete Tonnage	Nutzlast
USA.	136.293	10,680.000	853.764	399.875
Großbritannien	69.790	5,600.090	684.038	299.413
Frankreich	4.478	333.960	23.187	10.098
UdSSR.	14.218	1,064.128	85.150	34.241
Zusammen	224.779	17,678.178	1,646.139	743.627

Wiener Kraftfahrzeuge:

Fahrzeugbesteller	Anzahl der Kraftfahrzeuge	Gefahrene Kilometer	Geleistete Tonnage	Nutzlast
Wiener Lkw-Betriebsgesellschaft	34.342	2.747.160	206.030	103.016
Gemeinde-Kraftfahrzeuge	185.244	12.574.719	1.058.883	540.406
Fahrbereitschaften	513.754	29.114.890	2.554.969	1.221.672
Zusammen	733.340	44.436.769	3.819.882	1.865.094
Insgesamt	958.119	62.114.947	5.466.021	2.608.721

Aufteilung der über Veranlassung der Stadt Wien vom Mai 1945 bis Mai 1948 geleisteten Tonnage:

	Tonnen
Ernährung	1.465.026
Humanitätsanstalten	70.580
Werkküchen und Schülerausspeisung	101.657
Flüchtlingsbeförderung	3.895
Kohle	696.500
Brennholz	237.103
Wiederaufbau	1.270.444
Gaswerke	56.946
Elektrizitätswerke	77.050
Straßenbahnen	145.475
Wasserwerke	20.763
Leichenbestattung	27.537
Feuerwehr	8.868
Müll- und Schuttabfuhr	799.567
Umzüge und Verschiedenes	484.610
Zusammen	5.466.021

Im Durchschnitt leistete jedes auf 27 t geeichte Kraftfahrzeug pro Tag 65 Kilometer und beförderte in mehreren Fahren täglich 57 t. Die gesamte gefahrene Kilometerleistung entspricht der 1.550-maligen Umfahrung des Erdäquators.

Über den Kraftfahrzeugbestand im Bundesland Wien am 31. Mai 1948 gibt nachstehende Übersicht Aufschluß:

Zugelassene Kraftfahrzeuge	Antriebsart						zus.
	Ben-zin	Die-sel	Erd-gas	Holz-gas	Elek-tro	Son-stige	
Personenkraftwagen	7.720	14	316	7	1	3	8.061
Omnibusse	132	345	16	—	6	1	500
Lastkraftwagen							
Nutzlast:							
bis 1 t	3.194	24	1.070	5	23	3	4.319
„ 3 t	4.176	595	1.876	83	119	3	6.852
„ 5 t	576	1.023	265	52	9	2	1.927
über 5 t	12	406	10	10	1	1	440
Zugmaschinen	65	435	16	31	7	59	613
Spezialkraftfahrzeuge	385	84	20	1	12	—	502
Motorräder							
einspurig	6.228	—	—	—	—	9	6.237
mehrspurig	2.505	1	9	—	—	12	2.527
Zusammen	24.993	2.927	3.598	189	178	93	31.978

Außerdem wurden 1.044 Anhänger für Lastkraftwagen und 169 Anhänger für Personenkraftwagen zugelassen.

Bis zum Mai 1948 gab es in Wien 8.000 Kraftfahrzeuge, die nicht mit Treibstoff versorgt werden konnten. Auf Grund der erhöhten Treibstoffzuweisungen wurden ab Juni 1948 an sämtliche Kraftfahrzeughalter, die sich darum bewarben, Benzinbezugskarten ausgegeben.

Mit Juni 1948 wurde die Bewirtschaftung der Öle aufgehoben. Anfangs hatte es kleine Schwierigkeiten gegeben, aber bald stand genügend Motorenöl zur Verfügung, da der Import besser funktionierte und auch einige Inlandsfirmen die Erzeugung von Ölen und Fetten aufgenommen hatten.

Ähnlich wie in der Benzinbewirtschaftung war die Situation auch in der Bewirtschaftung von Petroleum. In den Wintermonaten konnte mit der zugewiesenen Menge nur schwer das Auslangen gefunden werden, da ein Großteil zu Beheizungs- und Beleuchtungszwecken verwendet wurde; außerdem hatten, durch die schlechte Wetterlage bedingt, die Kraftfahrzeuge einen erhöhten Verbrauch. Mit Beginn der wärmeren Jahreszeit aber konnten die vom Bundesministerium für Handel und Wiederaufbau zur Verfügung gestellten Mengen nur noch schwer verkauft werden, insbesondere, da nun die österreichischen Bundesbahnen in der Lage waren, den notwendigen Transportraum für die Versorgung der Stadt zur Verfügung zu stellen. Deshalb wurde mit Oktober 1948 die Bewirtschaftung von Gasöl und Petroleum vom Bundesministerium für Handel und Wiederaufbau aufgehoben.

Im Jahre 1948 wurden folgende Mengen Treibstoff freigegeben:

Monat	Benzin	Gasöl Liter	Petroleum	Öle
Jänner	1,282.400	1,913.600	1,385.800	339.350
Februar	1,308.700	1,974.550	1,017.160	437.470
März	1,777.500	2,122,680	1.664.900	444.950
April	1,921.300	3,633.200	1,437.950	227.700
Mai	2,185.200	2,742.850	1,462.500	440.000
Juni	1,931.600	2,286.850	1,462.500	407.000
Juli	2,220.100	2,403.120	1,521.000	601.700
August	2,208.400	1,987.000	1,243.700	601.700
September	2,845.600	2,401.000	1,287.000	411.400
Oktober	3,910.500	2,401.000	2,340.000	412.500
November	2,453.800	2,280.000	1,805.400	534.600
Dezember	1,461.400	2,280.000	1,755.000	583.000
Zusammen	25,506.500	28,425.850	18,382.910	5,441.370

Die Anforderungen betragen in diesem Jahre folgende Mengen:

Monat	Benzin	Gasöl Liter	Petroleum	Öle
Jänner	5,121.250	9,244.000	2,478.000	731.500
Februar	5,278.750	9,297.000	2,481.000	748.000
März	5,371.875	9,384.000	2,481.000	825.000
April	5,237.500	4,255.000	2,481.000	786.500
Mai	5,541.000	4,374.000	2,487.000	792.000
Juni	5,837.500	4,366.000	2,487.000	786.500
Juli	6,196.000	4,065.000	2,487.000	764.500
August	6,250.000	3,205.000	2,445.000	764.500
September	6,313.000	3,236.000	2,445.000	764.500
Oktober	6,358.000	3,204.000	2,445.000	764.500
November	6,358.000	3,204.000	2,445.000	759.000
Dezember	6,358.000	3,204.000	2,445.000	759.000
Zusammen	70,220.875	61,038.000	29,607.000	9,245.500

Der durch die neue Kennzeichenerteilung notwendig gewordene Austausch in W-Nummern konnte nicht zeitgerecht vollendet werden. Am 2. Jänner 1948 waren insgesamt noch 8.752 alte Wagenpaßnummern von den verschiedenen Wagengruppen vorhanden. Am 15. Februar wurde der letzte Termin zum kostenlosen Austausch durch Presse und Rundfunk bekanntgegeben. Von diesem Tage an wurde der Austausch nur mehr dann kostenlos vorgenommen, wenn nachweisbar kein Verschulden der Partei vorlag.

Am 1. Jänner 1948 wurde die Erdgastankstelle Vorgartenstraße in Betrieb genommen, die nach kurzer Zeit die erwartete Erleichterung beim Tanken brachte. Seither war die BV-Methan-Gesellschaft in der Lage, sämtliche Erdgasfahrzeuge einschließlich der Personenkraftwagen mit Treibstoff zu versorgen. Das Tanken dieser Wagen erfolgte ohne Beschränkung der Tanktage, der Tankmenge, Tankzeiten und Tankstellen, so daß praktisch die Bewirtschaftung dieses Treibstoffes aufgehört hatte. Vorsichtshalber wurde jedoch an der Ausgabe der Tankplaketten weiterhin festgehalten; in Übereinstimmung mit den Kundenausweisen der BV-Methan-Gesellschaft wurden Plaketten für bestimmte Tankstellen und Tanktage angefertigt, um im Falle eines eventuellen Gasausfalles das Tanken der Erdgasfahrzeuge, ihrer Dringlichkeit für die Wirtschaft entsprechend, sofort wieder regulieren zu können.

Zum Erdgasbezug waren im Jahre 1948 3.539 Lastkraftwagen, 244 Personenkraftwagen und 14 Motorräder gemeldet. Zur Deckung des Bedarfes an Treibstoff für diese Fahrzeuge standen vier Gastankstellen der BV-Methan-Gesellschaft und eine Tankstelle der OROP für Stadtgastankstelle zur Verfügung, und zwar:

Tankstelle	Zugeteilte Fahrzeuge	Durchschnittliche Tagesleistung in m ³
Erdgastankstelle Vorgartenstraße	945	10.571
„ Leopoldau	744	7.512
„ Simmering	1.442	11.034
„ Aderklaa	514	2.511
Stadtgastankstelle OROP, XV., Moeringg.	152	3.000

Da die Austauschaktion der Kennzeichentafeln durch die Polizeidirektion — Verkehrsamt, bis zum 23. Februar 1948 verlängert wurde, machte dies auch die Verlängerung des Umtausches der Benützungsbeseinigungen und Bewilligungen notwendig. Hatten die Fahrzeughalter den Austausch der Benützungsbeseinigungen und der Bewilligungen bis zum Ablauf der Frist nicht durchgeführt, dann wurde der Umtausch zu einem späteren Zeitpunkt wie eine Neuanmeldung behandelt. In der Zeit vom 1. Jänner bis 31. Mai 1948 wurden in den drei Zulassungsreferaten zusammen 31.986 Parteien abgefertigt.

Ab 1. Juni 1948 wurden die Benützungsbeseinigungen vom Verkehrsamt der Bundespolizeidirektion gleichzeitig mit den Zulassungsscheinen ausgefolgt. Die wesentlichste Folge dieser Verfügung war, daß die Zulassung der Fahrzeuge zum Verkehr nicht mehr nach dem Grade ihrer wirtschaftlichen Notwendigkeit, sondern ohne jede Beschränkung erfolgte. Auch die Ausfolgung der Fahrtenbücher hatte von nun an zu unterbleiben. Daher wurden die Zulassungsreferate aufgelassen und eine Wirtschaftsabteilung geschaffen, die sich lediglich mit der Einstufung der Kraftfahrzeuge nach ihrer Dringlichkeit und der Ausfertigung der Treibstoffkarten befaßte. Die bisher gesondert geführte Suchkartei, die inzwischen auch durch die Erfassung der Motorräder ergänzt worden war, wurde der Wirtschaftsabteilung angegliedert. Hingegen wurden die Akten und Karteikarten für die Staatsfahrzeuge als gegenstandslos aus der Wirtschaftsabteilung entfernt und im Archiv abgelegt. Das Formblatt für die Neuanmeldungen und Veränderungen wurde wieder aufgelassen, da sämtliche Vormerkungen jetzt sofort von der Wirtschaftsabteilung in der Ruf- und in der Suchkartei durchgeführt wurden. Von den Gemeindefahrzeugen wurde der größte Teil der Evidenz der Transportlenkung entzogen und die bezüglichlichen Akten und Karteikarten abgelegt.

Ende September 1948 wurde dann die Bewirtschaftung des Dieselöles aufgehoben und dadurch die Dienststelle der Versorgung der mit diesem Treibstoff betriebenen Kraftfahrzeuge entzogen. Die Karteikarten für die ungefähr 2.400 Dieselfahrzeuge wurden aus der Rufkartei ausgeschieden.

In der Zentrale der Dienststelle für Verkehrslenkung wurden Fahraufträge und Fahrgenehmigungen für nachstehende Kraftfahrzeuge ausgefertigt:

- Für sämtliche Kraftfahrzeuge des Staates und dessen Dienststellen (S).
- Für sämtliche Kraftfahrzeuge der Gemeinde Wien und deren Dienststellen (SG).
- Für sämtliche Lastkraftwagen des Bäckereigewerbes in Wien, 1. bis 26. Bez.
- Für sämtliche Lastkraftwagen des Milch- und Fettwirtschaftsverbandes (Molkereibetriebe).
- Für sämtliche Lastkraftwagen in Wien, 1. bis 26. Bez., mit Dieselantrieb.

Für Personenkraftwagen und Motorräder in Wien, 1. bis 26. Bez., über Verlangen der Parteien.

Für das Pferdefuhrwerk der Gemüsegärtnereien und landwirtschaftlichen Betriebe (Landwirtschaftskammer Wien).

Im Jahre 1948 wurde zur rascheren Erledigung den Parteien die Möglichkeit geboten, sich Fahraufträge mit einer Gültigkeitsdauer bis zu 4 Monaten ausfertigen zu lassen; die Gültigkeitsdauer konnte durch Aufkleben von Wertmarken bis zu drei weiteren Monaten erstreckt werden. Eine gleiche Einrichtung ist auch für Personenkraftwagen und Motorräder vorgesehen worden.

Insgesamt wurden folgende Fahrgenehmigungen (Fahraufträge) erteilt und Wertmarken zu deren Verlängerung ausgegeben:

Personenkraftwagen und Motorräder (für 1 Monat)	12.000	Stück	à 10 S
an Wochentagen (für 1 Tag)	380	„	„ 2 „
Wertmarken (für 1 Monat)	1.950	„	„ 10 „
Sonntagsfahrgenehmigungen	23.009	„	„ 8 „
Lastkraftwagen Monatsfahraufträge	3.180	„	„ 20 „
Wochenfahraufträge	230	„	„ 6 „
verbilligte und Tagesfahraufträge	4.500	„	„ 2 „
Unentgeltliche Amtsexemplare für Lastkraftwagen	1.200	„	„
Unentgeltliche Amtsexemplare für Personenkraftwagen	500	„	„

Für Fahraufträge, Fahrgenehmigungen und Wertmarken wurden im Jahre 1948 zusammen 424.164 S eingenommen.

Nach Überprüfung der wirtschaftlichen Notwendigkeit wurden zentral für ganz Wien Stellungnahmen für Personentransporte mit Lastkraftwagen ausgefertigt. Diese Stellungnahmen waren im Einvernehmen mit der Polizeidirektion Wien — Verkehrsamt, als Voraussetzung zur Kommissionierung und Zulassung von Lastkraftwagen für Personenbeförderung erforderlich. Im Jahre 1948 wurden 935 Stellungnahmen und 1.058 Fahraufträge für Personenbeförderung ausgefertigt.

Im Jahre 1948 wurden 5.500 Strafanzeigen erstattet und 4.200 Strafverfügungen erlassen. Die Summe der im Jahre 1948 verhängten Verwaltungsstrafen beläuft sich auf 84.000 S.

Zur Rationalisierung des Betriebes war seit 30. April 1948 eine Benzinkartenstandesliste und eine geänderte Benzinkartenstandesmeldung in Gebrauch. Mit den Benzinmarken wurden den Wirtschaftsreferenten der Bezirke Richtlinien übergeben, die genau die auszugebenden Benzinmengen vorschrieben. Benzinkarten von Fahrzeughaltern, die seit zwei Monaten kein Benzin bezogen hatten, wurden eingezogen, um zu verhindern, daß die Wirtschaftsreferenten für ihre Bezirke mehr Benzin anfordern konnten, als ihnen zukam.

Außer den Bezirken erhielten sowohl die städtischen als auch die privaten Großbetriebe monatlich ein Benzinkontingent zugewiesen, das sie am Monatsende mittels Formularen abrechnen mußten. In diesen Betrieben wurden an Hand der Abrechnungen

Kontrollen durchgeführt, die mit den Zahlen dieser Abrechnungen übereinstimmen mußten.

Die fortschreitende Besserung der Treibstofflage und die Aufhebung verschiedener einschränkender Vorschriften sowie die Freigabe des Petroleums, Diesel- und Motorenöls entzogen der Magistratsabteilung für Transportlenkung ihr Betätigungsfeld und führten am 10. März 1949 zu ihrer Auflösung.

Mit den Liquidierungsarbeiten wurde das Hauptwirtschaftsamt betraut. Die Benzinzuweisungen wurden seither von den Wirtschaftsreferaten der Magistratischen Bezirksämter besorgt.

STÄDTISCHER FUHRWERKSBERIEB.

Da die Schuttabfuhr aus den Straßen Wiens im Jahre 1948 im großen und ganzen beendet war und der städtische Fuhrpark auch zu Transportleistungen für gemeindefremde Zwecke nicht mehr herangezogen wurde, konnte eine Verringerung des Fuhrparks vorgenommen werden. Der Betrieb gab 180 Lastkraftwagen ab. Im Jahre 1949 wurde der Wagenpark infolge Verringerung der Fahrleistungen für die Hoheitsverwaltung um 90 Kraftfahrzeuge vermindert. Zur Verbesserung der Müllabfuhr wurden im Jahre 1948 14 Wibro-Müllwagen und im Jahre 1949 15 Großraum-Müllwagen neu beschafft. Der Wagenpark umfaßte am Ende des Jahres 1948 568 Lastkraftwagen und 160 Lastkraftwagenanhänger, Ende des Jahres 1949 358 Lastkraftwagen, 158 Anhänger und 167 Spezialfahrzeuge. Auch die Zahl der Personenkraftwagen im Dienstkraftwagenbetrieb wurde wesentlich herabgesetzt. Am Jahresende 1948 standen 82 Personenkraftwagen und 48 Motorräder, am Jahresende 1949 75 Personenkraftwagen und 44 Motorräder für Dienstfahrten zur Verfügung.

Zur Bewältigung der Transportaufgaben waren im Jahre 1948 insgesamt 96.155 Lastkraftwagenschichten und 12.367 Anhänger-tagschichten, im Jahre 1949 82.868 Lastkraftwagenschichten und 16.761 Anhängertagschichten nötig. Hierbei wurden im Jahre 1948 8.696.000 km mit einer Tonnage von 960.000 t, im Jahre 1949 5.882.000 km mit einer Tonnage von 1.030.000 t gefahren. Der Treibstoffverbrauch betrug im Jahre 1948 1.797.000 l Benzin und 998.000 l Dieseltreibstoff, im Jahre 1949 1.303.000 l Benzin und 890.000 l Dieseltreibstoff.

Die Hauptwerkstätte des städtischen Fuhrwerksbetriebes besorgte außer der Instandhaltung der Kraftfahrzeuge des Fuhrparks und des Dienstwagenbetriebes auch die der Kranken- und Rettungsfahrzeuge des Anstaltenamtes sowie die Instandhaltungsarbeiten und Ersatzherstellungen von Handkarren, Sanddächern und Kehrriektisten für die Straßenpflege. Aus vorhandenen Bestandteilen wurden zwei Kehrriektmaschinen, zwei Selbstladekehr-

maschinen, eine Straßenwaschmaschine und zwei Anhängerkehrmaschinen hergestellt. 144 ausgeschiedene Fahrzeuge sowie Motoren und sonstige Bestandteile wurden verkauft.

STRASSENPFLEGE UND MÜLLABFUHR.

Für die Straßenreinigung konnten im Jahre 1948 neben der üblichen Reinigungsarbeit der Straßenpflegeorgane über die Sommermonate ein Kehrzug und fallweise eine Kleinkehrmaschine in Betrieb gesetzt werden. Im Jahre 1949 wurde der Betrieb der Straßenreinigung weiter verbessert und 2 motorisierte Kehrzüge mit Selbstladekehrmaschinen eingesetzt. Somit waren über die Sommermonate 3 Kehrzüge in Betrieb; außerdem wurde eine Kleinkehrmaschine hauptsächlich auf dem Naschmarkt verwendet.

Die Staubplage wurde im Stadtgebiet während des Sommers 1948 mit 7 motorisierten Sprengwagen bekämpft, im Jahre 1949 kamen weitere 4 Autosprengwagen hinzu. In den Randgemeinden besorgten mehrere pferdebespannte Sprengwagen die Bespritzung der Straßen. Im Jahre 1949 wurde für spezielle Arbeiten eine Straßenwaschmaschine eingesetzt.

Von den Verkehrsflächen Wiens wurden in den Jahren 1948 und 1949 außer der Straßenkehrrichtabfuhr auch noch etwa 4.600 m² des zurückgebliebenen Bombenschutttes weggeführt.

Zur gründlicheren Reinigung wichtiger Verkehrswege wurden vier Nachtpartien in den inneren Stadtbezirken eingesetzt.

Über die Verwendung der Fahrzeuge für die Straßenpflege gibt die folgende Tabelle Aufschluß:

	1948	1949
	Tageschichten	
Lastkraftwagen:		
Abfuhr von Straßenkehrricht	7.224	7.935
Schneeräumung und Bestreuung	2.357	2.687
Maschinelle Reinigung	267	817
Sprengwagen	499	679
Sonstiges, Materialbeschaffung und Regieleistungen	2.860	1.538
Zusammen . . .	13.207	13.656
Pferdebespannte Wagen:		
Abfuhr von Straßenkehrricht	3.276	959
Schneeräumung und Bestreuung	3.109	346
Maschinelle Reinigung	17	2
Sprengwagen	212	381
Sonstiges, Materialbeschaffung	1.522	54
Zusammen . . .	8.136	1.742

SCHNEESÄUBERUNG.

Der Winter 1947/48 brachte in der zweiten Hälfte des Monats Jänner starke Schneefälle, im Februar Verwehungen auf den Landstraßen in den Randgebieten. Im Jänner und Februar 1948

war auch an einigen Tagen Glatteis oder Schneeglätte, wodurch die Ausfahrt von Bestreuungsautos und die Bestreuung der Verkehrsflächen und Straßenübergänge durch Straßenreinigungsorgane notwendig wurde. Bei der Schneeräumung wurden im Jänner und Februar 1948 vom eigenen Personal 34.025 Tagsschichten, von aufgenommenen Schneearbeitern 32.100 Tagsschichten sowie von Baufirmen beigestellten Arbeitskräften 2.700 Tagsschichten geleistet. Für Schneearbeiterlöhne wurde ein Betrag von rund 804.000 S, für die von Firmen beigestellten Arbeitskräfte von 179.500 S aufgewendet.

Die Monate November, Dezember 1948 brachten keine bemerkenswerten Schneefälle, jedoch sehr viele Glatteistage, die die Ausfahrt sämtlicher Bestreuungsautos als zusätzliche Hilfe für die Bestreuung durch Straßenreinigungsorgane notwendig machten. Der Wagenpark für die Schneeräumung konnte derart vergrößert werden, daß am Ende des Jahres 1948 22 Normal-Schneepflüge mit Schneepflughängern, 41 Motorkeilpflüge und Seitenräumer auf Lastkraftwagen aufgehängt und 1 Schneefräse zur Verfügung standen. Der Stand an Werkzeugen und Geräten wurde ergänzt.

Für die Bestreuung der Straßen bei Glatteis wurden im Jahre 1948 10.000 m³, im Jahre 1949 12.000 m³ Schlacke und Sand sowie im Jahre 1948 40 t und im Jahre 1949 80 t Aufstreusalz beschafft. Um Schneeverwehungen hintanzuhalten, wurden im Jahre 1948 5.000 Schneepanken angekauft und der Bestand im Jahre 1949 um weitere 3.000 erhöht. Der Winterdienst der städtischen Straßenpflege bestand im Jahre 1949 hauptsächlich in der Bekämpfung der zahlreichen Glatteisbildungen in den Monaten Jänner bis März. Diese erforderten die Verwendung aller bereitgestellten Streuautos, die auf 29 Fahrrouten für die Bestreuung der wichtigsten Verkehrsflächen sorgten. In den Randgebieten mußten wiederholt private Fuhrwerke mithelfen.

Die Wintermonate des Jahres 1949 waren ziemlich schneearm, bis anfangs Februar vereinzelte leichte Schneefälle einsetzten, die bis in die ersten Tage des Monats März währten. Die städtischen Schneepflüge konnten den Verkehr auf den Straßen Wiens ohne Schwierigkeit aufrechterhalten, zu Verwehungen auf den Straßen im eingemeindeten Stadtgebiet ist es nicht gekommen. Bei der Schneeräumung wurden vom Jänner bis März 1949 vom eigenen Personal 3.815 Tagsschichten, von aufgenommenen Schneearbeitern 3.156 Tagsschichten geleistet. Für Schneearbeiterlöhne wurden 84.993 S aufgewendet.

Der Wagenpark für die Schneeräumung wurde im Jahre 1949 nur geringfügig erhöht. Am Jahresende standen zur Schneebeseitigung 24 motorisierte Pflüge samt Anhängern, 36 motorisierte Holzkeilpflüge und Seitenräumer, 31 schwere Motorkeilpflüge,

9 schwere Motorseitenräumer, 4 geländegängige Keilpflüge, 1 Schneefräse und 1 Schneeschleuder zur Verfügung. Zur Befahrung der 29 Streurouten wurden ebenso viele Streuautos, zum Teil mit mechanischen Streuvorrichtungen versehen, bereitgestellt.

MÜLLABFUHR.

Im Jahre 1948 wurde die Müllabfuhr wieder auf den Stand des Jahres 1937 gebracht. Zu Jahresbeginn standen täglich durchschnittlich 12 Spezialfahrzeuge, ein Kleinwagen und 77 offene Lastkraftwagen zur Verfügung. In den folgenden Monaten wurden 15 Wibro-Großraumwagen erworben und drei Kleinwagen wieder brauchbar gemacht; dadurch verminderte sich der tägliche Bedarf von 77 auf 43 offene Wagen. Der Verzicht auf 34 ungedeckte Fahrzeuge bedeutete, daß Ende 1948 fast 50 Prozent Müll, gegenüber 22 Prozent am Anfang des Jahres, ohne gesundheitsschädigende Staubeentwicklung befördert werden konnten.

Im Jahre 1949 war es durch Ankauf weiterer Großraum-Müllwagen möglich, am Jahresende mit 18 offenen Lastkraftwagen das Auslangen zu finden und etwa 70 Prozent des Kehrriechts in hygienischer Weise wegzuführen. Durch Verwendung von Spezialfahrzeugen an Stelle offener Wagen konnte das Bedienungspersonal im Jahre 1948 um 27 und im Jahre 1949 um 87 Mann verringert werden.

In den Randgebieten, in denen im Jahre 1948 für die Kehrriechteinsammlung nur offene Lastkraftwagen zur Verfügung standen, wurden im Jahre 1949 10 Fahrzeuge mit verschiebbaren Plachen versehen, um die Staubeentwicklung bei der Einsammlung und Abfuhr von Müll zu vermindern.

Die Einsammlung und Abfuhr des Mülls wurde bis zum Jahre 1949 größtenteils noch nach den aus der Vorkriegszeit stammenden Abfuhrplänen vorgekommen, die den heutigen Verhältnissen nicht mehr entsprechen. Daher wurde im Jahre 1949 mit der Neueinteilung der Sammelstrecken und der Anfertigung neuer Abfuhrpläne begonnen, woraus sich auch eine Vereinfachung der Gebührenberechnung ergab.

Für die Müllablagerung standen Plätze im 10. Bezirk an der Tolbuchinstraße und an der Eibesbrunnergasse, im 17. Bezirk an der Oberwiedenstraße (Sängerwarte), im 21. Bezirk am Bruckhaufen zur Verfügung. Außerdem wurde ein Platz im 21. Bezirk neben dem Jedleseer Aupark zur Ablagerung von Müll aus dem 21. Bezirk herangezogen, der gleichzeitig der Schuttablagerung dient und ebenso wie der Schuttablagerungsplatz an der Wagramer Straße (Kaiserwasser) einen Ersatz für die aufgelassene Planierung beim Stadion bietet. Ein kleiner Teil des abgeführten

Mülls wurde im Verbrennungsofen im 21. Bezirk verbrannt. Für die Ablagerung von Schutt von städtischen und staatlichen Baustellen wurde auch die Planierung an der Eibesbrunnergasse herangezogen. Auf diesem Platz gelangten im Jahre 1948 rund 136.000 m³ Schutt zur Ablagerung. Auf den Plätzen an der Wagramer Straße und beim Jedleseer Aupark wurden im Jahre 1948 196.000 m³ und im Jahre 1949 88.521 m³ Schutt abgelagert. Der Platz im 17. Bezirk wurde am 1. Oktober 1949 aufgelassen, so daß Ende 1949 nur 3 Ableerplätze zur Verfügung standen.

Zur Durchführung der wichtigsten Planierungsarbeiten auf den großen Ableerplätzen an der Tolbuchinstraße und am Bruckhaufen wurden an Stelle von Mietbaggern Bagger der Gemeinde Wien eingesetzt, wodurch sich die Betriebskosten auf den Ableerplätzen verringerten.

Im Jahre 1948 wurden 6,212.861 und im Jahre 1949 6,609.972 Müllgefäße entleert. Abgeführt wurden im Jahre 1948 insgesamt 504.316 m³ und im Jahre 1949 504.354 m³ Müll. Diese Müllmengen wurden auf die einzelnen Ableerplätze verteilt, wie nachfolgende Übersicht zeigt:

	1948	1949
	Kubikmeter	
Ableerplatz X., Tolbuchinstraße	134.193	105.391
„ X., Eibesbrunnergasse	143.674	142.660
„ XVII., Oberwiedengasse	42.590	37.779
„ XXI., Bruckhaufen und Aupark	182.395	189.357
Verbrennungsofen	1.464	1.317
Ableerplätze in eingemeindeten Gebieten	—	27.850

Auf den Ableerplätzen und an den Fahrbetriebsmitteln sowie an der Müllbahn und an Raupenschleppern wurden Instandsetzungsarbeiten vorgenommen. Auf den Ableerplätzen in der Tolbuchinstraße und am Bruckhaufen wurden Ableerrutschen gebaut, die ein rasches Umladen des Mülls von den Plateau- und Wibro-Fahrzeugen auf die Bahnwagen ermöglichen. Durch diese Einrichtung werden auch die Reifen der Sammelwagen bei schlechtem Straßenzustand auf den Planierungen geschont.

Die Reinigung und Reparatur der Müllgefäße konnte in den Jahren 1948 und 1949 noch nicht so regelmäßig erfolgen, wie im Jahre 1938, weil nicht genügend neue oder reparierte Gefäße zur Verfügung standen, um die beschädigten Gefäße in den Häusern auszutauschen. Viele der in den Häusern befindlichen Kübel waren derart schadhaft, daß sie überhaupt nicht mehr repariert werden konnten. Der Mangel an Blech- und Fassoneisen ließ aber keine größeren Neuanschaffungen zu und auch Reparaturen waren nur in sehr beschränktem Ausmaß möglich.

Nachstehende Zahlen geben über die Leistungen in der Kübelwäscherei und in der Reparaturwerkstätte Aufschluß:

	1948	1949
Arbeiten der Firma Wehle & Co.:		
Gewaschen und repariert	14.480	19.792
hievon mit		
Bodenstutzen versehen	9.506	12.907
Bodenflecken	1.046	1.370
Körperflecken (500—1.000 cm ²)	3.328	3.172
Sonstige Reparaturen	600	2.343
Arbeiten in Eigenregie:		
Bombenbeschädigte ColoniagefäÙe repariert	276	363
KoprophorgefäÙe repariert	770	573
GefäÙe, System Schmitt u. Mellner	189	390
GefäÙe, System Ochsner	45	104

AuÙerdem wurden 678 Ständer für die ColoniagefäÙe und 1.014 MauerstüÙen instandgesetzt.

Im Jahre 1949 wurden 8.080 schriftliche Anträge auf Austausch von 15.966 unbrauchbar gewordenen GefäÙen eingebracht. Dazu kamen 9.012 GefäÙe, die im Jahre 1948 nicht ausgetauscht werden konnten; hieraus ergibt sich die Zahl von 24.978 GefäÙen, die im Jahre 1949 hätten ersetzt werden sollen. Tatsächlich konnten aber nur 18.172 GefäÙe ausgetauscht werden, so daÙ für das Jahr 1950 ein Rückstand von 6.806 GefäÙen verblieb. Im Jahre 1948 wurden 395 neue MüllgefäÙe geliefert, im Jahre 1949 wurden 16.500 BodenstüÙen und 5.300 neue ColoniagefäÙe hergestellt.

An den Betriebsgebäuden für die Straßenpflege wurden die notwendigen Instandsetzungsarbeiten, insbesondere Dachreparaturen durchgeführt. Im Hof der Wohnhausanlage VI., Gumpendorfer Straße 84, wurde ein neues Straßenpflegeobjekt übernommen. Die durch Kriegseinwirkung zerstörten Bauteile im Straßenpflegeobjekt XX., Traisengasse, und im Straßenpflegehof X., Sonnleithnergasse, wurden wieder aufgebaut. Im Straßenpflegedepot Simmeringer Hauptstraße wurden Mannschafts- und Betriebsräume ausgebaut und in den Randgebieten ehemalige Feuerwehrobjekte zu Straßenpflegedepots umgestaltet.

In der Garage Einsiedlergasse wurde der Aufbau der Halle beendet und eine Transformatoren-Station eingerichtet. Die Installationsanlagen wurden verbessert. In der Garage Richthausenstraße wurde der Hof neu gepflastert und die Abfriedung gegen die Bundesbahn erneuert. Der Wiederaufbau der Wagenhalle in der Garage Salzachstraße wurde vollendet. Die bisher gemieteten Privatgaragen V., Nikolsdorfer Gasse, und II., Stüwerstraße, wurden wegen der Betriebsreduzierung den Eigentümern zurückgegeben.

STRASSENBAU UND STRASSENERHALTUNG.

Die schwersten Kriegsschäden in den Wiener Straßen wurden bereits in den ersten Jahren nach dem Kriege beseitigt. Fast sämtliche 4.648 Bombentrichter in den öffentlichen Verkehrsflächen



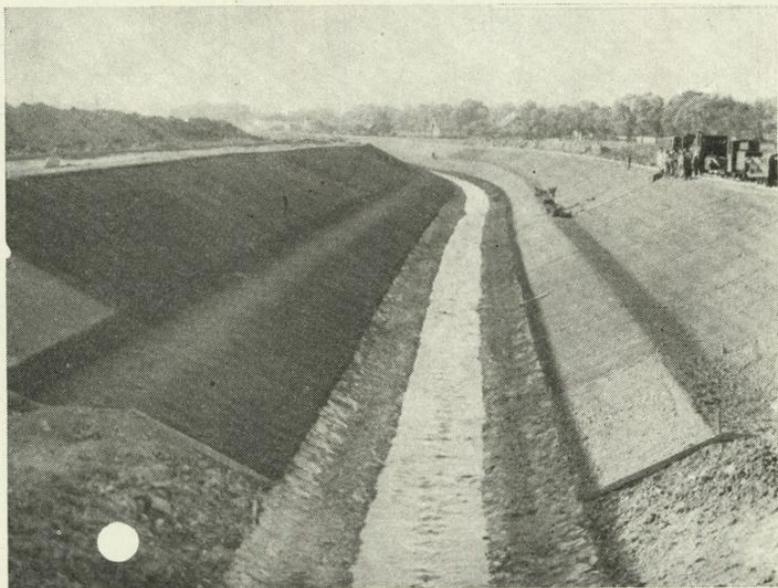
Die Verdichtung des Straßenverkehrs und seine Sicherung erfordert den Umbau von Verkehrsflächen.



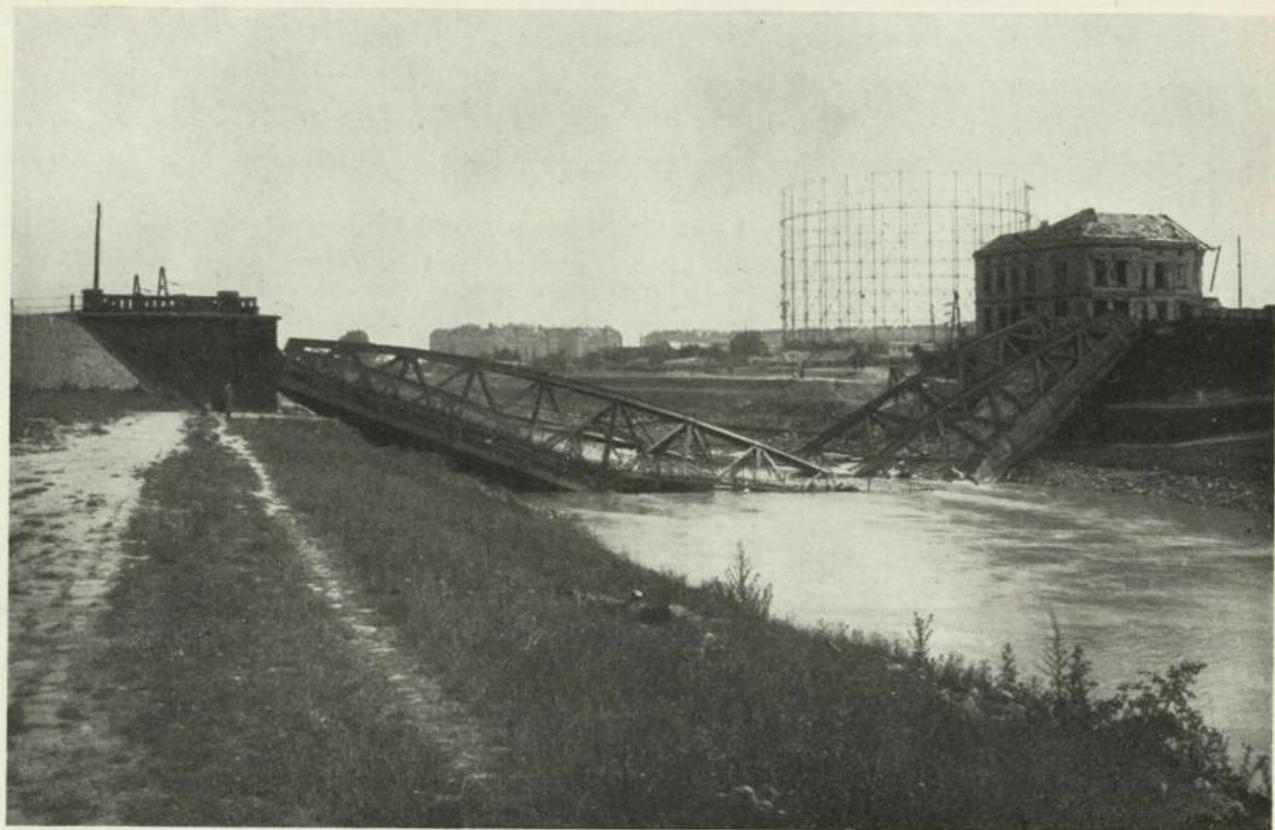
Neue Siedlungen an der Peripherie der Stadt verlangen auch Neuanlagen von Straßen.



Durch die Regulierung des Liesingbaches sollen Hochwasserkatastrophen verhütet werden.



Das regulierte Liesingbachbett.



Die zerstörte Heiligenstädter Brücke.

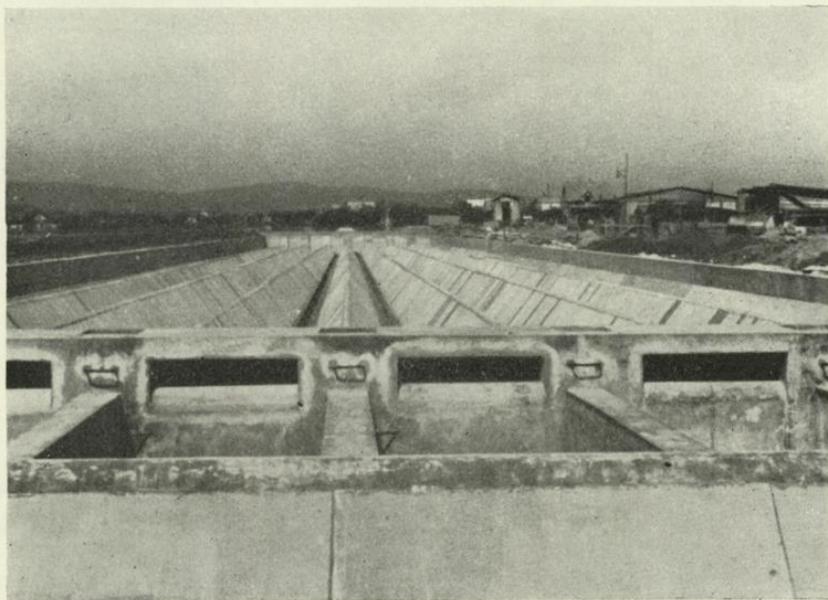
Nach der Zerstörung gab es vom Nußdorfer Wehr bis zur Friedensbrücke keinen befahrbaren Übergang über den Donaukanal.



Bedeutend tragfähiger als die alte Heiligenstädter Brücke ist das an ihrer Stelle errichtete Langzeitprovisorium.

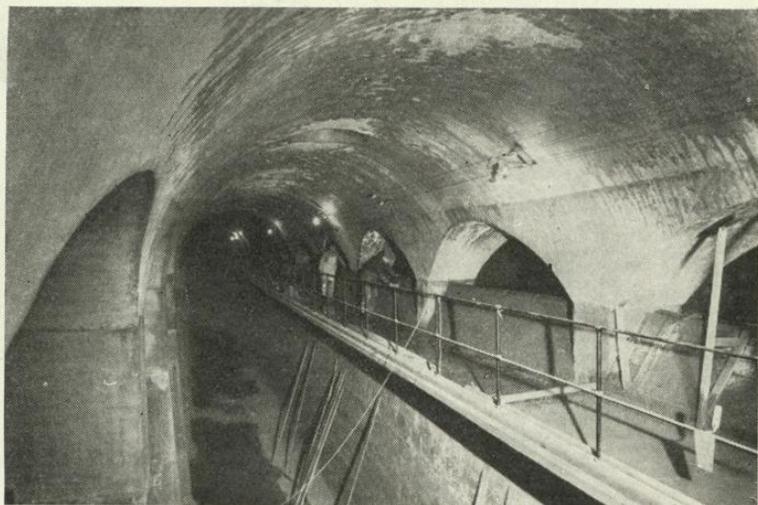


Vereinigungskammer der beiden Alsbachgerinne vor der Einmündung
in den rechten Hauptsammelkanal bei der Friedensbrücke.

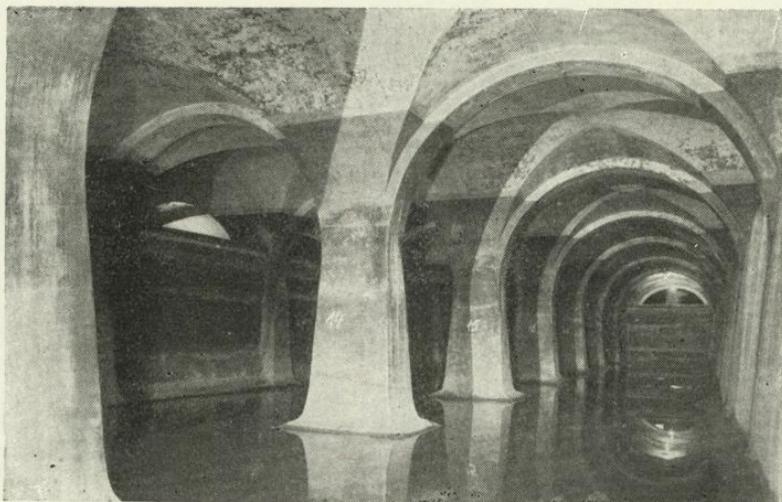


Regenwasserbecken der im Bau befindlichen Kläranlage
Altmannsdorf—Hetzendorf in Inzersdorf.

Größere Hochquellwasservorräte für Wien.



Erhöhung der Trennungswand im Wasserbehälter am Galitzinberg.



Erhöhung des Schleifputzes im Wasserbehälter am Rosenhügel.



Instandsetzung des Amalienbades.

Nach Überwindung größter technischer Schwierigkeiten konnte den Favoritnern „Ihr“ Bad teilweise wiedergegeben werden.



Die neue Betontribüne der Radrennbahn im Wiener Stadion.

wurden zugeschüttet; nur an 6 Stellen konnten infolge besonderer Umstände die Kriegsschäden bis Ende 1949 noch nicht behoben werden. Viele Schäden sind auch durch eingestürzte Gebäude und durch abgefallenes Mauerwerk entstanden. Diese Schäden konnten erst nach Beseitigung der Schuttmassen festgestellt und behoben werden. Beim Wiederaufbau vieler zerstörter Brücken waren vielfach kleinere Umbauten und Regulierungen an den Zufahrtstraßen erforderlich. Von den Straßeninstandsetzungen nach Bomben- und sonstigen Kriegsschäden seien folgende angeführt:

- | | | |
|-----------------------------------|-------------|----------------------|
| 1. Bezirk: Elisabethstraße | | Erlachgasse |
| Freyung | 12. Bezirk: | Ignazgasse |
| Nibelungengasse | | Murlingengasse |
| Mahlerstraße | | Cothmanngasse |
| Helferstorferstraße | | Tichtelgasse |
| Wiesingerstraße | 17. Bezirk: | Geblergasse |
| 2. Bezirk: Novaragasse | 18. Bezirk: | Czermakgasse |
| 3. Bezirk: Nottendorfer Gasse und | | Dempschergasse |
| Keinergasse | 19. Bezirk: | Grinzinger Straße |
| 9. Bezirk: Brünlnbadgasse | 20. Bezirk: | Denisgasse |
| 10. Bezirk: Gudrunstraße | 21. Bezirk: | Floridsdorfer Markt. |

Ende 1949 waren die Kriegsschäden an den Straßendecken bis zu 65 Prozent behoben. Für die Instandsetzungen standen im Jahre 1948 6'31 Millionen Schilling und im Jahre 1949 8'26 Millionen Schilling zur Verfügung.

Die Arbeiten zur Behebung der Kriegsschäden wurden von 6 Bezirksgruppen des städtischen Straßenbaues durchgeführt, denen die Erhaltung und Erneuerung der Verkehrsflächen zufiel. Diesen Bezirksgruppen waren 7 Außendienststellen für die Randgemeinden angegliedert, die die Instandsetzung der Bundes-, Landes- und Ortsstraßen besorgten. Solche Außendienststellen — früher Straßenmeistereien genannt — bestanden in Purkersdorf, Lang-Enzersdorf, Groß-Enzersdorf, Schwechat, Mödling, Liesing und Klosterneuburg. Der Umbau von Straßendecken auf andere Belagarten, die Belagerneuerung mit technisch verbesserter Belagsausführung sowie der Neubau von Straßen waren das Arbeitsgebiet der Gruppe Neubau. Der Straßengrundverwaltung oblag die Bereitstellung der Grundflächen für Straßenbauten, sowie die Behebung von rechtlichen oder sonstigen Hindernissen, die sich den Bauvorhaben entgegenstellten. Eine entsprechende Vorarbeit auf diesem Gebiet schützt die Gemeinde Wien gegen unberechtigte materielle Ansprüche sowie Nachteile, die ihr aus Verzögerungen des Straßenbaus durch Geltendmachung von Benützungsrchten aller Art erwachsen könnten. Es war daher notwendig, Klarheit in allen rechtlichen Beziehungen zwischen der Verwaltung öffentlicher und privater Straßengrundflächen zu schaffen und den Interessen aller Beteiligten entgegenzukommen. Zu diesem Zweck

wurde die Straßengrundevidenz weiter ausgebaut, die nicht nur den technischen Stand der Straßensfläche, sondern auch die damit verbundenen Rechte und Pflichten festhält. Die Arbeitsrückstände aus der Kriegszeit wurden aufgeholt und die Evidenzführung verwaltungstechnisch so gestaltet, daß sie dem Benutzer einwandfreie Unterlagen bietet.

Die Verwaltungsgeschäfte, die sich aus den Erhaltungs- und Haftverpflichtungen auf privaten Straßen, wie auch auf nicht straßenmäßig ausgebauten Straßengrundflächen ergeben, haben beträchtlich zugenommen. Besonders in den Siedlungen und siedlungsähnlich verbauten großen Gebieten der Stadt ist eine Klärung der Pflichten über die Erhaltung und Baudurchführung von Verkehrsflächen nötig. Das Verlangen nach befestigten Verkehrsflächen in diesen Gebieten stammt schon aus der Vorkriegszeit. Damals setzte sich der ungezügelte Siedlungsdrang über alle Schwierigkeiten des Wohnens in unaufgeschlossenem Gebiet hinweg. Einer Erfüllung dieses Verlangens stehen heute, abgesehen von den geringen verfügbaren öffentlichen Mitteln, die nicht erfüllten privaten Verpflichtungen der Fordernden entgegen. Zur Feststellung, Sichtung und Ordnung dieser Verpflichtungen wurde eine umfangreiche Erhebungs-, Verzeichnungs- und Planarbeit begonnen.

In einigen Fällen wurden auf Grund bestehender Verträge und nach Erfüllung der privaten Verpflichtungen Verkehrsflächen in die Obhut der Gemeinde übernommen. Wenn es die Sachlage gebot, wurden private Verkehrsflächen der Stadt Wien zur Erhaltung übergeben. Auch die sich aus der Bau- und Straßenpolizeiordnung ergebenden Rechte und Pflichten erforderten Klärungen und Entscheidungen, insbesondere wenn es sich um Verkehrsnotwendigkeiten oder Einbauten handelte. In einer Anzahl von Fällen, in denen private Verpflichtungen zur Straßengrundabtretung nicht bestanden, wurde Straßengrund vertraglich übernommen oder die Enteignung eingeleitet, wie z. B. bei den Verkehrseingen in der Silbergasse, Niederhofstraße, bei der sogenannten Todesecke in Atzgersdorf, in der Linken Wienzeile und in der Dürergasse. Infolge der Geldentwertung waren die für Beanspruchung von Straßengrund vorgeschriebenen Kauttionen unzulänglich geworden und mußten daher erhöht werden.

Durch die Zusammenarbeit mit den Rechtsabteilungen des technischen Dienstes in allen Fragen der Straßengrundverwaltung wurde eine raschere Erledigung erreicht. Auf diese Weise ist es gelungen, Rechtsfragen der Bauordnung, des Gebrauchsgebührengesetzes, des Bundesstraßengesetzes, der Straßenpolizeiordnung und der Grundsteuerangelegenheiten zu klären. Als Beispiele seien erwähnt:

Die Auslegung des § 17 der Bauordnung für Wien in Fragen der Straßenrundübergaben und der notwendigen Einbauten auf nicht übernommenen Straßenrundflächen, Fragen im Anwendungsgebiet der Gehsteigordnung; unbefugte Bauten auf Straßenrund; Straßenkostenbeiträge nach der niederösterreichischen Bauordnung; Festlegung der Sondergebrauchserlaubnisse für nicht unter das Gebrauchsgebührengesetz fallende Straßenrundbenützigungen; Behandlung der bauordnungsmäßigen Verpflichtungen bei Bundesstraßen; Frage der Grundsteuer auf nicht übernommene Straßenrundflächen. Auch zwischen den österreichischen Bundesbahnen und der Gemeinde Wien mußten die Verpflichtungen klargestellt werden, die sich aus der Lage der Verkehrsflächen bei Bahngeländen ergaben. Für Verkehrsflächen bei städtischen Wohnhausbauten wurden die erforderlichen Straßenrundflächen im eigenen Wirkungsbereich freigemacht.

Die technische Verwaltung der Straßen ist bestrebt, die langjährige Vernachlässigung aufzuholen und mit den zugewiesenen Mitteln den größtmöglichen Erfolg zu erzielen. Obgleich im Jahre 1948 13,803.650 S und im Jahre 1949 44,505.350 S für den Straßenbau bereitgestellt wurden, reichten diese Mittel nicht aus, um die dringendsten Arbeiten ausführen zu können. Die Aufholung der bisher unterbliebenen Erhaltungsarbeiten wird auch bei reichlicheren Mitteln einen längeren Zeitraum erfordern. Da während des Krieges keine Straßen gebaut wurden und in den ersten Jahren nach dem Kriege die Arbeit durch den Mangel an Arbeitskräften sowie durch das Fehlen an Material gehemmt war, befand sich das Wiener Straßenpflaster größtenteils in einem ziemlich vernachlässigten Zustand. Der Vorgang, bei Instandsetzungsarbeiten solche mit geringem Kostenaufwand zu bevorzugen, ließ eine organische Straßenerhaltung nicht recht aufkommen. Eine umfangreiche Erneuerung der Würfelpflasterstraßen war wegen der beschränkten Geldmittel bisher nicht möglich. Da sich aus dem Umbau nur wenig noch brauchbares Material ergab, fehlte es an Steinen, um andere kleinere Schadensstellen mit gebrauchten Steinen auszubessern. Die Makadamstraßen konnten nicht durch Auftragen einer Schotterdecke erneuert werden; man begnügte sich daher, sie stellenweise auszubessern. Dadurch fällt aber keine Schotterkruste an, die zu dem Bau verkehrsschwacher Straßen und Siedlungsstraßen benötigt wird. Dazu ist gerade in den Siedlungsgebieten das Interesse an neuen Straßen besonders groß, der Ausbau wegen der Weiträumigkeit der Anlagen jedoch sehr kostspielig. Der Straßenneubau erstreckte sich fast ausschließlich auf Siedlungen. Der weitaus größte Teil der Straßenbauten waren Umbauten und Instandsetzungen. Die folgende Übersicht gibt Aufschluß über die in den Jahren 1948 und 1949 erzielten Leistungen:

Instandsetzungen, Um- und Neubauten von Fahrbahnen.

	1948	1949
	m ²	
Großsteinpflaster	232.271	318.460
hievon mit Asphaltfugenverguß	2.990	7.244
Kleinsteinpflaster	12.067	21.770
Keramikpflasterung	4.209	2.100
Holzstöckelpflaster	2.883	6.780
Asphaltpflaster	50.001	31.960
Betonpflaster	2.929	24.420
Makadamstraßendecke	468.484	489.110
Oberflächenbehandlung	418.065	628.350
Zusammen	1.193.899	1.530.194

Instandsetzung von Gehsteigen.

	1948	1949
	m ²	
Großsteinpflaster	78.769	137.000
Kleinsteinpflaster	1.250	30
Klinkerpflaster	3.622	320
Gußasphaltpflaster	45.569	37.850
Betonpflaster	2.249	2.810
Makadamdecken	20.319	39.980
Oberflächenbehandlung	31.939	54.240
Zusammen	183.717	272.230

Die billigen Ausführungen, wie Umpflasterungen von Würfelpflaster und die Makadam- und Oberflächenherstellungen, überwiegen in dieser Leistungsübersicht und machen der Fläche nach 95 Prozent der gesamten Herstellungen aus. Vom Großsteinpflaster der Fahrbahnen wurden in den Jahren 1948 und 1949 6 Prozent und seit dem Jahre 1945 insgesamt 22 Prozent umgebaut, woraus sich ergeben würde, daß in 13 Jahren die Gesamtfläche des Großsteinpflasters umgepflastert sein müßte. Genauer betrachtet, wären in 6 Jahren alle Hauptstraßen, die Hälfte der Straßen mit mittlerem Verkehr und ein Fünftel der Straßen mit leichtem Verkehr umgepflastert und es könnten nach weiteren 6 Jahren die Hauptstraßen neuerlich umgepflastert werden. In Wirklichkeit liegen die Dinge aber anders, da an gewissen Stellen des Verkehrsnetzes die Schäden schon nach kürzerer Zeit wieder auftreten, was darauf hindeutet, daß die Schädigung weniger auf den Verkehr, als auf die Beschaffenheit des Untergrundes zurückzuführen ist. Was die Makadamstraßen betrifft, so könnte auf Grund der bisherigen Leistungen gefolgert werden, daß sie in 12 bis 15 Jahren instandgesetzt sein werden. Dies wäre ein Zeitraum, der die Bestandsdauer einer guten Makadamstraße auch mit Asphaltoberfläche weit überschreitet. Auch hier muß aber in vielen Fällen nach

kurzer Zeit mit den Ausbesserungen wieder von vorne begonnen werden, ohne daß das Endziel, ein guter Gesamtzustand, in absehbarer Zeit erreicht werden könnte. Infolge der Auswirkungen des letzten Krieges kann der Straßenbenützer bestenfalls mit einer mittleren Beschaffenheit der Straßen rechnen. Die angewandten Methoden, billigere, mittelschwere Straßendecken zu bauen, mit verhältnismäßig kürzerer Bestandsdauer, führen dazu, daß die Lasten des Straßenbaues mehr als früher von der späteren Generation getragen werden müssen. Eine Änderung dieses Zustandes ist so bald nicht zu erwarten. Die Stadtbauamtsdirektion hat deshalb durch Presse und Rundfunk die Bevölkerung ermahnt, bei der Straßenbenützung vorsichtig zu sein; unter den gegebenen Umständen könne die Bevölkerung noch keinen friedensmäßigen Straßenzustand erwarten, weshalb die Gemeindeverwaltung es ablehnen müsse, Schadensansprüche wegen des Straßenzustandes zu vergüten.

Die Forderung nach billigen Bauweisen berücksichtigend, wurde für die Praterwege versuchsweise eine Decke, bestehend aus einer 3 cm hohen Schlackenschicht, die mit heißem Teer getränkt und mit Kalkriesel abgedeckt wurde, hergestellt; dieser Versuch wurde auf einer Fläche von 25.000 m² angewandt. Ein anderes großes Bauvorhaben wurde ebenfalls im Prater notwendig. Zur Erleichterung des Parkens und der Abfahrt der Fahrzeuge wurde in der Nähe des Stadions ein 50.000 m² großer Parkplatz geschaffen. Um einen Teil des Verkehrs vom Praterstern abzulenken, wurde eine Abfahrtstraße von der Vorgarten- und Ostportalstraße zur Hauptallee gebaut; überdies war der Ausbau der Rotundenallee notwendig. Die Abfahrtstraßen zur Hauptallee erhielten eine 9 m breite Betondecke. Zur Betondeckenherstellung wurde neben modernen Vibrationsgeräten auch ein Straßenfertiger eingesetzt. Mit Planierdrauen neuester Bauart wurden die Erdarbeiten des unregelmäßig angeschütteten Grundes bewältigt. Wegen der schlechten Witterung im Herbst konnten die Arbeiten im Jahre 1949 nicht abgeschlossen werden.

In den Siedlungen, wie in der Per Albin Hansson-Siedlung, wurden vorwiegend Betonstraßen angelegt. Die Betonausführung schien besonders geeignet, weil sie bei größerer Billigkeit nur geringe Erhaltungsarbeiten verursacht. Um die Kosten der Siedlungsstraßen zu senken, wurde in der Siedlung Wienerfeld-West der Versuch unternommen, nur zwei Spurstreifen von 1 m Breite anzulegen, wobei die übrige Straßenfläche unbefestigt blieb. Der Gedankengang war dabei, daß nur selten Fahrzeugbegegnungen in diesem Gebiet stattfinden und deshalb ein Abweichen von den Spurstreifen nicht notwendig sein wird. Straßenneubauten wurden bei folgenden Siedlungen und Wohnhausanlagen ausgeführt:

- XII., Atzgersdorfer Straße, Neubau der Querverbindung und Siedlungsrandstraßen in Beton,
- XIII., Straßen bei der Wohnhausanlage am Roten Berg,
- XIV., Straßen in Kleinsteinpflaster um die Schule Wolfersberg,
- XXV., Betonstraßen in der Siedlung Rodaun,
- XXVI., Türkenschanzgasse, Makadamstraße zur Verbesserung der Zufahrt zur Siedlung „Am Ölberg“.

In den Siedlungen bei Kagran und Hirschstetten wurden Entwässerungsanlagen in die Straßen eingebaut.

Den größeren Teil der Straßenbauarbeiten machen nicht die Neubauten, sondern die Umbauten und Erhaltungsarbeiten aus. Durch Umpflasterungen von Granitgroß- und -kleinpflaster wurden mit teilweiser Verwendung von neuem Steinmaterial bedeutende Verbesserungen im Straßenzustand erzielt. Holzstöckelpflaster, das erneuerungsbedürftig war, wurde wegen seiner für den Verkehr nachteiligen Eigenschaften und seiner großen Erhaltungskosten durch Asphaltpflaster ersetzt, das ebenso stoß- und lärm-dämpfend ist, wie Holzstöckelpflaster. Umbauten dieser Art wurden vorgenommen: im 2. Bezirk, Trunnerstraße von Taborstraße bis Alliiertenstraße, im 8. Bezirk, Lange Gasse von Florianigasse bis Josefstädter Straße, im 9. Bezirk, Spitalgasse, Seitenfahrbahn entlang des Spitales, und im 5. Bezirk, Redergasse an der Einmündung in die Schönbrunner Straße.

Im 1. Bezirk wurde der Hohe Markt mit Kleinsteinen neu gepflastert und die Verbreiterung der Reitschulgasse durchgeführt. Im 20. Bezirk wurde der Allerheiligenplatz in Asphaltbeton wieder hergestellt; im 13. Bezirk aus Verkehrssicherheitsgründen die Fahrbahn auf der geraden Nummernseite zwischen „Am Platz“ und Hietzinger Hauptstraße 26 nach Entfernung einer Baumpflanzung verbreitert; im 17. Bezirk die Röntgengasse im 1. Bauabschnitt als Tränkdecke neu hergestellt; im 19. Bezirk die Heiligenstädter Lände von der Spittelauer Lände bis zur Rampengasse der Verkehrsbelastung entsprechend umgebaut; im 21. Bezirk die Wagramer Straße vom Rennbahnweg bis zur Aderklaaer Straße mit Kleinsteinen neu gepflastert, die Steigenteschgasse als Betonstraße ausgebaut und die Ortsstraße in Hagenbrunn mit Kleinsteinpflaster auf Betonunterlage versehen; im 24. Bezirk die Gaadner Straße zu beiden Seiten der wiederhergestellten Hajekbrücke mit Kleinsteinen gepflastert und in der Liechtensteinstraße in der Vorderbrühl eine baufällige Stützmauer umgebaut; im 25. Bezirk die Siedlung Rodaun durch eine neue Betonstraße erschlossen. Einige kleinere Umbauten wurden im 2., 6. und 21. Bezirk vorgenommen.

Außer diesen Umbauten wurde die im Vorjahr begonnene Regulierung der Spittelauer Lände im 9. Bezirk von der Tepserngasse bis Wasserleitungsstraße beendet und der Weg im Grüntal bei Kierling im 26. Bezirk hergestellt.

Von den Verkehrsteilnehmern wurde der Umbau der Kreuzung Währinger Straße—Nußdorfer Straße—Spitalgasse sehr begrüßt. Die aus der Umstellung auf den Rechtsverkehr entstandenen Engpässe wurden beseitigt und die Verkehrsinseln des Linksverkehrs entfernt. Der Umbau wurde in Großsteinpflaster auf verstärkter Betonunterlage ausgeführt. Die neu gestaltete Straßenkreuzung ermöglicht nun einen völlig reibungslosen Verkehr. Größere Umbauten wurden noch an folgenden Straßen ausgeführt:

- I., Schottengasse, Asphalt- und Betoneneruerung,
- III., Rennweg, Umbau des Holzstöckelpflasters auf Kleinsteinpflaster,
- VI., Dürergasse, Beseitigung einer Straßengege,
- X., Quellenstraße, Umbau auf Großsteinpflaster mit Betonunterlage,
- XII., Breitenfurter Straße, Umpflasterung mit Verwendung neuer Steine,
- XXIV., Mödling, Badgasse, Kleinsteinpflasterung.

Einen verhältnismäßig großen Leistungsaufwand erforderte die Erhaltung der Verkehrstauglichkeit der Schotterstraßen, besonders in den Randgebieten, da dort diese Ausführung überwiegt. Vielfach wurden die Schotterstraßen zur Erhöhung ihrer Verschleißfestigkeit mit einem Oberflächenschutz versehen oder es wurde der bestehende Oberflächenschutz verbessert. Schäden an Geländern, Stiegen- und Entwässerungsanlagen wurden nach Maßgabe der vorhandenen Mittel in notwendigem Umfang behoben.

Unter den umfangreicheren Neumakadamisierungen sind jene der folgenden Straßenzüge zu erwähnen:

- X., Herzgasse,
- XXI., Jedlersdorfer Straße und Koloniestraße,
- XXII., Hausfeldgasse,
- XXIII., Schwadorf—Wienerberg,
- XXV., Steinhofstraße.

Beschädigungen, die sich durch Befahren von Verkehrswegen mit Kampfwagen der Besatzungstruppen ergeben, waren auch in den Jahren 1948 und 1949 zu verzeichnen, da Makadamstraßen zu Exerzierfahrten mit Panzerwagen wenig geeignet sind.

Ölungen, die sich als gutes Mittel nicht nur zur Staubfreimachung, sondern auch zur Konservierung schwach befahrener Straßen eignen, wurden wieder in größerem Ausmaß durchgeführt. Allerdings hat das Straßenöl infolge Mangels an gewissen Stoffen noch nicht die friedensmäßige Qualität erreicht. Mit Öl wurden bereits 10 Prozent der Makadamflächen und 18 Prozent der Holzpflasterungen getränkt. Von den Fahrbahnflächen wurden im Jahre 1948 145.894 m² und im Jahre 1949 67.000 m² geölt; außerdem wurden im Jahre 1948 1.120 m² und im Jahre 1949 56.580 m² Holzstöckelpflaster imprägniert.

Am 1. Mai 1948 trat das Bundesstraßengesetz (BGBl. Nr. 59/1948) in Kraft. Gemäß § 28 dieses Gesetzes obliegt dem Landeshauptmann und den ihm nachgeordneten Dienststellen die Verwaltung der Bundesstraßen nach den vom Bundesministerium für Handel und Wiederaufbau aufgestellten Grundsätzen und Dienstanweisungen. Bis zu dieser gesetzlichen Regelung wurde die Erhaltung und der Ausbau der im Wiener Gemeindegebiet gelegenen Bundesstraßen nach den übernommenen reichsdeutschen Bestimmungen durchgeführt, wobei die aus Bundesmitteln zu deckenden Kosten unmittelbar mit dem Bundesministerium verrechnet wurden. Mit Inkrafttreten des neuen Bundesstraßengesetzes wurde die Abrechnung so geregelt, daß der Bund der Gemeinde Wien Vorschüsse in der Höhe des jeweiligen Monatsbedarfes übermittelt, aus denen die der Gemeinde Wien erwachsenden Kosten für Unternehmerarbeiten und Eigenleistungen gedeckt werden.

Im Zusammenhang mit dem neuen Bundesgesetz hat die Straßengrundverwaltung die Unterlagen über alle derzeitigen und früheren Bundesstraßen zusammengestellt, um die Durchführung im Grundbuch zu ermöglichen. Die Durchführung der Grundbuchordnung für die Bundesstraßen, die seit 1936 der vollen Verwaltungshoheit der Gemeinde Wien unterstehen, ist im besonderen Interesse der Stadtverwaltung gelegen.

Bei der Instandhaltung der Bundesstraßen wurden dieselben Grundsätze wie bei der Erhaltung der Gemeindestraßen berücksichtigt. Auch hier wurde getrachtet, mit geringstem Kostenaufwand eine möglichst große Fläche des Straßengrundes zu befestigen. Daher treten auch hier die Oberflächenbehandlungen besonders hervor. Als größere Arbeiten an den Bundesstraßen sind zu erwähnen:

Angerner Straße: Endgültige Behebung der Kriegsschäden; Herstellung einer Einstreudecke und eines Oberflächenschutzes.

Budapester Straße: Sicherung der Fahrbahnränder durch Tränkmakadamleisten und Herstellung eines Oberflächenschutzes.

Ödenburger Straße: Herstellung einer Einstreudecke mit Leistensteineinfassung bei Münchendorf.

Preßburger Straße: Kriegsschadensbehebung an der Fahrbahn und an den Straßenwärterhäusern.

Triester Straße: Kriegsschadensbehebung an der Fahrbahn und Banketherstellung bei Inzersdorf.

Brünner Straße: Herstellung eines Oberflächenschutzes auf einer Länge von 5 km und Randsicherung durch Tränkmakadam.

Auf der Angerner, Brünner, Ödenburger, Wiener und Znaimer Bundesstraße sind damit alle Kriegsschäden behoben.

Zur Durchführung der kleineren Straßenbauarbeiten hatte die städtische Straßenbauverwaltung mit 52 Firmen Jahresverträge abgeschlossen. Die größeren Arbeiten wurden einzeln ausgeschrieben und an etwa 40 Firmen übertragen. Während der Bausaison

arbeiteten etwa 80 Baufirmen, die bis zu 1.380 Arbeiter beschäftigten, an den Wiener Straßen. Für die Erhaltung der Landes- und Bezirksstraßen waren außerdem 300 städtische Arbeitskräfte tätig. Gegenüber früheren Jahren stieß die Beschaffung von Arbeitskräften, Fuhrwerken sowie von Baustoffen auf keinerlei Schwierigkeiten und war lediglich eine Frage der Geldmittel. Der Verbrauch an Baustoffen ist in den Jahren 1948 und 1949 neuerlich angestiegen und verteilt sich auf folgende Arten:

	Menge 1948	Menge 1949
Großpflastersteine, neu . . .	150.685 St.	217.000 St.
Kleinsteine	12.925 m ²	16.620 m ²
Randsteine	13.315 m	4.880 m
Holzstöckel	14 m ³	30 m ³
Bitumen und Teer	2.003 t	1.920 t
Zement	2.471 t	4.100 t
Unterbau	856 m ³	1.220 m ³
Brechsotter	61.875 m ³	29.350 m ³
Rundsotter	30.005 m ³	10.040 m ³
Riesel und Splitt	16.697 m ³	15.910 m ³
Sand	34.228 m ³	40.240 m ³

Der weitaus größte Teil der verbrauchten Baustoffe entfiel auf Makadam- und Oberflächenmaterial. Entsprechend dem Charakter der Arbeiten wurde Kalkschotter überwiegend für Makadam und Hartiesel für die Oberflächenbehandlung verwendet. Das Sandmaterial stammte aus Gruben nordöstlich der Donau, da eine Baggerung aus der Donau noch nicht möglich ist. Als Hartschotter wurde Porphyrit aus dem gemeindeeigenen Werk Persenbeug für Tränkungen, Oberflächenbehandlung und für den Bau von Betonstraßen, in Einzelfällen auch Granulit und anderes Hartgestein, verwendet. Für gewöhnliche Makadamisierungen dienten Kalksteine und Dolomit aus Werken im südlichen Wiener Wald und aus dem Steinbruch am Hundsheimer Kogel bei Deutsch-Altenburg. Für die Oberflächenbehandlung wurden größere Mengen bituminöser Bindemittel benötigt. Von dem im Jahre 1949 verbrauchten Bitumen stammten etwa 900 t aus inländischen Vorkommen, 500 t waren sogenanntes Importbitumen amerikanischer Herkunft (Trinidadasphalt). Bitumen wurde auch zur Verarbeitung in Hartasphalt an Fabriken abgegeben. 500 t Teer lieferte im Jahre 1949 die Baustoffefirma Teerag-Asdag, an der die Gemeinde Wien beteiligt ist.

Zur Durchführung aller Walzarbeiten verfügt die städtische Straßenbauverwaltung über einen eigenen Park von 47 Straßenwalzen, von denen 15 mit Dampf, 12 mit Dieselöl und 20 mit Benzin angetrieben werden. Im Jahre 1948 war wegen Mangel an geeigneten Maschinisten nur ein Teil der Walzen in Betrieb; auch die Zuteilung von Benzin blieb weit hinter dem Bedarf zurück.

Im Jahre 1948 leisteten 32 Walzen 5.945 Walzschichten und im Jahre 1949 40 Walzen 7.258 Walzschichten. 6 gemietete Walzen arbeiteten in 998 Walzschichten. Zum Straßenwalzenbetrieb gehörten 2 Lastkraftwagen, die die Walzen mit Betriebsmitteln versorgten und auch die Beförderung der kleineren Walztypen übernahmen. Während der Wintermonate wurden die Walzen in drei „Heizhäusern“ vom eigenen Personal überholt und der Betriebszustand der Walzen verbessert.

Bei den Dampfwalzen, die schon überaltert sind, mußte von der Dampfkesselbehörde der zulässige Betriebsdruck herabgesetzt werden, was sich auf die Leistungsfähigkeit ungünstig auswirkt.

Eine Ursache von ständig neuen Straßeninstandsetzungen sind die vielen Aufgrabungen des Straßengrundes. Trotz rigoroser Handhabung der Aufgrabungsvorschriften nehmen diese Arbeiten an Zahl zu. Im Jahre 1948 wurden 13.020 und im Jahre 1949 14.400 Bewilligungen zur Vornahme von Aufgrabungen erteilt. Der größte Teil entfiel auf Rohrinstandsetzungen der Wasserwerke. Viele durch Bombeneinschläge verursachte Schäden kommen erst jetzt an den Rohrleitungen der Wasser- und Gaswerke zum Vorschein. Auch die von den Elektrizitätswerken langfristig geplante Umstellung des Stromnetzes von Gleich- auf Wechselstrom bringt häufig Aufgrabungen des Pflasters der Gehsteige mit sich. Im Durchschnitt entfallen im Jahr etwa 6 Aufgrabungen auf 1 km² Straßenfläche und 1½ Aufgrabungen auf 1 km² Gehsteigfläche. Die Aufgrabungen sind oft von bedeutender Länge, besonders die Reparaturen der Gasleitungen erstrecken sich kilometerlang in den Straßen. Nach der Instandsetzung der Straßen ergeben sich immer wieder Senkungen des Erdreiches an den Reparaturstellen, die eine neuerliche Instandsetzung erforderlich machen; ein wirksames Mittel dagegen konnte bisher nicht gefunden werden.

BRÜCKEN- UND WASSERBAU.

Sämtliche Dienststellen der städtischen Brücken- und Wasserbauabteilungen wurden im Jahre 1948 im Neuen Rathaus zusammengezogen. Bis dahin waren einzelne Gruppen in weit voneinander entfernten Gebäuden untergebracht, wodurch die Geschäftsführung mitunter verzögert wurde. Um eine einheitliche Führung der Baustellen zu erreichen, wurden für das technische Personal und für die aus verschiedenen Sparten kommenden Werkmeister Schulungskurse abgehalten.

Die vielen noch immer nicht behobenen Kriegsschäden erfordern in jedem einzelnen Fall umfangreiche Vorarbeiten: Geodätische und Brückenaufnahmen, statische Berechnungen, Entwürfe, Ausfertigungen von Plänen, Plankopien u. a. In den Jahren 1948 und 1949 wurden nach Art und Zahl folgende Arbeiten ausgeführt:

	1948	1949
Entwürfe	59	47
Leitungsverzeichnisse	35	40
Standberechnungen	49	55
Geodätische Aufnahmen	34	39
Statische Berechnungen	—	20
Beurteilung von Schwertransporten	38	77
Grundbuchserhebungen	20	17

Hiezu kommt noch eine größere Zahl von Vorentwürfen, Planüberprüfungen, Brückenaufnahmen, Belastungsproben, Materialauszügen sowie Planausfertigungen und Berechnungen. Alljährlich werden der Gemeinde Wien viele tausende Rechnungen für die geleisteten Arbeiten privater Firmen vorgelegt, die nach ihrer wirtschaftlichen und technischen Seite überprüft werden müssen.

BRÜCKEN UND STEGE.

In der Verwaltung und Erhaltung der Stadt Wien standen im Jahre 1948 994 Brücken, Stege und Durchlässe. Durch Übergabe von 25 Brücken der Wiener Höhenstraße in die städtische Verwaltung erhöhte sich die Zahl der von der Stadt Wien zu erhaltenden Brücken auf 1.019, von denen sich 221 im alten Stadtgebiet befinden. Im Kriege wurden 97 Brücken total und 38 Brücken teilweise zerstört. Sie alle wiederherzustellen, wird noch jahrelanger Arbeit bedürfen. Da in den vergangenen Jahren die normalen Instandsetzungsarbeiten größtenteils unterlassen worden waren, mußte in den Jahren 1948 und 1949 der Behebung von Zeitschäden wieder größere Aufmerksamkeit zugewendet werden.

An der *Malinowskybrücke* wurden die noch verbliebenen Kriegsschäden, wie Durchschüsse und Verbeulungen der Stahlkonstruktion und der Revisionswagen behoben; das durch die Sprengung des zweiten Strombrückenfeldes aus seiner Lage gebrachte Tragwerk der ersten Stromöffnung wurde durch Längs- und Querverschiebungen wieder zurechtgerückt. Die fehlenden vier Lager bei den Tragwerken wurden eingebaut. Schließlich mußten die Montagejoche aus der dritten Stromöffnung mit den Stahlrüstträgern entfernt und Hubkonsolen zu Hilfe genommen werden, um den Einbau der endgültigen Brückenlager vorzubereiten. Die beschädigten Geländer der Brücke und der Zufahrtswege wurden ebenfalls instandgesetzt und die Entwässerungsanlagen sowie die Laufschiene der Revisionsfahrstühle überholt. Aber auch lange zurückgestellte Reparaturen von Zeitschäden wurden durchgeführt. Das Holz- und Steinpflaster wurde in größeren Abschnitten der Brücke erneuert, ebenso die über der Fahrbahn liegenden Tragwerksteile und der Geländeranstrich.

Die *Nordwestbahnbrücke* und die *Nordbahnbrücke* werden von den österreichischen Bundesbahnen wiederhergestellt. An beiden

Brücken werden die Fußgängerstege, die die Stadt Wien instandzuhalten hat, neu errichtet.

Vom Nußdorfer Wehr bis zur Friedensbrücke gab es seit der Zerstörung der *Heiligenstädter Brücke* keine einzige befahrbare Überbrückung. Die Wiedererrichtung dieser Brücke war daher für den Verkehr in diesem Gebiete dringend geworden.

Da der Bebauungsplan für diese Gegend noch nicht abgeschlossen ist, konnte eine endgültige Überbrückung nicht aufgeführt werden, und die Stadtverwaltung beschloß, ein Langzeitprovisorium zu errichten. Die neue Brücke hat eine Stützweite von 63 m, ihre Fahrbahn ist 6 m breit. An einer Brückenseite wurde ein Gehweg von 1,95 m Breite angebracht. Ein Gasrohr mit 40 mm und ein Wasserrohr mit 200 mm Durchmesser sowie ein Kabelschlauch für das E-Werk werden unter der Brücke geführt. Gleise für die Straßenbahn wurden einstweilen nicht gelegt. Die neue Heiligenstädter Brücke unterscheidet sich in ihren Ausmaßen nur unwesentlich von der alten Brücke, ihre Tragfähigkeit ist jedoch bedeutend größer. Trotz allen Einschränkungen, die der drückende Eisenmangel nötig machte, wird das Provisorium der Heiligenstädter Brücke bis zum Bau einer endgültigen Konstruktion allen gestellten Anforderungen entsprechen und zur Erleichterung des Verkehrs zwischen den Bezirken Brigittenau und Döbling beitragen.

Von den über den Donaukanal führenden Brücken waren nach dem Kriege nur die *Friedensbrücke* und die *Augartenbrücke* erhalten geblieben. Aber auch an ihnen waren größere Reparaturen vorzunehmen. Die Ankerkonstruktion der Augartenbrücke wurde entrostet und neu gestrichen, die Lichtanlage der Ankerkammern und die Vorkaifahrbahn instandgesetzt. Im Jahre 1949 wurde die Brücke gehoben und die durch die Sprengung verstellten Bewegungslager eingerichtet. Eine große Anzahl von Durchschüssen im Tragwerk wurde repariert und die Beleuchtungsanlage instandgesetzt. An der Friedensbrücke wurde das Pflaster erneuert.

Die in den letzten Kriegstagen zerstörte *Franzensbrücke* war in den Jahren 1898 bis 1899 erbaut worden. Aber schon lange vorher war diese Stelle über den Donaukanal überbrückt worden. Die neue Brücke, die im September 1948 dem Verkehr übergeben wurde, ist wieder eine Bogenbrücke, für die noch die alten Widerlager verwendet werden konnten. Die Montage der Hauptträger erfolgte nach einem in Wien erstmalig angewendeten Verfahren. Jeder der Hauptträger war schon im Werk in zwei Hälften geschweißt. Diese Halbbogen mit rund 14 t Gewicht wurden von beiden Ufern aus gleichzeitig mit Kränen über den Kanal gehoben und in der Mitte verschraubt. Die Montage der Bogenträger wurde auf diese Art in knapp einer Stunde ohne Zuhilfenahme von Ge-

rüsten bewerkstelligt. Da die Bogenform der Brücke in ihrer Durchschnittshöhe den künftigen Anforderungen der Schifffahrt nicht ganz entsprechen dürfte, wurden alle Trägerverbindungen geschraubt, so daß die Brücke rasch zerlegt und an anderer Stelle wieder aufgebaut werden kann. Im Jahre 1949 wurden die Schweißnähte der Brücke elektromagnetisch überprüft und sodann der Anstrich vollendet. Außerdem wurden Rohre und Rinnen für die Brückenentwässerung montiert. Der neben der Franzensbrücke errichtete Fußgängersteg wurde abgetragen und wird bei der ehemaligen Salztorbrücke aufgestellt werden.

An den anderen *Donaukanalbrücken* mußten verschiedene Reparaturen vorgenommen werden. Der Döblinger Steg erhielt einen neuen Anstrich und am Gaswerksteg wurden die Instandsetzungs- und Anstreicherarbeiten beendet. Bei der Marienbrücke wurden auf beiden Ufern die Stahl- und Betonreste der gesprengten Brücke entfernt. Die behelfsmäßig instandgesetzte Schwedenbrücke wurde einer Hauptuntersuchung unterzogen, wobei die Schrauben der Holzkonstruktion nachgezogen und die Holzpflasterflächen der Fahrbahn ausgebessert wurden. An der im Jahre 1945 an Stelle der zerstörten Aspernbrücke in Holz erbauten Umfahrungsbrücke mußten wegen ihres gefährlichen Bauzustandes die Holzfachwerksträger der Mittelöffnung durch unter der Fahrbahn liegende Stahlträger ersetzt und die Bruckstreu und das Pflaster der Seitenöffnungen in größerem Umfang ausgewechselt werden. Gleichzeitig wurden die den rechten Vorkai versperrenden Reste der alten Brücke und der rechtsseitige Ballastbeton abgetragen und auf beiden Ufern Probebohrungen zur Feststellung der Fundierungsverhältnisse für die neue Brücke durchgeführt. Die Behelfsbrücke bei der Rotundenbrücke wurde einer Hauptuntersuchung unterzogen und die Schweißnähte der Stahlträger überprüft. Die restlichen Stahlbetontrümmer der gesprengten Brücke wurden entfernt. Die Anstreicherarbeiten an der Stadionbrücke konnten abgeschlossen und die dort verbliebenen Reste der alten Brücke weggeräumt werden.

Die *Kagraner Brücke* war die erste definitive Brücke, die im Gebiet von Wien wiederhergestellt worden war. Doch schon nach verhältnismäßig kurzer Zeit zeigten sich an ihr bedeutende Schäden, die zu einer Verkehrssperre der Brücke führten, eine Maßnahme, die von der Bevölkerung sehr drückend empfunden wurde. Das Schweißen eines harten Stahles, und nur solcher stand im Jahre 1945 für den Brückenbau zur Verfügung, stellte an das Können der Schweißer besonders hohe Ansprüche, und gerade damals waren Spezialfacharbeiter kaum aufzutreiben. Nach Fertigstellung der neuen Brücke wurde sie durch Schwertransporte, die der Kontrolle der Verkehrsbehörde entzogen waren, vorschriftswidrig überlastet. Diese Überlastungen in Verbindung mit hohen

Materialspannungen infolge tiefer Wintertemperaturen führten zur Bildung von Rissen in den Schweißnähten. Eine eingehende Untersuchung des ganzen Tragwerkes durch magnetelektrische Durchflutung war daher unerlässlich; sodann mußten die schadhafte Schweißraupen abgemeißelt und neu hergestellt werden. Um jede Erschütterung zu vermeiden, mußte während dieser Arbeit der Verkehr eingestellt bleiben. Die Brücke ist jetzt wieder voll tragfähig.

Die Brücke an der Straße zwischen Lusthaus und Freudenuer Rennplatz über einen Alten Donauarm, die sehr schadhafte war und deren Widerlager durch einen Bombentreffer arg beschädigt worden war, wurde durch ein Holzjoch gesichert. An Stelle der Brücke soll ein gewölbter Durchlaß errichtet werden, für den ein Entwurf bereits ausgearbeitet wurde. Weiters wurden beim Laberlsteg die durch Wellenschlag beschädigten Flügelmauern und Böschungen erneuert.

Der Stahlbetonsteg über das Mühlwasser im Verlauf des Biberhaufenweges, der durch eine Fahrbrücke aus Stahlbeton ersetzt wird, wurde abgetragen; die Stahlbetonpfähle für die Widerlager und das Zwischenjoch wurden gerammt. Schließlich wurden noch Erhaltungsarbeiten kleineren Umfanges an zahlreichen Brücken der Donauarme ausgeführt.

An den *Brücken über den Wienfluß* wurden ebenfalls vielfache Instandsetzungsarbeiten durchgeführt. So wurde das Holzpflaster auf der Brauhaus-, Hütteldorfer-, Baumgartner- und St. Veiter-Brücke instandgesetzt. Die Fahrbahntafel der Kleinen Ungar-Brücke wurde bis auf die Hängebleche entfernt, diese wurden entrostet und minisiert, der Fahrbahnbelag wurde erneuert, eine Isolierung angebracht und der schadhafte Klinkerbelag durch einen Belag aus drahtnetzdurchzogenem Asphalt ersetzt. Auch der Anstrich des Tragwerkes wurde erneuert. An Stelle der zerstörten Stadtparkbrücke wurde auf Stahljochen ein Fußgängersteg aus Stahlträgern als ein Provisorium für längere Zeit errichtet. An der Schönbrunner Schloß-Brücke wurden die durch Kriegshandlungen zerstörten Steinbrüstungen wiederhergestellt. Der wiederverwendbare Teil der Auhofbrücke in Weidlingau wurde gehoben, auf ein Holzjoch gesetzt, durch einen Holzsteg ergänzt und für den Fußgängerverkehr benützlich gemacht. Der hölzerne Fahrbahnbelag der provisorischen Dr. Karl Lueger-Brücke mußte ausgewechselt werden. Für den Wiederaufbau der Kielmannsegg-Brücke wurden Angebote eingeholt. Die Brücke soll als vollwandige Stahlträgerbrücke ausgeführt werden.

An *Brücken und Übergängen über Bahnanlagen* wurden gleichfalls verschiedene Instandsetzungsarbeiten vorgenommen. Die verkohlte Fahrbahn der Schmelzbrücke über den Westbahnhof wurde

abgetragen und auf dem entlasteten Brückentragwerk ein hölzerner Gehsteig von 3 m Breite aufgelegt. Dem Umbau dieser Brücke gingen Probebohrungen und Probegrabungen bei den Pfeilern und Widerlagern voraus. Die Ausschreibung der gesamten Arbeiten wurde vorbereitet. Die Neulingbrücke über die Verbindungsbahn wurde neu gepflastert, der Rosenhügelsteg nach einer Hauptuntersuchung instandgesetzt. Am Übergangssteg bei der Hietzinger Hauptstraße wurde der Holzbelag ausgewechselt. Auf der Brücke über die Nordwestbahn an der Prager Straße wurden die Gehwegplatten und der Asphaltbelag erneuert. Bei Instandsetzungsarbeiten an der Gehwegkonstruktion der Landstraße Hauptstraßenbrücke durch die Bundesbahnen wurde der Belag (Stahlplatte und Asphalt) des Gehsteiges, dessen Erhaltung dem Magistrat zukommt, ausgewechselt. Der der Stadt Wien gehörige talseitige Teil der Rennwegbrücke über die Verbindungsbahn, dessen Stahltragwerk schwere Zerstörungen durch Rauchgas aufwies, wurde durch eine geschlossene Stahlbetonkonstruktion ersetzt. Das Stahltragwerk für das großkalibrige Gasrohr wurde auf Kosten der Stadtwerke (Gaswerk) gleichfalls gegen ein Stahlbetontragwerk ausgewechselt. Die schadhafte Stiegenanlage des Steges bei der Stadtbahnhaltestelle Braunschweiggasse wurde abgetragen und eine provisorische Holzterrasse errichtet. Die Flötzersteigbrücke wurde einer Hauptuntersuchung unterzogen und ihr Geländer instandgesetzt.

Auf der Höhenstraße wurden Setzungen der Fahrbahn und der Gehwege behoben, das Pflaster instandgesetzt und die schadhafte Holzgeländer durch Steinbrüstungen ausgetauscht. *Im Gebiete des Wienerwaldes* wurden an den Brücken über den Schreiberbach, über den Schablergraben, über den Waldgraben im Kahlenbergsdorf, an der Grünauerbachbrücke in Hietzing, an der Hohen Brücke in Hinter-Hainbach, an der Brücke bei der Karlsgasse in Purkersdorf, an der Brücke über den Halterbach in der Kordonsiedlung und am Steg über den Moosgraben nächst dem Gasthaus Kordon Instandsetzungen und Anstrichausbesserungen vorgenommen. Am Seeschlachtgraben in Simmering wurden an 5 Brücken Instandsetzungsarbeiten und Anstreicherarbeiten ausgeführt; ebenso wurde die schwer kriegsbeschädigte Josef Harrer-Brücke über den Mauerbach wiederhergestellt. Auch die Brücken im südlichen Gebiet von Wien waren durch Kriegshandlungen in Mitleidenschaft gezogen worden. So mußten in Atzgersdorf die *Pellmannbrücke* über die Liesing verstärkt, die *Maisgayerbrücke* durch eine provisorische Brücke aus Stahlträgern auf Holzjochen und die *Franz Höbinger-Brücke* durch einen Steg aus hölzernen Nagelträgern ersetzt werden. In Oberlaa wurde an Stelle der zerstörten *Bischofsbrücke* eine Notbrücke aus Stahlträgern auf Holzjochen

errichtet und das Geländer des *Steges über die Liesing* wieder instandgesetzt. Zwei Brücken über die Dürre Liesing und über den Mühlbach in Perchtoldsdorf wurden repariert.

In Albern wurde an Stelle einer zerstörten Brücke über den Schwechat-Wildbach zu den Lagerhäusern ein hölzerner Fußgängersteg errichtet.

Schließlich wurde an der Zerkleinerung und Abfuhr des von den zerstörten Donaukanalbrücken herrührenden Alteisens gearbeitet und mit einer Arbeitspartie die Reinigung und Instandhaltung der Brückenentwässerungsanlagen durchgeführt.

In den *Randgebieten* wurden als Ersatz für zerstörte Brücken neue gebaut oder, je nachdem es die örtlichen Verhältnisse erforderten, vorläufige Umfahrungsbrücken oder Provisorien für eine längere Zeit errichtet. Die *50. Brücke*, die von der Stadtverwaltung seit Kriegsende in den Randgebieten wiederhergestellt wurde, war die Brücke über den Laaberbach beim Laaber Spitz im 25. Bezirk. Im Jahre 1946 wurde hier eine Umfahrungsbrücke aus Holz errichtet, die aber dem großen Autobus- und Fußgängerverkehr nicht entsprach. Die neue Brücke ist aus Stahlbeton, hat eine 6 m breite Fahrbahn und einen 1½ m breiten Fußgängerweg. Mit dem Neubau der Brücke wurden auch 160 m² des Bachbettes mit Granit gepflastert und der anschließende Teil des Bachbettes reguliert.

Im Oktober 1948 wurde die *100. Brücke*, die seit Beendigung des Krieges wieder instandgesetzt worden war, dem Verkehr übergeben. Dies war die Stahlbetonbrücke über die Triesting in Mündendorf, die die Wiener Bundesstraße mit der Ödenburger Bundesstraße verbindet. Die Brücke war bei den Kämpfen um Mündendorf im Jahre 1945 von fliehenden SS-Abteilungen gesprengt worden. Die neue Brücke ist um 2½ m breiter; bei ihrem Bau wurden 22 t Rundstahl, 86 t Zement sowie größere Mengen Betonschotter und Stahlrohre verwendet. 3.000 Arbeitsschichten waren notwendig, um die Brücke aufzubauen; die Kosten beliefen sich auf 580.000 S. Von den 100 Brücken, die bisher mit einem Kostenaufwand von 40 Millionen Schilling instandgesetzt wurden, befinden sich 67 in den Randgebieten.

In den Jahren 1948 und 1949 wurden in den Randgebieten wiederaufgebaut: Die Brücken über den Jodlgraben in Enzersfeld, über den Piesting-Neubach in Moosbrunn, über den Johannesbach in Moosbrunn, über den Mühlbach in Ober-Lanzendorf, die Johannesbrücke in Schwadorf, die Hayekbrücke in Mödling, die Brücken über den Ziegelwerkskanal bei Hennersdorf (Ersatz durch einen Rohrdurchlaß), über den Niederreiterbach, die Schwarzmühlbrücke über den Mitterbach in Schwechat, die Brücke über die

Triesting bei der Bahngasse in Münchendorf, der Holzsteg über den Mühlbach in Perchtoldsdorf, der Holzsteg über die Dürre Liesing in Perchtoldsdorf, der Martinssteg über das Klosterneuburger Gerinne, die Brücken über den Siedersgraben in Klosterneuburg und über den Petersbach in Vösendorf, die Hubertusbrücke über die Fische in Wiener-Herberg, die Brücken über den Wiener Neustädter-Kanal an der Ödenburger Bundesstraße bei Biedermannsdorf und über die Triesting an der Landstraße in Münchendorf (Unterbau), der Steg über die Fische in Klein-Neusiedl bei der ehemaligen Papierfabrik, die Brücke über den Wiener Neustädter-Kanal bei Gumpoldskirchen, die Franzensbrücke in Inzersdorf, die Brücke über den Kalten Gang südlich Velm, die Kierlingbachbrücke in Klosterneuburg, die Brücke über den Mödlingbach beim Friedhof in Biedermannsdorf und die Brücke über den Petersbach in Hennersdorf.

Als Langzeitprovisorien oder Umfahrungsbrücken wurden in den Jahren 1948 und 1949 gebaut: Die Umfahrungsbrücken über den Rußbach in Markgrafneusiedl und über den Kalten Gang südlich Velm, Langzeitprovisorien über den Sulzfeldgraben bei Enzersfeld und über den Kalten Gang an der Landstraße Albern—Mannswörth, der Hilfssteg über die Liesing an der Schwarzmühlenstraße und über die Fische in Ebergassing, die Umfahrungsbrücke für die Rutschenbrücke bei Laxenburg und als Langzeitprovisorium die Strandbadbrücke Klosterneuburg.

Instandsetzungen größeren Umfanges wurden vorgenommen: An der Marktbrücke in Fischamend, Hebung und Ergänzung nach Sprengung; an der Krautgrabenbrücke über die Fische südlich Gramatneusiedl, Wiederherstellung nach Sprengung; an der Brücke über den Frauenbach in Zwölfaxing, Instandsetzung der Flügelmauern; an der Mühlbachbrücke in Schwechat an der Preßburger Bundesstraße, Zuschütten des Gerinnes im Brückenbereiche; an der Donaugrabenbrücke bei Bisamberg; an dem Steg über den Donaugraben neben der Nordwestbahn; an der Umfahrungsbrücke in Kaiser-Ebersdorf; an der Brücke über den Mödlingbach, Nußallee, Hinterbrühl; an der Brücke über den Mühlbach beim Hotel Hajek in der Vorderbrühl und über den Petersbach in Hennersdorf; an der Weiglbrücke im Großen Höniggraben; an der Marenabrücke über die Liesing in Atzgersdorf; am Sportplatzsteg in Schwechat; an den Brücken über den Mühlbach in Schwechat, Schmidtgasse, über den Langen Graben bei Enzersfeld, über den Feierbach in Laxenburg und an der Pfaffenspitzenbrücke bei Kalksburg.

Schließlich wurden an vielen Brücken Instandsetzungen an den Tragwerken, Geländern und am Anstrich durchgeführt.

SCHUTZWASSERBAUTEN.

In den Jahren 1948 und 1949 wurde die Behebung der Kriegsschäden an Fluß- und Bachbetten des Stadtgebietes fortgesetzt. Insbesondere konnte ein Großteil der Schäden am Wienflußgerinne behoben werden. So wurde beim Margaretengürtel die beschädigte Stadtbahnmauer repariert, die Ufermauer bei der Wackenroderbrücke, das Sperrwerk in Hadersdorf, sowie örtliche Mauerwerks- und Sohl Schäden längs des ganzen Gerinnes instandgesetzt; auch die Bauarbeiten zur Behebung der katastrophalen Bauschäden, die im Zusammenhang mit einem Bombentreffer in der Linken Wienzeile zwischen Moriz- und Fallgasse entstanden waren, konnten beendet werden. Die im Jahre 1947 begonnenen Arbeiten zur Wiederinstandsetzung der kriegszerstörten Regulierungsstrecke des Petersbaches in Siebenhirten konnten gleichfalls abgeschlossen werden. Die Kriegsschäden an den Ufermauern am Mödlingbach in der Vorderbrühl, bei der Hayekbrücke, wurden behoben und kleinere Bombentrichter und Schützenlöcher an verschiedenen Gerinnen beseitigt.

Eine bemerkenswerte technische Leistung ist die Regulierung des Liesingbaches, dessen 29 km langes Flußbett überwiegend im Wiener Stadtgebiet verläuft. Der bei normalem Wasserstand kaum 110 l/sec. Wasser führende Bach schwillt bei Unwetter in kurzer Zeit zu einem reißenden Fluß an und wird zu einer Gefahr für die Umgebung. Die Bauarbeiten auf der Strecke Rodaun und Inzersdorf, zwischen der Pottendorfer Linie und der Laxenburger Straße konnten im Jahre 1949 nahezu fertiggestellt werden, trotzdem die Bauarbeiten in diesem Jahre dreimal durch Hochwasser behindert wurden. Das nunmehr regulierte Bachbett mit seinen hohen Böschungen schützt auch bei höchstem Wasserstand die Gebiete von Rodaun und Inzersdorf gegen Überschwemmung. Im Jahre 1949 wurden am Baulos Rannersdorf mit den Arbeiten begonnen. Außerdem wurden verschiedene kleinere Schutzwasserbauten ausgeführt: Der Damm am rechten Ufer des Schwechat-Wildbaches in Albern wurde erhöht, der Schwechat-Werkbach nach Einbau von Kanälen zugeschüttet, das Gilleswehr in Münchendorf instandgesetzt und am Hause Erdberger Straße 126 eine Stützmauer errichtet. In Rodaun wurden Uferbefestigungsarbeiten vorgenommen, am Mödlingbach in Wiener Neudorf wurde die Ufermauer instandgesetzt, am Halterbach in Hütteldorf eine solche neu errichtet, in der Siedlung am Neufeld in Schwechat ein Entwässerungskanal angelegt. Zu diesen Arbeiten kam noch die Fertigstellung kleinerer Uferschutzbauten und örtlicher Regulierungen.

Für Erhaltungsarbeiten an Bächen und Gerinnen, zur Behebung von Uferbrüchen und Dammschäden an Uferböschungen und an

der Sohle, Instandsetzung der Wehranlagen, Einbau von Leitwerken und Traversen, Räumungs- und Rodungsarbeiten in Gerinne, Freihaltung von Schlamm- und Schotterfängern an der Schwechat, Fische, Triesting, am Liesingbach, Mödlingbach, Petersbach, Erbsenbach, Weidling- und Kierlingbach und an den Gerinnen des Bisamberges wurden in den Jahren 1948 und 1949 578 Millionen Schilling aufgewendet. Besonders die Erhaltungsarbeiten am Wienfluß mit seinen Nebengerinnen, die Instandsetzungsarbeiten beim Margaretengürtel, bei der Halterbacheinmündung und beim Hackinger Steg in Hütteldorf sowie die Räumungsarbeiten beim Sperrwerk in Hadersdorf und bei der Rotwasserbachmündung verursachten hohe Kosten. Die Sohl Schäden beim Kobingersteg, bei der Lobkowitzbrücke und an der Niederwasserkünette in Hietzing wurden behoben, die linke Ufermauer bei der Reinprechtsdorfer Brücke und die rechte Ufermauer in Hadersdorf instandgesetzt.

ÜBERSCHWEMMUNGSANGELEGENHEITEN.

In der Donauhochwasserschutzkonkurrenz, mit deren Verwaltung das Strombauamt betraut ist, sind der Bund, das Land Niederösterreich und die Stadt Wien vertreten. Für die Erfordernisse der Konkurrenz sind von den beteiligten Stellen Kurienbeiträge zu leisten; diese stellten sich für die Stadt Wien im Jahre 1948 auf 147.000 S; außerdem wurden für den Reservefonds 21.900 S zur Verfügung gestellt; im Jahre 1949 wurde von der Stadt Wien ein Beitrag von 213.000 S geleistet und zur Auffüllung des Reservefonds, der für erste Auslagen im Falle eines Hochwassers bestimmt ist, ein Betrag von 38.011 S gewidmet.

In den Monaten Jänner und Juli im Jahre 1948 sowie Mai und August 1949 wurde infolge beträchtlicher Hochwasserführung der Donau ein Dauerbereitschaftsdienst eingerichtet. Die jahrelang nicht mehr einberufenen Überschwemmungsexposituren mußten schlagartig wieder besetzt werden. Auch in den Dammverteidigungsexposituren war zur Unterstützung des Strombauamtes städtisches Personal eingeteilt worden. Die Durchlässe am Bahnkörper in Heiligenstadt und Klosterneuburg wurden abgedämmt und Rettungszillen für Evakuierungszwecke bereitgestellt. Bei überfluteten Straßenstellen in Klosterneuburg mußten zur Aufrechterhaltung des Verkehrs Notstege angelegt werden.

VERKEHRSWASSERBAU, HAFEN- UND SCHIFFFAHRTS-ANGELEGENHEITEN.

Nach Plänen für den Verkehrswasserbau wurden in den Jahren 1948 und 1949 sowohl Neubauten für den Hoch-, Tief- und Eisenbahnbau errichtet, als auch Arbeiten für die Kriegs-

schädenbehebung durchgeführt. Im *Hafengebiet Albern* wurde die Zufahrtsstraße instandgesetzt, eine Fahrtrinne im Hafeneingang ausgebessert und die Hafenbahngleisanlagen repariert. Auch im Innenhafen wurden Baggerungen vorgenommen; dabei standen mit Ausnahme eines kurzfristigen Einsatzes von Baggern des Bundesstrombauamtes nur eigene oder gemietete Geräte in Verwendung. Insgesamt wurde eine Menge von 20.000 m³ Schotter und Sand gebaggert. Kriegsschäden wurden behoben: Am Pumpenhaus und Stückgutmagazin, an den zur Nutz- und Löschwasserversorgung des Hafengebietes bestimmten Pumpenanlagen sowie an den Rohrleitungen. Schließlich wurde das Hafenbecken von Schiffahrtshindernissen befreit, die eisernen Leitern und Abgangstiegen an der Spundwand instandgesetzt und auf den freien Lagerflächen und Bahnanlagen das Unkraut beseitigt.

Im *Hafengebiet Lobau* wurden rund 2 km Gleise überholt, zwei Stellwerke im Übergabebahnhof errichtet und zur Erhöhung der Betriebssicherheit die Beleuchtungs- und Signalanlagen des Bahnhofes ausgebaut.

Im *Hafengebiet Freudenu* wurden die Uferböschungen, das Hafenbecken, die Zufahrtsstraße und die Entwässerungsanlage instandgesetzt. Für die geplante Niveauregulierung im Hafengebiet wurden 70.000 m³ Schutt von privaten Fuhrwerkern und den österreichischen Bundesbahnen geliefert; auch die von den Donaukanal-Vorkaiflächen stammenden Schuttmengen wurden hiefür verwendet. Teile der Bahnanlage und zwei Abstellgleise von rund 100 m Länge, die besonders beschädigt waren, wurden wiederhergestellt und die im Jahre 1948 begonnenen Arbeiten an der Krananlage wurden mit der Herstellung eines Kranbahnfundamentes fortgesetzt. Im Hafenbecken befindliche Schiffahrtshindernisse wurden teils entfernt, teils durch Bojen gekennzeichnet. Das dem Hochwasserschutz dienende, durch Bomben teilweise zerstörte Siel am nordwestlichen Ende des Hafens wurde instandgesetzt.

Um die Bauarbeiten zu ermöglichen, mußte die vorhanden gewesene Transformatorenstation provisorisch ausgebaut und verstärkt werden.

Im *Hafengebiet der Kuchelau* wurden Baggerungen im Auftrage der örtlichen Besatzungsmacht durchgeführt. Im Jahre 1949 wurde ein Beitrag zu den Kosten der Sicherungsmaßnahmen an der Leopoldsberglehne geleistet und eine Hochwasserabschlußstütze instandgesetzt. Die Instandsetzungsarbeiten am Bahnkörper der Hafenhafnen wurden zum Großteil von eigenen Kräften geleistet. Für die ständige Überwachung der Betriebssicherheit der Hafenhafnen wurde ein behördlich autorisierter Zivilingenieur herangezogen.

Im *Gebiet des Donaukanals* ist von den dort geleisteten größeren Arbeiten die Beseitigung von insgesamt 7.500 m³ Schutt anzuführen, der auf den Vorkaiflächen des Kanals lagerte, hiezu wurden eigene Fahrzeuge, 1 Motorboot, 6 Trauner, Hilfsschiffe und Geräte eingesetzt, die den Schutt in den Hafen Freudenau beförderten. Auch die Abfuhr und Ablagerung des zu Schützzwecken geeigneten Baggergutes, das bei Baggerungsarbeiten des Bundesstrombauamtes bei der Donaukanalmündung anfiel, sowie die Wiederherstellung der Ausmündungsbauwerke beim Krottenbach und beim Alsbach-Regenauslaß sind zu erwähnen.

Auf technischem Gebiet wurden verschiedene Kriegsschadenbehebungen durchgeführt: Die Instandsetzung des Leuchtturmes in der Freudenau, die Ausstattung der Magazine mit verschiebbaren Oberlichtern, die Montage einer Blitzableiteranlage, Reparatur und Nacheichung der Wassermesser, die Herstellung eines Trinkwasserbrunnens in der Bahnanlage Lobau und die Beseitigung zweier kleiner Flaktürme. Für die Wiener Lager- und Kühlhaus A.-G. wurde die gesamte elektrische Licht- und Kraftanlage, die Wasserleitung und die sanitären Anlagen des Magazins 9 überholt und Konstruktionsänderungen der Krananlage vorgenommen.

Zwei Stadtbahnbogen wurden neu ausgestattet und als Schlosserwerkstätte und Montagehalle für den Eigenbedarf eingerichtet; in einem dieser Stadtbahnbogen wurde eine sanitäre Anlage eingebaut.

Nach eigenen Entwürfen und Plänen wurden verschiedene, dem Verkehrswasserbau dienende Schiffe und Geräte hergestellt, und zwar im Jahre 1948 vier Trauner zu je 100 t, drei als Versenker ausgestattete Trauner in gleicher Größe, ein Schleppboot mit einem 260-PS-Motor und einige Arbeitsschiffe; im Jahre 1949 zwei hölzerne Trauner mit je 100 t Fassungsvermögen, je ein Motorboot mit 75 PS und 160 PS, ein diesel-elektrisch angetriebener Eimerkettenschwimmbagger und eine Zille mit Außenbordmotor sowie ein Pumpschiff mit einem Schläuchboot und einer Taucherausrüstung, das der städtischen Feuerwehr zur Benützung überlassen wurde. In Fertigstellung begriffen sind ein Vollportal-Wippdrehkran für den Hafen Freudenau und eine Lade- und Entladevorrichtung für die Trauner.

Gelegentlich der Räumung der Fahrinnen in den Hafengebieten wurden auf rund 600.000 m² Fläche ca. 3.100 t Hindernisse beseitigt. Darunter befanden sich auch schwere Waffen, 1 schwere Mine, 8 Tellerminen, 650 kg Munition und 7 Panzerfäuste. In der Kuchelau und in der Freudenau wurden 18 Schiffe (Bagger, Pontons samt Geräten) mit einer Wasserverdrängung von ungefähr 14.000 t geborgen. Aus Anlaß der Schiffshebungen waren um-

fangreiche Verhandlungen mit der örtlichen Besatzungsmacht nötig. Die Schiffshebe- und Räumungsarbeiten erforderten 7.000 Arbeitsschichten, darunter 1.000 unter Wasser.

Auf technisch-behördlichem Gebiete waren zahlreiche Geschäftsstücke zu erledigen, wie Stellungnahmen und Gutachten zu wasserrechtlichen und schiffahrtspolizeilichen Angelegenheiten der schiffbaren Gewässer Wiens, Orts- und Büroverhandlungen über Instandsetzungsarbeiten an Brücken über den Donaustrom und Donaukanal, über das Notwasserwerk Nußdorf usw. Hervorzuheben sind größere Arbeiten, wie die Baggerungen in der Freudenua und Kuchelau, die Errichtung eines Rückhaltebeckens in Wien-Jedlersdorf, die Landgewinnung im Inundationsgebiet, der Baggerbau für die Vereinigten Baustoffwerke A.-G. an der Erdbergerlände, die Errichtung einer Briquetfabrik auf dem Gelände der ehemaligen Militärschwimmschule, die Instandsetzungen an den Anlagen der Firma „Redeventza“ und an den Wochenendhäusern in der Kuchelau, der Bau eines Sägewerkes in der Kuchelau, der Neubau des Ausmündungstauwerkes des Krottenbaches, die Instandsetzung der Vonwiller-Mühle, die Errichtung einer Großgarage der „Orop“ an der Freudenuaer Hafenzufahrtsstraße, die Inbetriebnahme der Notwasserwerksanlage im Hafengebiet Freudenua, die Auflassung der Preßburger Bahn und verschiedenes andere.

Behandelt wurden auch Errichtungs- und Benützungsbewilligungen für Überfahren über die Donau und den Donaukanal. Als Stromaufsichtsbehörde und Donaukanalinspektion hat der Magistrat sämtliche Anlagen für die Schifffahrt, die Überfahren, die Brückenlichtsignale und die Kennzeichnung von Schifffahrtshindernissen regelmäßig zu überprüfen und evident zu halten; er erteilt Bewilligungen zur Befahrung des Donaukanales und zur Abhaltung von Veranstaltungen, regelt die Wasserstandsverhältnisse des Donaukanales im Einvernehmen mit dem Bundesstrombauamt. Im Jahre 1949 wurde begonnen, öffentliche Rettungszillen im Strom und Donaukanal auszusetzen. Neben statistischen Arbeiten wurde das Teilprojekt des Hafens Freudenua bearbeitet und Planarbeiten für die Verbreiterung der Hafeneinfahrt geleistet.

Auf dem Gebiete der allgemeinen behördlichen Hafenverwaltung wurden die Einzelheiten zur Übernahme der Hafenobjekte in die Verwaltung der Magistratsabteilung für Brücken- und Wasserbau festgelegt und hiezu die Schätzungen der Anlagewerte, insbesondere der Hafenschienen sowie die Vorarbeiten für die Versicherung durchgeführt. Darstellungen der Objekte in Detailplänen wurden veranlaßt. Mit der Generaldirektion der österreichischen Bundesbahnen wurden Verhandlungen über die Festlegung des rechtlichen Charakters der Bahnen geführt und die

Verwaltung der Hafenbahnen Freudenau, Albern und Lobau übernommen. Betriebs- und Anschlußverträge wurden neu abgeschlossen, Vorschriften von Hafentagesgebühren sowie die Abstellgebühren für die Benützung von Hafenbahngleisen neu festgesetzt.

Die Schutzgebühr für Schiffe im Winterstand wurde neu geregelt und grundsätzlich auch auf die Häfen Albern und Lobau ausgedehnt. In allen Häfen wurden einheitliche, den derzeitigen Umschlagsverhältnissen angepaßte Hafenjournale aufgelegt, die technische Inspektion der Hafengebiete geordnet und die Verbindung mit der Hafendirektion Linz intensiviert.

Die Grundverwaltung für die Hafensflächen und -länder wurde durch die Schaffung von planlichen Unterlagen und durch die Neuvermessung des westlichen Gebietes von Albern usw. ausgebaut. Für Kabellegungen auf Hafensflächen, sonstige Flächenausnützungen, Grasfechungen u. a. wurden Verträge abgeschlossen.

Sämtliche Tätigkeiten der Hafenverwaltung, die zu Personen- oder Sachschäden führen können, wurden in eine Haftpflichtversicherung einbezogen; die einzelnen Hafenobjekte wurden in die Pauschal-Brandschadenversicherung der Stadt Wien aufgenommen.

Für die Hafenbahnen Freudenau, Albern und Lobau wurden neue Frachttarife festgelegt und eine Vereinfachung des Tarifsystems eingeführt. Durch die Beseitigung von Zeit- und Kriegsschäden an den Hafenbahnen wurde eine Frequenzsteigerung auf rund 37.500 Waggons im Jahre 1949 gegenüber ungefähr 24.600 im Jahre 1948 ermöglicht.

Der Schiffumschlag in den Wiener Hafenanlagen stieg von rund 7.000 Tonnen im Jahre 1948 auf rund 20.000 Tonnen im Jahre 1949.

HYDROGRAPHIE, METEOROLOGIE UND BODENTECHNIK.

Für hydrologische Messungen wurden 4 neue Niederschlagsstationen errichtet, wodurch sich deren Zahl auf 26 erhöhte. Zur besseren Grundwasserbeobachtung wurden im Jahre 1948 67 und im Jahre 1949 78 neue Meßbrunnen gebohrt, so daß für die Beobachtung nunmehr 268 Meßbrunnen zur Verfügung stehen. Dazu kommen noch die in die Beobachtung einbezogenen 49 Bohrlöcher der U-Bahn. Außerdem wurden 4 Limnigraphen (Grundwasserstandsreiber) aufgestellt. Alle Messungen werden kartographisch bearbeitet. Die Zahl der beobachteten Pegel an fließenden Gewässern in Wien beträgt derzeit 8.

Die meteorologischen Halbwochenprognosen, die allen Abteilungen des Magistrates zugehen, gaben Aufschlüsse über zu erwartende Temperaturen, Niederschläge, Windverhältnisse und

den witterungsbedingten Straßenzustand. Eine fallweise Warnung bei Sturm und Glatteis erging gleichfalls an alle interessierten Dienststellen. Mit neuen Forschungen über die Niederschläge in Wien nach Regionen wurde begonnen. Die langfristigen Prognosen konnten auf die Zeit von 3 Monaten erweitert werden. Mit der Ausarbeitung einer Klimakarte und mit den Vorarbeiten zur Abfassung einer „Wetterkunde für die Bautechniker“ wurde ebenfalls begonnen.

An der Ergänzung des Bodenkatasters von Wien wurde auch in den Jahren 1948 und 1949 weitergearbeitet. Bohr- und Brunnenprofile, geologische Karten, geologische Kanalprofile und sonstige Aufschlüsse wurden bei Ämtern, Behörden, Archiven, Museen, öffentlichen und privaten Sammlungen und bei Privatfirmen beschafft. Im Jahre 1948 wurden 760, im Jahre 1949 370 Geschäftsfälle in den Bodenkataster eingetragen. Auch Ergebnisse von bodenphysikalischen Untersuchungen, Druckproben mit dem Bodendruckapparat, Probelastungen, Pfahlprobelastungen sowie deren Auswertungen wurden in den Bodenkataster aufgenommen. Der Lauf der Donau im Gebiet von Wien in den Jahren 1683 bis 1865 wurde in den Generalstadtplan des Bodenkatasters eingezeichnet. In Plänen 1 : 1.440 wurden die Befestigungsanlagen aus den Jahren 1600—1820 und 1820—1858 im Bereiche des 1. Bezirkes vollständig eingetragen. Ehemalige Teiche, Ziegeleien und Sandgruben wurden ebenfalls in den Generalstadtplan eingetragen. Verschiedene schriftliche Angaben, Zeichnungen und Skizzen über Fundierungen und geologische Aufschlüsse wurden teils der älteren Fachliteratur, teils verschiedenen Akten und Plänen bei Ämtern und in Archiven entnommen und im Bodenkataster eingereiht. Weiters wurden auch Amtsgutachten sowie Gutachten Privater über baugrundtechnische Fragen gesammelt und verwertet.

Von den Flaktürmen in Wien wurden Pläne, Gewichtsberechnungen und Bohrprofile beschafft oder angefertigt und gemeinsam mit der Lehrkanzel für Grundbau an der Technischen Hochschule Wien Setzungsberechnungen durchgeführt. Die Setzungsmessungen an den Flaktürmen, desgleichen an den städtischen Wohnhäusern und sonstigen städtischen Bauten wurden ebenfalls im Bodenkataster gesammelt. Für städtische Neubauten wurden Probebohrungen ausgeschrieben, überwacht und deren Ergebnisse für geplante Fundierungsarbeiten verwertet. Die voraussichtlichen Setzungen wurden berechnet sowie Bodenprüfungen und Bodenbelastungen durchgeführt. Bei jedem Neubau wurde vorher in Skizzen die Lage der einzelnen Meßbolzen festgelegt. Für das Wohnbauprogramm der Stadt Wien und für geplante private Hochhäuser wurden die zur Verbauung vorgeschlagenen Standorte nach vorhergegangenen Erhebungen bodentechnisch beurteilt.

Bei den Vorentwürfen für städtische Bauten wurden die Architekten beraten, so beim Entwurf des städtischen Strandbades „Gänsehäufel“, der Bauschule Kagran, der Schule am Wolfersberg und des Sonderkindergartens im Auer-Welsbach-Park.

Über eine geplante Friedhofserweiterung in Neustift am Walde wurde ein geologisches Gutachten erstellt. Für die Umladestation auf der Erdberger Lände wurden Rammdiagramme ausgewertet, Höhenmarken für die Setzungsmessung vorbereitet, die Beobachtungsstelle und Fixpunkte ausgewählt und Sicherungsmaßnahmen für die Vertiefung der Fahrinnen vorgeschlagen. Zur Behebung von Setzungsschäden in den Häusern Felsgasse 7 und Khungasse 21 wurden Ratschläge erteilt und über eine Gebäudesetzung im Hause IX., Liechtensteinstraße 51 (Schwedische Gesandtschaft), ein Gutachten abgegeben. Die Setzungsmessungen an den Häusern Linke Wienzeile 160 und 162 wurden kontrolliert und für die Bohrung eines artesischen Brunnens ein Entwurf angefertigt; ebenso wurde die Kontrolle über die Setzungsmessungen an den Grundpegeln der Ufermauern im umliegenden Gebiet übernommen. Zur versuchsweisen Behebung der seit Jahren beobachteten Rißbildungen in den Stiegenhäusern der Gewerbeschule in der Hütteldorfer Straße wurde ein Vorschlag erstattet. Für die Behebung von starken Gebäudesetzungen beim Amtshaus, I., Werdertorgasse 6, wurde ein Entwurf für die Gebäudeunterfangung mittels gebohrter Ortpfähle fertiggestellt. Wegen Setzungen, Rißbildungen und wegen Schiefstellung eines Gebäudeteiles im städtischen Wohnhause, III., Hagenmüllergasse, waren Erhebungen und Messungen notwendig.

Die Standsicherheit der Eisenbahnbrücke über die Liesing an der Pottendorfer Linie wurde im Zusammenhang mit der Liesingbachregulierung bodentechnisch beurteilt, die voraussichtliche Setzung berechnet und über die Fundamentgestaltung beraten. Für die Sicherung gegen Rutschungen in der Siedlung Kordon wurden Erhebungen und Vorarbeiten durchgeführt.

Schließlich wurden die Bodenproben in den Lagerraum für Bodenproben, XI., Albin Hirsch-Platz, gebracht und dort nach Baustellen übersichtlich gelagert. Für geologische Untersuchungen wurden der Geologischen Bundesanstalt fallweise Bodenproben ausgefolgt.

WASSERVERSORGUNG.

WASSERGEWINNUNG.

Die Ergiebigkeit der beiden Hochquellenleitungen war in den Jahren 1948 und 1949 wegen der größeren Niederschlagstätigkeit reichlicher als in den Vorjahren. Erst im letzten Drittel des Jahres 1948 ließ die Niederschlagstätigkeit merklich nach und die Grund-

wasserwerke mußten stärker eingesetzt werden, um die Wasserversorgung im normalen Ausmaße aufrecht erhalten zu können. Zu irgendwelchen Schwierigkeiten ist es aber in den Jahren 1948 und 1949 nicht gekommen. Trotzdem wurden die Bemühungen um eine Verbesserung der Wasserzuführung und um Gewinnung neuer Quellgebiete auch in diesen Jahren tatkräftig fortgesetzt.

So wurden die Höllbachquellen bei Weichselboden im Quellgebiet der 2. Hochquellenleitung nachgefaßt. Durch diese Anlage wurden im Talgrund der Höllbachquellfassung einwandfreie Quellwassermengen im Ausmaß von 2.500 m³/Tag erschlossen, die durch die ursprünglichen Anlagen nicht unmittelbar erfaßt werden konnten, sondern gehoben werden mußten. Durch Anlage von drei quer über den Talboden verteilte Tiefbrunnen konnte dieses Grundwasser mittels Heberleitungen dem Hauptstrang der 2. Hochquellenleitung zugeführt werden. Diese neue Fassung erfordert keine Wartung und arbeitet vollkommen selbständig. Ebenso wie die in den vorhergehenden Jahren errichteten Nachfassungen der Brunngraben- und Kläfferquellen, dient auch diese Anlage zum Ausgleich des Winterminimums der Quellen.

In gemeinsamer Arbeit mit der Gemeinde Gaming und der n. ö. Landesregierung war es möglich, die Überschußwässer der oberhalb Gaming entspringenden Stickleitenquelle, soweit sie über den Bedarf der Gemeinde Gaming hinausgehen, für die Zeit vom 1. Jänner bis 31. März jedes Jahres für die 2. Hochquellenleitung sicherzustellen. Sämtliche damit im Zusammenhang stehenden Arbeiten, wie die Verlegung einer 750 m langen Rohrleitung, wurden fertiggestellt, und vom 1. Jänner 1950 an kann von dieser Quelle eine Wassermenge von durchschnittlich 1.500 m³/Tag der 2. Hochquellenleitung zugeführt werden.

Am Aufgang des großen Höllentales (Rax) treten zahlreiche Quellen unmittelbar über dem rechten Schwarzaufer aus, die in die bestehende Fassung der Höllentalquelle nicht einbezogen sind. Diese Quellen werden in einem längs der Schwarza geführten, gegen den Fluß abgedichteten Betonkanal von rund 170 m Länge gesammelt und von dort mittels einer Wasserstrahlpumpe, die ihr Triebwasser aus einem höher gelegenen Teil des Stollens der 1. Hochquellenleitung bezieht, durch eine kurze Rohrleitung in den Hauptstollen gefördert. Durch die Fassung und Einleitung dieser zirka 50 bis 100 l/sec liefernden Quellen wird die Sicherstellung der im Ableitungskonsens vorgesehenen Wassermengen der Quellen oberhalb des Kaiserbrunnens ermöglicht; bei höherer Wasserführung der Schwarza kann der Überkonsens besser ausgenützt werden. Die baulichen Herstellungen sind noch im Gange.

Die Gemeinde Ternitz hatte beabsichtigt, aus einem neben dem Stixensteiner Leitungskanal liegenden Brunnenfeld Wasser in

einen Hochbehälter zu pumpen und von dort ihren Verbrauchern zuzuführen. Nunmehr wurde vereinbart, das für die Gruppenwasserversorgung der Gemeinde Ternitz benötigte Wasser aus dem Stixensteiner Leitungskanal zu liefern, während das Wasser aus dem Brunnenfeld St. Johann in die Wiener Hochquellenleitung eingeleitet wird. Zu diesem Zwecke wurde auf einem der Höhenlage entsprechenden Punkte des Leitungskanals eine Leitung aus Schleuderbetonrohren von 400 mm Nennweite in einer Länge von 2.337 m neben dem Leitungskanal bis zum Brunnenfeld verlegt. Am Ende dieser Leitung hat das Wasser infolge des Höhenunterschiedes bereits jenen Druck, den die Pumpen im Brunnenfeld hätten erzeugen müssen, um das Wasser in den Hochbehälter zu drücken. Um andererseits das Wasser aus dem Brunnen ohne motorische Hebung in den Leitungskanal leiten zu können, wird vom Brunnenfeld bis zu einem Punkte des Leitungskanals, der tiefer liegt als der bei Wasserentnahme abgesenkte Grundwasserspiegel im Brunnenfeld, eine 500 m lange Heberleitung von 400 mm Nennweite verlegt. Diese Heberleitung wird am höchsten Punkt durch eine Wasserstrahlpumpe, die ihr Triebwasser aus der erwähnten Schleuderbetonrohrleitung bezieht, dauernd entlüftet und in Betrieb gehalten. Die Leitungen im Brunnenfeld sind 270 m lang und haben Nennweiten von 400, 300 und 250 mm.

Durch die Verbindung vom Stixensteiner Kanal und dem Brunnenfeld ergeben sich folgende Vorteile:

Das Gruppenwasserversorgungs-Unternehmen Ternitz kann ein Pumpwerk im Brunnenfeld und die Errichtung eines Hochbehälters samt Zu- und Ableitung ersparen, wodurch sich eine wesentliche Verbilligung des Wasserpreises gegenüber dem Wasserbezug aus dem Brunnenfeld ergeben wird.

Für die Wasserversorgung der Stadt Wien steht das Doppelte der an das Gruppenwasserversorgungs-Unternehmen abgegebenen Wassermenge kostenlos und darüber hinaus eine solche bis zu 10.000 m³ pro Tag zu einem Preis von 10 Prozent des mittleren Wiener Wasserpreises zur Verfügung. Diese Wassermenge kann durch eine Heberleitung ohne Betriebskosten in die Hochquellenleitung eingeleitet werden. Im öffentlichen und wirtschaftlichen Interesse wird durch den Entfall des Pumpwerkes im Brunnenfeld jährlich eine Energiemenge von über 100.000 kWh erspart, und das bisher unausgenützte Arbeitsvermögen der Gefällstufe der Stixensteiner Leitung von Sieding bis zum Brunnenfeld kann günstig verwertet werden. Die Bauarbeiten sind im Jahre 1949 soweit fortgeschritten, daß im Frühjahr 1950 die Heberleitung für die Wasserentnahme aus dem Brunnenfeld fertiggestellt sein wird. Das Wasser an das Gruppenwasserversorgungs-Unternehmen kann bereits heute abgegeben werden.

Um den durch die zeitweise Ausschaltung des Kaiserbrunnens entstehenden Wasserausfall zu ersetzen, wurde die wasserrechtliche Bewilligung erwirkt, daß die ausfallende Wassermenge durch zusätzliche Einleitung aus den Quellen oberhalb Kaiserbrunnens ersetzt werden kann, wobei die zusätzliche Einleitung mit 40.000 m³ pro Tag begrenzt wurde.

Die Wassergewinnung durch die Grundwasserwerke wurde ebenfalls verbessert. Zwei neue Spitzendeckungswerke wurden errichtet und nach umfangreicher Adaptierung der alten Pumpwerke sowie nach Zubau einer Chlorungsanlage in Betrieb genommen. Das erste Spitzendeckungswerk befindet sich im Gebäude der St. Georgs-Brauerei in der Prager Straße im 21. Bezirk, das zweite im Gebäude der Brauerei Nußdorf. Die Vorarbeiten eines Grundwasserwerkes im 11. Bezirk, Thürlhofgasse, wurden mit Sondierbohrungen fortgesetzt, ein Rohrbrunnen hergestellt und ein Probeschöpfungsbetrieb vorgenommen, der gute Ergebnisse zeitigte.

Im Jahre 1948 lieferte die 1. Hochquellenleitung 34,572.700 m³, die 2. Hochquellenleitung 78,296.000 m³, im Jahre 1949 die 1. Hochquellenleitung 36,420.300 m³, die 2. Hochquellenleitung 78,221.900 m³.

Zu diesen Wassermengen lieferten die Grundwasserwerke, um den Spitzenverbrauch zu decken, bei Störungen in der Wasserzuführung und zur Versorgung des Nutzwassernetzes beträchtliche Zuschüsse, und zwar:

Grundwasserwerke außerhalb Wiens:	1948		1949	
	Betriebs- stunden	m ³	Betriebs- stunden	m ³
St. Johann	3.754	1,432.000	4.188	1,336.300
Pottschach	3.474	2,378.700	3.243	2,389.000
Matzendorf	4.281	1,775.800	3.498	1,398.300
Seisenstein	447	183.900	1.939	808.000
Kläffer	—	—	1.288	757.200
Zusammen	11.956	5,770.400	14.156	6,888.800
Grundwasserwerke innerhalb Wiens:				
Nußdorf	4.640	5,840.100	3.896	4,340.600
Rustenschacherallee	178	48.400	46	10.200
Wasserpark	1.050	229.300	343	108.000
Zusammen	5,868	6,117.800	4.285	4,458.800
Industrienotwasserwerke:				
Messegelände	307	18.100	186	14.200
Smolagasse	3.334	904.900	1.617	369.100
Winterhafen	57	4.100	—	—
Prager Straße	1.224	409.400	1.291	476.900
Nußdorf	—	—	192	23.900
Zusammen	4.922	1,336.500	3.286	884.100
Wientalleitung		2,987.500		3,406.000

WASSERLEITUNGSKRAFTWERKE.

In den Sommermonaten sind im Quellgebiet der 2. Hochquellenleitung immer größere Wassermengen vorhanden, als durch den Leitungskanal nach Wien abgeleitet werden können. Da diese Überschüßmengen durch etwa 210 Tage im Jahre vorhanden sind, lag der Gedanke nahe, einen Teil dieser Überschüßmenge aus höher gelegenen Quellfassungen über ein Kraftwerk zu schicken und zusätzliche elektrische Energie zu erzeugen.

So wurde zur Verarbeitung der Überschüßwassermengen der Siebensee- und Schreyerquellen ein Kraftwerk bei der „O-Kammer“ in Wildalpen an der Salza unterhalb des Amtshauses errichtet. Das Kraftwerk wird mit einer Leistung von 298 PS eine Strommenge von 1,500.000 kWh im Jahr erzeugen, die über die bestehende Fernleitung nach Wien gebracht wird. Die Maschinen für dieses Kraftwerk wurden vom aufgelassenen Wienfluß-Kraftwerk in Baumgarten nach Wildalpen überstellt. Anlässlich des Probetriebes im Oktober 1948 brannte der alte Generator durch, daher konnte das Kraftwerk erst im Mai 1949 nach Neubewicklung des Generators in Betrieb genommen werden.

Im Zusammenhang mit der Errichtung des Kraftwerkes und dem erhöhten Stromanfall wurde 1948 mit verschiedenen Ausgestaltungsarbeiten in der Kraftwerkszentrale bei der „M-Kammer“ und im Wärterhaus auf der Winterhöhe begonnen. Unter anderem wurde ein 2.000-KVA-Transformator im Umtausch gegen einen 800-KVA-Transformator aufgestellt.

Durch Messungen der Wasserwerke wurde festgestellt, daß der Leitungskanal der 2. Hochquellenleitung zwischen Wildalpen und Scheibbs imstande ist, in der Sekunde um 200 Liter Wasser mehr zu führen als bisher, und daß auch die Turbinen und Generatoren im Wasserleistungskraftwerk Gaming diese zusätzliche Wassermenge verarbeiten könnten. Durch geringe bauliche Veränderungen wurde die Mehreinleitung vollzogen und dadurch die Leistung des Kraftwerkes Gaming um 2½ Millionen kWh erhöht. Die zusätzliche Wassermenge kann wohl nicht nach Wien geleitet werden, da der Leitungskanal von Scheibbs nach Wien bis zur obersten Grenze gefüllt ist, das Kraftwerk Gaming aber wird durch diese Nachfassungen vor allem im Winter jährlich um 1 Million kWh mehr Strom liefern.

Elektrische Energie durch Wasserleitungskraftwerke wurde in folgender Menge produziert:

	1948	1949
5 Kraftwerke in Wildalpen	5,636.594 kWh	7,521.551 kWh
1 Kraftwerk in Gaming	34,767.772 kWh	36,410.000 kWh
5 Kraftwerke in Wien	2,097.064 kWh	4,807.555 kWh
Zusammen	42,501.430 kWh	48,739.106 kWh

Die gesamte Energiemenge wurde an die Wiener Elektrizitätswerke abgegeben. Nur die Energiemenge von 113.130 kWh eines kleineren Kraftwerkes in Naßwald wurde einer örtlichen Lichtgenossenschaft zugewiesen. Die gesteigerte Energieerzeugung ist hauptsächlich auf die Inbetriebsetzung des neuen Kraftwerkes in Wildalpen, auf die Auswirkung des Mehreinleitungskonsenses von 200 l/sec, durch die zusätzliche Wassergewinnung beim Kraftwerk Gaming und auf die Wiederinbetriebsetzung des Kraftwerkes Mauer zurückzuführen, das nach einem Generatorschaden längere Zeit stillgestanden war.

Mit den Städtischen E-Werken wurde ein neuer Vertrag abgeschlossen, der für die von den Kraftanlagen der Wiener Wasserwerke an das öffentliche Netz abgegebenen Strommengen eine günstigere finanzielle Vergütung vorsieht.

KRIEGSSCHÄDENBEHEBUNGEN UND ARBEITEN AN DEN AUSSENSTRECKEN.

Die ausgedehnten Kriegsschäden an den Wasserleitungsanlagen waren in den ersten Jahren nach dem Kriege zum allergrößten Teil beseitigt worden. Die Behebung einiger kleinerer Schäden konnte erst im Jahre 1948 erfolgen.

An der 1. Hochquellenleitung wurde durch abgeschwemmten Bombenschutt bei Neunkirchen und Wöllersdorf die Sohle des Leitungskanals auf längeren Strecken stark beschädigt. Im Jahre 1948 wurde nun dieser Sohlenverputz auf einer Strecke von 1.277 m vollständig erneuert. Die durch Bombeneinwirkung am Leitungskanal der 2. Hochquellenleitung entstandenen Schäden bei Kirnberg und Grünsbach wurden auf einer Streckenlänge von 20 m behoben.

Bei der Wiederherstellung der Heiligenstädter Brücke wurde ein 120 m langer Brückenrohrstrang von 200 mm Durchmesser verlegt. Außer den kleineren Erhaltungsarbeiten an den Wasserleitungsanlagen, wie Reinigen und Verfugen von Aquäduktpflasterungen, Tagwassergerinnen und Überlaufgräben, Entrostung und Anstrich von Armaturen, Einfriedungen und Geländer, sowie von Türen der Kammern, Türme und Zugangstollen, verschiedenen Zimmermanns-, Dachdecker- und sonstigen Professionistenarbeiten an den Betriebsgebäuden, wurden auch umfangreichere Instandhaltungsarbeiten an den Wasserleitungsanlagen durchgeführt.

An der 1. Hochquellenleitung wurde die Schaulfläche am Aquädukt in Mödling instandgesetzt, das Pumpenaggregat beim „Brunnen“ in Matzendorf ausgetauscht und die Straße auf den Gahns (Bodenwiese) verlängert. Insgesamt 23 abflußhemmende Steilstrecken der 1. Hochquellenleitung wurden umgebaut, wodurch sich die Leistungsgrenze von 158.000 m³/Tag auf fast 200.000 m³/Tag erhöhte. Der Verputz des Stollens beim Höllental

wurde in einer Länge von 200 Metern erhöht und in Naßwald die Nachfassung der Hüttenlehenquelle beendet. Ein Dieselmotor im Schöpfwerk Pottschach wurde überholt und Anstreicherarbeiten an folgenden Betriebsgebäuden der Wasserwerke vorgenommen: Steinabrüchl, Aufseher- und Forsthaus Kaiserbrunn, Gumpoldskirchen, Fuchspaß, Kanzleigebäude Hirschwang, Maschinenhaus Pottschach, Brunn an der Schneebergbahn, Kanzleigebäude Stixenstein und Liesing.

Der Behebung der Kriegsschäden und Erhöhung der Leistungsfähigkeit der Hochquellenleitungen dienten umfangreiche Erhaltungs- und Adaptierungsarbeiten in den Leitungsstollen, Kanälen und Aquädukten, die im Jahre 1948 anlässlich von 11 vollständigen und 2 Teilabkehrungen durchgeführt wurden. Im Jahre 1949 wurden bei 12 Abkehrungen der 1. Hochquellenleitung und 5 Abkehrungen der 2. Hochquellenleitung hauptsächlich Risse und sonstige Verputzschäden an den Sohlen, Wänden und Gewölben der Leitungskanäle und Stollen beseitigt. Zur Sanierung des Schlucktrichters auf der Bodenwiese wurde eine Betonsohlenplatte eingebaut und die Felsspalte mittels einer Betonwand abgedichtet.

In dem 120 m langen Überfallgraben beim Gerhardsbachdücker wurden Betonrohre gelegt, ebenso beim Dürrwiendücker in einer Länge von 51 m; dort wurde auch das Gerinne über dem Siphon pilotiert und durch Steinpflasterung gesichert. Die Abdeckung des 130 m langen Gansbachaquäduktes mußte erneuert werden, wobei das alte Klinkerpflaster durch Deckenbeton ersetzt wurde. Das Tagwassergerinne im Brunngraben, oberhalb der Bezirksstraße Gußwerk—Weichselboden wurde auf einer Länge von 45 m in Betonrohre gelegt. Für die nachgefaßten Kläfferquellen im Quellgebiet der 2. Hochquellenleitung wurde ein Pumphaus errichtet; außerdem wurden 2 Dieselaggregate mit einer Förderleistung von je 16.000 m³/Tag aufgestellt. Der verfallene Zugangstollen beim Kräuteralh wurde für Revisions- und Betriebszwecke ausgemauert. Einige Baumaterialientransporte, die mit Kraftwagen oder mit der Eisenbahn in das Quellgebiet der 2. Hochquellenleitung gelangen sollten, wurden von einer Besatzungsmacht angehalten und erst nach langwierigen Unterhandlungen freigegeben.

Anstreicherarbeiten an den Betriebsgebäuden der Wasserwerke Wilhelmsburg, Kirnberg, Hendorf und Kienberg wurden vorgenommen und bei 5 Abkehrungen der 2. Hochquellenleitung Risse, Verputzschäden an der Sohle, den Wänden und Gewölben, den Leitungskanälen und Leitungsstollen beseitigt.

Durch das katastrophale Hochwasser im August 1949 wurden an der Leitungsstrecke von Kirnberg an der Mank bis zum Steinbachtale bei Götling an der Ybbs umfangreiche Schäden an Tagwassergerinnen über dem Leitungskanal, an den gepflasterten

Gerinnen unterhalb zahlreicher Aquädukte angerichtet sowie Vermurungen und Zerstörungen an Zufahrtstraßen und Wegen hervorgerufen. Diese Schäden wurden behoben. Größere Instandsetzungsarbeiten erfolgten an den Abdeckungen und Schauflächen verschiedener Aquädukte, so des Gansbach-, Harland-, Hopfgarten- und Mauer-Aquäduktes.

An den Behältern sowie den Kraft- und Hebewerken in Wien mußten, außer den normalen Instandhaltungs- und Reinigungsarbeiten, Verbesserungen durchgeführt werden. Eine Zufahrtstraße von der Wittgensteinstraße zum Behälter der Übergangskammer in Mauer wurde errichtet, die Schieberkammer am Behälter Schafberg umgebaut. Die Behälteranlagen Lainz, Mauer, Laaerberg-Hebewerk und Neustift am Walde sowie die Wohngebäude in der Hütteldorfer Straße wurden adaptiert. Außerdem wurde im Hebewerk Neustift am Walde zur Spitzenleistungsdeckung in den Sommermonaten ein dritter Pumpensatz aufgestellt. Im ehemaligen Ravaggebäude am Rosenhügel und im Aufseherhaus des Wientalbehälters wurden neue Wohnräume geschaffen.

Die maschinellen Einrichtungen folgender Pumpwerke wurden einer Generalrevision unterzogen: Krapfenwaldl, Neustift, Nußdorf, Fischamend, Moosbrunn und Mödling. In Neustift, Nußdorf und Am Steinhof wurden neue Schalttafeln aufgestellt. Beim Grundwasserwerk Nußdorf wurden Sanierungsarbeiten an dem Brunnenfelde, Einzäunungen und sonstige generelle Überholungsarbeiten der baulichen Anlagen vorgenommen.

Die Transformatorenanlagen des Hebewerkes Neustift und Steinhof wurden verstärkt. Im Pumpwerk Perchtoldsdorf-Lohnsteinstraße wurde eine Automatik für Serien- und Parallelschaltung der Pumpen eingerichtet, desgleichen im Hebewerk Brunn a. Geb. Nach fast zweijähriger Pause konnte in diesem Jahre auch das Kraftwerk Mauer seine Tätigkeit wieder aufnehmen, nachdem der Generator durch die E-Werke wiederhergestellt worden war. Die Pumpen in den Grundwasserwerken Wasserpark und Nußdorf wurden ausgewechselt und im Wasserpark auch der Austausch der Chlorungsanlage vorgenommen. Sobald der Behälter bei der Jubiläumswarte, die Pumpanlage beim Behälter Steinbruch fertiggestellt und die Transformatorenanlage beim Hebewerk Steinhof umgebaut war, konnte die Siedlung „Am Kordon“ mit Wasser versorgt werden.

Das Rohrnetz der Stadt Wien wurde in einer Länge von 1.690 m in Rohrsträngen von 100 und 150 mm Durchmesser ausgewechselt. Infolge eines Bauvorhabens der Bundesbahnen wurde eine Rohr-umlegung von 60 m in der Prager Straße notwendig.

Längs des Amtshauses, Grabnergasse, wurde ein öffentlicher Durchgang errichtet, hiezu mußten bauliche Abänderungen vor-

genommen und neue Einfriedungen hergestellt werden. Der Gehsteig wurde asphaltiert.

WASSERVERTEILUNG.

Die Besorgnisse, die durch die Wasserknappheit der letzten Jahre um die zukünftige Wasserversorgung Wiens entstanden waren, haben zur Bildung einer Studienkommission beim Ministerium für Handel und Wiederaufbau geführt. Die Wasserwerke haben eine geophysikalische Untersuchung des Grundwasservorkommens im Raume von Wr. Neustadt und Neunkirchen vornehmen lassen und sind um die Erwerbung des Wr. Neustädter-Kanals als künftige Leitungsstraße bemüht.

Es ist auch geplant, sämtliche Wiener Hochbehälter mit Ausnahme der Behälter Wienerberg und Laaerberg dadurch zu vergrößern, daß die Fülltiefe in allen Kammern um rund 1 Meter vergrößert wird. Auf diese Art wird es möglich sein, 50.000 bis 60.000 m³ Speicherraum zu schaffen, der dazu dienen soll, einerseits Abkehrungen der beiden Hochquellenleitungen um mehrere Stunden zu verlängern, andererseits die zu gewissen Zeiten erhöhte Leistungsfähigkeit der 1. Hochquellenleitung auszunützen.

Im Winter 1948/49 wurde also durch Anbringen eines 1 m hohen Schleifputzes an den Behälterwänden und -pfeilern ein weiterer Speicherraum von 17.340 m³ gewonnen, und zwar wurden am Behälter Rosenhügel vorerst die beiden Kammern E und F um 9.400 m³, der Behälter Hungerberg um 5.140 m³ und der Behälter Gallitzinstraße um 2.800 m³ vergrößert. Das entspricht in den Kammern E und F am Rosenhügel einem Wasserraumgewinn von 25 Prozent, in den Behältern Hungerberg und Gallitzinstraße von je 20 Prozent. Die Kosten für diese Bauausführungen betragen nur 10 bis 20 Prozent jener Bausumme, die ein Behälterneubau gleichen Inhaltes erfordern würde.

Die wirtschaftliche Durchführung dieser Vorhaben setzt voraus, daß sie gleichzeitig mit den unbedingt erforderlichen Instandsetzungsarbeiten erfolgt, wodurch die Speicherraumerhöhung nur sehr geringe Mehrkosten erfordert.

Versuchsweise ist geplant, die Übergangskammer in Mauer durch Dichtung der Wände mit zweimaligem Bitumenanstrich für eine 1,5 m hohe Überstauung einzurichten.

Um die ungenützt abfließenden Wassermengen aus undichten Leitungen, bei plötzlich auftretenden Gebrechen und sonstigen Schäden auf ein Minimum zu beschränken, haben die städtischen Wasserwerke verschiedene neue Einrichtungen geschaffen.

Um Quellenverluste, die durch Versickerung in offene Bachläufe entstehen, festzustellen, wurde erstmalig zur rohen Mengen-

feststellung die Methode mittels der Temperaturmessung des Wassers angewendet.

Als wesentlich wirksamere Evakuierungseinrichtung wurde die verkehrt laufende Wasserstrahlpumpe erkannt; daher wurden die bestehenden Evakuierungseinrichtungen dementsprechend abgeändert.

Auf dem Gebiete des Fernmeldewesens wurde ein „akkumulierender“ Wasserstandsfernmeldeapparat geschaffen, der bei Stromausfall oder sonstigen Unterbrechungen den sich mittlerweile ändernden Wasserstand bei Wiederinbetriebnahme automatisch richtig anzeigt, während bisher nach solchen Unterbrechungen die Neueinstellung des Fernmeldeapparates nur durch telephonische Verständigung und manuelle Regulierung zwischen Gebe- und Empfangsstation möglich war.

Die schon während des Krieges angestellten Versuche, Fernmeldeeinrichtungen, die bisher nach dem Zweiliniensystem betrieben worden waren, auf das Einliniensystem umzuschalten, waren erfolgreich und es konnten im bestehenden Fernmeldekabelnetz die erforderlichen Fernmeldeapparate angeschlossen werden.

Darüber hinaus werden Versuche gemacht, einerseits die Angaben von zwei fernregistrierenden Wassermessern verschiedener Größe über eine Linie in die Zentrale zu leiten, dort zu trennen und zu den ihnen gehörigen Apparaten zu leiten, andererseits die Angaben von zwei gleichgroßen fernregistrierenden Wassermessern über eine Linie zu einem Empfangsapparat zu leiten, der die Angaben beider Messer summiert.

Die 24 im Dienste der Wiener Wasserversorgung stehenden Pumpwerke wurden eingehend auf ihre Betriebswirtschaftlichkeit untersucht und die Grundlagen dafür geschaffen, dem Optimum an Wirtschaftlichkeit in der Zusammenarbeit zwischen Pumpwerken, Hochquellenleitungen und den Überkonsensmengen möglichst nahe zu kommen.

Die Hebewerke, Drucksteigerungswerke und Hilfshebewerke förderten 1948 6,110.400 m³ und 1949 4,756.500 m³ Wasser in höher gelegene Versorgungsgebiete. In den Randgebieten Wiens wurden durch Pumpwerke 1948 2,418.300 m³ und 1949 2,738.600 m³ Wasser gehoben.

In der größtmöglichen Ausnützung der Verteilungsanlagen innerhalb des Stadtgebietes wurden neue Wege beschritten, so daß einige Behälter, wie Schmelz und Laaerberg, durch Umschaltungen in den Schieberkammern und im Rohrnetz, zu gewissen Jahreszeiten als Standrohrhochbehälter Verwendung fanden; dadurch konnte eine vermehrte Wasserabgabe an die Verbrauchsgebiete erzielt werden.

Um schädliche Gase aus unterirdischen Schieberkammern zu entfernen, wurde ein Hydroexhaustor entwickelt, der es im An-

schluß an einen Feuerhydranten ermöglicht, diese oft lebensgefährlichen Gase in einigen Minuten abzusaugen.

Im öffentlichen Stadtröhrnetz (Hochquellenwasserleitung und Wientalleitung) wurden im Jahre 1948 von 666 sichtbar gewordenen Gebrechen 656 behoben, 10 beschädigte Leitungen konnten nur nach provisorischer Behebung der Gebrechen wieder in Betrieb genommen werden, da die endgültige Wiederinstandsetzung erst nach Durchführung von Arbeiten betriebsfremder Art möglich ist. Im Jahre 1949 traten 651 sichtbare Röhrgebrechen auf, die alle behoben werden konnten. Im Suchdienst wurden im Jahre 1948 310, im Jahre 1949 teilweise unter Anwendung von Abhorchgeräten 302 Gebrechen festgestellt, die einen mehr oder minder großen Wasserverlust hervorgerufen hatten. Auch an den zahlreichen öffentlichen Auslässen, wie Feuer- und Spritzhydranten sowie Auslaufbrunnen mußten festgestellte Gebrechen behoben werden. Nachstehende Übersicht zeigt die Anzahl und Art dieser Gebrechen auf:

		1948	1949
Feuerhydranten	repariert	2.654	3.433
	„ ausgewechselt	263	87
	„ neu aufgestellt	7	25
Spritzhydranten	repariert	265	315
	„ ausgewechselt	5	12
	„ neu aufgestellt	6	18
Auslaufbrunnen	repariert	244	273
	„ ausgewechselt	25	14
	„ neu aufgestellt	7	3

Das Landesgesetz vom 23. Jänner 1948, LGBl. Nr. 9/1948, über Änderungen des Wasserversorgungsgesetzes 1947, verfügt eine Erhöhung der Wassergebühren für den besonderen Wasserbezug; auch die Gebühren für die Prüfung oder Beschau einer Wasserleitungsanlage, einer Wasserversorgungsanlage, von Feuerhydranten u. dgl. wurden durch dieses Gesetz erhöht.

WASSERVERBRAUCH.

Vor 75 Jahren erfolgte die Wasserversorgung Wiens noch durch Hausbrunnen, durch wenige Quellwasserleitungen und durch eine erhebliche Anzahl von Schöpfwerken für Nutzwasser. Die Qualität des Wassers aus den Hausbrunnen war selbstverständlich sehr verschieden. Die Temperatur betrug durchschnittlich 10 Grad Celsius; die Härte des Wassers schwankte zwischen 13 und 40 Grad. Mehrere Stunden hindurch stehen gelassen, gab das Wasser einen schlammartigen, von schmutzigen Fäden durchzogenen dunkelbraunen Bodensatz ab. Insgesamt standen der Stadt Wien damals im Sommer 25.000 m³ und im Winter 15.000 m³ Wasser zur Verfügung. Der durchschnittliche

Tagesverbrauch konnte also im Sommer nur 40 und im Winter 25 Liter pro Kopf und Tag betragen. Dem steht ein Verbrauch im Jahre 1948 von 250 Liter im Sommer und im Winter mit 200 Liter pro Kopf und Tag gegenüber; aber auch damit ist die Bedarfs-höchstgrenze noch nicht erreicht. Immer wieder erweisen sich Neuanschlüsse an Wohnstellen, Betriebe, Gärtnereien und für sonstige Wasserabnehmer als notwendig. Im Jahre 1948 wurden 599 solcher Neuanschlüsse hergestellt und für Erntelandaktionen und Bau-stellen gelangten 1.015 Notbrunnen zum Anschluß an öffentliche Hydranten zur Ausgabe. 460 Abzweigleitungen wurden auf Antrag in die Erhaltung der Gemeinde Wien übernommen. Im Jahre 1949 wurden 1.060 Hauszuleitungen neu hergestellt und an das Rohr-netz angeschlossen; 764 Notbrunnen für Erntelandaktionen und Baustellen wurden ausgegeben. In diesem Jahr war es wieder möglich, die Abzweigleitungen der häufigsten Abmessungen von 26 mm Durchmesser aus Kupferrohren herzustellen, die wesent-lich billiger kommen und sich dabei ebenso gut bewähren wie die bisher verwendeten Bleirohre.

Im Jahre 1948 wurde der 820 m lange (400 mm Durchmesser) Rohrstrang im 3. Bezirk, Strohgasse, als Verbindungsleitung zwi-schen den Versorgungsgebieten der Behälter Laaerberg und der Schmelz fertiggestellt.

Die Leistungsfähigkeit der Feuerhydrantenanlage am Messe-gelände wurde durch eine 150 mm weite Ringleitung mit An-schluß an das im Jahre 1947 errichtete Grundwasserpumpwerk erhöht. Für Siedlungsbauten wurden 2.900 m, für private Wohn-häuser 1.100 m und für die Versorgung des Volkspraters 100 m, zusammen also 4.100 m Rohre mit einem Durchmesser von 100—150 mm verlegt.

Das Stadtröhrennetz wurde im Jahre 1949 durch neue Rohr-legungen mit einer Gesamtlänge von rund 11'8 km (80—200 mm Durchmesser), hauptsächlich für Siedlungen und größere Wohn-hausanlagen, erweitert. Rund 1'9 km schadhafte Rohrstränge von 80—400 mm Durchmesser wurden ausgewechselt. Das erforderliche Rohrmaterial, hauptsächlich gußeiserne Rohre (Schleuderguß), war im Jahre 1949 leichter zu beschaffen, da nun auch von den neu-errichteten Tiroler Röhren- und Metallwerken in Solbad Hall erst-malig eine Teilmenge geliefert wurde; der geplante Hauptbezug aus Frankreich (Pont-à-Mousson) mußte hingegen wegen Devisen-schwierigkeiten unterbleiben.

Die Anlieferung in das Rohrlager Baumgarten betrug:

- 3 t Kleineisen (Schrauben, Flanschen usw.),
- 45 t Bleirohre,
- 306'6 t weiter Schleudergußrohre und Rohrformstücke (Durchmesser 80 bis 300 mm) aus Frankreich (Pont-à-Mousson),
- 50 t Stahlrohre,

153 t Feuerhydranten, Auslaufbrunnen, Einbaugarnituren und Schieber,
 31 t Messingarmaturen (Haus- und Straßenwechsel, Anbohrhähne und
 Verbindungsteile).

Die Kostenbeiträge bei Rohrlegungen, die auf Wunsch von Interessenten durchgeführt werden, wurden für ganz Wien einschließlich der Randgebiete einheitlich festgesetzt.

An den Abzweigungen, Straßen- und Hauswechslern wurden in den Jahren 1948 und 1949 folgende Gebrechen festgestellt und behoben:

	1948	1949
An Abzweigungen	605	603
„ Straßenwechslern	724	724
„ Hauswechslern	1.212	1.935

Ein Kontrolldienst, der hauptsächlich die Aufgaben hat, den Undichtheiten in den Hausinstallationen nachzugehen und deren Behebung zu veranlassen, überprüfte im Jahre 1948 21.700 Hausanlagen und stellte hiebei 34.000 Schadenstellen fest. Für die Aufnahme des Hauskatasters wurden 22.000 Objekte mit rund 70.000 Zapfstellen begangen. Im Jahre 1949 überprüfte der Kontrolldienst 9.007 Wasserabnehmer. Dabei wurde in 4.504 Wohnhäusern übermäßiger Verbrauch festgestellt, der durch die zahlreichen undichten Klosettspüler verursacht wurde. 8.578 undichte Spüler mußten abgesperrt und amtlich plombiert werden; nach der Reparatur wurde die Sperre wieder aufgehoben. An neuerrichteten oder erweiterten Hausinstallationen wurden von den Wasserwerken im Jahre 1948 2.069, im Jahre 1949 2.767 behördliche Überprüfungen (Druckproben usw.) vorgenommen. Weiters wurden im Jahre 1948 4.596, im Jahre 1949 4.768 private Hydranten für Feuerlöschzwecke überprüft.

Am 10. Jänner 1949 waren 25 Jahre vergangen, daß die betriebseigene Wassermesserwerkstätte errichtet wurde. Rationell geführt, hat sie sich gleichartigen Privatbetrieben gegenüber stets als rentabel erwiesen, und da sie rasch arbeitet und pünktlich liefert, wurde ihr die Ausführung fast sämtlicher dringender Reparaturarbeiten übertragen.

Bei der Verbesserung des Zustandes der eingebauten Wassermesser konnten nur bescheidene Fortschritte erzielt werden.

Trotzdem im Jahre 1948 13.014 und im Jahre 1949 11.592 Wassermesser repariert wurden (davon 1948 6.672, 1949 5.356 in der eigenen Werkstätte) und im Jahre 1948 40, im Jahre 1949 sogar 4.145 neue Wassermesser angeschafft wurden, konnte die Anzahl der sogenannten Langlaufmesser, das sind jene mit einer Laufzeit über 5 Jahre (gesetzliche Nacheichfrist), nicht verringert werden.

Um die bedeutenden Einnahmeverluste durch die Minderanzeigen reparaturbedürftiger oder zu erneuernder Wassermesser

herabzusetzen, wurde im Jahre 1949 mit der Erzeugung neuer Wassermesser bei einer Wiener Firma im großen Maßstab begonnen.

Die Zahl der eingebauten Wassermesser ist bis 1949 um 1.358 Stück auf 77.078 Stück gestiegen. Bei einem Gesamtbestand von 84.906 Wassermessern beträgt daher die verwendungsbereite oder in Reparatur befindliche Anzahl von Wassermessern 7.828 Stück, ein Reservestand, der mit Rücksicht auf die Gebarung mit den Wassermessern, wie turnusmäßige Auswechslung, Gebrechendienst, Zusammenstellung größerer Serien für die Reparatur durch Privatfirmen und Stoßbedarf für Neubezüge, gerade noch ausreichen würde, wenn sich nicht darunter eine erhebliche Anzahl von kaum mehr brauchbaren Wassermessern befände. Auch hier handelt es sich darum, das Versäumnis von 10 Jahren, während der praktisch keine Wassermesser beschafft wurden, wieder nachzuholen.

In der eigenen Wassermesserreparaturwerkstätte wurde an Stelle des ver morschten Dachstuhles ein moderner Eisenbetondachstuhl errichtet. Durch diese Adaptierung war die Tätigkeit der Werkstätte 3 Monate hindurch schwer beeinträchtigt, was in der Jahresleistung zum Ausdruck kommt.

Von der in das Rohrnetz eingeleiteten Wassermenge wurden abgegeben:

	1948	1949
	Millionen	Kubikmeter
Mit Wassermesser	95'4	96'6
15% Minderanzeige der Wassermesser	14'3	15'5
Ernteland, Pauschale	2'8	2'5
Gemeinde Wien, Pauschale	2'6	3'0
Unbefugte Entnahmen aus Feuerhydranten, geschätzt	2'0	2'0
Zusammen	117'1	119'6

Da im Jahre 1948 130'8 Millionen Kubikmeter und im Jahre 1949 132'7 Millionen Kubikmeter an das Rohrnetz abgegeben wurden, betragen die Wasserverluste daher im Jahre 1948 137 Millionen Kubikmeter und im Jahre 1949 13'1 Millionen Kubikmeter.

Der Wasserverlust durch Undichtheiten des Rohrnetzes, Gebrechen usw. betrug im Jahre 1949 9'9 Prozent der abgegebenen Wassermenge gegenüber 10'5 Prozent im Jahre 1948.

Bis zum Jahre 1948 wurden die Wassermesser in Objekten, die von der sowjetischen Besatzungsmacht beschlagnahmt sind, durch Organe der Wasserwerke abgelesen. Die sowjetische Militärverwaltung hat angeordnet, daß vom 1. Juni 1949 an die Kontrollorgane der Wasserwerke diese Objekte nicht betreten dürfen. Die Ablesungen werden seither von der Besatzungsmacht selbst vorgenommen und das Ergebnis dem Magistrat bekanntgegeben.

Über Auftrag der Besatzungsmächte muß das gesamte zur Ausgabe gelangende Wasser entkeimt werden. Für diese Entkeimung, die bei den Einmündungen der 1. und 2. Hochquellenleitung in die Behälter Rosenhügel und Übergangskammer Mauer erfolgt, wurden in den Jahren 1948 43.339 kg Chlor und im Jahre 1949 etwa die gleiche Menge verbraucht. Der spezifische Chlorverbrauch betrug darnach durchschnittlich 0'34 Milligramm je Liter.

STÄDTISCHE BÄDER.

ÖFFENTLICHE STÄDTISCHE BÄDER.

In der Erkenntnis, daß die städtischen Bäder für die Volksgesundheit von größter Bedeutung sind, hat die Gemeindeverwaltung sehr bald nach dem Kriege begonnen, die beschädigten und zerstörten Badeanlagen wiederaufzubauen. Außer den Kinderfreibädern wendete die Gemeindeverwaltung den Warmbädern ihre Aufmerksamkeit zu. Als besonders dringlich wurde die Wiederinstandsetzung des Thaliabades im 16. Bezirk und des Amalienbades im 10. Bezirk betrieben. Galt es doch, den zwei größten Wiener Arbeiterbezirken ihre Badeanstalten wiederzugeben. Schon die Beschaffung der Baustoffe und die Bereitstellung der entsprechenden Facharbeiter bereiteten Schwierigkeiten. Die Eisenbetonkonstruktion, die beim Bau dieser Bäder im ausgedehnten Maße verwendet worden war, verursachte mancherlei unangenehme Überraschungen. Noch schlimmer war es mit den unsichtbaren Schäden an Leitungen, Bassins usw., die vorher nicht festgestellt werden konnten und die erst bei der Inbetriebnahme der Anlage in Erscheinung traten. Als die Rohrleitungen unter Druck gesetzt wurden, strömten an zahlreichen Stellen Dampf und Wasser aus. Die Erschütterungen durch die Bombeneinschläge waren so stark, daß die Dichtungen an den Rohrleitungen ihren Zweck nicht mehr erfüllten; durch den langen Betriebsstillstand waren in den Rohren aber auch Korrosionen entstanden, so daß die scheinbar intakten Leitungen den Druck nicht aushielten und undicht wurden. Ein weiteres Problem bildeten die Isolierungen. In den Bädern müssen Wände und Decken der Baderäume selbstverständlich gegen die durchdringende Feuchtigkeit isoliert werden. Die Erschütterungen der Gebäude bei den Bombardierungen verletzten vielfach die Isolierschichten. Um diese Schäden festzustellen, mußten die betreffenden Räume unter Wasser gesetzt und wenn sich schadhafte Stellen zeigten, die Kacheln abgerissen und das Gebrechen behoben werden. Es ist verständlich, daß bei dieser umständlichen Art der Arbeiten die Kosten der Wiederinstandsetzung der Bäder beträchtlich sind. Trotzdem ist es notwendig, diese Beträge aufzuwenden, um den arbeitenden Menschen die Einrichtungen wieder

zugeben, in denen sie Pflege und Erholung finden. Gerade in der Nachkriegszeit mit ihren vielen Gefahren, die sich durch hygienische Vernachlässigung infolge mangelnden Wohnraumes oder aus anderen Ursachen ergeben, ist der Betrieb der städtischen Bäder wichtig, um die Gesundheit der Bevölkerung zu erhalten und zu fördern.

Von den Warmbädern wurde das Amalienbad soweit hergestellt, daß der größere Teil am 7. Februar 1948 wieder der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden konnte. Die Dampf- und Wannenbadabteilung des Thaliabades wurde nach ihrer Wiederherstellung am 22. September 1949 neu eröffnet. In Fischamend (23. Bezirk) wurde das dortige Wannenbad wieder aufgebaut und am 7. Mai 1948 der Benützung übergeben. Die Kriegsschäden im Mödlinger Sommerbad wurden behoben und die Anstalt am 29. Mai 1948 wieder eröffnet. Beträchtliche Schäden trug das Schwimm-, Sonnen- und Luftbad Hohe Warte davon; nach Beseitigung der größten Schäden konnte am 22. Mai 1948 ein Teilbetrieb ermöglicht werden. Von den Kinderfreibädern wurde das im Hartäckerpark im 19. Bezirk (31. Mai 1948) und das am Arthaberplatz im 10. Bezirk (20. Juli 1949) wieder eröffnet. Ende 1949 verfügte die städtische Bäderverwaltung über folgende Badeanstalten:

	in Betrieb	Badeanstalten nicht in Betrieb	zusammen
Warmbäder	24	2	26
Warm- und Sommerbäder	4	1	5
Sommerbäder	12	4	16
Kinderfreibäder	15	6	21
Badeanstalten insgesamt .	55	13	68

An anderen Bauvorhaben wurden bis zum Jahresende 1949 fertiggestellt: Die Kinderfreibäder Schweizergarten und Engelsplatz sowie das Strandbad Stadlau. Die Eröffnung dieser drei Bäder erfolgt im Jahre 1950. Im Strandbad Angelibad wurden die abgebrannten Umkleide- und Betriebsgebäude wieder hergestellt. In den Volksbädern Florianigasse, Reithofferplatz und im Warmbad Klosterneuburg wurden die Kesselanlagen erneuert. Außerdem wurden in vielen Bädern, deren Erhaltung während der Kriegszeit sehr vernachlässigt wurde, größere Instandsetzungsarbeiten durchgeführt. Am Strandbad Gänsehäufel und am Amalienbad wird noch gearbeitet. Vom Amalienbad ist der Aufbau des zerstörten Teiles an der Buchengasse im Rohbau fertiggestellt. In Liesing wird ein neues Wannen- und Brausebad im Anschluß an das bestehende Sommerbad in der Perchtoldsdorfer Straße an Stelle des zerstörten Bades in der Badgasse errichtet.

Von den Besatzungsmächten waren in den Jahren 1948 und 1949 noch beschlagnahmt: Volksbad Esterhazygasse eine Brauseabteilung (französische Besatzung); Volksbad Ratschkygasse eine Brauseabteilung (englische Besatzung); das Bad Mödling an jedem Samstag (russische Besatzung).

Mit Beschluß des Gemeinderates vom 15. Juli 1949 wurden die Bäderpreise des gestiegenen Selbstkosten entsprechend erhöht, und zwar für die Dampf-, Brause- und Kurbäder um 25 Prozent, für die Schwimmhallen und Sommerbäder um 10 Prozent.

Der Besuch der städtischen Bäder ist in den Jahren 1948 und 1949 beträchtlich gestiegen. Dieser Erfolg geht fast ausschließlich auf die Warmbäder zurück. Die Sommerbäder hatten infolge ungünstigen Wetters in beiden Jahren eine schlechte Badesaison zu verzeichnen. Die Statistik über die Badesaison 1948 weist einen negativen Rekord aus: An 45 Tagen war nicht ein einziger Badegast erschienen. Im Jahre 1949 waren die Sommerbäder nur um weniges besser besucht als 1948. Infolge des starken Besuches der Warmbäder war im Jahre 1949 die Zahl der Badebesucher um nahezu 2 Millionen größer als 1947. Die folgenden Zahlen geben eine Übersicht über den Besuch der einzelnen Bäderarten.

	Badebesucher	
	1948	1949
Brausebäder	5,061.021	5,129.802
Wannenbäder	373.043	353.027
Dampfbäder	285.578	291.450
Schwimmhallen	256.758	472.067
Kurbehandlungen	60.787	89.354
Sonnenbäder	3.165	4.499
Warmbadeanstalten zusammen	6,040.352	6,340.199
Sommerbäder	797.930	907.630
Kinderfreibäder	222.103	286.116
Sämtliche Badeanstalten . . .	7,060.385	7,533.945

Mit Genehmigung des Stadtsenates wurde die Magistratsabteilung — Städtische Bäder, die bisher zur Verwaltungsgruppe Baubehördliche und technische Angelegenheiten gehörte, der Verwaltungsgruppe Bauangelegenheiten, zugewiesen.

BÄDER IN STÄDTISCHEN WOHNHAUSANLAGEN.

In 71 städtischen Wohnhausanlagen sind Bäder für die Hausbewohner mit zusammen 342 Wannen- und 519 Brausebadkabinen eingerichtet. Von diesen Bädern standen im Jahre 1948 64 Badeanlagen mit 296 Wannen- und 452 Brausebadkabinen, im Jahre 1949 66 Badeanlagen mit 310 Wannen- und 481 Brausebadkabinen in Betrieb. Die Bäderpreise sind den Preisen in den städtischen Volksbädern angeglichen. Auch der Besuch der Bäder in den städtischen

Wohnhauseinrichtungen hat bedeutend zugenommen. Die Brausebäder wurden im Jahre 1948 von 289.912 und im Jahre 1949 von 407.917 Personen besucht; die Wannenbäder im Jahre 1948 von 131.175 und im Jahre 1949 von 151.744 Personen.

WÄSCHEREIEN.

In den Kriegs- und ersten Nachkriegsjahren war die normale Ergänzung der Wäschebestände in den städtischen Anstalten und Betrieben nicht möglich, so daß vier Jahre nach Beendigung des Krieges die Wäsche noch immer ein Sorgenobjekt der Gemeinde ist. Im allgemeinen wird über die geringe Haltbarkeit der heutigen Textilien geklagt, wobei nicht bedacht wird, daß sich die Textilien in ihrer Zusammensetzung geändert haben. Dieser Änderung müssen auch die Waschmethoden angepaßt werden. In den Anstaltswäschereien der Stadt Wien werden in der Wäschebehandlung die neuesten Ergebnisse der Wissenschaft verwertet. Die Zusammenarbeit der Theoretiker mit den Praktikern lohnte sich besonders auf diesem Gebiet. Die Techniker, die hier jeden Vorgang vom Einweichkessel über die Trockenanlage bis zum Bügelbrett beaufsichtigen, führen ständig Verbesserungen durch und ersparen auf diese Weise der Stadtverwaltung Geld.

Die Gemeinde Wien verfügt in ihren Anstaltswäschereien fast durchwegs über vollkommen mechanisierte Einrichtungen. Alle anstrengenden Arbeiten besorgen die Maschinen. Nur in den Übernahmestellen und im Sortierraum, wo die Wäsche nach Art ihrer Verschmutzung der Einweichei zur Vorbehandlung zugewiesen wird, muß die Arbeit mit den Händen geschehen. Nach einigen Stunden Einweichens im kalten Wasser wird die Wäsche von einem fahrbaren Kran zu den großen, trommelförmigen Waschmaschinen gebracht. Durch langsam rotierende Bewegungen löst sich im heißen Wasser der Schmutz und nach 90 Minuten sind die Wäschestücke wieder rein. Jede der Waschmaschinen bearbeitet in einem Waschvorgang 80 bis 100 kg Wäsche.

Die Zentralwäscherei in Meidling und die Wäscherei des Stadtbades Mödling haben in den Jahren 1948 und 1949 vorwiegend die Wäschereinigung für die städtischen Wohlfahrtsanstalten, Ämter und Betriebe durchgeführt. Außer der bisherigen Waschleistung wurde von der Zentralwäscherei ab 1. April 1949 auch die Wäschereinigung für einen großen Teil des Allgemeinen Krankenhauses und für das Rochus-, Sophien-, Franz Josef-Spital und die Rudolfstiftung übernommen. Wie bisher wurde die Zentralwäscherei auch zur Wäschereinigung für die englischen Besatzungstruppen und die Wäscherei Mödling für die Wäschereinigung der russischen Besatzungstruppen herangezogen.

Die Leistung der beiden größten Wäschereien der Stadt Wien zeigt nachfolgende Übersicht:

	1948	1949
	Reinwäsche in kg	
Zentralwäscherei . . .	1,753.073	2,641.782
Wäscherei Mödling . .	120.327	125.862
Zusammen . . .	1,873.400	2,767.644

Im Jahre 1948 wurden 1,492.532 kg und im Jahre 1949 2,366.820 kg Wäsche durch betriebseigene Lastkraftwagen von den Anstalten zur Reinigung abgeholt und ihnen in gereinigtem Zustand wieder zugestellt.

Die Verrechnung der Waschleistungen erfolgte nach den Gestehungskosten, diese machten wegen der Lohn- und Preissteigerungen im zweiten Halbjahr 1949 eine Erhöhung um 20 Groschen pro kg Wäsche für die Reinigung und 1 Groschen pro kg für den Wäschetransport erforderlich.

In den 26 Wäschereien der Wohlfahrtsanstalten wurden gründliche Instandsetzungen an den maschinellen Einrichtungen durchgeführt. Eine größere Anzahl von Wäschereimaschinen wurde einer Generalreparatur unterzogen. Der Wäscherei am Steinhof, die ungenügend beschäftigt war, wurde auch die Wäschereinigung für das Wilhelminen- und das Elisabethspital zugewiesen.

Im Jahre 1948 wurden die Kriegsschäden an drei Zentralwaschküchen in städtischen Wohnhausanlagen behoben und die Waschküchen wieder in Betrieb gesetzt. Es waren dies die Wäschereien der Wohnhausanlagen V., Reumannhof, XVI., Sandleiten, und XX., Robert Blum-Hof. Die Mieter dieser Wohnhausanlagen mußten bisher die Wäschereinigung in benachbarten Zentralwaschküchen besorgen.

Während des Jahres 1949 wurden die restlichen Kriegsschäden an den maschinellen Einrichtungen der Zentralwaschküchen in den Wohnhausbauten der Gemeinde Wien soweit behoben, daß die Maschinen wieder als vollständig betriebsfähig bezeichnet werden können. Wegen der noch bestehenden umfangreichen Bauschäden konnten in einer Zentralwaschküche die Instandsetzungsarbeiten nur so weit durchgeführt werden, daß ein Notbetrieb möglich war.

Am Ende des Jahres 1949 standen den Mietern der 34 mit Zentralwaschküchen ausgestatteten Wohnhausgruppen und der 3 maschinell eingerichteten Waschküchen 851 Waschstände, 275 Waschmaschinen, 203 Wäschezentrifugen, 1.028 Trockenkullissen, 51 Bügelmaschinen, 36 elektrische Rollen, 57 Handrollen und 432 Handbügelstände benutzungsfähig zur Verfügung.

Die Löhne für das Maschinenpersonal und die Preise für die Betriebsmittel hatten sich im Jahre 1948 schon derart erhöht, daß mit den von den Mietern geleisteten und seit dem Jahre 1938 un-

verändert gebliebenen Waschküchenbeiträgen eine Deckung der Betriebsausgaben nicht mehr möglich war. Daher mußte bei der Preisüberwachungsstelle ein Antrag auf entsprechende Erhöhung dieser Beiträge eingebracht werden. Diesem Antrag wurde durch Bescheid des Preisbestimmungsamtes entsprochen. Die nunmehr erhöhten Betriebsmittel und Erhaltungskosten zwingen aber noch immer zu größter Sparsamkeit.

KANALISATION.

Die Bevölkerung erfährt im allgemeinen nur wenig von den Arbeiten des städtischen Kanalbetriebes, dessen Leitung bestrebt ist, diese Arbeiten möglichst unbemerkt verrichten zu lassen. Dennoch gehören sie zu den unerläßlichen Einrichtungen in einer Großstadt, ohne die die moderne Hygiene nicht auskommen kann. Kanalarbeiten erfordern besondere Erfahrung und die Einhaltung gewisser Vorsichtsmaßnahmen, soll nicht durch plötzlich einbrechende Wassermassen oder durch das Auftreten von giftigen oder explosiven Gasen Leben und Gesundheit der Kanalarbeiter gefährdet werden. Durch die im Kriege entstandenen Kanalschäden sind die Gefahren bei der Arbeit in den Kanälen größer geworden, und noch immer werden neue Schäden festgestellt, die bisher unbemerkt geblieben sind. So wurden im Jahre 1948 45 und im Jahre 1949 17 neue Gebrechen am Kanalnetz ermittelt, die größtenteils noch in demselben Jahr behoben werden konnten. Über die seit Kriegsende festgestellten Bombenschäden am Kanalnetz und über deren Behebung geben die nachfolgenden Zahlen Aufschluß:

	1947	1948	1949
		Stand am Jahresende	
Festgestellte Bombenschäden am Kanalnetz	1.681	1.726	1.743
Schäden behoben	1.659	1.710	1.740
noch nicht behoben	22	16	3

Unter den behobenen Schäden sind hervorzuheben: Je drei am Favoritner Entlastungskanal und am Krottenbachkanal sowie je einer am linken Wienflußsammelkanal, am rechten Hauptsammelkanal beim Dr. Karl Lueger-Platz und am Donaufelder Sammelkanal in der Straße der Roten Armee. Im Schotterfang Friedrichstraße wurden Verputzarbeiten ausgeführt, eine eiserne Galerie wurde entrostet, minisiert und ausgebessert. Am rechten und linken Hauptsammelkanal wurden im 2., 3. und 11. Bezirk bei 8 Abgangsstiegen an Stelle der durch Kriegseinwirkung stark beschädigten Kioske schwere, zweiteilige Kanalschachtdeckel angebracht. Im 21. Bezirk wurde am Hubertusdamm bei der Malinowskybrücke ein Hochwasserdoppelschieber, im 2. Bezirk, Witelsbachstraße, und im 21. Bezirk, Gänsehäufelstraße, je ein Hochwasserschieber instandgesetzt.

Mannigfach waren auch die Schäden, die an Gebäuden, an Kraftwagen und am Inventar des städtischen Kanalbetriebes zu beheben waren. Im Hofe des durch Bombentreffer zerstörten Betriebslokales in der Eduard Pötzl-Gasse wurde zur Sicherung gegen abrutschendes Erdreich eine Stützmauer errichtet, an den erhalten gebliebenen Dienstwohnungen waren Ausbesserungen an einer Feuermauer und Dachreparaturen nötig. Am Lagerplatz Freudenau waren am Wohnhaus und am Bootshaus Dachreparaturen durchzuführen. Im Pumpwerk Kaiser-Ebersdorf wurde das Rechenhaus neu aufgestellt, das Preßkiesdach am Maschinen- und Wohnhaus einer Generalreparatur unterzogen und Anstreicherarbeiten an Fenstern und Türen durchgeführt sowie ein Laufkran instandgesetzt. Im Pumpwerk Kaisermühlen mußten Dachreparaturen vorgenommen werden; an Stelle eines veralteten, nicht mehr betriebsfähigen Leuchtgasmotors wurde ein Dieselmotor aufgestellt und über der Rechenanlage ein Flugdach errichtet. Im Pumpwerk Floridsdorf, Hauptstraße, wurden sämtliche schadhafte Lager der Pumpen III und IV ausgewechselt und an Stelle der durch Kriegereignisse beschädigten, neue Drahtglasfenster eingesetzt. Im Pumpwerk am Laaerberg wurden die Lager des Kompressors I repariert. Zur Unterbringung von Ausrüstungsgegenständen, von Pumpaggregaten und den dazugehörigen Schläuchen wurde am Lagerplatz Hackinger Straße ein 66 m² großes Abstellgebäude errichtet. Im Bezirksamt am Richard Wagner-Platz wurde für den Kanalräumbetrieb im Parterre eine Betriebskanzlei eingerichtet und im Souterrain die Klosettanlage erneuert. Wegen des Baues eines Volksbades in Liesing, Perchtoldsdorfer Straße, mußte der in dem zu demolierenden Althaus befindliche Kanalräumbetrieb in das Amtshaus Atzgersdorf, Breitenfurter Straße, übersiedeln.

Die Instandsetzungsarbeiten an den Fäkalienkraftwagen wurden mit der Wiederindienststellung der beiden letzten Kesselwagen und eines Anhängerkesselwagens abgeschlossen. Zwei als Fäkalienkesselwagen adaptierte Lastkraftwagen wurden wegen Überalterung ausgeschieden. Die Zahl der Fäkalienkraftwagen ist dadurch mit 23 gleichgeblieben und es ist nur ein Anhängerkesselwagen hinzugekommen. Zur Räumung der Hauptsammelkanäle und Schotterfänge wurde an Stelle des zerstörten Benzinkraftwagens ein neuer in Dienst gestellt.

Die Schäden am Inventar wurden zur Gänze behoben. Die schweren Kanalräumerstiefel, die im Handel noch immer nicht erhältlich sind, mußten von eigenen Kräften hergestellt werden.

KANALUMBAUTEN, KANALNEUBAUTEN.

Da die Kriegsschäden am Kanalnetz im großen und ganzen behoben waren, richtete der städtische Kanalbetrieb seine An-

strenungen wieder mehr auf den Um- und Neubau der Kanalisationsanlagen. Überalterte Ziegelkanäle werden in moderne Kanäle umgebaut und in den neuen Wohngebieten müssen erst Kanäle angelegt und mit den übrigen Kanalisationsystemen verbunden werden. Unter den *Kanalumbauten* ist der im Herbst 1947 begonnene Umbau des Alsbachkanales an erster Stelle zu nennen. Der neue Kanal wurde in Beton mit einer Sohlenverkleidung aus Granitstein in einem Doppelprofil von $2 \times 4 \times 2$ m errichtet. Vom 1. Baulos, das von der Einmündung des Alsbachkanales in den rechten Hauptsammelkanal auf der Roßauer Lände bis zur Röbergasse reicht, wurde im Jahre 1947 bereits eine 24 Meter lange Teilstrecke und im Jahre 1948 das restliche Teilstück fertiggestellt. Der Bau des 202 m langen 2. Loses von der Röbergasse bis zur Porzellangasse wurde im August 1948 begonnen und nach einjähriger Bauzeit beendet. Im August 1949 wurden die Arbeiten an dem 210 m langen 3. Baulos, von der Porzellangasse bis zur Marktgasse reichend, aufgenommen und davon bis Ende 1949 145 m ausgebaut. Während des Umbaus des Alsbachkanales mußte die Linie 5 der Straßenbahn bei der jeweiligen Baustelle unterbrochen werden. Eine Verkehrsunterbrechung fand auch auf der Linie 10 in der Reingasse statt. Hier wurde zwischen Linzer und Breitenseer Straße der überalterte Ziegelkanal in einer Länge von 802 m durch einen Betonkanal mit einem Profil von $0'80 \times 1'20$ m und $0'90 \times 1'35$ m ersetzt. Um die Abflußverhältnisse zu verbessern, wurde außerdem eine Anzahl kleinerer Kanalumbauten durchgeführt. Insgesamt wurden im Jahre 1948 1.156 m und im Jahre 1949 2.499 m Kanäle (2.454 m schließbare Betonkanäle und 45 m Steinzeugrohrkanäle) umgebaut. Da Ratten nur in Ziegelkanälen Niststätten finden, ist mit dem Einbau von Betonkanälen an Stelle von Ziegelkanälen die Rattenplage in einem ausgedehnten Gebiet beseitigt worden.

Die erhöhte Wohnbautätigkeit der Gemeinde Wien machte den *Bau neuer Kanalanlagen* notwendig. Auch schien es ratsam, vor Beginn der durch Kriegsschäden notwendig gewordenen Straßenherstellungen in wenig verbauten und noch nicht kanalisierten Gebieten neue Kanäle anzulegen. Im alten Stadtgebiet erfolgt die Entwässerung nach dem sogenannten Mischsystem, das heißt, es werden Regen- und Schmutzwasser in gemeinsamen Kanälen abgeführt. Solche *Neubauten nach dem Mischsystem* wurden im Gebiete des Volkspraters in größerem Umfang durchgeführt.

In den im Jahre 1947 schon zum größten Teil hergestellten zwei Kanalsträngen zwischen Ausstellungsstraße und der Straße des 1. Mai wurden die Arbeiten beendet. Die zwei Stränge von der Straße des 1. Mai zum ersten und zweiten Rondeau wurden gegen

die Ausstellungsstraße verlängert; ebenso wurde der in der Südportalstraße bestehende Kanal in die Zufahrtsstraße gegen die Ausstellungsstraße um 179 m verlängert. Von der Waldsteingartenstraße zur Zufahrtsstraße bis nahe an die Ausstellungsstraße wurde ein 562 m langer Kanalstrang, und von der Straße des 1. Mai abzweigend und nördlich davon bis zum zweiten Rondeau ein 125 m langer Strang neu erbaut. Sämtliche neu erbauten Kanäle im Volksprater haben ein Profil von $0'70 \times 1'05$ m. Im 11. Bezirk wurden für die städtische Wohnhausanlage Hasenleiten in der Luise Montag-Gasse und zwei unbenannten Gassen Betonkanäle in einer Ausdehnung von 468 m gebaut. Mit dem Bau des Altmannsdorfer Sammelkanals, der ein Profil von $1'80 \times 2'20$ m hat, wurde begonnen. Zunächst soll die Kläranlage Altmannsdorf-Hetzendorf mit dem Kanal in der Hetzendorfer Straße verbunden werden. Im Gebiet der neu errichteten Wohnhausanlage am Fuße des Roten Berges im 13. Bezirk wurden die Entwässerungsanlagen ausgebaut. In der Trazerberggasse und unbenannten Seitengasse bis zur Bossigasse, in der Bossigasse zwischen Gogol- und Nothartgasse und in der Gogolgasse von der Bossigasse gegen die Trazerberggasse, wurden vier Betonkanäle errichtet, und zwar 177 m im Profil $0'70 \times 1'05$ m und 285 m Steinzeugrohre im Durchmesser von 25 und 30 cm. Die fortschreitende Verbauung des Gebietes südlich der Feldkellergasse im 13. Bezirk machte es notwendig, die im Jahre 1939 unterbrochene Kanalisierung wieder aufzunehmen. In der Björnsongasse wurde vom projektierten öffentlichen Platz an der Bergheidengasse bis zur Kraelitzgasse ein 168 m langer Betonkanal mit dem Profil von $0'70 \times 1'05$ m neu gebaut. Für die im Bau befindliche Wohnhausanlage im Lainzer Tiergarten wurde in der Dr. Schober-Straße und in der Elisabethstraße ein Kanal von 480 m Länge projektiert, von dem bis Ende 1949 eine Strecke von 315 m fertiggestellt war. Anschließend an den neu erbauten Kanal in der verlängerten Resselgasse wurde vom Lainzer Spülbecken bis zur Dr. Schober-Straße ein weiterer Kanal errichtet, der die Einleitung der Schmutzwasser aus einem Teil der Siedlung SAT und der benachbarten Polizeisiedlung ermöglicht. Der Kanal in der Hermesstraße wird vom bisherigen Vorkopf in der Siedlung Friedensstadt bis zum öffentlichen Platz in der Siedlung verlängert. Bis Ende 1949 wurden 155 m dieser 250 m langen Anlage fertiggestellt. Zur Aufnahme der Abwässer der am Westhang des Haltertales gelegenen Siedlung Eden im 14. Bezirk wurde der Straßennunratskanal in der Hüttelbergstraße von der Halterbachbrücke aufwärts in der Franz Karl-Straße bis zur Amundsen-gasse verlängert. Bisher wurden diese Abwässer in einen offenen Straßengraben abgeleitet. Ende 1949 waren von dieser Anlage, die eine Gesamtausdehnung

von 580 m hat, 390 m ausgebaut. Ebenfalls im 14. Bezirk, in der verlängerten Lautensackgasse, wird bei der im Bau befindlichen Wohnhausanlage in der Linzer Straße ein Kanal errichtet, von dem im Jahre 1949 90 m fertiggestellt wurden. Die Arbeiten an der Einwölbung des letzten noch offenen Teiles des Alsbachkanales von der Neuwaldegger Straße bis zum Spülbecken Neuwaldegg wurden im Jahre 1948 beendet. Die Einwölbung hat ein Profil von $2'20 \times 2'50$ m und ist mit einer granitenen Sohle ausgestattet. Im 21. Bezirk wurde für die städtische Wohnhausanlage in Jedlesee bei der Christian Bucher-Gasse ein 509 m langer Betonkanal gebaut. Der bereits im Jahre 1947 begonnene Straßenunratskanal aus 35 cm breiten Steinzeugrohren in der Gregerstraße in Fischamend im 23. Bezirk wurde fertiggestellt. Mit der im Jahre 1948 erbauten 394 m langen Strecke hat die neu erbaute Kanalstraße eine Ausdehnung von 579 m.

Am Stadtrand wurden *neue Kanäle nach dem Trennsystem* erbaut. Bei diesen Kanälen erfolgt in einem Doppelkanal die getrennte Ableitung von Regen- und Schmutzwasser. Nach dem Trennsystem wurde das Kanalnetz in der Per Albin Hansson-Siedlung im 10. Bezirk ausgebaut. Im Jahre 1948 wurden hier in vier Bauabschnitten 1.663 m und im Jahre 1949 in weiteren vier Bauabschnitten 1.572 m Straßenkanäle nach dem Trennsystem errichtet. In das Kanalnetz wurden sechs automatische Spülkammern mit je $5'8 \text{ m}^3$ Fassungsraum eingebaut. Von der Liesing über die Verbindungsbahn zum ehemaligen Linienamtsgebäude in der Favoritenstraße wurde ein Straßenkanal nach dem Trennsystem fertiggestellt, der die Vorflut für die Entwässerung der Per Albin Hansson-Siedlung bildet. Die Regenwasserleitung wurde hier um 25 m erweitert und mündet in den Liesingbach ein, während die Schmutzwasserleitung an den rechten Liesingtalsammelkanal angeschlossen wurde. Hierzu mußte in der Himberger Straße ein 112 m langer Schmutzwasserkanal in einem Dücker unter dem Liesingbach angelegt werden.

Ein Kanal nach dem Trennsystem wird auch in Atzgersdorf im 25. Bezirk zur Einwölbung des Knotzenbaches ausgeführt. Der Doppelstrang besteht aus einem Betonkanal mit Granitsohle im Profil von $2'50 \times 2'05$ m und einem Steinzeugrohrkanal von 35 cm Durchmesser für das Schmutzwasser. Der Kanal wird in der Bahngasse bis zum linken Liesingtalsammler in der Wiener Straße geführt, von wo ein 85 m langer Regenwasserkanal im Profil $1'70 \times 2'05$ m in den Liesingbach mündet.

Auch die *Regenwasserkanäle* befinden sich größtenteils am Stadtrand. In Kaiser-Ebersdorf im 11. Bezirk wurden nächst der Erziehungsanstalt Betonrohre von 50 cm Durchmesser im zugehöhteten Mühlbachbett, und in der Zinnergasse Steinzeugrohre

im Durchmesser von 30 cm in einer Gesamtlänge von 290 m verlegt. Im Jahre 1949 wurde die Steinzeugrohrleitung von der Zinnergasse bis zur Kaiser-Ebersdorfer Straße um 103 m verlängert. In Schwechat wurden nach der Zuschüttung des Werksbaches folgende Regenwasserkanäle in einer Gesamtlänge von 448 m erbaut: In der Wiener Straße vom Mitterbach bis zum Werksbach, in der Parkstraße und Miernitzgasse bis zum Mitterbach, in der Eyblergasse im zugeschütteten Gerinne des Werksbaches, in der Schmiedgasse und „Am Grund“. In Mödling wurde in der Maria-Enzersdorfer Straße ein 52 m langer Regenwasserkanal von 50 cm Durchmesser und in Inzersdorf in der Windmühlgasse von einem bestehenden Regenwasserkanal in der Triester Straße bis zur Hungereckgasse ein 87 m langer Regenwasserkanal von 30 cm Durchmesser gelegt. Außerdem wurde ein *Schmutzwasserkanal* zum linken Liesingtalsammelkanal, Profil $0,70 \times 1,05$ m, von der Höpflergasse zur Klostermannngasse in Atzgersdorf erbaut. Die Gesamtlänge der neu erbauten schließbaren Straßenunratskanäle betrug im Jahre 1948 3.874 m und im Jahre 1949 5.783 m; hinzu kommen noch die in einfachen und Trennprofilen ausgeführten Rohrkanäle, und zwar 3.721 m im Jahre 1948 und 3.396 m im Jahre 1949. Die Regulierung des Liesingbaches, mit der eine Tieferlegung der Bachsohle einherging, machte den Umbau des Liesingdückers notwendig. Der im Jahre 1944 eingebaute Dücker, zwei einbetonierte Rohre von 179 mm Durchmesser, mußte in einer Länge von etwa 10 m gesenkt werden. Im Jahre 1949 wurde mittels eiserner Spundwände ein Fangdamm hergestellt und das Wasser der Liesing über eine hölzerne Rinne geleitet.

Unter Berücksichtigung der in den Jahren 1948 und 1949 erfolgten Neu- und Umbauten verwaltete der Städtische Kanalisationsbetrieb Ende 1949 im alten Stadtgebiet sowie im Bezirksteil Fischamend 1.033.630 m Straßenkanäle nach dem Mischsystem, und zwar 893.829 m Betonkanäle, 113.708 m Ziegelkanäle und 26.093 m Rohrkanäle. Die Hauskanäle im alten Stadtgebiet hatten Ende 1949 eine Ausdehnung von 1.935.688 m, wovon 226.853 schließbare und 1.708.835 Rohrkanäle waren. Im 23., 24. und 25. Bezirk und in den zum Niederschlagsgebiet der Liesing gehörenden Teilen des 10. und 12. Bezirkes wird die Kanalisation seit dem Jahre 1938 nach dem Trennsystem durchgeführt. Mit Einrechnung der Regenwasserkanäle in Altmannsdorf und Hetzendorf gab es Ende 1949 insgesamt 16.548 m Doppelkanäle — Regenwasser und Schmutzwasser in einem gemeinsamen Kanalkörper führend —, 21.331 m Regenwasserkanäle, 6.894 m Schmutzwasserkanäle, also 44.773 m Straßenkanäle nach dem Trennsystem. Die Gesamtlänge der hiezu verwendeten Betonprofile betrug 26.274 m, die der Rohrprofile 35.047 m, zusammen 61.321 m.

Vom rechten Liesingtalsammelkanal waren bis Ende 1948 20.205 m fertiggestellt, hievon 18.355 m in einer zusammenhängenden Strecke; vom linken Liesingtalsammelkanal waren bis Ende 1948 4.323 m in einer zusammenhängenden Strecke ausgebaut. Im Jahre 1949 wurde an den Liesingtalsammelkanälen nicht weitergearbeitet.

Instandsetzungen größeren Umfanges wurden an zwei Kanalsrängen in der Simmeringer Hauptstraße, zwischen der Döblerhofstraße und der Kopalgasse, vorgenommen. Die stark ausgescheuerten Sohlenziegel wurden gegen Steinzeugsohlenschalen ausgetauscht. Auch die Verkleidung der ausgescheuerten Ziegelsohle des Kanals in der Reichsratsstraße und Lichtenfelsgasse wurde gegen Steinzeugsohlenschalen und Wandplatten ausgewechselt. Sonst wurden noch Ufersicherungsarbeiten mit Rundhölzern am Kräuterbach in Neuwaldegg, zwischen Schotterfang und Beginn der Einwölbung vorgenommen.

KANALRÄUMUNG UND UNRATSABFUHR.

Um die Sicker- und Senkgruben mit Tiefen über 6 m räumen zu können, wurde eine Dickschlammpumpe mit gekapseltem Motor angeschafft. Der zum Betrieb nötige Wechselstrom wird von einem transportablen Generator (Notstromanlage) erzeugt.

Zur Beleuchtung der Kanäle bei der Räumarbeit werden seit dem Jahre 1949 an Stelle von Kerzen Kopflampen mit Trockenbatterien verwendet.

Im städtischen Depot Hackinger Straße wurde zum Heben von schweren Kanalgittern ein einfacher Hebekran angeschafft und zur Einlagerung von Benzin ein feuersicherer Treibstoffraum errichtet. Im Hofe des Betriebslokales XII., Fabriksgasse, wurde ein Magazin in eine Wohnung für einen städtischen Werkmeister umgebaut.

Um die Räumung der zahlreichen Hauskläranlagen und Senkgruben in den nicht kanalisiertem Außenbezirken möglichst rationell durchzuführen, wurde die Senkgrubenträumung in der Betriebsstelle Wintergasse, im 20. Bezirk, zentralisiert.

Die Zahl der Senkgruben in den seit dem Jahre 1938 eingemeindeten Gebieten betrug schätzungsweise 20.000. Die Räumung wird nur zum kleineren Teil durch den Städtischen Kanalbetrieb besorgt, der im Jahre 1948 5.248 und im Jahre 1949 8.726 Senkgruben räumte. Der Großteil der Senkgruben wird durch private Senkgrubenträumungsbetriebe geräumt. Eigene Unratsabladeplätze bestehen in Mauer, Atzgersdorf und Klosterneuburg.

Durch den städtischen Kanalbetrieb wurden im Jahre 1948 116.030 m³ und im Jahre 1949 123.056 m³ Senkgrubenhalt beför-

dert. Dies entspricht einer Tagesleistung von 387 m³ im Jahre 1948 und 410 m³ im Jahre 1949.

Aus den Kanälen und Schotterfängen innerhalb des alten Stadtgebietes wurden im Jahre 1948 8.096 m³ und im Jahre 1949 8.806 m³ Aushubstoffe, wie Sand, Schotter, Asche u. dgl. entfernt, und zwar aus den Hauptsammelkanälen im Jahre 1948 4.220 m³ und im Jahre 1949 4.319 m³.

Hauskanalverstopfungen wurden im Jahre 1948 in 20.603 und im Jahre 1949 in 19.393 Fällen behoben.

Zur Spülung der Kanäle mittels Spülkammern wurden im Jahre 1948 11.620 m³ und im Jahre 1949 19.802 m³ Wasser unmittelbar der Hochquellenleitung entnommen, außerdem wurde das Überfallwasser der 2. Hochquellenleitung verwendet. Im Kanalnetz des alten Stadtgebietes bestanden Ende des Jahres 1948 540 Spülkammern mit 667 eingebauten Schiebern und Ende 1949 546 Spülkammern mit 673 eingebauten Schiebern. Spülbecken am Beginn der Bacheinwölbungen bestehen in Speising mit 600 m³ Inhalt, in Neuwaldegg mit 4.000 m³ und beim Cobenzl mit 1.400 m³ Inhalt. Im Jahre 1948 wurde je eine Kanalspülung, im Jahre 1949 je 9 Kanalspülungen vorgenommen.

Außerhalb Wiens wurde mit Genehmigung des Bürgermeisters die Schmutzwasserkanalisationsanlage der Semperit-Gummiwerke in Wimpassing, die Kanalisationsanlage im Lager der Roten Armee in Kirchholz bei Göpfritz und die Kläranlage der Semperitwerke in Traiskirchen auf Kosten der Besteller gereinigt.

Die *Hochwasserschieber* in den Sammelkanälen bei den Pumpwerken im 21. und 11. Bezirk waren im Jahre 1948 in den Monaten Jänner, Februar, März, Juni, Juli und August, im Jahre 1949 in den Monaten April, Mai, Juni, Juli und August infolge Donauhochwassers geschlossen. Die Schließung erfolgte:

	1948	1949
in Kaisermühlen	an 58 Tagen	an 24 Tagen
„ Stadlau	70 „	25 „
„ Floridsdorf	71 „	24 „
„ Kaiser-Ebersdorf	62 „	21 „

Das Pumpwerk Kaisermühlen stand im Jahre 1948 an 52 Tagen (182 Stunden) in Betrieb, im Jahre 1949 an 21 Tagen (90 Stunden). Das Pumpwerk Stadlau stand im Jahre 1948 an 77 Tagen (458 Stunden), im Jahre 1949 an 25 Tagen (164 Stunden) in Betrieb. Das Pumpwerk in Floridsdorf stand im Jahre 1948 an 70 Tagen (249 Stunden), im Jahre 1949 an 24 Tagen (94 Stunden) in Betrieb. Das Hilfspumpwerk in Floridsdorf wurde nicht in Betrieb genommen. Das Pumpwerk in Kaiser-Eberdorf war im Jahre 1948 an 49 Tagen (63 Stunden), im Jahre 1949 an 15 Tagen (20 Stunden) in Betrieb.

In den Kläranlagen waren verschiedene Instandsetzungsarbeiten und Verbesserungen durchzuführen. Bei der biologischen Kläranlage Altmannsdorf-Hetzendorf auf der Gelben Heide in Inzersdorf sind die Bauarbeiten ziemlich weit fortgeschritten. Nachdem bereits im Jahre 1947 ein Entlastungskanal gebaut und der Altmannsdorfer Graben reguliert worden war, wurden im Juni 1948 die Arbeiten am Regenwasserbecken (Inhalt 2.650 m³) aufgenommen und im April 1949 beendet. Auch der Bau des 40 m langen, als Streichwehr ausgeführten Regenüberfalles und des Schotterfanges in einer Länge von 15 m und einer Breite von 5 m wurde beendet. Bis Ende 1949 waren die Arbeiten an dem 65 m langen Zulaufkanal zu 60 Prozent, an den drei Emscherbrunnen (Innendurchmesser 9 m, Tiefe 14 m) zu 75 Prozent und am Nachfaulbehälter bis zu 90 Prozent beendet. Die Schlamm-trockenplätze mit einer Fläche von 2.000 m² waren Ende 1949 bis auf die Schlammrinne und Beschotterung fertig. Die Arbeiten am Pump-haus, an den Tropfkörpern und Nachklärbecken, am einstöckigen Dienstgebäude und am Ablaufkanal sind im Gang. Von dem 170 m langen Ablaufkanal wurde bis Ende 1949 die Hälfte fertiggestellt. Der Bau dieser Anlage wird ermöglichen, das bestehende 17 km lange Regenwasserkanalnetz auch für die Abfuhr der Schmutzwasser zu verwenden und ohne bauliche Veränderungen vom Trennsystem auf das Mischsystem überzugehen sowie lausende Senkgruben in diesem Gebiet aufzulassen. In der biologischen Kläranlage für das Gebiet Mödling—Wiener Neudorf im 24. Bezirk, Wiener Neudorf, wurden im Jahre 1948 die Arbeiten zur Ausgestaltung der Pumpanlage für die Sinkstoff-Förderung beendet; sie umfaßten den Bau eines heizbaren Kesselhauses (ca. 200 m³ Rauminhalt), die Aufstellung einer pneumatischen Abwasserhebeanlage mit 2 Vakuumkessel zu je 3.500 l Inhalt, samt den dazugehörigen Saug- und Druckleitungen sowie einer Vakuumpumpe mit elektromotorischem Antrieb und einem Reservebenzinmotor. Die Herstellung einer Rücklaufleitung von der Rücklaufpumpe bis zum Zubringerkanal wurde begonnen, der Rechen im Baggerhaus erneuert und das Umlaufgerinne des Klärbeckens repariert. Die Reservebeete neben dem Lagerhaus wurden instand gesetzt, die Reservetrockenbeete auf rund 800 m² vergrößert, in der Kläranlage Eichkogelsiedlung in Gantramsdorf zwei Schlamm-trockenbeete sowie der Tropfkörper in Ordnung gebracht und im Jahre 1949 die zwei restlichen Schlamm-trockenbeete wiederhergestellt, außerdem wurde der Ventilator am Tropfkörperdach erneuert. In der städtischen Herberge in Mauerbach wurde die gesamte Abwasserkläranlage erneuert und eine Chlo-rungsanlage zwecks Sterilisierung pathogener Keime hergestellt. Im 22. Bezirk wurde das Aubachgerinne und drei Erdbecken als Vor-

flut der Regenwasserkanalisierung von Groß-Enzersdorf geräumt. Der Aushub von rund 4.000 m³ Schlamm stand der Landwirtschaft als Dünger zur Verfügung.

Aus der Kläranlage Mödling wurden im Jahre 1948 598 m³ Klärschlamm und im Jahre 1949 591 m³ an die Landwirtschaft abgegeben. Die Kläranlage Eichkogelsiedlung gab 1948 23 m³ und im Jahre 1949 47 m³ ab.

Zur Bekämpfung der Rattenplage wurden im April und September 1948 und im April und November 1949 Köder in den Straßenkanälen Wiens ausgelegt. Außerdem wurden zur Rattenvertilgung Gasapparate verwendet.

Die in normalen Zeiten üblichen Führungen durch das unterirdische Wien wurden im Jahre 1948 wieder aufgenommen. Sie fanden in der zu diesem Zwecke besonders hergerichteten Kanalanlage im 1. Bezirk, Friedrichstraße, statt, in der ein Schotterfang samt Regenüberfallkammer im linken Wienflusssammelkanal bei der Einmündung des Ottakringbachkanales und seines Entlastungskanales gezeigt wurde. Im Jahre 1948 fanden 16 Führungen mit 362 Teilnehmern, im Jahre 1949 17 Führungen mit 566 Teilnehmern statt. Die Baustelle am Alsbach wurde von Hörern und Lehrern der Technischen Hochschulen in Wien und Graz, die Baustelle der Kläranlage Altmannsdorf von den Hörern der Technischen Hochschule Wien und der Bundesgewerbeschule, I., Schellinggasse, besucht.

Im Juli 1948 wurde durch einen Platzregen das Gewölbe des Pöllangrabens in Brunn a. Geb. in einer Länge von 30 m stark beschädigt und mußte ausgewechselt werden.

Bei Kanalarbeiten ereigneten sich im Jahre 1948 45 und im Jahre 1949 49 Betriebsunfälle, wie Verletzungen oder Gasvergiftungen.

Die Gebühren für Kanalräumung, Behebung von Verstopfungen in Unratsleitungen, Senkgrubenräumung und Kanaleinmündungsreinigung wurden im Jahre 1948 nicht geändert. Im Jahre 1949 wurden die Gebühren für Behebung von Verstopfungen erhöht. Für die Verwendung einer Tiefsauganlage wurde in normaler Arbeitszeit eine Stundengebühr von 70 S, in Überstunden eine solche von 80 S festgesetzt.

STÄDTISCHE GÄRTEN.

Der Wiederaufbau der städtischen Gartenanlagen hat rasche Fortschritte gemacht. Die Stadtverwaltung stellte hierzu namhafte Geldmittel zur Verfügung in der Erkenntnis, daß den Wiener öffentlichen Gartenanlagen besondere Bedeutung für die Gesundheit der städtischen Bevölkerung zukommt. Das Stadtgartenamt verfügte im Jahre 1948 über Geldmittel im Betrage von 18 Mil-

tionen S und im Jahre 1949 über 954 Millionen S. Durch diese großzügigen Aufwendungen gelang es bis Ende 1949, den größten Teil der Kriegsschäden in den öffentlichen Gartenanlagen zu beheben. Das war allerdings nur möglich, weil beim Wiederaufbau der Gärten verhältnismäßig wenig Baustoffe, wie Eisen, Holz, Zement usw. gebraucht wurden und weil sich alle Beteiligten mit unermüdlichem Eifer ihrer Aufgabe widmeten. Die dadurch erzielte Leistung wurde nicht nur von der Wiener Bevölkerung freudig begrüßt, sondern auch von ausländischen Besuchern in Anerkennungsschreiben an die Stadtverwaltung gewürdigt. Insgesamt konnten im Jahre 1948 61 zerstörte Gartenanlagen im Gesamtausmaße von 685.000 m² wiederhergestellt werden. Im Jahre 1949 wurde an der Instandsetzung von 141 Gärten mit einer Gesamtfläche von 10.337.000 m² gearbeitet.

Unter den bis Ende 1949 wiederhergestellten städtischen Gärten, die der Bevölkerung zugänglich gemacht wurden, befinden sich folgende größere Anlagen:

1. Bezirk: Friedrich Schmidt-Platz, Schillerplatz, Börseplatz, Girardipark, Ringstraße;
2. Bezirk: Erzherzog Karl-Platz, Max Winter-Platz, Obere Augartenstraße;
3. Bezirk: Schweizer Garten, Erdberger und Weißgerber Lände;
4. Bezirk: Resselpark, Draschepark, Ghegaplatz;
5. Bezirk: Einsiedlerplatz, Bacherplatz;
6. Bezirk: Loquaiplatz;
7. Bezirk: Weghuberpark, Josef Strauß-Park, Urban Loritz-Platz;
9. Bezirk: Roßauer Lände;
10. Bezirk: Arthaberpark, Humboldtplatz, Waldmüllerpark, Wielandplatz, Puchsbaumplatz;
11. Bezirk: Hyblerpark;
12. Bezirk: Steinbauerpark, Haydnpark, Wilhelmsdorferpark;
14. Bezirk: Reinlpark, Penzinger Friedhofs-Park;
15. Bezirk: Neubaugürtel, Mariahilfer Gürtel;
16. Bezirk: Stillfriedplatz, Richard Wagner-Platz;
17. Bezirk: Frauenfelderplatz, Clemens Hofbauer-Platz;
18. Bezirk: Ebner-Eschenbach-Park;
19. Bezirk: In der Krim, Beethovenruhe, Hartäckerpark, Heiligenstädter Park, Donaustrand-Promenade;
20. Bezirk: Engelsplatz, Mortaraplatz, Gaußplatz;
21. Bezirk: Wasserpark, Floridsdorfer Aupark.

Außerdem wurden zwei Großgartenanlagen neu hergestellt, und zwar das Kinderparadies in der Venediger Au und eine Gartenanlage im 10. Bezirk, Kundratstraße. Ende 1949 verwaltete das Stadtgartenamt 865 Gartenanlagen mit einem Gesamtflächenausmaß von 10.399.177 m² und 401 Hausgärten in städtischen Wohnhausanlagen im Gesamtausmaß von 682.978 m². Von den Wohnhausgärten konnten bisher nur jene instandgesetzt werden, die sich in unbeschädigten oder wiederhergestellten Gemeindebauten befinden, da bei Bauarbeiten eine neuerliche Beschädigung der Gartenanlagen unvermeidlich wäre.

Neue Wohnhausgärten wurden im 13. Bezirk in der Hetzendorfer Straße 164—182, im 10. Bezirk am Quarinplatz und im 21. Bezirk in der Linnégasse mit einem Gesamtflächenausmaß von 10.750 m², hergestellt.

Für das Sportreferat der Stadt Wien wurden im Währinger Park und im Haydnpark die Jugendspielplätze mit einem Gesamtflächenausmaß von 12.537 m² wieder instandgesetzt. Für den städtischen Bäderbetrieb wurde im Kongreßbad der große Spielplatz (5.200 m²) hergerichtet. Am Gänsehäufel hat das Stadtgartenamt die Überwachung der Grünflächenarbeit übernommen.

Neue Schulgärten im Gesamtflächenausmaß von 17.253 m² wurden bei nachstehenden Schulen errichtet:

Leopoldau, Siebenhirten, Per Albin Hansson-Siedlung, Wolfersberg und Münichplatz. Für das Kindergartenreferat der Stadt Wien wurden vom Stadtgartenamte die Grünflächen beim Sonderkindergarten „Schweizerspende“ und im 3. Bezirk, Kindergarten Stadtpark, im Gesamtflächenausmaß von 15.074 m² hergestellt.

Die geleisteten Instandsetzungsarbeiten waren verschiedener Art. Als charakteristisch sei vermerkt, daß nicht nur sämtliche Gärtnerarbeiten, sondern auch bautechnische Leistungen erforderlich waren, um den Gärten ihr früheres Aussehen wieder zu geben. In zahlreichen öffentlichen Anlagen waren nämlich Löschwasserteiche, Luftschutzbunker und Splittergräben eingebaut worden, die beseitigt werden mußten. So wurden im Jahre 1948 8 Löschwasserteiche und 6 Splittergräben und im Jahre 1949 je zwölf solcher kriegsbedingter Anlagen mittels Kompressoren entfernt. Im Pratergebiet ließ die Gemeinde Wien einen schwer armierten Marinebunker und einen Einmannbunker abtragen.

Dem Ausmaß der durch Kriegshandlungen verursachten Zerstörungen entsprechend, waren umfangreiche Neupflanzungen von Sträuchern und Bäumen sowie Neuanlagen von Rasenflächen erforderlich. Im Jahre 1948 wurden 7.400 Alleebäume und 35.000 Stück verschiedenartiger Blütensträucher und im Jahre 1949 3.322 Alleebäume sowie 40.000 Blütensträucher angepflanzt, um den Gartenanlagen wieder ihr farbenfreudiges Aussehen zu geben. Für die Wiederherstellung von Rasenflächen wurden im Jahre 1948 16.500 kg und im Jahre 1949 24.500 kg Grassamen aufgewendet. Im Jahre 1949 wurde eine weitgehende Instandsetzung der Gehwege und Plätze in den Gärten vorgenommen, wofür 1.570 Kubikmeter Wegriesel verbraucht wurden. Schließlich konnten in den öffentlichen Gartenanlagen auch wieder für die Kinder 65 Sandspielkästen und 20 Sandspielbäder eingerichtet werden.

In den städtischen Gärten machte sich aber noch immer ein fühlbarer Mangel an Bänken geltend, der durch die ziemlich engbegrenzte Möglichkeit, das notwendige Material, Holz und

Eisen, für die Herstellung zu beschaffen, bedingt war. Im Jahre 1948 wurden 450 und im Jahre 1949 308 Gartenbänke durch Reparatur wieder benützbar gemacht und außerdem 1.500 neue Gartenbänke aufgestellt.

Die für die Erhaltung der städtischen Grünanlagen erforderlichen Pflanzen und Sträucher, aber auch Gemüsepflänzchen wurden in den städtischen Gärtnereien und Baumschulen gezogen. Zu diesen Betrieben gehören der Reservegarten im 2. Bezirk, die städtische Gärtnerei auf der Hohen Warte und 7 kleinere Gärtnereien, insgesamt 143.132 m² groß, die städtische Baumschule in Albern mit 190.000 m² und 4 kleinere Baumschulen mit insgesamt 36.759 m² Grundfläche. Von den Gemüsepflänzchen wurden im Jahre 1948 2,450.000 Stück und im Jahre 1949 370.000 Stück an Erntelandbesitzer und Kleingärtner abgegeben.

Zu den ständigen Aufgaben des Stadtgartenamtes, wie die Erhaltung der städtischen Gärten und Projektierung sowie Neuerstellung von Grünflächen jeder Art, kam im September 1949 durch das wirksam gewordene Kulturpflanzenschutzgesetz und die im Anschluß an dieses Gesetz am 13. September 1949 von der Wiener Landesregierung erlassene Verordnung über den Pflanzenschutz im Obstbau der amtliche Pflanzenschutzdienst hinzu, der, solange für Wien keine Landwirtschaftskammer besteht, vom Magistrat zu besorgen ist. Dieser Verordnung entsprechend, hat der Magistrat im Jahre 1949 eine Kundmachung über die Winterspritzung der Obstbäume erlassen. Das Stadtgartenamt wirkt auch bei der Schädlingsbekämpfung im Obst- und Gartenbau unmittelbar mit und leistet dadurch einen wichtigen Beitrag zur Erhaltung und zum Gedeihen dieser Kulturen. So wurden im Jahre 1948 16.439 und 1949 53.911 Klein-, Siedler- und Privatgärten kontrolliert, wobei im Jahre 1948 in 6.047 Gärten und 1949 in 4.396 Gärten Schädlingsbefall festgestellt wurde. Außerdem wurden Nachkontrollen in diesen Gärten durchgeführt, und zwar 11.116 im Jahre 1948 und 6.096 im Jahre 1949. Bei diesen Kontrollen wurde konstatiert, daß eine Reihe von Obstkulturen von der San José-Schildlaus befallen ist, die das Absterben der Gehölze verursacht. Zur Bekämpfung dieses Befalls wurde die Entfernung der betroffenen Bäume und Sträucher angeordnet, und zwar im Jahre 1948 von 2.848 Bäumen und 10.923 Sträuchern und im Jahre 1949 von 523 Bäumen und 2.128 Sträuchern. Gleichzeitig wurde mit Bescheid des Stadtgartenamtes die Behandlung, und zwar im Jahre 1948 von 110.249 und im Jahre 1949 von 51.845 Stück schädlingsbefallenen Obstgehölzen und Obstbäumen vorgeschrieben. Hieraus ergab sich die Versendung von insgesamt 6.047 Bescheiden und 10.142 Vorladungen im Jahre 1948 und von 2.198 Bescheiden und 5.632 Vorladungen im Jahre 1949 an die Gartenbesitzer. Im Jahre

1948 wurde in 1.126 und im Jahre 1949 in 2.407 Fällen wegen stärkeren Borkenkäferbefalls ein Entrümpelungsauftrag erteilt. Wegen Unterlassung der Entrümpelung oder der Winterspritzung wurden im Jahre 1948 391 und im Jahre 1949 830 Gartenbesitzer angezeigt. In privaten Baumschulen und Einschlagplätzen wurden im Jahre 1948 488, im Jahre 1949 468 Kontrollen sowie 18 Kontrollen bei der Vergasung von zum Verkauf bestimmten Obstgehölzen und Obstbäumen im Jahre 1948 und 28 Kontrollen im Jahre 1949 durchgeführt.

Das Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft hat dem Land Wien in den Jahren 1948 und 1949 je einen Betrag von 43.500 S für die Schädlingsbekämpfung überwiesen, von dem das Stadtgartenamt 20.000 S erhielt. Von diesem Betrag sowie aus Mitteln der Gemeinde Wien hat das Stadtgartenamt verschiedene Pflanzenschutzgeräte, so eine Motorspritze, Karrenspritze, Rückenspritzen und Spritzmittel angeschafft.

Erwähnt sei noch die Mitarbeit des Stadtgartenamtes an einer Verkehrsordnung für den Prater, deren Bekanntgabe im Jahre 1950 vorgesehen ist.

STÄDTISCHE FRIEDHÖFE.

ORGANISATION.

Im Wiener Gemeindegebiet bestehen insgesamt 127 Friedhöfe. Davon werden 108 von der Stadt Wien verwaltet. Über die anderen 19, das sind 17 katholische und 2 evangelische Pfarrfriedhöfe, übt sie lediglich die sanitätspolizeiliche Aufsicht aus. In den konfessionellen Friedhöfen werden nur 5 Prozent aller Verstorbenen beerdigt. Von den 108 städtischen Friedhöfen sind 7 jüdische, die übrigen interkonfessionelle. Der St.-Marxer Friedhof, dessen Auflösung bisher aus historischen Gründen zurückgestellt worden ist, und 6 jüdische Friedhöfe sind für Beerdigungen gesperrt. Der jüdische Friedhof beim 1. Tor des Zentralfriedhofes dient ausschließlich für die Bestattung von Verstorbenen jüdischer Konfession. Der Urnenhain gegenüber dem Zentralfriedhof ist für die Beisetzung von Aschenkapseln bestimmt. Für die Erdbestattung stehen 99 Friedhöfe mit Aufbahrungshallen, Beisetzkammern, Kanzleien und sonstigen Diensträumen zur Verfügung. Einäscherungen von Leichen werden nur in der Feuerhalle der Stadt Wien vorgenommen. Die drei Bezirksleichenkammern im 10., 18. und 20. Bezirk werden vorwiegend für die Beisetzung von Polizeileichen, das sind Leichen von tödlich Verunglückten, Selbstmördern usw., verwendet.

Nur 12 der Gemeindefriedhöfe werden durch eigene Organe der Stadt Wien verwaltet. Das hierzu notwendige Personal hat sich im Jahre 1948 von 580 auf 520 vermindert. Für zusätzliche

Arbeiten während der Vegetationsperiode, für das Ausschmücken und Pflegen der Gräber, zum Herstellen von Grabstein- und Einfassungsfundamenten, für Weg- und Gartenerhaltungsarbeiten und für die Friedhofsreinigung wurden im Zeitraum von 9 Monaten 170 Saisonarbeiter beschäftigt. Die 88 nicht vom städtischen Personal verwalteten Friedhöfe werden von Totengräbern instandgehalten, mit denen die Gemeinde Wien Verträge abgeschlossen hat.

Die Friedhöfe des alten Stadtgebietes sind: In Eigenregie: Zentralfriedhof, Stammersdorf, Meidling, Südwest, Hietzing, Baumgarten, Ottakring, Hernals, Grinzing. Mit Totengräberkontrahenten: Simmering, Kaiser-Ebersdorf, Altmannsdorf, Hetzendorf, Lainz, Hütteldorf, Ober-St. Veit, Dornbach, Gersthof, Pötzleinsdorf, Neustift am Walde, Döbling, Sievering, Heiligenstadt, Strebersdorf, Jedlesee, Groß-Jedlersdorf, Kagran, Hirschstetten, Aspern, Leopoldau und Stadlau. Im alten Stadtgebiet befindet sich auch die Feuerhalle, die in Eigenregie betrieben wird.

Die Friedhöfe des neuen Stadtgebietes sind: In Eigenregie: Inzersdorf, Perchtoldsdorf, Mödling. Mit Totengräberkontrahenten: Achau, Albern, Andlersdorf, Atzgersdorf, Biedermannsdorf, Bisamberg, Breitenfurth, Breitenlee, Brunn a. Gebirge, Ebergassing, Enzersfeld, Erlaa, Eßling, Fischamend-Dorf, Fischamend-Markt, Franzensdorf, Gaaden, Gießhübl, Glinzendorf, Gramatneusiedl, Groß-Enzersdorf, Gumpoldskirchen, Guntramsdorf, Hadersdorf-Weidlingau, Hennersdorf, Himberg, Hinterbrühl, Kalksburg, Kaltenleutgeben, Klein-Neusiedl, Klosterneuburg, Laab im Walde, Laxenburg, Liesing, Mannsdorf, Mannswörth, Maria-Enzersdorf, Maria-Lanzendorf, Mauer, Moosbrunn, Mühlleiten, Münchendorf, Oberhausen, Oberlaa, Pellendorf, Purkersdorf, Probstdorf, Raasdorf, Rauchenwarth, Rodaun, Schönau, Schwadorf, Seyring, Siebenhirten, Sittendorf, Sparbach, Stammersdorf-Ort, Sulz, Süßenbrunn, Velm, Vösendorf, Wienerherberg, Wiener-Neudorf, Wittau, Zwölfaxing.

Für die Festsetzung der Friedhofsgebühren besteht das Gebührenbemessungsamt in Wien, VIII., Albertplatz 7, für die Friedhöfe der Bezirke 1 bis 20 und 26, die Betriebsstelle Stammersdorf für die Friedhöfe des 21. Bezirkes, die Betriebsstelle Aspern für die Friedhöfe des 22. Bezirkes, die Betriebsstelle Himberg für die Friedhöfe des 23. Bezirkes, die Betriebsstelle Mödling für die Friedhöfe des 24. Bezirkes und die Betriebsstellen Liesing und Inzersdorf für die Friedhöfe des 25. Bezirkes.

Die Kundmachung des Magistrates über die Benützung der Friedhöfe wurde, um den Gewerbetreibenden entgegenzukommen, abgeändert, so daß Privatgärtner und Steinmetzfirnen auch an Samstagnachmittagen in den Friedhöfen Arbeiten ausführen können. Gewisse Vergehen gegen diese Kundmachung, die bisher

nur im Verwaltungsverfahren geahndet werden konnten, werden künftighin nach der Organstrafverfügung vom 1. Oktober 1949 sofort bestraft. Ein Teil des Friedhofspersonals wurde zu Exekutivorganen bestellt. Durch diese Regelung haben die Verstöße gegen die Bestimmungen der Friedhofsordnung merklich abgenommen.

Die französische Besatzungsmacht hat im Jahre 1948 die im Zentralfriedhof beerdigt gewesenen Leichen von französischen Staatsangehörigen (Opfer des 2. Weltkrieges) exhumiert und in die Heimat überführt. Für die Beerdigung der nach dem Jahre 1948 verstorbenen französischen Besatzungsmachtangehörigen benützte die Besatzungsmacht den Ottakringer Friedhof. Die russische Besatzungsmacht nahm den Garnisonsfriedhof im Wiener Zentralfriedhof und den Kalksburger Friedhof in Anspruch. Die übrigen Besatzungsmächte haben keine Begräbnisstätten auf Wiener städtischen Friedhöfen. Im Herbst 1949 ersuchte das sowjetische Element den Magistrat, einzelne sowjetische Kriegsgräberanlagen besser auszubauen und Schäden an einigen provisorisch hergestellten Gräbern zu beheben. Weiters mußten Grabstellen für allfällige Beerdigungen von Angehörigen dieser Besatzungsmacht bereitgestellt werden. Einvernehmlich wurden hiefür die Anlagen im Zentralfriedhof und in den Friedhöfen Stammersdorf, Aspern, Kalksburg und Mödling bestimmt. Diese Flächen wurden bereits sichergestellt; mit den Umgestaltungsarbeiten wurde noch im Jahre 1949 begonnen. Durch Enterdigungen und Zusammenlegungen sind die ursprünglichen 55 sowjetischen Kriegsgräberanlagen auf 42 vermindert worden.

Der Nationalrat hat am 7. Juli 1948 zwei Gesetze beschlossen, und zwar das Bundesgesetz vom 7. Juli 1948, BGBl. Nr. 175/1948, über die Fürsorge für Kriegsgräber aus dem 1. und 2. Weltkrieg und das Bundesgesetz vom 7. Juli 1948, BGBl. Nr. 176/1948, über Fürsorge und Schutz der Kriegsgräber und Kriegsdenkmäler aus dem 2. Weltkrieg für Angehörige der Alliierten Vereinten Nationen und für Opfer des Kampfes für ein freies demokratisches Österreich und Opfer politischer Verfolgung. Durch diese Gesetze wird die Republik Österreich zur dauernden Erhaltung und Pflege der Kriegsgräber verpflichtet. Für die Betreuung dieser Gräber, die dem Magistrat der Stadt Wien übertragen wurde, erhielt dieser im Jahre 1948 einen Kostenbeitrag von 180.000 S, der aber nur für die Instandhaltung der Alliiertengräber ausgereicht hat. Die Erhaltungskosten für die anderen Kriegsgräber mußte die Gemeinde teils aus eigenen Mitteln, teils aus Zuschüssen des „Schwarzen Kreuzes“, bestreiten. Das „Schwarze Kreuz“ hat auch eine Anzahl von Soldatengräbern in den Vorortefriedhöfen betreut. Einige außerhalb der städtischen

Friedhöfe gelegene Kriegsgräberanlagen wurden bisher von der Magistratsabteilung — Friedhöfe, instandgehalten, obwohl ihre Verwaltungsaufgaben nur die Friedhöfe selbst betreffen. Die angestrebte Klarstellung der Kompetenzen ist noch nicht erfolgt.

BEERDIGUNGEN UND URNENBEISETZUNGEN.

Vor dem Kriege und in den ersten Kriegsjahren entfielen von allen Beerdigungen durchschnittlich 38 Prozent auf den Zentralfriedhof. Dieser Prozentsatz hat sich in den letzten Jahren auf 42 bis 43 Prozent erhöht. Die Zunahme ist auf den immer größer werdenden Mangel an Beerdigungsflächen in den Vorortefriedhöfen zurückzuführen. Da bei vielen dieser Friedhöfe keine Erweiterungsmöglichkeit besteht und sich die Anzahl der jährlich zur Wiederbelegung freiwerdenden Gräber infolge des Ansteigens der Erwerbungen von Grabstellen auf die Dauer des Friedhofsbestandes ständig verringert, müssen die Belagsflächen des Zentralfriedhofes immer mehr herangezogen werden. Dies muß dazu führen, daß die letzte für eine Vergrößerung des Zentralfriedhofes vorgesehene Fläche nicht wie angenommen in 15 bis 20 Jahren, sondern wesentlich früher vollbelegt sein wird. Um dieser Entwicklung entgegenzuwirken, wurde die Abänderung einzelner Bestimmungen der Begräbnis- und Gräberordnung für die Friedhöfe der Stadt Wien beantragt, wodurch die gesetzliche Grundlage geschaffen werden soll, unwirtschaftliche Gräbertypen (Reihengräber für 1 Leiche, Einzelgräber für 2 Leichen) aufzulassen und Grabstellen auf die Dauer des Friedhofsbestandes nicht mehr zuzulassen. Dadurch soll eine bessere Ausnützung und eine öftere Belegung der Gräber erreicht werden.

Über die Beerdigungen in allen städtischen Friedhöfen gibt folgende Zusammenstellung Aufschluß:

	1948		1949	
	Leichen	Urnen	Leichen	Urnen
Zentralfriedhof	9.362	225	9.335	250
Vorortefriedhöfe im alten Stadtgebiet	9.107	738	9.222	814
Vorortefriedhöfe im neuen Stadtgebiet	2.407	87	2.535	87
Urnenhain der Feuerhalle	—	1.494	—	1.566
Zusammen . . .	20.876	2.544	21.092	2.717

Aus den Zahlen ist zu ersehen, daß die Urnenbeisetzungen kaum 11 Prozent aller Bestattungen betragen. Vor dem Kriege war der Anteil ein größerer und bewegte sich zwischen 12 und 14 Prozent. Da für ein Urnengrab viel weniger Fläche erforderlich ist und außerdem in einem Grabe 4 oder mehr Aschenkapseln bestattet werden können, wirkt sich der Rückgang der Feuerbestattungen in einem erhöhten Flächenbedarf für die Erdbestattungen aus. Um auch hier eine Verbesserung zu erzielen, sind auf den Friedhöfen

in Baumgarten, Neustift und auf dem Südwestfriedhof neue Urnen-
gräbergruppen angelegt worden. Hiezu wurde Gelände verwendet,
das wegen seiner Beschaffenheit (Felsboden, hoher Grundwasser-
spiegel usw.) für Erdgräber, die dreimal tiefer als Urnengräber
sein müssen, nicht geeignet ist. Damit soll jenen Bevölkerungs-
kreisen entgegenkommen werden, bei denen die Lage der Be-
stattungsstelle in der Nähe ihres Wohnortes wichtiger ist, als die
Art der Bestattung.

Um die Vorortefriedhöfe wieder stärker für die Beerdigung her-
anziehen zu können, wird die Anzahl der Grabstellen durch Aus-
nützung von bisherigen Grünflächen und überflüssigen Verkehrs-
wegen vergrößert. Gleichzeitig werden Grundflächen, die zur Ver-
größerung der Friedhöfe geeignet erscheinen und die von der Stadt-
planung hierfür bereitgestellt werden können, für Beerdigungs-
zwecke angesprochen. Solche Erweiterungen erfolgten im Jahre
1949 bei den Friedhöfen in Probstdorf, Wittau, Siebenhirten und
Mauer.

Schließlich mußte, einem Wunsche der Bevölkerung ent-
sprechend, die Zuteilung von neuen Grabstellen in den Vororte-
friedhöfen mit geringem Belagraum auf Beerdigungen von Ver-
storbenen aus jenen Stadtteilen oder Bezirken beschränkt werden,
in denen die Friedhöfe gelegen sind.

Die Ausgaben des Friedhofsbetriebes konnten in den Nach-
kriegsjahren aus eigenen Einnahmen nicht mehr gedeckt werden.
Um wieder gesunde wirtschaftliche Verhältnisse zu schaffen, wur-
den die seit der Zeit vor dem Kriege unverändert gebliebenen
Friedhofsgebühren ab 15. Juli 1949 um durchschnittlich 50 Prozent
erhöht. Auch die Arbeitsgebühren wurden den Lohn- und Preis-
verhältnissen angepaßt. Zur Verringerung des Defizits trugen auch
Änderungen in der Betriebsorganisation fühlbar bei. Der aktive
Personalstand konnte verringert werden, da die Beerdigungen in
den Friedhöfen, die bisher vormittags und nachmittags stattfanden,
ausnahmslos auf den Nachmittag beschränkt wurden. Die bis-
herige Praxis des Wechsels von Grabarbeit und Beerdigungsdienst
ergab nämlich beträchtliche Verluste an Arbeitszeit, die durch die
neue Einteilung vermieden werden. Durch Instandsetzung und
Nachschaffung von Sargversenkungsapparaten konnte das noch
häufig angewendete Sargversenken mit Seilen, zu dem vier Be-
erdigungsgehilfen erforderlich waren, vermieden und die Anzahl
der Gehilfen auf zwei vermindert werden. Zur Versenkung von
Urnen und Aschenkapseln wurden verschiedene Versuche an-
gestellt und schließlich ein Apparat konstruiert, der, falls sich keine
Mängel ergeben, in der erforderlichen Anzahl hergestellt werden
wird.

Die bis 31. Mai 1948 vom Hauptgesundheitsamt erteilten Bewil-
ligungen für Beerdigungsaufschübe wurden dem Gebührenbemes-

sungsamt der Magistratsabteilung — Friedhöfe, übertragen. Gleichzeitig wurde die hierfür vorgesehene Gebühr von 2 S auf 20 S erhöht.

STÄDTISCHE FRIEDHOFSGÄRTNEREIEIEN, STÄDTISCHE STEINMETZWERKSTATTE.

In den Friedhofsgärtnereien wurden Blumen und Zierpflanzen in reicher Auswahl gezogen, um die Gräberausschmückung farbenreicher und geschmackvoller zu gestalten. Auf diese Weise konnte der Kundenkreis erweitert und ein höherer Umsatz erzielt werden.

Die Fundierungsarbeiten für Grabsteineinfassungen wurden auf allen Eigenregiefriedhöfen wieder aufgenommen. Alle eingelaufenen Kundenbestellungen konnten ausgeführt werden und brachten einen um 100 Prozent erhöhten Umsatz ein.

Die städtische Steinmetzwerkstätte gegenüber dem 2. Tor des Zentralfriedhofes hat neben den Aufgaben eines Gewerbebetriebes auch das Abtragen von Grabdenkmälern von freiwerdenden Gräbern sowie das Öffnen und Schließen von Grüften zu besorgen.

WIEDERINSTANDSETZUNG DER WIENER FRIEDHÖFE.

Neben den Betriebs- und Verwaltungsarbeiten, dem Kanzlei-, Beerdigungs-, Aufsichts- und Bewachungsdienst, mußten Instandhaltungsarbeiten an Baulichkeiten, dem Inventar, an den Verkehrswegen und Umfriedungen der Wiener Friedhöfe geleistet werden. Insbesondere war die Behebung der Kriegsschäden nicht länger aufschiebbar. Auch Vergrößerungen oder Umänderungen der Wiener Friedhöfe, die schon im Plan vorlagen, drängten zur Ausführung. Die bedeutenderen Arbeiten dieser Art sind im folgenden angeführt:

Auf dem *Zentralfriedhof* wurde das im Kriege schwerbeschädigte Portal des 2. Tores in Natursteinquadern wiederhergestellt. Die Gassenfassaden des rechten und linken Verwaltungsgebäudes wurden instandgesetzt und die durch Bomben zerstörten rechten Arkaden wieder aufgebaut. Das Dach des rechten Verwaltungsgebäudes wurde mit neuen Strangfalzziegeln gedeckt und die Fassaden des linken Verwaltungsgebäudes sowie das Dach der linken Arkaden hergerichtet. In der Dr. Karl Lueger-Kirche wurde das Luftschutzmauerwerk entfernt und die Kuppel des Glockenturmes wiederhergestellt. 400 m³ Fundierungen einschließlich Betonpiloten waren zur Neugestaltung der Gräbergruppe 4 nötig und zirka 700 m der Einfriedungsmauer an der Bahnseite mußten nach Kriegsschaden samt der Fundierung wiederhergestellt werden. Mit Oktober 1948 waren sämtliche 536 vorhanden gewesenen Bombenrichter zugeschüttet und eingeebnet. Im Jahre 1949 wurden 2.500 m² Straßen und 5.000 m² Wege neu gebaut und 20.000 m² Verkehrs-

fläche instandgesetzt. Von den kriegszerstörten Gräften wurden 35 wieder errichtet und 3.000 durch Bombeneinwirkung auf Straßen und Wege geschleuderte Grabsteine entfernt und auf dem Steinlagerplatz deponiert; 18 neue Gräfte wurden ausgehoben und ausgemauert. Am Steinlagerplatz mußten 200 m der Einfriedung und an der Steinmetzwerkstätte die gesamte Einfriedung erneuert werden. Beim 1. Tor wurden neue Blumenverkaufsstände in die Einfriedungsmauer eingebaut und in der Gärtnerei die Beregnungsanlage instandgesetzt und verbessert. Weiters wurden zirka 2.000 m³ Grabstein- und Einfassungsfundamente hergestellt und 10.000 m verwilderte Hecken und Spaliere wieder formiert und geschnitten.

In der *Feuerhalle* wurden der Kesselraum, der Ofenraum und die 3 Garderoberräume instandgesetzt, die drei vorhandenen Öfen gründlich überholt und neu ausgemauert; die Kühlanlage wurde einer Generalreparatur unterzogen. Die schadhaften Oberlichten der neuen Abteilung VII des Urnenhaines wurden entfernt und Erweiterungsarbeiten sowie die Deckenerneuerung durchgeführt. Der kriegsbeschädigte Teil des Dachstuhles der Arkaden der Feuerhalle und die durch Bomben teilweise zerstörte Einfriedungsmauer mit den Urnennischen wurden wiederhergestellt. Der Eingang in die Verwaltungskanzlei wurde verlegt und der Raum umgebaut. Der Aschenabfallraum und die Absaugvorrichtung in der Verbrennungsanlage wurden instandgesetzt.

Auf dem *Simmeringer Friedhof*: Kriegsschäden an den Dächern der Aufbahrungshalle und des Verwaltungsgebäudes behoben, 325 m Einfriedungsmauer und eine 15 m lange, 2,50 m breite Betonstiege neu errichtet.

Kaiser-Ebersdorfer Friedhof: Einsturzgefährlicher Teil der Einfriedungsmauer gesichert.

Meidlinger Friedhof: 482 m neue Einfriedungsmauer errichtet und 6 Einfriedungstore eingebaut; Aufbahrungshalle bei Instandsetzung vergrößert; 400 m² Straßen neu gebaut.

Südwestfriedhof: Dach der Aufbahrungshalle und Beisetz-kammer repariert; Maler- und Baumeisterarbeiten, 600 m² Holzeinfriedung und 150 m² neues Preßkiesdach errichtet.

Hietzinger Friedhof: Aufbahrungshalle und Kapelle instandgesetzt und die Fassade neu hergestellt; 4 neue Gräfte errichtet, 300 m² Straßen neu gebaut.

Lainzer Friedhof: Neue Holzeinfriedung errichtet; Kamin in der Leichenhalle aufgesetzt.

Ober-St.-Veiter Friedhof: Verwaltungsgebäude mit Strangfalziegeln neu eingedeckt; Einfriedungsgitter mit Stützstehern hergestellt.

Baumgartner Friedhof: Verwaltungs- und Aufbahrungsgebäude vergrößert und umgebaut; 15 m Kanal eingebaut.

Purkersdorfer Friedhof: 40 m lange Einfriedungsstützmauer abgetragen und neu aufgeführt.

Hütteldorfer Friedhof: 20 m lange Einfriedungsmauer neu hergestellt.

Ottakringer Friedhof: 460 m² Holzeinfriedung und 200 m² Gittereinfriedung neu errichtet, 300 m alte Friedhofsmauer abgetragen, 8 Gräfte ausgehoben und 6 gemauerte Mistablagerungen hergestellt; kleinere Gebrechen an den Betriebsgebäuden behoben; zwei kriegsbeschädigte Glashäuser der Gärtnerei instandgesetzt und 900 m² Straßen neu hergestellt.

Hernalser Friedhof: Am Aufbahrungs- und Verwaltungsgebäude kleinere Dach- und Fassadenschäden behoben; die kriegszerstörten rechten Arkaden wieder aufgebaut und nach der Regulierung des Grünbeckweges ein 230 m langes Einfriedungsgitter errichtet; 8 neue Gräfte, 4 Putzschächte und 40 m Kanal hergestellt.

Dornbacher Friedhof: 25 m Stützmauer aus Beton aufgeführt; 40 m² neues Betontraufenpflaster gelegt und eine gemauerte Mistablagerung errichtet; 20 m der alten Mauer abgetragen.

Gersthofer Friedhof: 35 m Betonstützmauer aufgeführt.

Friedhof Neustift am Walde: 150 m³ Straßenabgrabung vorgenommen; 40 m Stützmauer errichtet und 4 neue Gräfte ausgehoben.

Pötzleinsdorfer Friedhof: Tischlerarbeiten zur Instandsetzung der Aufbahrungshalle und der Nebenräume ausgeführt; kriegsbeschädigte Einfriedungsmauer wieder hergestellt.

Heiligenstädter Friedhof: Aufbahrungshalle instandgesetzt.

Sieveringer Friedhof: Zubau zur Aufbahrungshalle errichtet; Leichenkammer umgebaut.

Grinzinger Friedhof: 900 m² Wege neu hergestellt.

Friedhof Jedlesee: Betriebsgebäude umgebaut und 443 m der Holzeinfriedung repariert.

Friedhof Groß-Jedlersdorf: Betriebsgebäude umgebaut und instandgesetzt; ein neues Wohngebäude fertiggestellt; 800 m² neue Straßen mit Unterbau errichtet; 4 neue Gräfte ausgehoben und 5 Mistablagerungen gemauert.

Stammersdorfer Friedhof: Der elektrische Strom für die Beleuchtung der Objekte wurde bisher von einer eigenen unzulänglichen Lichtanlage erzeugt, nunmehr wurde eine neue Anschlußleitung an das öffentliche Stromnetz gelegt; Dachreparaturen am Verwaltungsgebäude, der Unterkunft und der Aufbahrungshalle vorgenommen sowie 4 neue Gräfte hergestellt.

Strebersdorfer Friedhof: Anschlußleitung an das öffentliche Stromnetz hergestellt.

Friedhof in Seyring: Kriegsschäden an der Leichenkammer und der Friedhofsmauer behoben.

Stadlauer Friedhof: Wasserleitungsnetz erweitert und Zubau zur Aufbahrungshalle errichtet.

Friedhof Aspern: An den Gebäuden Instandsetzungsarbeiten vorgenommen.

Friedhof Breitenlee: Einfriedungsmauer instandgesetzt.

Friedhof Hirschstetten: Einfriedungsmauer repariert.

Friedhof Kagran: 4 neue Gräfte errichtet und 180 m Planke versetzt.

Friedhof Süßenbrunn: Aufbahrungshalle instandgesetzt.

Friedhof Wittau: Beisetztkammer und Einfriedungsmauer instandgesetzt.

Friedhof Fischamend-Dorf: Zwei Bombenrichter zugeschüttet und das Friedhofsgelände in Ordnung gebracht; Leichenkammer hergerichtet.

Friedhof Groß-Enzersdorf: Einfriedungsmauer instandgesetzt.

Friedhof in Mühlleiten: Holzeinfriedung erneuert.

Friedhof Himberg: Dachreparaturen und Instandsetzungsarbeiten am Wohnhaus und der Aufbahrungshalle.

Friedhof Maria-Lanzendorf: 30 m zerstörte Einfriedungsmauer wieder aufgebaut.

Friedhof Pellendorf: Tischler-, Glaser- und Maurerarbeiten an der Leichenkammer; Einfriedungsmauer ausgebessert.

Friedhof Ebergassing: Friedhofsmauer instandgesetzt.

Friedhof Zwölfaxing: Dachreparaturen an der Leichenkammer.

Friedhof Achau: Dachreparatur und Instandsetzung der Leichenhalle.

Friedhof Mödling, Gaaden, Biedermannsdorf und Hinterbrühl: Schäden und Gebrechen an den Wohn-, Wirtschafts- und Kanzleigebäuden behoben; Friedhofsmauern instandgesetzt.

Friedhof Wr. Neudorf: Maurer- und Dachdeckerarbeiten am Wohngebäude und der Leichenhalle; Einfriedungsmauer repariert.

Friedhof Siebenhirten: Das Aufbahrungsgebäude um einen Beisetzungs-, einen Träger-, einen Kanzlei- und einen Priesterraum baulich vergrößert; 800 m² Straßen neu hergestellt.

Friedhof in Erlaa: Aufbahrungshalle und Einsegnungskapelle instandgesetzt.

Friedhof Atzgersdorf: Leichenhalle, Wohngebäude und 28 m Einfriedungsmauer wieder hergestellt.

Friedhof Mauer: Dachreparaturen am Wohn- und Wirtschaftsgebäude vorgenommen; 4 neue Gräfte ausgehoben und ausgemauert; Betriebsgebäude instandgesetzt.

Friedhof Rodaun: Wohngebäude instandgesetzt; einen neuen Wohnraum eingerichtet. Dachreparaturen am Wohngebäude, an der Aufbahrungshalle und an der Klosettanlage durchgeführt, sowie 326 m Einfriedungsgitter mit 25 Betonstützsteinen eingesetzt.

Inzersdorfer Friedhof: Kriegsschäden an der Einfriedungsmauer, an der Beisetzkammer und am Verwaltungsgebäude behoben.

Kalksburger Friedhof: Aufbahrungshalle umgebaut.

Außer diesen Arbeiten auf den Friedhöfen wurden in den Bezirksleichenkammern Instandsetzungsarbeiten vorgenommen. Die Leichenkammer in der Gudrunstraße erhielt eine 140 m lange Betoneinfassung; die Fassade an der Leichenkammer Dresdner Straße wurde instandgesetzt.

EHRENGRÄBER, WIDMUNGEN UND ÜBERNAHME VON GRÄBERN DURCH DIE STADT WIEN.

Die Stadt Wien hat in den Jahren 1948 und 1949 folgenden Persönlichkeiten Ehrengräber auf dem Zentralfriedhof gewidmet: Den Komponisten Prof. Dr. Hans *Pfitzner* und Prof. Edmund *Eysler*, dem Maler Michael *Neder*, dem Vizebürgermeister Georg *Emmerling* und dem Stadtrat Franz *Novy*.

Ein eigenes Grab auf Friedhofsdauer wurde ehrenhalber gewidmet: Dem Großneffen Beethovens Raoul *Heimler*, dem Schriftsteller *Roda Roda* (Alexander Rosenfeld), dem Nationalrat Karl *Pick*, dem Operettentenor Ernst *Tautenhayn*, dem Hofrat Prof. Carl *Luze*, den Architekten *Otto Prutscher* und Heinrich *Schmid*, dem akad. Maler *Rudolf Holzinger*.

In die Obhut der Gemeinde Wien wurden die Grabstellen folgender Persönlichkeiten übernommen:

Komponist *Alban Berg*, Volkssänger Franz *Mayer*, Schauspieler *Richard Waldemar*, Stadtrat *Karl Richter*, prov. Sicherheitswachmann *Walter Semlak*, akad. Bildhauer Prof. *Carl Philipp*, Professor Dr. *Julius Tandler*, Vizebürgermeister *Franz Hoss*, Stadtrat *Leopold Brauneis*, Komponist *Kurt Wöss*, *Rudolf Bukal*, *Karl Cicek*, *Ferdinand Pellmann*, *Anton Singer*, *Rudolf Waisenhorn*, *Josefine Wertheim*, Prof. Dr. *Theodor Gomperz*, Major *Karl Biedermann*, Hauptmann *Alfred Huth*, Oberleutnant *Rudolf Raschke*.

STÄDTISCHE FORSTE.

Im Stadtforstamt wurde das Referat „Forstbetriebseinrichtung“ neu geschaffen, das die Aufgabe hat, die Wirtschaftspläne für sämtliche städtische Forstverwaltungen aufzustellen. Die dem Forstbetrieb im Lainzer Tiergarten angeschlossene Landwirtschaft wurde mit der allmählichen Normalisierung der Lebensmittelversorgung unrentabel und darum aufgelassen. Die dadurch freigewordenen Felder wurden verpachtet; nur ein kleines Gebiet bei der

Hermesvilla blieb als Acker erhalten. Im Jahre 1948 ergab diese Landwirtschaft folgende Ernte:

Weizen	17.550 kg
Gerste	1.400 „
Hafer	9.160 „
Abfallgetreide	1.250 „
Heu	47.000 „
Stroh	37.350 „
Kartoffeln	59.040 „
Rüben	43.000 „
Karotten	54.116 „
Zusammen	269.866 kg

Am 1. September 1949 wurde die Rohholzpreisregelung aus dem Jahre 1947 aufgehoben und damit der Holzmarkt der freien Wirtschaft überlassen, worauf die Holzpreise bedeutend anstiegen.

Um der städtischen Baustoffbeschaffung vom Sägewerk Hirschwang aus sofort ein baufähiges, trockenes Schnittholz, vor allem Schiffböden, liefern zu können, wurde eine Trockenanlage für Weichholz in Hirschwang errichtet und im Herbst 1949 in Betrieb genommen. Zur Erleichterung der Manipulation mit Bloch- und Schnittholz auf den Lagerplätzen des Sägewerkes wurden die Gleisanlagen ausgestaltet und vermehrt. Die Sägespäneabsauganlage wurde in eine Anlage zur Trennung der Hobel- und Sägespäne umgebaut, um die für Industriezwecke verwendbaren Sägespäne unvermischt zu erhalten. Auf dem Gatterzubringerwagen wurden moderne Blochspannvorrichtungen eingebaut. Um in Zukunft auch abgelegene Waldorte aufzuschließen und die Einbringung anfallender Forstprodukte zu ermöglichen, wurden in den Forstverwaltungen Forstaufschließungsprojekte ausgearbeitet. Auf Grund dieser Planungen wurden bereits eine Waldstraße in der Länge von 600 m und eine 500 m lange Holzriese im Revier Gahns der Forstverwaltung Stixenstein sowie ein 1 km langer Holzzugweg aus dem Krummbachgraben des Reviers Kaiserbrunn neu gebaut.

Die *städtischen Forste im Wienerwald* tragen nur in bescheidenem Maße zur Lieferung von Nutzholz bei. Ihr eigentlicher Wert liegt vielmehr auf sozialem Gebiet. Sie sind das Luftreservoir der Millionenstadt. Unmittelbar vor den Toren Wiens gelegen, bieten sie der Bevölkerung Gelegenheit zu einem Erholungsaufenthalt im Grünen.

Das Verlangen der Großstädter nach einer Siedlung oder einem Kleingarten wird für diesen Grüngürtel eine Gefahr, der nur durch planmäßige Anlage von Siedlungen und Kleingärten wirksam begegnet werden kann. Da und dort ist der Grüngürtel bereits durch wilde Siedlungen unterbrochen. Durch Auflassung von Waldungen in der Lobau und durch die Donauregulierung ist in diesen Bezirken eine Änderung von Boden und Klima eingetreten, die be-

reits in einem Holzartenwechsel ihren Ausdruck gefunden hat. Der 22. und 23. Bezirk Wiens hat beinahe einen steppenähnlichen Charakter mit geringen Niederschlagsmengen, starken Ostwinden und langen Trockenperioden; Flugsand- und Flugerdeaufforstungen sind hier dringend geboten. Damit wurde schon im Jahre 1949 im 23. Bezirk, bei Himberg, begonnen.

Die Wirtschaftsführung wurde durch unbefugte Handlungen von Angehörigen einer Besatzungsmacht erschwert. Auch durch militärische Übungen sind Schäden in den Forsten entstanden.

In den *städtischen Forsten in Wien und Umgebung* wird sowohl Nutz- als auch Brennholz gewonnen. Die Schlägerungen erreichten nach dem Kriege im Jahre 1948 ihr Höchstausmaß und sind im darauffolgenden Jahre beträchtlich gesunken, wie die nachstehende Übersicht zeigt:

	1948	1949
Nutzholz	5.218 fm	3.900 fm
Brennholz	27.664 rm	18.200 rm

Im Jahre 1948 wurde das Brennholz noch zum Großteil an das Beschaffungsamt der Stadt Wien abgeliefert, im Jahre 1949 wurde es an die bäuerliche Bevölkerung der Umgebung abgegeben. Das Nutzholz wurde im Jahre 1948 an verschiedene Holzfirmen gegen Holzeinkaufsschein und Verpflichtung zur Belieferung der städtischen Baustoffbeschaffung verkauft; nach der Aufhebung der Holzpreisregelung trachteten auch die städtischen Forste, ihr Holz zu möglichst günstigen Preisen abzusetzen. Bei der Forstverwaltung Lobau wurde Brennholz auch im Versteigerungswege abgegeben.

Die Instandsetzungsarbeiten an der Lainzer Tiergartenmauer wurden im Jahre 1949 beendet, wodurch sich auch die Holzdiebstähle verminderten. Nach Abzug der Besatzungstruppen wird auch wieder an eine Aufhebung des Wildbestandes gedacht werden.

Der Lainzer Tiergarten war im Jahre 1948 vom 28. März bis 24. Oktober für den allgemeinen Besuch gegen Entrichtung einer Eintrittsgebühr geöffnet. Er wurde in dieser Zeit von 146.748 Erwachsenen (à 50 g) und 31.962 Kindern (à 20 g) besucht. Die Einnahmen hiefür betragen zuzüglich der Einfahrtgebühr für 69 Personenkraftwagen (à 20 S) und 47 Motorräder (à 5 S) insgesamt 81.381'40 S. Im Jahre 1949 war der Lainzer Tiergarten vom 3. April bis 30. Oktober für den allgemeinen Besuch geöffnet. Er wurde von 171.082 Erwachsenen und 39.226 Kindern besucht. Die Einnahmen betragen mit der Einfahrtgebühr für 30 Personenkraftwagen und 15 Motorräder sowie mit den ermäßigten Eintrittsgebühren für Schulklassenbesuche 94.101 S.

Im Jahre 1949 gingen an Pachtzins für Grundstücke, Jagd- und Fischereirechte 70.200 S ein, die Einnahmen an Abgaben für Klaubholz betragen 24.800 S, für Gras 56.700 S, für Waldpflanzen, Beeren u. a. 12.800 S.

Von der dem Stadtforstamt angeschlossenen Landesforstinspektion Wien wurde im Lainzer Tiergarten ein *Zentralforstgarten* mit einem Flächenausmaß von 2 ha angelegt und eingefriedet. Die darin gezogenen Pflanzen werden an Waldbesitzer zu Aufforstungszwecken verkauft. In diesem Forstgarten wurde eine Berieselungsanlage eingebaut und eine Werkzeughütte aufgestellt. Die Geldmittel für die Anlage wurden vom Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft zur Verfügung gestellt. Sobald genügend Pflanzenmaterial herangezogen sein wird, soll die Aufforstung zur Bindung der Flugsand- und Flugerdeböden im Marchfeld in größerem Umfang einsetzen.

Die *Quellenschutzforste*, Gebirgsforste in den Hochquellengebieten, sind hauptsächlich als Schutzforste für die Wasserversorgung Wiens gedacht. Die Hauptholzarten in diesen Waldungen sind Fichte und Lärche, gemischt mit Kiefer, Buche und Tanne. Seit den Nachkriegsjahren haben diese Wälder durch Borkenkäfer und Nonnenbefall viel zu leiden, obwohl schon verschiedene Versuche zur Abwehr dieser Schädlinge unternommen wurden.

In den Jahren 1948 und 1949 konnten die Forstverwaltungen vielfach Wiederinstandsetzungs- und Ausbauarbeiten vornehmen. Die *Forstverwaltung Stixenstein* ließ den Schloßturm mit Schindeln neu eindecken, die Umzäunung beim Forsthaus des Reviers Gahns neu aufstellen, im Forsthaus selbst eine Wasserpumpe einbauen und eine Waschküche errichten. Eine Personalunterkunftshütte wurde neu gebaut und an bestehenden Diensthütten Reparaturen vorgenommen. In Stixenstein wurde eine Holzbrücke neu gebaut und in den Revieren Gahns und Stixenstein Wasserzisternen betoniert. In den Freilandkulturen wurden 110.100 Pflanzen neu gesetzt, darunter 65.000 Fichten, 29.800 Schwarzkiefern, 2.500 Weißkiefern und 12.200 Lärchen. Der Holzeinschlag in den Jahren 1948 und 1949 betrug:

	1948	1949
Nutzholz	9.186 fm	6.185 fm
Brennholz	5.737 rm	3.806 rm

Im Revier Gahns der Forstverwaltung Stixenstein wurden vom Entminungsdienst rund 300 Sprengminen entfernt, dies erleichterte die Ausübung des Forstschutzdienstes.

Die *Forstverwaltung Nafwald* ließ ein Wirtschaftsgebäude auf der Manzeralm des Reviers Oberhof erbauen. Beim Hegerhaus Schliefring des Revieres Höllental wurde eine Waschküche errichtet. Das Dach des Forsthauses Oberhof, der Personalunterkunftshütte am Kalteck des Revieres Heufuß und die Dächer der Arbeiterwohnhäuser im Revier Preintal und Höllental wurden erneuert. Am Frohnbachkogel des Revieres Höllental wurde eine Personalunterkunftshütte gebaut. Im Revier Hinternaßwald wur-

den Holzbrücken errichtet und an den Holzbringungswegen Reparaturen ausgeführt.

In den Freilandkulturen wurden 39.300 Forstpflanzen ausgesetzt, und zwar 21.600 Fichten, 9.700 Lärchen und 8.000 Weißkiefern.

Der Holzeinschlag in den Jahren 1948 und 1949 betrug:

	1948	1949
Nutzholz	6.431 fm	15.000 fm
Brennholz	4.945 rm	3.280 rm

Die *Forstverwaltung Hirschwang* installierte eine vorschriftsmäßige Lichtleitung in allen Betriebsräumen des Sägewerkes und auf den Holzlagerplätzen. Die Sägewerkshalle und ein Holzschuppen wurden neu gedeckt, in der Säge- und Hobelhalle wurde eine Zwischenwand aufgestellt; außerdem wurde eine Arbeiterwohnung adaptiert. Die Wasserleitung des Fischbruthauses wurde an den Rohrstrang der Hochquellenleitung angeschlossen; Sicherungs- und Verbauungsarbeiten am Wildbachbett in der Griesleiten des Revieres Prein wurden vorgenommen und vermurte Holzbringungswege und Forststeige ausgebessert.

In den Freilandkulturen wurden 58.500 Forstpflanzen ausgesetzt, und zwar 19.900 Buchen, 8.700 Lärchen, 12.500 Schwarzkiefern, 6.000 Weißkiefern und 11.400 Fichten.

Der Holzeinschlag in den Jahren 1948 und 1949 betrug:

	1948	1949
Nutzholz	2.231 fm	4.125 fm
Brennholz	3.649 rm	3.417 rm

Um den sehr dezimierten Fischbestand in den städtischen Fischgewässern wieder zu heben, wurden im Gebiet der Forstverwaltungen Naßwald und Hirschwang 80.000 Forellenbrütlinge ausgesetzt.

Zur Bekämpfung eines Waldgroßbrandes im Revier Hirschwang waren durch einige Tage 10 Feuerwachen und 180 Forstarbeiter eingesetzt.

Die *Forstverwaltung Wildalpen* nahm Ausbesserungsarbeiten an den Zäunen bei den Forst- und Arbeiterwohnhäusern des Wirtschaftsbezirkes vor und ließ in der Diensthütte des Reviers Brunngraben eine Mansarde einbauen. Bei der Alten Säge wurde ein Schnittholzschuppen errichtet. Die durch Lawinen stark beschädigte Holzbrücke in der Schreyerklamm wurde repariert. Durch Melioration von rund 2 ha Hutweiden im Revierteil Brunn wurde Wiesenland gewonnen. Zur Aufforstung wurden 60.000 Forstpflanzen, und zwar 30.000 Fichten, 15.000 Lärchen und 15.000 Rotbuchen verwendet.

Durch Holzschlägerungen wurden in den Jahren 1948 und 1949 gewonnen:

	1948	1949
Nutzholz	5.469 fm	3.047 fm
Brennholz	362 rm	1.360 rm

Hochwasser der Salza verursachten im Sommer 1949 im Gebiet der Forstverwaltung Wildalpen, Revier Weichselboden, an mehreren Holzbrücken schwere Beschädigungen und vermurten Holzbringungsstraßen und Steige.